Heft 6 Juni 2002 € 4,80

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A € 5,75 · L € 5,75 · CH sfr. 9,50

ALTE LINKE
NEUE LINKE
FREMDE LINKE
RECHTE LINKE

SCHRÖDER/
WALSER
POLITISCH KORREKT
NACH RECHTS

DJENIN
EIN ANTISEMITISCHES
MASSAKER

ERFURT
COMPUTERSPIEL –
EIN LEHRER WAHN

Der große Bluff
NEGRIS
EMPIRE

4 191202 704806 06

in konkret Juni 2002

hier konkret von Uri Avnery

Ein Friedensaktivist, der die Lynchmorde palästinensischer Terroristen gutheißt? Es gibt ihn – er heißt Uri Avnery. Geboren 1923 als Helmut Ostermann in Beckum (Westfalen), floh Avnery 1933 mit seinen Eltern nach Palästina. In Israel wurde er Mitbegründer der Friedensorganisation Gush Shalom und Abgeordneter der Knesset. Seit Jahrzehnten ist Avnery der Kronzeuge der deutschen Feinde Israels – vom »Spiegel«-Verleger Augstein bis zum »Neuen Deutschland«

von Konkret

an Konkret

Avanti populo? Nej tak! von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Bluff, Kitsch und Affirmation von Georg Fülberth

»Ein Kommunistisches Manifest für unsere Zeit« wird Michael Hardts und Antonio Negris »Empire« genannt. Ist dieser Kommunismus mehr als Extasy für den Szenedenker? Oder sind Hardt und Negri für die neue Weltordnung nur, was Horaz und Vergil fürs Imperium Romanum waren?

Oldies but Goodies von Jürgen Elsässer

Die alte Linke kehrt zurück, und mit ihr die größten Hits der zwanziger, dreißiger und sechziger Jahre: Klassenkampf, Antiimperialismus, Krieg dem Krieg. Aber ist das nicht alles antisemitisch?

»Wir sind noch da« von Jürgen Elsässer, Tom Adler, Matthias Fritz, Sibylle Wacker

Die Streiks in der Metallindustrie hatten kaum begonnen, da waren sie auch wieder vorbei. Die Frage, ob die Arbeiter einen ernsthaften Kampf riskiert hätten, blieb offen. KONKRET versuchte sie im Gespräch mit drei Mitgliedern der Koordination linker Gewerkschafter zu klären: mit Tom Adler, Betriebsrat bei DaimlerChrysler in Stuttgart-Untertürkheim und ehemals Mitglied der gewerkschaftsoppositionellen Plakat-Gruppe; Matthias Fritz, Betriebsrat und Vertrauenskörperleiter beim Autozulieferer Mahle in Stuttgart-Bad Cannstatt; Sibylle Wacker, Verdi-Gewerkschafssekretärin im Bezirk Stuttgart. Das Interview führte Jürgen Elsässer

Der Dritte-Welt-Krieg von Conrad Schuhler

Afghanistan war nur ein Anfang. Und für alle armen Länder eine Lehre: Wer nicht pariert, wird bombardiert. Demnächst auch atomar

Mittel gegen Depressionen von Stefan Frank

Es heißt, die Rezession in den Vereinigten Staaten sei nun beendet, und deshalb werde es bald auch in Europa ökonomisch bergauf gehen. Aber ist der Abschwung der US-Wirtschaft wirklich beendet, oder steht er vielleicht erst bevor?

Gefühle am Mittwoch von Christian Y. Schmidt

Wie der deutschnationale Kanzler den antisemitischen Vordichter funktionalisierte, um auf politisch korrekte Weise ganz weit rechts Platz zu nehmen

Zwischenfall im Hinterhof von Wolf Dieter Vogel

Es sollte laufen wie bei Allende, doch der neue Pinochet war gleich wieder weg: Venezuelas Militärs spielten der CIA einen Streich

»In guten wie in bösen Tagen« von Erich Später

Im Kampf für deutsche Ansprüche in Tschechien wird heftig zwischen guten und bösen Sudetendeutschen unterschieden. Die Tschechoslowaken aber haben nur eine Sorte kennengelernt

Djenin von Matthias Seeberg
Massaker, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – endlich waren die Juden, diese ewigen Opfer, einmal die Täter: in einer palästinensischen Stadt im Westjordanland

Davonschwimmende Fälle von Oliver Tolmein

»Stimmen im braunen Milieu« von Justus Wertmüller, Alexander Brenner
Alexander Brenner, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Berlin, über die Konjunktur des Antisemitismus auf der Straße, in den Redaktionen, in der Uno, in der FDP

Der Austritt der Anständigen von Sebastian Wehrhahn

Bosnisches Iran-Gate von Jürgen Elsässer
Im Untersuchungsbericht, den die niederländische Regierung über die Vorgänge in Srebrenica hat erarbeiten lassen, steht alles, nur nicht das, was die deutschen Kriegsberichterstatter darin gelesen haben

Links & Rights von Jürgen Elsässer

Kunst & Gewerbe von Holm Friebe
Geschickt eingefädelt

Kunst & Gewerbe von Carsten Otte
Rebellischer Gestus, opportuner Geist

Kunst & Gewerbe von Jürgen Roth
Kaiserschmarrer in Kabul

Kunst & Gewerbe von Michael Klarmann
Maria hilf!

Bundesidentitätsstiftung von Günther Jacob
Kultur-Kolumne

Glückliche Hand mit Frau Krauße von Peter O. Chotjewitz
Anmerkungen zur Darmstädter PEN-Tagung, zu PEN-Tagungen anderswo und PEN-Tagungen überhaupt

Der Dreck muß weg von Gert Ockert
Angeblich haben »Killerspiele« Robert Steinhäuser zum Amokläufer werden lassen. Wenn das stimmen sollte, wird es Zeit, sich über »Mensch-ärgere-dich-nicht« Gedanken zu machen

Recherchez le Ministre von Marit Hofmann

Weiße Ordnung – schwarzes Chaos von Volker Weiß
Ridley Scott drehte eine Hommage auf die Peacekeeping Mission der USA in Somalia: »Black Hawk Down«

FilmTheater von Christoph Fleischmann
Der Stellvertreter

FilmTheater von Alexander Kasbohm

Krieg der Sterne: Episode 2 – Der Angriff der Klonkrieger

FilmTheater von Jan Pehrke
101 Reykjavik

Film des Monats von Dietrich Kuhlbrodt
Manche mögen's heiß

Der verkaufte Vater von Martin Krauß
Wie aus dem Adolf Hitler auf dem Umweg über den Neckar der Gottlieb Daimler wurde oder wie das Kapital die schönsten Traditionen zerstört

Melodie & Rhythmus von Alexander Kasbohm
David Bowie: Heathen. Sony/Columbia

Melodie & Rhythmus von René Martens
snd: Tender Love. Mille Plateaux/Efa Closer Musik: After Love. Kompakt/Efa

Melodie & Rhythmus von Hartwig Vens
Akufen: My Way. Force Inc./Efa Soul Center: III. Novamute/Virgin

Platte des Monats von Hartwig Vens
Tweet: Southern Hummingbird. Elektra/Eastwest

»Du lebst und tust mit nichts« von Martin Büsser
Aby Warburg gilt als einer der Begründer der modernen Kunstgeschichte. Seine kulturwissenschaftliche Bibliothek wurde vor den Nazis nach London gerettet. Jetzt wird sein Lebenswerk erschlossen

Von Helden Lobebæren von Michel Raus
Ist die Kunde des Nibelungen ein abendländisches Drama? Zum Roman »Siegfried und Krimhild« von Jürgen Lodemann

Ein Genie und Gentleman von Kay Sokolowsky
Am 29. Juni wird Ror Wolf, der bedeutende deutschsprachige Dichter, 70 Jahre alt. Ihn nicht zu kennen, ist nicht seine Schande

Buch & Deckel von Marit Hofmann
Belén Gopegui: Die Eroberung der Luft. Pendo, Zürich 2001, 392 Seiten, 22,90 EuroUwe Timm: Rot. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2001, 430 Seiten, 22,90 Euro

Buch & Deckel von Jürgen Kiontke
Katja Kullmann: Generation Ally. Eichborn, Frankfurt am Main 2002, 217 Seiten, 14,90 Euro

Buch & Deckel von Frank Schäfer
Stephan Wackwitz: Selbsterniedrigung durch Spazierengehen. Essays. S. Fischer, Frankfurt am Main 2002, 159 Seiten, 18 Euro

Buch des Monats von Jens Hoffmann
Yoram Kaniuk: Der letzte Berliner. List Verlag, München 2002, 270 Seiten, 19 Euro

Don Handke de la Mancha von Georg Seeßlen
Peter Handkes »Der Bildverlust« enthält mögliche Romane und die Unmöglichkeit des Romans

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/02, S. 3

Uri Avnery

hier konkret

Ein Friedensaktivist, der die Lynchmorde palästinensischer Terroristen gutheißt? Es gibt ihn – er heißt Uri Avnery. Geboren 1923 als Helmut Ostermann in Beckum (Westfalen), floh Avnery 1933 mit seinen Eltern nach Palästina. In Israel wurde er Mitbegründer der Friedensorganisation Gush Shalom und Abgeordneter der Knesset. Seit Jahrzehnten ist Avnery der Kronzeuge der deutschen Feinde Israels – vom »Spiegel«-Verleger Augstein bis zum »Neuen Deutschland«

konkret: Weltweit nimmt der Antisemitismus zu und wird militanter. Vor allem in Frankreich sind eine Reihe von Attentaten auf Synagogen und jüdische Institutionen verübt worden. Wie reagiert Gush Shalom darauf?

Avnery: Wir sagen, daß die Politik von Herrn Sharon die Juden auf der ganzen Welt bedroht. Das ist aber keinerlei Rechtfertigung für diese abscheulichen und ekelhaften Antisemiten, die ja im Grunde genauso rassistisch und menschenfeindlich sind wie gewisse Elemente hier in Israel. Nazis und Antisemiten überhaupt sind die besten Freunde der rechtsradikalen Elemente in Israel. Sie unterstützen ja genau das, was die Rechtsradikalen bei uns wollen: die Juden aus der ganzen Welt nach Israel treiben.

konkret: Aber gerade dadurch ist Israel notwendig geworden.

Avnery: Es ist ein Teufelskreis, in dem Antisemiten und Zionisten sich gegenseitig unterstützten.

konkret: Wollen Sie damit sagen, daß Antisemiten und Zionisten zusammenarbeiten?

Avnery: Auf keinen Fall, das dürfen Sie keinem unterstellen. Es gibt eine objektive Interessensgleichheit, denn die Antisemiten treiben die Juden nach Palästina. Und die Juden, die nach Palästina kommen, nehmen den Palästinensern ihren Boden weg. Und das schon seit hundert Jahren. Der Zionismus wäre doch nie entstanden, wenn die Antisemiten die Juden nicht aus Europa fortgetrieben hätten.

konkret: Liefern Sie mit Ihrer Israel-Kritik den Antisemiten nicht Munition?

Avnery: Ich würde diese Unterstellung als ekelhafte Greuelpropaganda bezeichnen, die nicht weit von der Mentalität der Antisemiten selbst entfernt ist.

konkret: In der Palästina-Solidarität in Deutschland gibt es durchaus Gruppen, die wirklich die Vernichtung Israels und ein arabisches Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer wollen.

Avnery: Das sind auch Faschisten, das ist eine andere Art von Faschismus. Es gibt eine internationale Zusammenarbeit von arabischen Faschisten, jüdischen Faschisten und europäischen Faschisten, die sich objektiv gegenseitig unterstützen, um einen Frieden und eine Versöhnung zu verhindern.

konkret: Was ist Ihr Lösungsvorschlag für den Konflikt?

Avnery: Meine Freunde und ich haben vor fünfzig Jahren diesen Plan aufgestellt: zwei Staaten für zwei Völker mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt. In der ganzen Welt, inklusive Israel, gab es damals keine hundert Menschen, die das unterstützt haben. Heute sieht die ganze Welt, außer Herrn Sharon, ein, daß das die einzige Lösung ist. Die arabische Welt hat sich dem angeschlossen, indem sie den jüngsten saudi-arabischen Friedensplan angenommen hat. Auch in Israel gibt es eine Mehrheit für diese Lösung. Nur hat man den Israelis eingetrichtert, daß diese Lösung nicht real ist, weil die Araber keinen Frieden wollen. Das ist Lügenpropaganda und Gehirnwäsche.

konkret: Glauben Sie, daß durch die Schaffung eines Palästinenserstaates in den besetzten Gebieten auch die Selbstmordattentate ein Ende haben würden?

Avnery: Die Greueltaten, die von beiden Seiten begangen werden und die immer schlimmer und extremer werden, werden dazu führen, daß die Völker irgendwann einsehen werden, daß das die einzige Lösung ist.

konkret: Gibt es auch auf der palästinensischen Seite so etwas wie eine Friedensbewegung? Gibt es dort Gruppen, die sich etwa für das Ende der Selbstmordattentate einsetzen?

Avnery: Die Friedensbewegung auf der palästinensischen Seite wird von Yassir Arafat geführt. Er ist die Friedensbewegung. Er hat den Frieden von Oslo unterzeichnet. Er hat geschafft, daß die große Mehrheit des palästinensischen Volkes für eine Friedenslösung mit zwei Staaten für zwei Völker ist. Ich hoffe, daß sich diese Mehrheit trotz allem, was nun geschieht, wieder hinter Arafat sammeln wird. Die einzige Möglichkeit, das zu verhindern, besteht darin, Arafat umzubringen. Ich habe sehr große Angst, daß Herr Sharon das beabsichtigt.

konkret: Die palästinensische Gesellschaft hat sich doch in diesem Konflikt auch verändert. Die Selbstmordattentate treffen beinahe ausschließlich Zivilisten, hinzu kommen die Lynchmorde an sogenannten Kollaborateuren.

Avnery: Natürlich gab es Morde an Kollaborateuren. Kollaborateure sind Verräter. Die sind in ganz Europa umgebracht worden, vor nicht allzu langer Zeit. Wer seine Kameraden an eine feindliche Besatzung ausliefert, ist ein Verräter und wird umgebracht.

konkret: Verstehe ich richtig, daß Sie das für legitim halten?

Avnery: Ich habe es selbst getan. Ich war ein Terrorist, als ich ein junger Mann war. Wir haben unsere Kollaborateure umgebracht – die Leute, die unsere Kameraden an die englische Kolonialregierung ausgeliefert haben.

Konkret 06/02, S. 4

von Konkret

»Ich bin tief verletzt«, schreibt Peter Hacks zu dem Zitat, das KONKRET den Memoiren Manfred Wekwerths entnommen und unter dem Titel »Voilà, un homme« in der Rubrik »Herrschaftszeiten« (5/02) abgedruckt hatte. Wekwerth hatte über einen Auftritt des Wirtschaftsministers Günter Mittag vor der Akademie der Wissenschaften der DDR geschrieben:

Bevor er zu einem der üblichen Referate ansetzen konnte, schnitt ihm Peter Hacks das Wort ab: »Herr Mittag, warum sind Sie derart darauf aus, in der DDR den Kapitalismus einzuführen?« Der immer etwas rotgesichtige und an keinen Widerspruch gewohnte Mittag glühte auf, schnappte nach Luft, und Hacks fuhr fort: »Sie übertreffen doch jeden Unternehmer in Ihrem Rausch nach Wirtschaftswachstum. Haben Sie Marx gelesen? Sie müssen mir das nicht beantworten, wenn Sie nicht wollen. Aber bei Marx steht doch, daß das Wachstum des Menschen der eigentliche Zweck der Wirtschaft ist. Das heißt, wenn es um Sozialismus geht. Aber den wollen Sie ja anscheinend nicht.«

Dazu schreibt Peter Hacks:

Der, wie man angibt, von Manfred Wekwerth übermittelte Vorfall in der Akademie der Wissenschaften der DDR hat nicht stattgefunden und ist das Produkt einer dürftigen und schlecht belehrten Phantasie. Richtig ist, daß ich einmal die Ehre hatte, einem Vortrag Günter Mittags in der Akademie der Künste zuzuhören. Auch dort habe ich meines Erinnerns kein Wort zu dem Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbureau gesprochen, und wenn etwa doch, dann jedenfalls nicht eine derartige Zusammenballung unprofessionellen Krams. Mit welchem Recht hätte ich ausgerechnet Mittag, also Honecker, den Vorsatz zur Einführung des Kapitalismus anlasten sollen? Als was will man mich hier vorführen, als den übelsten Flegel der DDR oder als ihren größten Trottel? Ich kann eigentlich nur an dem Tag noch froh werden, an dem ich erfahre, daß die Staatssicherheit seinerzeit ihre Pflicht erfüllt hat, die letztgenannte Veranstaltung mitzuschneiden; Manfred Wekwerth übrigens würde das wissen.

War also auch die Meldung in KONKRET nicht wahr, so ist es doch ihre Überschrift noch geworden: »Voilà, un homme.«

Der alte Trotzkist Peter von Oertzen hat seinen Söhnen und Töchtern noch einmal den Feind im eigenen Lager gezeigt:

Dieser dogmatische Antikapitalismus dieses komischen Trabergespanns Ebermann und Trampert ... Die suchen überall nur Leute, die sie anpinkeln können, weil sie »Verräter« sind. Genauso wie der Gremliza und sein Scheißhaufen um KONKRET ja nur die Gelegenheit suchen, andere linke Richtungen, die nicht ihre speziellen Vorurteile teilen, des Verrats zu bezichtigen.

Halt, das hat KONKRET, gerade was den vorurteilslosen Herrn von Oertzen angeht, nie getan, sondern ihn immer als den Protagonisten der »wirklich antikapitalistischen Kritik der politischen Ökonomie« gewürdigt, für den er sich hält. Zu ungeboren, um noch an der Seite seines Genossen Leo die Weißen Garden niederschlagen zu können, hat er doch später an der Spitze der kämpfenden Truppen des Parteivorstands der SPD das Kultusministerium von Niedersachsen erobert, um heute seinen proletarischen Ehrensold in Form einer Beamtenpension zu genießen. Nie war er Verräter, immer stand er in Treue fest wie eine deutsche Eiche. Wozu die aber einlädt ...

Jürgen Elsässer hat die serbische Ausgabe seines Buches *Kriegsverbrechen – Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* (**konkret texte** 27, serbischer Titel: *Ratni slocini*) in Belgrad und anderen jugoslawischen Städten vorgestellt. »Novosti« druckte daraus eine achtteilige Serie, Berichte erschienen in »Politika«, »Vesti«, »Svedok«, »Glas Crnagorca« und »Nedeljni Telegraf«. Besonderes Interesse fand Elsässers Hinweis, der derzeitige jugoslawische Generalkonsul in Frankfurt, Dragan Vuksic, habe Fischer und Scharping bei der Fabrikation des Hufeisenplans assistiert (KONKRET 5/02). Vuksic meldete sich in »Nacional« zu Wort und bezeichnete Elsässer als »hergelaufenen Taugenichts«. In Den Haag hat Richter May dem Angeklagten Milosevic empfohlen, Elsässer als Zeugen zu laden, nachdem Milosevic in der Verhandlung vom 13. Mai ein weiteres Mal aus dessen Buch zitiert hatte, diesmal im Zusammenhang mit dem angeblichen Massaker von Racak.

Veranstaltungen: »PDS und Attack – Sand im Getriebe oder Manager des Kapitalismus?«: Podiumsdiskussion der Gruppe Sabotage mit Thomas Ebermann, Hermann L. Gremliza, Sahra Wagenknecht und Peter Wahl, am 4. Juni in Berlin, Kato, U-Bahnhof Schlesisches Tor, 20 Uhr. Jürgen Elsässer liest aus *Kriegsverbrechen* am 7. Juni in Münster (19 Uhr, Universität), am 8. Juni in Stuttgart (zusammen mit Nikola Zivkovic, 19 Uhr, Club der Jugoslawen, Adlerstraße 16) und am 18. Juni in Wien (20 Uhr, Humanitas, Grangasse 4/2). Sein neues Buch *Deutschland führt Krieg – Seit dem 11. September wird zurückgeschossen* (**konkret texte** 32) stellt Elsässer in Oberhausen (4. Juni, 20 Uhr, Zentrum Altenberg, Hansastr. 20), Innsbruck (14. Juni, 20 Uhr, Hotel Weißes Kreuz), Linz (15. Juni, 18.30 Uhr, Friedenswerkstatt) und Wien (17. Juni, 19 Uhr, Universität) vor.

Konkret 06/02, S. 6

an Konkret

Nicht antisemitisch?

KONKRET 05/02: »Gnadenlos philosemitisch« von Hermann Gremliza/Titelthema

»Israels Gesellschaft wäre keine kapitalistische, ihr Staat kein bürgerlicher, wenn sie nicht auch dieser (der Gegenseite) ein gerüttelt Maß (an Argumenten) lieferten.« Soll das heißen: Ein sozialistisches Israel lieferte den Antisemiten weniger argumentative Munition? Oder überspitzt: Die größten Antisemiten sind eigentlich die israelischen Bourgeois? Ist das Ihr Ernst? Immerhin kriegen Sie zum Ende wieder die Kurve, aber die argumentativen Eiertänze, die Sie unterwegs glauben aufführen zu müssen, finde ich erniedrigend und unangemessen. Schön wäre es, wenn Sie zukünftig auf die »Antisemiten und andere Proletarier aller Länder« in Ihrer Leserschaft verzichten könnten.

Uwe Süßenberger

per E-Mail

Die Stellungnahmen *aller* veröffentlichenden Deutschen zum Nahost-Konflikt sind größtenteils ungeschickt, teils unverschämt, in Teilen zweifellos von einem gehörigen Maß an Schadenfreude gegenüber Israel einerseits, aber andererseits auch von Rassismus gegenüber den Arabern getragen. Nur antisemitisch im Stil oder Inhalt des deutschen Faschismus bis 1945 sind diese Positionierungen allesamt nicht, meine Dame und meine Herren von KONKRET!

Nobert Birgel

per E-Mail

Daß Sie fernab jeder antizionistischen Hysterie für den Staat Israel einstehen, kann Ihnen nicht genug gedankt werden. KONKRET ist der genaueste Seismograph für Antisemitismus in Deutschland, auch unter Linken.

Markus Grafenberg

Tübingen

Nicht Sharon

KONKRET 05/02: »Roman Holiday« von Ralph Raschen

Woher kommt Eure blinde und bedingungslose Pro-Sharon-Solidarität? Wer behauptet, Israels Existenz sei durch die Intifada gefährdet, liegt einfach falsch.

Mit Berlusconi als Premier und Faschisten an der Regierung müssen wir leider leben. Mit Sharon eben nicht. Wie der aufmerksame Italienkenner Ralph Raschen wahrscheinlich weiß, hat neben den vielen pro-palästinensischen Demonstrationen in Rom auch ein »Israel Day«, organisiert vom Giuliano Ferrara, Herausgeber von Berlusconis Zeitung »Il foglio«, stattgefunden. Im übrigen ist Ferrara aus der damaligen kommunistischen Partei PCI im Jahre 1982 aus Protest ausgetreten, weil ihm seine Parteifreunde nicht erlaubten, einen Appell gegen Sharon vorzulesen, der sich damals gerade das Blut von Sabra und Shatila von den Händen wischte.

Antonio Vinci

Italien

Nicht doof

KONKRET 05/02: »Soldaten sind Deppen« von Michael Schilling

Jawohl, ich bin ein Depp. In meiner Eigenschaft als Wehrpflichtiger habe ich ein Jahr dem Staat gedient und, ja, es hat mir Spaß gemacht. In meine Dienstzeit fiel auch die Diskussion um das von Schilling veränderte Zitat »Soldaten sind Mörder«.

Einhelliges Urteil: Stimmt nicht. Aus gutem Grunde. Denn der Gleichung »Soldaten = Mörder + Deppen« zustimmen hieße, auch die israelische Armee als eine Horde psychopathischer Schlächter zu bezeichnen. Und mit eben dieser Einschätzung, die mich vom Niveau her stark an einen intellektuell in der Tat nur mäßig begabten Fähnrich erinnert, befindet sich Kamerad Schilling auf einer Linie mit jenen, die deutsche Deppen gegen israelische Mörder einsetzen wollen.

Pierre Stuckenschmidt

Göttingen

Nicht angeboren

KONKRET 05/02 »Das Äffchen auf dem Leierkasten« von Peter O. Chotjewitz

Vielleicht habe ich ja irgendeine Ironie-Ebene nicht richtig verstanden, aber in dem Text kommt mir einiges seltsam vor, zum Beispiel: Der Portugiese Xavier Solana, der »quasi als Außenminister der EU« agiert, ist eigentlich ein Spanier und heißt Javier. Und Hans Christoph Buch behauptet eben gerade nicht, daß »der Genozid den Menschen genetisch eingeboren ist, sofern sie aus Afrika stammen«, sondern im Gegenteil, daß Gewalt, Terror und Völkermord globale Phänomene sind. Das wäre nachzulesen in Reportagesammlungen, aus denen »der Leser« übrigens auch erfährt, daß ihr Verfasser keineswegs in der »VIP-Lounge des Rhein-Main-Flughafens« hängengeblieben, sondern zumindest bis nach Albanien, Bosnien, Kosovo, Tschetschenien, Algerien u.v.a. gekommen ist.

Oliver Lubrich

per E-Mail

So, Solana ist Spanier. Kein Portugiese. Dann ist er bestimmt aber Sozialist. Es hätte mich auch nicht gewundert, wenn er Deutscher gewesen wäre und grün, früher Außenminister, verheiratet, zwei Kinder. Ein ganz normales Arschloch also. Buchs Artikel habe ich vor Jahren gelesen. Natürlich behauptet er, er sei überall gewesen. Das tat Karl May auch. Es sind doch überwiegend Neger, die zum Genozid neigen, weiße Völker tun so was nicht. Russen, klar, aber das sind halbe Asiaten, und da weiß kein Buch, ob die nicht noch schlimmer sind, als die Schwarzen. Denken Sie an die gelbe Gefahr. Außerdem hat der Kreml sich noch lange nicht von den Schatten der Vergangenheit befreit. Die war auch ziemlich schwarz. Ist Ihnen aufgefallen, daß Buch an keiner Stelle über die Ursachen der Massaker spricht? Dabei steht hinter jedem Bürgerkrieg, dessen Folgen das Buch besichtigt, eine weiße, zivilisierte Nation. Buchs Reportagen sind Wichtigtuerei, Effekthascherei, diskriminierend, Falschmeldungen, auch wenn sie jetzt als Buch erschienen sind.

Peter O. Chotjewitz

Engelschor

KONKRET 05/02: Tomayers ehrliches Tagebuch

Was der Mensch nun mal braucht und was nicht, / will uns lehren Tomayers Gedicht. / Mögen ihm solche Tage / niemals sein, daß er sage: / »'s ist um und um finster. Mehr Licht!«

Denn der Mensch, der soll funktionier'n / will er nicht seine Würde verlier'n / doch auf Arbeit und Lohn, / ohne die Religion, lassen Menschen sich nicht reduzier'n.

Mag Tomayer sich spottenderweis'/ auch bewegen in wachsendem Kreis – / er mög´ eines Tages sagen, / vielleicht ohne Wehklagen: / »Gott, ich weiß, daß ich leider nichts weiß.

Meine Klugheit, die kommt mir heut' vor / noch geringer als die von 'nem Tor, / fort die Feder ich werfe, / die ich nie wieder schärfe. / Christ nimmt mich zu sich mit Engelschor.«

Ingrid Gierke

Bremen

Nicht zuständig

KONKRET 04/02: Tomayers ehrliches Tagebuch

Bezug nehmend auf Ihr Schreiben vom 17.04. an Botschafter Dr. Lutterotti möchte ich Sie darauf hinweisen, daß der von Ihnen beanstandete Werbespot für ein Mittel zur Bekämpfung von Haarausfall auf einem deutschen Fernsehsender ausgestrahlt wird. Es steht daher der österreichischen Botschaft nicht zu, wegen eventueller Verstöße gegen deutsche Gesetze ein Verbot der Ausstrahlung des Werbespots zu erwirken. Dies ist Aufgabe der zuständigen deutschen Behörden. Wir bedauern, im vorliegenden Fall Ihrem Anliegen mangels Zuständigkeit nicht entsprechen zu können.

Georg Schnetzer

Österreichische Botschaft Berlin

Nicht verdrängt

KONKRET 05/02: »Die Meisterverdränger« von Gottfried Wagner

Gottfried Wagners Ausführungen sind in der Sache so abgestanden, wie ihr Titel falsch ist: Denn wenn irgend etwas an Wagner nicht verdrängt wird, so ist es sein Antisemitismus und die Rolle seines Werkes im Nationalsozialismus. Meisterhaft verdrängt werden in Deutschland politisch nicht so korrekte Tatsachen: So war Wagner nicht nur der Lieblingskomponist von Hitler, sondern auch der von Theodor Herzl; der hatte die Tannhäuser-Ouvertüre als Nationalhymne für Israel vorgeschlagen. Und auch die mächtige linke Wagner-Rezeption, die von Shaw über Bloch bis in die Sowjetunion reichte, wird gerne verschwiegen. In Deutschland rebelliert man eben noch nicht einmal dann gegen den Faschismus, wenn es um dessen Annexion von Wagners Werk geht.

Siegfried Gerlich

Hamburg

Konkret 06/02, S. 9

Hermann L. Gremliza

Avanti populo? Nej tak!

Pflicht des Leitartiklers ist es, den leitenden Artikel zu schreiben und also zu fragen, warum 17 Prozent der Franzosen den Jean-Marie Le Pen gewählt haben, aber die Frage nicht einmal zu denken, warum 83 Prozent der Franzosen, die seine Ansichten, daß einem die Ausländer, die Juden, die Schwulen und die Kriminellen bis hier stehen, im großen und ganzen teilen, dem Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme nicht gegeben haben. Eine Frage übrigens, die sich für jede der extrem rechten Parteien Europas stellen läßt, für Haiders FPÖ, für Finis Neofaschisten, für Freys Volksunion, für die Partei des seligen Pim Fortuyn, für Blochers »Emmenthaler Faschisten« (Tucholsky) und für all die andern, die in den letzten Monaten Erfolge feiern durften.

Martin Walsers Klage, er werde bestraft, weil er in öffentlicher Rede vorgetragen habe, was ihn privat umtreibe, ist Volkes Klage. Jeder zweite Leserbrief, mit dem ein Volksgenosse aus der Anonymität tritt, enthält den trotzigen Verweis, man werde doch noch sagen dürfen, was man denke, man lebe schließlich in einer Demokratie und sei nicht gleich ein Nazi, wenn man Gangster, Neger, Finanzamt und Amerikaner nicht leiden könne. Wie Walser fühlt sich die Mehrheit, hier und überall in Europa, reglementiert, zensiert, von Hütern politischer Korrektheit terrorisiert.

Zu Recht. Die intelligenteren seiner Interpreten haben das parlamentarische Regiment in bewußt scharfen Gegensatz zur Volksherrschaft gestellt, als welche die Demokratie korrekt übersetzt und politisch mißverstanden wird. Zweck der parlamentarischen Demokratie ist es, den Willen des Volkes zu »mediatisieren«, ihn durch Delegation, Übertragung an ein ganzes System von Vertretern, Interpreten und Kontrolleuren, so zu veredeln (man kann auch sagen: zu fälschen), daß er nicht mehr wiederzuerkennen ist. Man bezeichnet diese Art der Demokratie als repräsentativ oder indirekt. Direkte Demokratie bedeutet in der Klassen- und Massengesellschaft immer die Mobilisierung des Mobs, Lynchmord und Pogrom. Das Wort, das die Propagandisten des parlamentarischen Regiments für die rechtsextremen Parteien und ihre Führer gefunden haben, drückt ihr Wissen, worum es geht, exakt aus: Populismus. Populus ist einfach: das Volk. Rechtsextreme Parteien verkörpern den Volkswillen.

Die gewählten, durch tausend Vor- und Rücksichten und viele geldwerte Zuwendungen geschmierten und gesalbten Volksvertreter lassen die Gewalt, die verfassungspoetisch vom Volk ausgeht, dorthin wandern, wo sie niemanden stört. Die herrschende Bourgeoisie – wir handeln hier, notabene, vom Kapitalismus als dem vorläufigen Endstadium der Geschichte – formuliert die Staatsziele und überträgt ihre Exekution auf das Personal diverser zuverlässiger Parteien, die sich mit der öffentlichen Meinung (das heißt: den von der werbenden Wirtschaft kontrollierten Medien, darunter auch den sogenannten Demoskopen) die Aufgabe teilen, das Volk durch Lob und Tadel und, wenn nötig, durch massive Einschüchterung von der Wahl politökonomisch unproduktiver Kräfte abzuhalten.

Das funktioniert. Nur so erklärt sich das rhythmische Auftauchen und Verschwinden rechtsextremer Parteien etwa in der Bundesrepublik. Ende der Sechziger hatte es die NPD binnen kürzester Frist zu zweistelligen Wahlergebnissen gebracht, weil einige der Wähler, aus deren Mördergrube die Partei sprach, die Tatsache, daß die NPD legal auftreten konnte, als Legitimation mißverstanden hatten. Erst nachdem alle staatstragenden Parteien und Journalisten ein paar Monate lang Pfui! gerufen hatten, verkrochen sich die Naziwähler wieder in die Löcher, die ihnen bei Union, Sozialdemokratie und Liberalen offenstehen.

Das funktioniert besser, wenn die staatstragenden Parteien solchen Wählern Anhaltspunkte bieten, indem sie entsprechendes Personal bereithalten: Gauweiler und Möllemänner. Hin und wieder kommt es an diesen prekären Stellen zu Zwischenfällen, wie jüngst bei der Aufnahme des Landtagsabgeordneten Karsli in die FDP. Ermutigt von seinem CDU-Kollegen Blüm, der Israel angeklagt hatte, es führe einen »Vernichtungskrieg«, hatte Karsli der israelischen Armee »Nazi-Methoden« vorgeworfen und eine »israelische Lobby« entdeckt, die »den größten Teil der Medienmacht in der Welt« innehabe und »jede noch so bedeutende Persönlichkeit kleinkriegen« könne. Möllemann in seinem dunklen Drange fand das prima. Er holte Karsli in seine Partei, erklärte, daß am Antisemitismus die Juden schuld sind, nämlich Herr Friedman, und nie zuvor zählte die FDP mehr Eintritte (knapp 450) als in dieser einen Woche. Weil aber die Liberalen denn doch eher der Deutschen Bank gehören als dem Möllepen, und Daimler-Chrysler auch morgen noch in New York ein paar Limousinen absetzen will, wurde dem nordrhein-westfälischen Volksempfänger der Stecker rausgezogen.

Nicht anders als bei der NPD war es bei den Republikanern gegangen, deren Gründer Schönhuber, populärer noch als Möllemann und ein erstklassiger Vertreter des Typus »der anständige Deutsche«, klagen mußte, die Herrschenden hätten ihn mit verleumderischen Propagandakampagnen niedergemacht. Er hatte damit nichts als recht und mußte doch verschwinden. Gerhard Frey, dem Idol der alten Wehrmachtssoldaten und der Vertriebenen, einem guten Kameraden des Grundgesetz-Kommentators Theodor Maunz von der CSU, ging es nicht besser, und auch der braune Horst Mahler hat sein

Wunder schon erlebt, als von den 15 Prozent Sympathisanten der NPD in Sachsen-Anhalt nicht einmal jeder dritte sich in der Wahlkabine noch traute.

Warum hat, was in Deutschland bislang so gut funktioniert, bei Le Pen, der allein gegen einen von allen Parteien unterstützten Kandidaten der Rechten immer noch 17 Prozent holen konnte, nicht ganz geklappt? Weil in Frankreich eine Tradition der Renitenz existiert, die bei den Strammstehern diesseits des Rheins unbekannt ist. Wie sich generell in den rechtsextremen Parteien der verschiedenen Länder nicht nur die Gemeinsamkeit der Völker (Rassenhaß, Sadismus, Sozialneid, Antisemitismus) ausdrückt, sondern auch historisch gewachsene Eigenheiten. So wenn der Niederländer Fortuyn die Moslems jagen wollte, seine Kollegen von der NPD aber die Juden und der Front National beide.

Auf den Willen des Volkes setzen auch manche Linke, und sie tun dies, indem sie den Massen der Ausgebeuteten, dem Proletariat (später: den Lohnabhängigen), jenen qualitativen Sprung in die Rolle des revolutionären Subjekts zutrauen, von dem Marx im *Kommunistischen Manifest* gesprochen hat. Leider hat der Fortschritt der Bewußtseinsindustrie die Gleichung, in der das Sein das Bewußtsein bestimmt, in den letzten hundertfünfzig Jahren derart aus der Balance geworfen, daß der Kalauer, statt des Seins bestimme das Schwein das Bewußtsein, der Realität oft näher ist. Heute erkämpft der Prolet, der sich von dem Übel selbst erlösen soll, das Menschenrecht auf den Spuren, die der Redakteur von der »Bildzeitung« hinterläßt.

Linker Populismus ist ein Widerspruch in sich. Populär ist der Haß auf Menschen, die anders sind als Herr und Frau Mustermann. Daß zu den anderen auch die Reichen gehören, macht den Haß des Mobs nicht zum Klassenbewußtsein. Wer sich solchen Volkswillens bedient, ebnet den Weg nicht zum Kommunismus. Es ist wie beim Kampf gegen die Fremdherrschaft, in dem man die Herrschaft nicht los wird, aber vielleicht die Fremden. Im Bündnis mit dem Mob wird man das Kapital nicht los, aber vielleicht die Juden. Oder die Kanaken. Oder die Schwulen.

Hundert antisemitische Spruchbänder in einer Demonstration von drei Millionen sind hundert zuviel. Besser keine Demonstranten als drei Millionen, die das hinnehmen. Nach der Revolution, wo wir dann alles schon in Ordnung bringen werden, ist vor der Revolution, oder es sei auf sie gepfiffen.

Konkret 06/02, S. 10

Herrschaftszeiten

Triebtäter (1)

1. Februar, »Bild«:

US-Präsident Georg W. Bush (55) will Amerikas Jugend vom Sex abhalten. Um ungewollte Schwangerschaften und Geschlechtskrankheiten zu verhindern, investiert Bush 135 Millionen Dollar in sogenannte Enthaltsamkeits-Projekte. Dort lernen junge Mädchen, daß Sex vor der Ehe Leib und Seele schadet.

Triebtäter (2)

27. März, »Altbundeskanzler« Helmut Schmidt in »Bild«:

Sicherlich war mir nicht in die Wiege gelegt, ein pflichtbewußter und verantwortungsbewußter Mensch zu werden. Damals, unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, kamen Leute in die Parlamente und in die Regierungen der europäischen Staaten, die den Krieg erlebt hatten. Es waren zum Teil junge Leute – ich war auch erst 27, als ich aus dem Krieg wiederkam – , aber sie hatten schon ein Schicksal hinter sich. Das kann man von den Heutigen nicht sagen. Meine Idealvorstellung, die in Wirklichkeit nicht realisiert werden kann, wäre, daß jeder junge Mensch zu dienen hat.

Fischers Freunde

1. April, »Financial Times«:

Die UCK hat mittlerweile die Provinz (Kosovo) von den meisten Serben und Roma gesäubert. Die Juden von Pristina sind nach Serbien geflohen. Die ethnischen Türken sind vertrieben. Katholische Albaner berichten von Gewalttätigkeiten gegen sie, und der britische General Mike Jackson spricht heute von »unerhörten Verbrechen«, die gleichermaßen von Serben und Albanern begangen worden seien. Selbst einige albanische Intellektuelle sind aus Furcht vor der UCK nach Belgrad geflohen, der einzigen großen multiethnischen Stadt in der ganzen Region.

Das ist nicht der Kommunalwahlkampf in Uganda

Kommentator der TV-Sendung »Das!« des NDR zur Balgerei zweier Gorillas

Deutschstunde

4. April, »Westdeutsche Allgemeine Zeitung«, Leitartikel:

Wie israelische Soldaten mit palästinensischen Bürgern umspringen, ist nicht jüdisch, sondern barbarisch. Wenn ein Rassist jemand ist, der Vorurteile gegen Andersdenkende, Andersgläubige oder Andersaussehende belebt, ist Sharon ein Rassist. Wenn Antisemit jemand ist, der den dumpfen Zorn gegen Juden anheizt, ist Sharon ein Antisemit.

Nobelesse dynamite oblige

7. April, AFP:

Mitglieder des Nobelpreis-Komitees in Oslo haben Bedauern geäußert, den israelischen Außenminister Shimon Peres 1994 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet zu haben. »Ich wünschte, es wäre möglich, den Preis zurückzufordern«, sagte Hanna Kvanmo. Zwei weitere von fünf Komiteemitgliedern äußerten sich ähnlich. Peres war mit Palästinenserchef Jassir Arafat und dem damaligen israelischen Premier Izchak Rabin ausgezeichnet worden.

Ohne Möllemann (1)

19. April, Pressemitteilung der NPD:

Am Freitag fand in Greifswald eine Demonstration der arabischen Studentenschaft gegen den israelischen Terror in Nahost und der illegalen Besetzung (? – die Red.) palästinensischer Gebiete durch die Israelis und ihre Vasallen statt. Mit Genehmigung der Versammlungsleitung nahm auch die NPD Greifswald an dieser Protestkundgebung teil. Zahlreiche Gespräche mit arabischen Funktionären, aber auch mit sogenannten politischen »Gegnern« wurden geführt. Forderungen und Argumente wie »Sharon-Kindermörder«, »Israel-Kindermörder« oder »Raus-raus-raus-raus aus Palästina« schallten

durch die Hansestadt.

Wanted

20. April, »Tageszeitung«:

Bei der Londoner Justiz ist zweimal beantragt worden, den früheren US-Außenminister Henry Kissinger zu Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika zu vernehmen. Nach ihrem spanischen Kollegen Baltasar Garzón hat auch die französische Untersuchungsrichterin Sophie-Hélène Chateau ein Gesuch an die Behörden gerichtet. Den USA wird vorgeworfen, während des Kalten Krieges Putschisten in Lateinamerika unterstützt zu haben. Kissinger soll aussagen, inwieweit er in seiner Zeit als US-Außenminister von 1973 bis 1977 von den Verbrechen gewußt hat. Die französische Richterin untersucht Fälle von fünf Franzosen, die seit der Pinochet-Diktatur in Chile vermißt werden. Die Ermittlungen Garzóns richten sich gegen die »Operation Condor«, bei der die Militärjuntas verschiedener Staaten politische Gegner gemeinsam verfolgt und ermordet haben sollen.

Soldaten sind Nazis

22. April, AFP:

Wegen Grölens rechtsextremer Parolen zum Geburtstag von Adolf Hitler hat die Polizei in Bochum zwei 19 und 23 Jahre alte Bundeswehr-Soldaten festgenommen. Der jüngere war bereits im vergangenen Jahr wegen eines ähnlichen Delikts aufgefallen.

Soldaten sind was noch?

24. April, »Hamburger Abendblatt«:

Was wird Soldaten nicht alles eingetrichtert und befohlen. Daß sie bei einer »Wassertiefe von 80 Zentimetern selbständig mit Schwimmbewegungen« zu beginnen haben, ließ die Bundeswehr noch vor sechs Jahren per zentraler Dienstvorschrift 3/11 ihre Kämpfer wissen. Und die Weisheit, daß bei »zunehmender Dämmerung mit Dunkelheit zu rechnen« sei, findet sich in den vertraulichen Gefechtsvorschriften der US-Streitkräfte.

Die größte ethnische Säuberung in der Geschichte des 20. Jahrhunderts

---

»FAZ« über die Entfernung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei

Tazsachen

27. April, »Tageszeitung«:

Bis heute hält sich die Legende von der »Isolationshaft« der Gefangenen im Hochsicherheitsgefängnis Stuttgart-Stammheim – zu Unrecht, wie der ehemalige Justizvollzugsbeamte Horst Bubeck berichtet, der damals für den Terroristentrakt mit zuständig war ... Unüberhörbar hätte Bubeck die Mär von der Isolationshaft zum Verpuffen bringen, das System von Vergünstigungen belegen können, die den RAF-Gefangenen von der Justiz gewährt wurden und, so Bubeck, »in der ganzen deutschen Knastgeschichte einmalig sind«.

Schlesien ist unser

Mai, Günter Grass in »Literaturen«:

Es wäre die Aufgabe einer Nationalstiftung, das, was geographisch als Land weggefallen ist, in der kulturellen Substanz zu pflegen.

Deutsche Würdenträger unter sich

2. Mai, »Tagesspiegel«:

Vor dem Berliner Landgericht hat der Prozeß um Gewaltausbrüche innerhalb der rechtsgerichteten Szene Berlins begonnen. Zwei Auszubildende im Alter von 19 und 21 Jahren müssen sich wegen Körperverletzung und Erpressung verantworten. Sie hatten ihr mittlerweile 21 Jahre altes Opfer, einen Neonazi, nach einem Streit mit Stahlkappenschuhen gegen den Kopf getreten. Nach den Ermittlungen waren dem Neonazi seine gelben Schnürsenkel zum Verhängnis geworden. Gelbe Schnürsenkel gelten in der rechten Szene als Zeichen für Führertreue. Den Ermittlungen zufolge hatte

sich der Hauptangeklagte dahingehend geäußert, daß das Opfer diese Senkel nicht verdiene bzw. ihrer nicht würdig sei.

So wird der deutsche Wohlstand verfrühstückt. Das können wir uns nicht bieten lassen

---

Hamburgs Polizeisenator Ronald Schill über arbeitslose Ausländer

Vorm Spiegel

6. Mai, »Der Spiegel«:

Die jüdische Philosophin und Holocaust-Forscherin Hannah Arendt wurde in ihrem deutschen Verlag von einem früheren SS-Obersturmbannführer betreut ... Die getippten Zeilen kommen freundlich daher, und würde sie nicht ein ehemaliger SS-Obersturmbannführer schreiben, wären sie ganz unverfänglich. Es sei, lobt der einstige Nationalsozialist 1964 die Davongekommene, »tröstlich und ermutigend, daß Sie da sind und wie Sie da sind«. Absender ist Hans Rößner, langjähriger Verlagsleiter des Piper-Verlags, Adressatin die berühmte Philosophin Hannah Arendt. Seit 1958 erschienen ihre Bücher in dem Münchner Verlag, darunter auch die Übersetzung ihres aufsehenerregenden Reports über den Prozeß gegen SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann in Jerusalem. Arendt wußte nicht, daß der Mann, mit dem sie darüber und über andere Manuskripte jahrelang korrespondierte, ein ehemaliger Kollege Eichmanns aus dem Reichssicherheitshauptamt war.

Hinterm Spiegel

Februar 1997, Otto Köhler in KONKRET:

In den ARD-Tagesthemen fragte Sabine Christiansen den »Spiegel«-Herausgeber nach seinen SS-Offizieren. »Es sind drei richtige Fälle«, antwortete Augstein der Moderatorin, »die kann ich erklären ... Georg Wolff, der war nie Nationalsozialist, er war ein naiver Europäer. Er hat mich beschimpft, weil ich so national sei, und niemand hat über die Achse de Gaulle/Adenauer so anrührend geschrieben wie er. Er war ein großer Journalist. Und litt bis zuletzt an der unbestreitbaren Tatsache, daß er Hauptsturmführer im SD gewesen war. Ich hake diesen Fall auch ab.« Auch? Und abhaken? Ja! Die SS kämpfte schließlich schon immer für Europa. SS-Hauptsturmführer Georg Wolff hoch oben in Norwegen beim SD-Einsatzkommando – als 19jähriger war er schon in der SA, und seit 1936 arbeitete er für den SD.

Nachtrag: Als der »berühmte Philosoph« Max Horkheimer kurz vor seinem Tod vom »Spiegel« zum Gespräch gebeten wurde, saß ihm als Interviewpartner gegenüber: SS-Hauptsturmführer Georg Wolff vom SD-Einsatzkommando Augstein.

Eugen Drewermann, Uri Avnery, Ludwig Watzal und viele mehr – ohne euch gingen mir zur Zeit manchmal die Argumente aus. Danke

---

Konstantin Wecker, Sänger

Fortbildung

7. Mai, »Berliner Zeitung«, Dialog zwischen einem Richter und einem Zeugen im Amtsgericht Tiergarten:

Was tun Sie? – Mach' eine Umschulung vom Arbeitsamt. – Wozu? – Zum Maurer. – Was ist der erlernte Beruf? – Maurer. – Vom Maurer zum Maurer? – Ja. Das Arbeitsamt hält das für richtig, damit ich aus der Statistik rausfalle.

Ohne Möllemann (2)

13. Mai, DPA:

In den ersten drei Monaten des Jahres haben die Behörden in Deutschland 127 Fälle antisemitischer Übergriffe und Hetze registriert.

Verwertung des Werts

16. Mai, »Hamburger Abendblatt«:

Ein Bild von US-Präsident George W. Bush sorgt in der amerikanischen Hauptstadt für Entrüstung. Die scharfe Kritik, besonders von Seiten der Demokratischen Partei, gilt der Vermarktung des Bildes, das den US-Präsidenten während eines Telefongesprächs mit seinem Vize Dick Cheney an Bord von »Air Force One« am 11. September 2001 zeigt. Bushs Republikanische Partei hatte das Foto, zusammen mit zwei anderen Bildern des Präsidenten, Anhängern »in limitierter Auflage« angeboten, wenn sie mindestens 150 Dollar spenden. Nach Meinung von Steve Schmidt, dem Sprecher des

Nationalen Komitees der Republikaner, »ein völlig normaler Vorgang«. Der ehemalige Vizepräsident Al Gore, der Bush in der knappsten Wahl der US-Geschichte im November 2000 unterlegen war, dazu wörtlich: »Während ein Bild normalerweise mehr sagt als tausend Worte, sagt ein Foto, das Kapital schlägt aus einem der tragischsten Augenblicke unserer Geschichte, nur ein Wort: schändlich.«

Stiere gegen Wehrmacht

»El Mundo« zum Fußballspiel Real Madrid gegen Bayern München

Konkret 06/02, S. 12

Georg Fülberth

Bluff, Kitsch und Affirmation

»Ein Kommunistisches Manifest für unsere Zeit« wird Michael Hardts und Antonio Negris »Empire« genannt. Ist dieser Kommunismus mehr als Extasy für den Szenedenker? Oder sind Hardt und Negri für die neue Weltordnung nur, was Horaz und Vergil fürs Imperium Romanum waren?

Event

Es dürfte kein großes Feuilleton mehr geben, das nicht mindestens einen Artikel über das Buch *Empire* von Michael Hardt und Antonio Negri gebracht hätte. Im Frühjahr 2002 erschien auch eine deutsche Übersetzung, sozusagen auf internationalen Druck: Zunächst war in der BRD kein Verlag in Sicht, der es wagen wollte. Nachdem aber der Erfolg in den USA und Großbritannien unübersehbar war, hiesige Leserinnen und Leser sich in großer Zahl die englische und französische Ausgabe kauften oder sich die Internet-Version herunterluden, wußte der Campus Verlag, daß er kein Risiko einging.

KONKRET war schneller, oder – wenn sich der richtige Zeitpunkt nach dem Verlauf einer Konjunktur bemißt – zu schnell. In Heft 2/2001 besprach Lars Quadfasel die englische Fassung von *Empire* und kam zu dem Ergebnis, die beiden Autoren litten an einem »Realitätsverlust beinahe Daumschen Ausmaßes«. Einer der beiden deutschen Übersetzer ist Thomas Atzert. Noch 2001 begnügte er sich in der Zeitschrift »1999« mit einem Referat des Inhaltes. Werbend wirkte allenfalls der Hinweis ganz am Schluß, *Empire* sei »vor allem eine Aufforderung zur Kritik«. Im »Argument« äußerten sich Sonja Buckel und Jens Wissel zu »permanenten kategorialen Ungenauigkeiten und größenwahnsinnigen Übertreibungen«.

Diese teils nüchternen, teils harten Urteile sind noch nicht von dem Event beeindruckt, zu dem *Empire* inzwischen geworden ist. Den Schutzumschlag der deutschen Ausgabe schmücken bereits begeisterte Zitate aus der »New York Times«, dem »Observer« und der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«. In New York, wo sich im Frühjahr 2002 »Socialist Scholars« aus aller Welt trafen, war die Veranstaltung mit Michael Hardt überfüllt. (Antonio Negri, der wegen angeblicher Beteiligung an den Anschlägen der »Brigate Rosse« zu 17 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, ist mittlerweile Freigänger, darf aber Italien nicht verlassen.) Hardt sprach in Berlin bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in der Deutschen Bank (auf Einladung des British Council und des »Economist«) und auf einem Meeting in der Volksbühne, das vom Campus Verlag und von der »Jungle World« veranstaltet wurde. Etwa 600 vor allem junge Leute lauschten bis weit nach Mitternacht dem Autor, der ihnen auf Englisch den »communism« empfahl, und sie waren teils animiert, teils sogar begeistert. Landauf, landab haben sich Lesegruppen zu *Empire* gebildet.

Was ist los?

Landnahme

Nicht der Gliederung, aber dem Inhalt nach zerfällt das Buch in drei Teile: einen diagnostischen, einen prophetischen und einen therapeutischen. Der erste ist der beste. Er enthält zwei Thesen:

Erstens: Der noch auf Nationalstaaten gestützte Imperialismus befinde sich im Übergang zum Empire. Es habe keinen territorial definierbaren Mittelpunkt. Auch die USA seien dies nicht. Das Empire sei statt dessen netzartig organisiert, ziele nicht auf einen Universalstaat, sondern allenfalls auf Interventionen, die häufig menschenrechtlich legitimiert würden.

Für Hardt/Negri ist dies eine neue Art Herrschaft, die sie ablehnen, die sie aber zugleich als *»einen Schritt nach vorn«*[1] verstehen. Jedenfalls sei es reaktionär, das Empire von einer lokalistischen, protektionistischen oder nationalistischen Position aus zu bekämpfen. Zu beseitigen sei es nur dadurch, daß es durchschritten werde. Daß der Nationalstaat keine Bedeutung mehr habe, sei gut.

Die zweite These handelt von *»Biomacht«* und *»Biopolitik«.* Hier muß erst einmal etwas erklärt werden.

Wer nur Zeitungen liest, nicht aber Foucault, Deleuze und Guattari, könnte vermuten, es gehe um die Eingriffe von Big Science und Big Business in den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur mithilfe von Pharmazie, Gentechnologie und Neurologie sowie um die politischen Versuche, dies zu befördern, zu verhindern oder zu »gestalten«. Biomacht bei Hardt/Negri aber kommt nicht (oder wenigstens nicht ausschließlich) von Biologie, sondern von Bios, vom Leben selbst.

Sie beziehen sich auf Foucaults Untersuchungen, in denen dieser nachweisen wollte, wie seit dem Beginn der Neuzeit die Macht – Staat und Kapital – sich gleichsam in den einzelnen Menschen einnistete, anstatt ihnen nur als Unterdrückung von außen gegenüberzutreten. Das Empire, das hier nicht nur eine außenpolitische Instanz ist, nimmt in den Individuen Platz, unterwirft sie zwar, ist aber zugleich von ihnen abhängig: Ohne sie wäre es nichts. Biomacht sei, so Hardt/Negri in Modifikation eines Begriffs von Marx, *»lediglich eine andere Bezeichnung für die reelle Subsumtion der Gesellschaft unter das Kapital, und beide sind Symptome der globalen Produktionsordnung«.* Die Gesamtheit der Individuen, in denen das

»Leben« zum Ausdruck kommt, heißt »die Menge« (multitude). Sie sei zugleich Subjekt und Objekt von Herrschaft. Die Doppelinstanz, in der die Macht des Empire und die Interessen der einzelnen sich treffen, wird »das Begehren« genannt.

Wer will, kann von Ambivalenz sprechen, Hardt/Negri drücken das lieber so aus, daß Freiheit und Herrschaft jetzt ineinander fallen. Dies sei die Besonderheit der Periode, die sie die *»Postmoderne«* nennen. In der Vorgängersituation – der *»Moderne«* – sei das Leben der Macht eben nicht reell, sondern nur formell – äußerlich – subsumiert gewesen. Allerlei altmodische Herrschaftsinstanzen können jetzt entfallen.

Freiheit pur entsteht dadurch noch lange nicht. Die Entkolonialisierung entzog große Landstriche der ausschließlichen Unterwerfung unter eine einzige Herrennation und lieferte sie statt dessen der Gesamtheit des kapitalistischen Weltmarkts aus; die Zerschlagung von Autoritäten 1968 ff. arbeitete den heutigen »flachen Hierarchien« bei der Profitproduktion zu; die Beseitigung der kodifizierten Form des Rassismus schafft diesen nicht ab, macht ihn aber flexibler: Er funktioniert nicht mehr aufgrund politischer Setzung, sondern nach Markterfordernis. Und diejenigen, die sich in neuer Ausbeutung wiederfanden – als formell Befreite – haben selbst dafür gekämpft: *»Die Menge rief das Empire ins Leben.«*

Die beiden Hauptthesen sind nicht völlig neu. Hardt/Negri tragen sie mit dem Gestus historisch-materialistischer Kritik vor. Die besteht bekanntlich nicht darin, Nachteile einer Ordnung zu beklagen, sondern die immanente Tendenz zur Selbstaufhebung und die diese bewirkenden Kräfte sichtbar zu machen. Die beiden Autoren lösen ihre Aufgabe durch die Verabreichung einer Designerdroge, die in der Packungsbeilage als *»Kommunismus«* ausgewiesen wird.

High sein, frei sein

Für die Fülle der hier und im nächsten Abschnitt folgenden Zitate bitte ich vorab um Nachsicht. Wer das Buch selbst zur Hand nimmt, wird einräumen, daß ich zurückhaltend bin.

Das Empire, so erfahren wir, ist in Wirklichkeit arm dran. Indem es sich das Leben der vielen einzelnen subsumierte, ist es zugleich unter diese subsumiert. Wir können heute schon sehen, *»wie das Empire die grausamen Regime moderner Macht wegwischt und sich das Potential der Befreiung verstärkt.«* Hier artikulieren sich *»die Belange des Lebens selbst«.* Das hilflose *»Volk«* der nationalstaatlichen Moderne transformiert sich in die mächtige *»Menge«.* Zu ihr gehören *»die Armen«*, die *»Emigranten«,* der *»Kreis aller Ausgebeuteten und Unterdrückten«*, und diese wiederum sind identisch mit der Menschheit, auf keinen Fall natürlich auf die traditionelle Arbeiterklasse beschränkt: *»Durch die Postmodernisierung der globalen Ökonomie wird der Reichtum mehr und mehr durch das geschaffen, was wir biopolitische Produktion nennen, durch die Produktion des gesellschaftlichen Lebens selbst.«* Nichtregierungs-Organisationen *»finden ihr Feld im Humus der Biomacht«.*

Das Empire ist zum Parasiten geworden, der von der Menge abgetan werden kann. Als *»Kontrollgesellschaft«* wird es auf die Dauer nicht mit der *»Generation«* – das ist die *»Macht der Erzeugung«* – fertig. Noch verfügt es über die Atombombe, das Geld und die Kommunikationsmittel. Aber gerade letztere sind nur noch dadurch zu halten, daß sie sich de facto in der Verfügung der *»Menge«* befinden: *»Indem sie ihre eigenen schöpferischen Energien ausdrückt, stellt die immaterielle Welt das Potential für eine Art des spontanen und elementaren Kommunismus bereit.«* Politik wird aus ihrem bisherigen Zynismus befreit und zeigt sich als *»die Macht von Generation, Begehren und Liebe«.* Die Globalisierung wechselt sozusagen die Seite: *»In einer Art säkularem Pfingstfest vermischen sich die Körper, und die Nomaden sprechen eine gemeinsame Sprache.«* Es dürfte sich um eine Art Love Parade in ihrem Anderssein handeln.

Der – recht seltene – Blick zurück in die Geschichte der realen Kämpfe ist ähnlich beschwingt wie die Wahrnehmung von Gegenwart und Zukunft. Wer sich von empirischem Ballast befreit, kann die Auseinandersetzungen der sechziger und siebziger Jahre so sehen: *»Das auf imperialistischem Gebiet geformte Proletariat trat nun selbst organisiert, bewaffnet und gefährlich in Erscheinung.«* Das werden wohl weiße Mäuse gewesen sein.

Im letzten Abschnitt ihres Buchs stellen Hardt und Negri drei sympathische Forderungen auf, mit denen sie Anschluß an aktuelle Bewegungen finden: Es geht um *»das Recht auf eine Weltbürgerschaft«, »das Recht auf einen sozialen Lohn«* und *»das Recht auf Wiederaneignung«.*

Durch ihre Darlegungen über das Verhältnis von Herrschaft und Fortschritt der Freiheit im Empire haben sie uns selbst Mittel an die Hand gegeben, um die Reichweite dieser Parolen zu überprüfen: Weltbürgerschaft könnte – natürlich gegen die Absicht der Autoren – sich in der Tatsache erschöpfen, daß die Beweglichkeit der Arbeitskraft derjenigen des Kapitals endlich nachkommt. Vom sozialen Lohn – *»einem garantierten Einkommen für alle«* – mag demnächst auch bei denjenigen die Rede sein, die Stütze und Arbeitslosenhilfe zusammenwerfen wollen. Vor solcher Verkürzung und Vereinnahmung sind diese beiden Forderungen nur sicher im Licht der dritten: *»Wiederaneignung. Dies meint zuallererst das Recht auf Wiederaneignung der Produktionsmittel.«* Letztere stehen den Produzenten nicht mehr einfach gegenüber: *»Die Menge benutzt nicht nur Maschinen zur Produktion, sondern wird auch selbst zunehmend zu einer Art Maschine, da die Produktionsmittel immer stärker in die Köpfe und Körper der Menge integriert sind. In diesem Zusammenhang bedeutet*

Wiederaneignung, freien Zugang zu und Kontrolle über Wissen, Information, Kommunikation und Affekte zu haben – denn dies sind einige der wichtigsten biopolitischen Produktionsmittel.«

An dieser – der vielleicht wichtigsten – Stelle ihres Buches argumentieren Hardt/Negri tatsächlich konzentriert, lassen sich nichts durchgehen, erkennen auch den Gegensatz zwischen dem, was sie als Chance verstehen, und seiner Aufhebung durch Integration ins Empire. Sie fahren fort: *»Doch die Tatsache allein, daß diese Produktionsmittel in der Menge selbst zu finden sind, bedeutet noch nicht, daß die Menge sie auch kontrolliert. Eher läßt das die Entfremdung davon noch niederträchtiger und verletzender erscheinen. Das Recht auf Wiederaneignung ist somit in Wahrheit das Recht der Menge auf Selbstkontrolle und autonome Eigenproduktion.«*

Die revolutionäre Substanz wird bei Hardt/Negri durch eine lateinische Vokabel bezeichnet: *»posse«* = können. Von da führt der Weg zur *»potentia«,* die in der Gegenwart schon da ist. *»Das einzige Ereignis, auf das wir immer noch warten, ist dasjenige der Errichtung oder genauer: der revolutionären Erhebung einer mächtigen Organisation.«* Diese Stelle mag Slavoj Zizek unter anderem gemeint haben, als er behauptete, *Empire* sei »ein ›Kommunistisches Manifest‹ für unsere Zeit«.

Affirmation

Der Vergleich mit dem Vorbild zeigt allerdings vor allem Unterschiede. Anstatt – wie im »Manifest der Kommunistischen Partei« von 1847/48 – Sturz von Herrschaft haben wir bei Hardt/Negri deren Neuinterpretation durch die Intellektuellen und umkehrende Anverwandlung sowie Vermeidung durch die *»Menge«,* und zwar nicht notwendig, da »bei Strafe des Untergangs«, sondern als Option. Marx und Engels beschreiben einen langen historischen Prozeß, Hardt/Negri eine Gegenwart, in der der Kommunismus schon präsent ist: *»Das Empire behauptet, Herr dieser Welt zu sein, weil es sie zerstören kann. Was für eine Illusion! In Wahrheit nämlich sind wir die Herren dieser Welt, weil unser Begehren und unsere Arbeit sie fortwährend neu erschaffen.«*

Da ist was dran, nämlich dann, wenn wir dieses »Wir« genauer bestimmen. In den *»Armen«,* die von Hardt/Negri dazugerechnet werden (plus von ihnen nicht erwähnte Berufsgruppen, zum Beispiel Fleischereifachverkäuferinnen), hat das Empire wohl nur in unzureichendem Maße jene – von ihnen selbst erzeugten – Potenzen deponiert, die sie zugleich zu Herren machen könnten. Besser steht es da schon mit uns anderen – Leser(innen) und Autor(innen) anspruchsvoller Zeitschriften, Computer-Intellektuellen, Studierenden und Lehrenden aller Richtungen, Investmentbankern sämtlicher Etagen – , insbesondere mit denen, die in der »postmodernen« Produktion über Verhaltens- und Zeitsouveränität verfügen. Hardt/Negri zählen sie ebenfalls zur Menge, und ihre – also unsere – Lebensbedingungen könnten wir, wenn wir wollten, durchaus als kommunistische bezeichnen (denn es hindert uns niemand daran). Die Autoren schreiben uns zu, daß wir unsere Entfremdung von den in uns abgelagerten Produktionsmitteln als verletzend und niederträchtig empfinden, aber das muß vielleicht gar nicht sein:

Auf den »Berliner Seiten« der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Deutschland« wurde im März 2002 das Protokoll eines *Empire*-Lesezirkels veröffentlicht. An diesem nahmen teil: ein Journalist, ein Filmemacher, der zugleich Buchhändler und Kritiker ist, ein Philosoph, ein Verleger, eine Filmemacherin und eine Literaturwissenschaftlerin. Der Verleger führte aus: »Und jetzt gibt es plötzlich dieses Buch, das sagt: Super, die Globalisierung hat uns total geholfen. Endlich, die ganzen Träume der Internationalen sind wahr geworden, seit sie der Kommunismus à la Stalin verraten hat. Damit ist man zum ersten Mal wieder mit etwas anderem beschäftigt, als seine Lebensumstände zu kritisieren.« Hier wird *Empire* zum Wellness-Ratgeber für eine in den OECD-Ländern doch schon recht erhebliche Schicht.

Darauf ließe sich mit Zitaten antworten, in denen Hardt/Negri ihren Kommunismus einer von ihnen abgelehnten aktuellen Realität entgegensetzen. Das sind aber verbale Verwahrungen, die der Grundkonstruktion ihres Buches entgegenstehen. Ihr Empire ist *»hybrid«:* eine Kreuzung aus – angeblich oder tatsächlich – vergangenem Imperialismus und ihrem speziellen Kommunismus.

Mag es kein richtiges Leben im falschen geben, freuen wird man sich ja wohl noch dürfen. Auf der letzten Seite verweisen Hardt/Negri auf das Vorbild des Franz von Assisi und empfinden *»die nicht zu unterdrückende Leichtigkeit und das Glück, Kommunist zu sein«.* Wer in dieser Gesellschaft schon so gut drauf ist, braucht keine andere, darf sich aber gern so fühlen, als sei er (oder sie) schon fast drin.

Schwerer zu fassen als die Lifestyle-Affirmation ist die außenpolitische. Sie ist im Buch nur implizit entwickelt. In einem Teil der US-amerikanischen Publizistik und Politikwissenschaft wird zur Zeit die Rehabilitation eines »klassischen« Imperiumsbegriffs propagiert: nach dem Vorbild des römischen Reichs oder Großbritanniens im 19. Jahrhundert. Am 1. April 2002 brachte die New York Times einen Artikel mit der Überschrift: »›It takes an empire‹, say several U.S. thinkers«. Die Vereinigten Staaten befänden sich außenpolitisch nun in der Rolle Roms nach den punischen Kriegen, und sie müßten diese annehmen.

Hardt/Negri haben sich eine Identifikation des von ihnen geschilderten Herrschaftstyps mit den USA verbeten. Statt dessen sagen sie der *»Menge«,* daß das Empire deren eigenes Produkt sei. Die Konvergenz der beiden Diskurse ist denkbar, wenngleich das nicht mehr die Sache der beiden Autoren ist.

Laudatio

Als Kritik ist *Empire* ein Bluff, in seiner Verheißung Kitsch, als Analyse aktueller und sich abzeichnender Realität gleichermaßen scharfsinnig wie affirmativ.

Die literarische Würdigung des Buches mag anders ausfallen. Als essayistisches Werk gehört *Empire* zur Romantischen Schule im vom klassischen und nachklassischen (nicht so sehr vom höhnenden späten) Hacks herausgestellten überhistorischen Sinne. Deren Essenz bestehe, so war bei jenem zu lernen, in der Affirmation eines neuen Weltzustandes (einst: des jungen Kapitalismus, hier: des Empire), indem bisherige Souveränität negiert, die sich anbahnende Form von Herrschaft in einer verhimmelnden Art aber als schon wieder aufgelöst erklärt wird.

Eine Nominierung für den Literatur-Nobelpreis wäre angebracht. Nachdem 1902 Theodor Mommsen für seine »Römische Geschichte« damit ausgezeichnet wurde (auch dieser Autor sah ein Reich kommen: Er wollte Caesar plus Demokratie und bekam Bismarck), könnte es nicht abwegig sein, wenn hundert Jahre später auch einmal erörternder Prosa diese Ehre zuteil würde. Es wäre ein politisches Signal: Was Horaz und Vergil als Herrschafts-Intellektuelle für den Kaiser Augustus waren, sind Michael Hardt und Antonio Negri für die Neue Weltordnung.

Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung.* Aus dem Englischen von Thomas Atzert und Andreas Wirthensohn. Campus Verlag, Frankfurt/Main und New York 2002, 461 S., gebunden, 35,90 Euro.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 5/02 über die Gefangenen aus der RAF

Konkret 06/02, S. 15

Jürgen Elsässer

Oldies but Goodies

Die alte Linke kehrt zurück, und mit ihr die größten Hits der zwanziger, dreißiger und sechziger Jahre: Klassenkampf, Antiimperialismus, Krieg dem Krieg. Aber ist das nicht alles antisemitisch?

Das Proletariat hat ein Comeback – und was für eins: In Venezuela schlagen Proleten und Tagelöhner aus den Slums von Caracas den CIA-gesponserten Putsch gegen den linken Präsidenten Chávez zurück, Eliteeinheiten der Fallschirmjäger schließen sich der Konter-Konterrevolution an. Wer denkt da nicht an Portugal 1974, Grandola Vila Morena, und die Landarbeiter des Alentejo? Trabajadores al poder ...

Bandiere rosse auch in Italien: Drei Millionen demonstrieren auf den Straßen Roms, das gab's nach dem Zweiten Weltkrieg noch nie. Die lange totgesagten Gewerkschaften haben, unterstützt von den Kommunisten, mehr auf die Beine gebracht als die Neue Linke samt Frauen-, Ökologie- und Vegetarieranhang selbst zu ihren Glanzzeiten.

Dasselbe Bild in Frankreich: Wo die Linke am Arbeiterkampf festhält – auf französisch: Lutte ouvrière – , laufen ihr die Leute zu. Die Trotzkistin Arlette Laguiller beginnt jede ihrer Reden mit dem Satz: »Arbeiter, Arbeiterinnen, man belügt euch, man beutet euch aus!« Sie ist damit so populär geworden, daß sie in der Bevölkerung mittlerweile – als einzige Politikerin – mit dem Vornamen genannt wird. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt sie knapp sechs, ein weiterer trotzkistischer Bewerber über vier Prozent. Die einst glorreiche KP wurde auf dreieinhalb Prozent frikassiert. Ihr Niedergang in den letzten Jahren verläuft parallel zu ihrer Öffnung für die Modethemen der Gauche plurielle und verschärfte sich durch die Beteiligung am Kabinett Jospin.

Gorbatschows Slogan »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben« hat sich gräßlich blamiert: Wer sich – Tempo, Tempo – den postmodernen Zeiten anpaßte, landete zuerst auf den Titelseiten der Illustrierten und zuletzt im Abfalleimer der Geschichte. Gorbi muß heute durch Stoibers Bierzelte tingeln. Wer an den linken Ladenhütern festhielt, steht nach kurzer Baisse besser da denn je. Den Zuspätkommern, den ewig gestrigen Altlinken, gehört die Zukunft. Würde Sahra Wagenknecht morgen mit Egon Krenz und zwanzig Rrriotgirrls aus Finsterwalde eine neue SED gründen, müßte Gysis bunte Truppe um ihre Direktmandate zittern. Wozu braucht den »Osterwelle« Bartsch, wer den Westerwelle schon hat? Dann lieber gleich die deutsche Arlette. Oder Michel Moos, den Altkommunisten, der für die Linke Liste in Freiburg bei den OB-Wahlen fast 15 Prozent holte.

Lenin: Rostet, aber schießt noch

Die Alte Linke ist mit ihren Theorien und Strategien in der Vergangenheit steckengeblieben – und das ist ihr Vorteil. Denn die Vergangenheit, der Manchesterkapitalismus, kehrt zurück. Die britische Investitionsberatungsfirma Taipan-UK (»Wir sind nicht um politische Korrektheit besorgt. Wir treffen keine moralischen Urteile. Unser Ziel ist lediglich, für Sie Geld zu machen.«) teilt ihren Kunden mit:

»Ein unaufhaltsamer Keil wird gerade durch das Herz Britanniens getrieben. Es ist ein Keil der Technologie und Kultur, der diese Nation in zwei sehr verschiedene Teile spalten wird: die, die haben, und die, die nichts haben, diejenigen, die den Sprung in die Wirtschaft der Zukunft und in den Profit schaffen, und diejenigen, die zurückgelassen werden, gefangen in sterbenden Regionen und in einer sterbenden Wirtschaft ...

In der einen Hälfte wird sich die Kriminalität ausbreiten. Häuser werden besetzt werden. Gangs vaterloser junger Männer und Jungen werden durch die Straßen ziehen. Die Menschen werden kürzere, schäbigere und ärmere Leben haben. Die Eigentumspreise werden fallen ... ganze Gebiete werden verlassen werden. Klingt nach einem innerstädtischen Ghetto? Überlegen Sie: Dies könnte in zehn Jahren Ihre Straße betreffen. Denn dieselbe Plage, die die Innenstädte zerstört hat, breitet sich in die Vorstädte aus.

In der Zwischenzeit, nur wenige Fahrtstunden entfernt von diesen lebenden Alpträumen, wird es einige der edelsten Umgebungen geben, die je auf diesem Planeten geschaffen wurden. Diese Enklaven des Friedens und der Prosperität werden durch die Geographie und elektronischen Festungsanlagen geschützt sein ... Regierungshaushalte werden bald zusammengestrichen werden – und das bedeutet, daß die Ausgaben für öffentliche Dienste noch mehr gekürzt werden als dies heute schon der Fall ist. Die Straßen werden nichts weiter sein als zerbrochener Asphalt und Schmutz. Gebäude werden niederbrennen aufgrund mangelnden Brandschutzes ... Private Firmen werden auftauchen und öffentliche Aufgaben übernehmen. Und Sie werden in der Lage sein, mit Ihrer Investition in diese ebenfalls zu profitieren ...

Bald wird es mehr als 100 verschiedene Kriege überall auf der Welt geben. Aber auch hier gibt es eine Profitmöglichkeit. So hat kürzlich eine Firma ein Gerät zur Entdeckung von Plastikbomben, die von Terroristen verwendet werden, entwickelt ...«

Das Zitat hat der indische Marxist Harpal Brar in seinem Buch *Imperialismus im 21. Jahrhundert* verwendet, ein Update von Lenins *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.* Der Stil ist kantig bis brachial, der Begriffsapparat rostig, bei der Beweisführung wird manchmal etwas nachgeholfen, Entertainment kann man nicht erwarten. Doch die klobige Erscheinung ändert nichts an der Effizienz dieses Werkes, so wenig wie bei den frühen Kalaschnikoffs: Die haben auch noch bei 40 Grad im Schatten in der Taiga und bei 30 Grad minus im sibirischen Eis gefeuert, und falls sie mal klemmten, genügten ein paar Hammerschläge, um sie wieder flott zu machen. Brar und vor allem Lenin wird man noch lesen, wenn Negris *Empire,* der Beichtspiegel für New Economy-Karrieristen mit schlechtem Gewissen, längst vergessen ist.

Marx: Krieg den deutschen Zuständen!

Klassenkampf und Antiimperialismus dürfen in der Leserschaft von KONKRET nicht auf ungeteilte Zustimmung hoffen. In den letzten zehn Jahren wurden andere Schwerpunkte gesetzt – mit tatkräftiger Unterstützung des Autors: der Kampf gegen die elende Vaterländerei, die besonderen Scheußlichkeiten der deutschen Nation in Vergangenheit und Gegenwart, die Untiefen des linken Nationalismus. »Nie wieder Deutschland« und »Links ist da, wo keine Heimat ist« hießen die entsprechenden Slogans, und sie werden heute gemeinhin als Gegensatz zum Evergreen »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« verstanden. Die »antideutsche« ist zur »proletarischen« Orientierung so stark in Widerspruch geraten, daß sich Hermann Gremliza in der letzten KONKRET sogar zu einer Polemik gegen die »Launen der Antisemiten und anderer Proletarier aller Länder« hinreißen ließ. Muß die Linke, die dem Antisemitismus wehren will, auch die Proleten bekämpfen?

Bei Marx kann man anderes lesen. Mit seiner Einleitung zur »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« hat er das Gründungsdokument einer antideutschen Linken geschrieben, und als solches ist es von mir und anderen oft zitiert worden. Kostprobe:

»Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings! Sie stehn unter dem Niveau der Geschichte, sie sind unter aller Kritik, aber sie bleiben ein Gegenstand der Kritik, wie der Verbrecher, der unter dem Niveau der Humanität steht, ein Gegenstand des Scharfrichters bleibt. Mit ihnen im Kampf ist die Kritik keine Leidenschaft des Kopfs, sie ist der Kopf der Leidenschaft. Sie ist kein anatomisches Messer, sie ist eine Waffe. Ihr Gegenstand ist ihr Feind, den sie nicht widerlegen, sondern vernichten will ... Es handelt sich darum, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und der Resignation zu gönnen. Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, die Schmach noch schmachvoller, indem man sie publiziert. Man muß jede Sphäre der deutschen Gesellschaft als die partie honteuse (den Schandfleck, Anm. J. E.) der deutschen Gesellschaft schildern, man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt! Man muß das Volk vor sich selbst erschrecken lehren, um ihm Courage zu machen.«

Dieser Text ist so volksfeindlich und antideutsch wie die letzten zwölf Jahre KONKRET. Doch er enthält noch ein anderes Element, nämlich die Orientierung auf das Proletariat. »Wo also liegt die positive Möglichkeit der Deutschen Emanzipation? Antwort: In der Bildung einer Klasse mit radikalen Ketten, einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, welche keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft ist ... Diese Auflösung der Gesellschaft als ein besonderer Stand ist das Proletariat ...«

Beide Elemente verbindet Marx: »Wie die Philosophie im Proletariat ihre materiellen, so findet das Proletariat in der Philosophie seine geistigen Waffen, und sobald der Blitz des Gedankens gründlich in diesen naiven Volksboden eingeschlagen ist, wird sich die Emanzipation der Deutschen zu Menschen vollziehn.«

Warum aber sollte gerade das Proletariat dazu prädestiniert sein, den »anti-vaterländischen« Pol der Gesellschaft zu bilden? Zogen die Proleten nicht 1914 begeistert in die Schützengräben? Andererseits: War nicht die Arbeiterklasse, in Relation zu allen anderen Klassen, am wenigsten anfällig für die Ideen des Faschismus? Waren die Arbeiter nicht in Frankreich, Italien und Spanien Träger der Résistance und selbst in Nazi-Deutschland nicht so nazi-fanatisch wie die Bürger, Bauern, Pfaffen, Studenten? Unabhängig von der historischen Empirie liefert die marxistische Theorie eine grundsätzliche, eine ökonomische Begründung: »Schon die internationale Arbeitsteilung, die Herausbildung der Weltwirtschaft löst objektive internationalistische Tendenzen im Kapitalismus aus. Das Proletariat ist der eigentliche Vollstrecker dieser Tendenzen ... Ob der Ausbeuter der eigenen Nation angehört oder einer fremden, ist vom Gesichtspunkt proletarischer Existenz aus gesehen zweitrangig. ›Die Proletarier ... haben in allen Ländern ein und dasselbe Interesse, einen und denselben Feind, einen und denselben Kampf vor sich, die Proletarier sind der großen Masse nach schon von Natur ohne Nationalvorurteile‹ (Marx).«

So schreibt Robert Steigerwald in der jüngsten Ausgabe der »Marxistischen Blätter«. Über die Argumentation des DKP-Cheftheoretikers ließe sich streiten und ist zu anderen Zeiten – erinnert sei an André Gorz' Abschied vom Proletariat Ende der siebziger Jahre – trefflich gestritten worden. Doch heute wird man kaum einen Gesellschaftskritiker finden, für den

diese Position überhaupt noch einen Streit wert ist, denn längst sind diese Arbeitertümler als Antisemiten entlarvt. Gerade für die Positionskämpfe innerhalb der Linken gilt das Motto: »Wer zuerst Auschwitz sagt, hat gewonnen!« So wurde die alte Linke unter einer Lawine von Auschwitz-Vorwürfen begraben, und mit ihr der Streit ums Proletariat, um Antikapitalismus und Imperialismus.

Gerne gestehe ich, daß sich auch aus meiner Feder viele Glossen und Essays finden lassen, die dem Imperativ folgen, es gälte beim Antisemitismus auch kleine Pflänzchen zu zertreten, bevor sie sich zum Urwald auswüchsen. Die Medizin, die ich zusammen mit Gremliza (und anderen) der Linken gegen ihren Antisemitismus zu schlucken gab, war immer bitter. Aber es war immer Medizin, die den Patienten heilen sollte, nicht um die Ecke bringen. Und: Seit dem Kosovokrieg hat sich etwas geändert: Fischer und Scharping haben einen sozialistischen Präsidenten einer Neuauflage von Auschwitz beschuldigt und damit einen Angriffskrieg gerechtfertigt, Pazifisten und Antimilitaristen wurden von ihnen und ihren Fellow-Travellers als willige Vollstrecker eines neuen Holocaust denunziert. »Nie wieder Auschwitz« wurde zum Totschläger gegen die Friedensbewegung, um die innergesellschaftliche Opposition gegen die Bundeswehrmacht und ihre Kriege zu delegitimieren. Wenn der Antisemitismusvorwurf zur Allzweckwaffe gegen alle Linken wird, muß derjenige differenzieren lernen, der an der Linken noch etwas retten will.

Adornos Testamentsvollstrecker

Wenn sich aber Gewerkschafter, Globalisierungsgegner oder Slumbewohner vorzugsweise über Börse, Banken und internationale Konzerne empören, also über das, im Nazi-Jargon, »volksfremde« oder »raffende Kapital« – gerät dann nicht automatisch »der Jude« ins Visier? Die Rätekommunisten der Zeitschrift »Wildcat« haben dagegen in ihrem Aprilheft richtig eingewandt: »Die Antideutschen« – »Wildcat« generalisiert hier, es sei geschenkt – »drehen das richtige Argument, wie es zum Beispiel Moishe Postone formuliert hat, der (moderne) Antisemitismus sei eine verkürzte, personalisierte Form der Kapitalismuskritik, um. So kommen sie zu dem falschen Schluß: ›verkürzte Kapitalkritik ist antisemitisch‹, den sie als Allzweckwaffe gegen jeden sozialen Kampf einsetzen. Verkürzungen in der Kritik des Kapitals gibt es viele: Keine Bewegung fällt fertig vom Himmel. Die Aufsässigen empören sich über Ungerechtigkeiten, gehen vielleicht einen Schritt weiter, radikalisieren sich und verstehen die selbst erlebte Ungerechtigkeit in ihrem Wesen und Zusammenhang – oder eben nicht. Aber die realen Verläufe brauchen die antideutsche Kritik gar nicht zu interessieren. Indem sie darauf hinweisen, daß die Kritik einer Bewegung am Kapitalverhältnis ›verkürzt‹ sei, können sie jede soziale Bewegung des Antisemitismus bezichtigen.«

Die Inflationierung des Antisemitismusvorwurfs gewinnt in Kombination mit der Absage an das Proletariat eine gefährliche Dynamik. Wenn wahlweise Arafat oder Saddam Hussein zum Wiedergänger Hitlers erklärt werden, gleichzeitig aber der Klassenkampf als Mittel zur Beseitigung dieser – auch ohne Hitler-Vergleich – nicht besonders sympathischen Zeitgenossen ausscheidet, gibt es keinen anderen Anti-Antisemitismus mehr als den Krieg. So wird die Nato zu Adornos Testamentvollstrecker.

Leider ist auch die alte Linke gegen den Bellizismus nicht gefeit. Ein Teil spielt selbst gerne Brauner Peter und gibt die Hitler-Karte zwar nicht an Saddam, wohl aber an Sharon weiter – eine Steilvorlage für die Sehnsüchte der Deutschen, ihre Geschichte zu entsorgen. Zwar setzt der rätekommunistische und trotzkistische Flügel der Traditionslinken zur Ablösung Sharons auf die israelische Arbeiterklasse, folgt also dem Schema der Klassiker. Eine andere und wachsende Gruppe aber ruft, wie im anderen Fall die postmodernen Linken, nach dem Eingreifen des Imperialismus. So könnte für die bisher relativ kriegsresistente PDS die Entscheidung über die Entsendung von Blauhelmsoldaten (und Schlimmerem) nach Israel/Palästina der erste Sündenfall werden.

Der Fehler der Traditionslinken besteht nicht darin, daß ihr Weltbild zurückgeblieben ist, sondern daß es zu wenig zurückgeblieben ist. Es reflektiert die Zeit zwischen 1945 und 1989, als kleinbürgerlich-reaktionäre Befreiungsbewegungen (wie die PLO) durch das Bündnis mit der UdSSR domestiziert waren. Tatsächlich entspricht die globale Konstellation nach der Zerstörung des Sowjetblocks eher der Zeit vor 1914, als eine Handvoll imperialistischer Räuber um die Beherrschung des Globus rivalisierten und es kein emanzipatorisches Gegengewicht gab. In dieser Situation ist der Standpunkt des internationalen Proletariats die radikale Negation: Weder kann man den US-Block als Verbündeten im Kampf gegen den deutschen beziehungsweise europäisch-arabischen Antisemitismus unterstützen (was die bellizistische Nachgeburt der Antideutschen fordert), noch den EU-Block zum Widerstand gegen die US-Hegemonie auffordern (wie man bisweilen aus der Friedensbewegung hört). Beides ist die Aufforderung zum Weltkrieg.

Die dritte Position, die Lenin, Luxemburg und Liebknecht bezogen, heißt: Der Hauptfeind steht im eigenen Land. Mit Bush, Saddam, Arafat und Sharon müssen deren Untertanen fertigwerden. Unsere Antisemiten heißen Walser und Möllemann, unsere Kriegstreiber Schröder und Fischer.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 5/02 über die Rolle von CIA und BND beim Prozeß gegen Milosevic

Konkret 06/02, S. 18

Jürgen Elsässer, Tom Adler, Matthias Fritz, Sibylle Wacker

»Wir sind noch da«

Die Streiks in der Metallindustrie hatten kaum begonnen, da waren sie auch wieder vorbei. Die Frage, ob die Arbeiter einen ernsthaften Kampf riskiert hätten, blieb offen. KONKRET versuchte sie im Gespräch mit drei Mitgliedern der Koordination linker Gewerkschafter zu klären: mit Tom Adler, Betriebsrat bei DaimlerChrysler in Stuttgart-Untertürkheim und ehemals Mitglied der gewerkschaftsoppositionellen Plakat-Gruppe; Matthias Fritz, Betriebsrat und Vertrauenskörperleiter beim Autozulieferer Mahle in Stuttgart-Bad Cannstatt; Sibylle Wacker, Verdi-Gewerkschafssekretärin im Bezirk Stuttgart. Das Interview führte Jürgen Elsässer

KONKRET: Als die IG Metall im Mai mit dem Arbeitskampf begann, war das der erste Streik in der Branche im Südwesten seit 1984. Ihr wart auch damals schon gewerkschaftlich aktiv. Was hat sich geändert?

Adler: Eigentlich fast alles. Die Belegschaft im Daimler-Werk in Untertürkheim ist von 1984 bis 1992/93 ständig angewachsen. Dann kam ein scharfer Einschnitt, es wurde deutlich reduziert. Inzwischen haben wir die Beschäftigtenzahlen von 1992/93 in etwa wieder erreicht, aber bei deutlich höherer Pro-Kopf-Produktion. So hat sich etwa die Motoren- und Achsenproduktion seither mehr als verdoppelt – bei gleicher Belegschaft. Es gab also einen enormen Automatisierungsschub und eine starke Leistungsverdichtung. Diese Veränderungen spiegeln sich in der Belegschaftsstruktur wieder: Es gibt erstens eine deutliche Verjüngung. Zweitens braucht man eine höhere Qualifikation als früher: Daimler stellt fast keine Leute mehr ein, die keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Und bis vor kurzem gab es einen hohen Anteil befristet Beschäftigter, wobei wir dieses Problem inzwischen wieder besser im Griff haben – befristete Beschäftigte sind unter dem Damoklesschwert der Nichtverlängerung ihrer Verträge zu viel mehr bereit.

Was bedeutet das für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad?

Adler: Der ist etwas niedriger als 1984. Der Rückgang hat aber nicht nur damit zu tun, daß die Beschäftigten, die heute drei Monate bei Daimler und morgen drei Monate bei Bosch und übermorgen wieder woanders befristet beschäftigt sind, schwer zu organisieren sind. Die Attraktivität der IG Metall hat vielmehr nachgelassen, weil sie von 1984 bis 2002 gebraucht hat, um hier wieder einen Streik zu organisieren. Daß eine Gewerkschaft kampffähig ist, muß persönlich erlebbar sein, da reicht kein Hinweis auf den Streik »Bayern 1995«. Die Beschäftigten des Jahres 1984 hatten eine jahrzehntelange positive Erfahrung, was es heißt, organisiert zu sein. Seit Ende der sechziger Jahre hatte es ungefähr jedes fünfte Jahr einen Streik in Baden-Württemberg gegeben: 1973 Lohnrahmen, 1978 Alterssicherung, 1984 35-Stunden-Woche. Denjenigen, die erst seit 1984 im Betrieb sind, fehlen diese Erfahrungen.

Fritz: Bei Mahle wurde bis Ende der achtziger Jahre bei Übergriffen der Geschäftsleitung spontan die Arbeit niedergelegt – zum Beispiel stand die Produktion still, wenn es Entlassungen geben sollte. Bei kleineren abteilungsspezifischen Konflikten haben wir das hinterher einfach als Abteilungsversammlung deklariert, damit war es legal. Aber zu Beginn der neunziger, etwa seit der Krise 1992/93, ist diese Tradition völlig zusammengebrochen.

Warum? Wegen der Passivität der Gewerkschaftsspitze?

Fritz: Billige Schuldzuweisungen sind zu einfach. Die Beschäftigten selbst waren unter dem Druck der Krise zunehmend bereit zum Stillhalten, dazu kam das Trommelfeuer der neoliberalen Propaganda in der Ära Kohl, und last not least die Desorientierung großer Teile der Linken nach 1989. Dadurch ist der außerbetriebliche Rückhalt, das intellektuelle Umfeld der Gewerkschaftslinken geschrumpft.

Adler: Ein Beispiel: Walter Riester hat sich noch Ende der achtziger Jahre, damals als Bezirksleiter der IG Metall Stuttgart, als »Sozialist« bezeichnet, der der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus nahesteht.

In den Umbruch hinein fällt auch die Rückkehr der gewerkschaftsoppositionellen Plakat-Gruppe in die IG Metall. War das nicht ein unnötiger Rückzug, wo doch plakat bei Betriebsratswahlen Spitzenergebnisse von 40 Prozent, selbst bei der BR-Wahl 1987 noch knapp 25 Prozent bekommen hatte?

Adler: Der Wiedereintritt in die IG Metall war 1989. Für mich war das kein Rückzug. Ich sah damals Chancen, weil in der IG Metall eine höhere Diskussionsbereitschaft für neue und auch radikalere Strategien da war als in den siebziger Jahren zur Zeit des Ausschlusses der Plakat-Gruppe. Zum anderen lebte Plakat auch immer von den Impulsen der Gründergeneration, also Leuten wie Willi Hoss und Hermann Mühleisen. Die waren mittlerweile in Rente, Hoss war seit 1983 für die Grünen im Bundestag.

Auch bei plakat war das außerbetriebliche Unterstützermilieu weggefallen, das in Stuttgart recht bedeutende Sozialistische Zentrum (SZ) machte Mitte der achtziger Jahre zu, ein Gutteil der Organisatoren gründete das Theaterhaus Stuttgart. Abschied vom Proletariat, rein ins Entertainment?

Adler: Das SZ war ja Teil des bundesweiten Sozialistischen Büros (SB), das seine Blüte in den siebziger Jahren auch längst hinter sich gelassen hatte. Und auch die Grünen spielten eine große Rolle: Mit deren Aufstieg verfiel auch in Teilen der

Restlinken das Bewußtsein von der zentralen Rolle der Lohnabhängigen für politische Veränderungen, das heißt es wurde negiert, daß jedes Projekt zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, wenn diese nicht bewußter Träger dieses Projekts werden.

Die Plakat-Gruppe gibt es nicht mehr, dafür aber die bundesweite Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken. Wie ist es dazu gekommen?

Wacker: In Stuttgart gibt es seit etwa zehn Jahren das Zukunftsforum Gewerkschaften. Gegründet wurde es von Leuten aus der IG Metall, der IG Medien und der HBV. Wir haben unregelmäßig Veranstaltungen gemacht, meist zu branchenübergreifenden und auch internationalen Themen. Das Zukunftsforum war keine Gewerkschaftsstruktur, wurde aber relativ schnell von den örtlichen Vorständen anerkannt – Resultat waren gemeinsame Veranstaltungen, etwa mit der IG Metall und IG medien. Ende 1996 hatten wir das Gefühl, daß der enge Rahmen und die Begrenzung auf die Region Stuttgart nicht mehr ausreichten. Wir haben uns dann mit ähnlichen Initiativen in anderen Städten in Verbindung gesetzt, es gab ein Vorbereitungstreffen im Mai 1998 und einen ersten bundesweiten Kongreß im April 1999. Eine große Rolle bei der Vernetzung spielen Zeitschriften wie »Express« und »Sozialismus« sowie www.labournet.de, über das wir Erfahrungsberichte und Positionspapiere austauschen.

Wer trifft sich da? SPD-Linke, gewerkschaftliche Reste der Grünen, PDS, DKP, MLPD, Anarchos?

Wacker: Auf den Konferenzen sind zirka 250 bis 300 Leute – die meisten sind sicher nicht organisiert. Es kommen auch Leute aus den genannten und allen möglichen Organisationen, mit Ausnahme der MLPD. Aber die Leute nehmen nicht als Organisationsvertreter teil, sondern als Individuen. Die bundesweite Initiative finanziert sich selbst, die Konferenzbeiträge sind so bemessen, daß es auch für Rundbriefe usw. ausreicht. Hauptamtliche haben wir nicht – zwei Rentner erledigen die Koordinationsarbeit ehrenamtlich.

In die jetzige Tarifrunde habt ihr erstmals koordiniert interveniert. Was muß man sich darunter vorstellen?

Fritz: Auf unserem bundesweiten Kongreß 2000 wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, unter anderem eine AG Tarifpolitik. Im Sommer 2001 bekamen wir mit, wie in den Betrieben die Unruhe langsam zunahm – der Abschluß von 2,1 Prozent aus dem Jahr 2000 war den Leuten einfach nicht genug, es gab sogar Stimmung für eine Nachschlagsforderung. Bei Treffen der AG Tarifpolitik informierten wir uns gegenseitig über die Diskussionen im Funktionärskörper und unter den Vertrauensleuten und einigten uns darauf, die Vorbereitung der Tarifrunde 2002 frühzeitig zu beginnen und möglichst mit zweistelligen Forderungen in die Gremien hineinzugehen. Das hat auch geklappt, zahlreiche Betriebsräte und Vertrauenskörperleitungen nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in Bayern und anderen Bundesländern beschlossen Forderungen zwischen acht und 13 Prozent. Eine solche Einmischung von der Basis hatte es seit langem nicht mehr gegeben. Wir sorgten dafür, daß die Beschlüsse schnell über das Labournet verbreitet wurden und man so im eigenen Betrieb auf die Stimmung an anderen Produktionsstandorten verweisen konnte. Letztlich war es dieser Basisdruck, der den Vorstand die Forderung von 6,5 Prozent aufstellen ließ. Ich denke, wir haben einen Teil dieses Drucks ausgemacht. Hätte die Forderung bei 5,5 Prozent gelegen, hätte sich ein Abschluß von um die 3,5 Prozent als Erfolg darstellen lassen. Außerdem hat die Einmischung der Basis auch die sogenannte ertragsabhängige Komponente – Tarifabschluß gestaffelt nach dem Gewinn des jeweiligen Unternehmens – als Bestandteil der Forderung verhindert.

Auf eurer bundesweiten Konferenz im Herbst 2001 gab es Kritik an dieser Hochprozent-Orientierung. Richard Detje und Otto König schrieben in »Sozialimus«: »Seid realistisch, fordert das Unmögliche – lautet die Losung von Teilen der Gewerkschaftslinken. Dahinter steckt die Vorstellung, es käme nur auf eine scheinbar radikale Forderung an, um die Kollegen und Kolleginnen in eine offensive Auseinandersetzung mit Kapital und Politik zu leiten. Wir halten das für eine Illusion, die politische Potentiale verpulvert.«

Fritz: Detje ist einer der Mitbegründer der bundesweiten Initiative der Gewerkschaftslinken. Nach seinen Vorstellungen müßten im Vordergrund unserer Arbeit wissenschaftliche Kongresse stehen, auf denen ein neues Sozialstaatsmodell und Alternativen zum Neoliberalismus ausgearbeitet werden. Wir dagegen halten es für entscheidend, daß die Gewerkschaftslinke Verbindungen in die Betriebe aufbaut. Die Lohnpolitik hat im aktuellen gesellschaftlichen Umfeld eine ganz neue Brisanz.

Nämlich?

Adler: Die Lohnpolitik der siebziger und achtziger Jahre war, verglichen mit heute, eine Art Selbstläufer. Alle gingen davon aus, daß es mit den Löhnen nach oben geht, mal etwas schneller, dann wieder langsamer, aber nach oben. So war es ja auch. Seit Ende der sechziger Jahre mußten Lohnerhöhungen nur selten erstreikt werden, dafür genügten Verhandlungen.

Aber es wurde doch sehr heftig gekämpft und gestreikt in diesen Jahren, wie ihr vorhin selbst gesagt habt.

Wacker: Nicht für Lohnerhöhungen, sondern für Lohnrahmen, Alterssicherung, Arbeitszeitverkürzung. Die Lohnerhöhung kam damals fast automatisch. Und genau das hat sich in den letzten zehn Jahren geändert. Wir haben seit Anfang der

neunziger Jahre Reallohnverluste. Höhere Löhne müssen jetzt wieder erkämpft werden. Das ist die neue Brisanz.

Adler: Diese Lohnrunde ist politisch. Zum einen in der Situation nach dem 11. September – Wirtschaft und Regierung drängen angesichts der angeblich völlig neuen Bedrohung auf ein nationales Notopfer. Zum andern im Vorfeld der Bundestagswahl. Schröders »neue Mitte« hat sich bei den Beschäftigten unbeliebt gemacht, aber viele höhere Gewerkschaftsfunktionäre stützen den Kanzler noch.

Ich begreife auch nicht, warum durch Streiks für höhere Löhne »Potentiale verpulvert« werden sollten. Warum sollte gerade der Kampf Potentiale verpulvern? Es ist doch vielmehr so, daß politische Potentiale durch den Kampf überhaupt erst entstehen – und nicht durch Diskussionen und Kongresse. Erst wenn sich Leute in Bewegung setzen, öffnet sich ihr Horizont und ein neuer Blick auf die bisher für unverändert gehaltene Realität kann sich entwickeln.

»Durch Tarifpolitik erringt man keine gesellschaftliche Hegemonie«, hat ein anderer Kritiker geschrieben.

Adler: Das ist so wahr wie banal. Durch den Verzicht auf offensive Tarifpolitik erreicht man erst recht keine gesellschaftliche Hegemonie. Hegemonie kann man verändern, wenn sich Massen in Bewegung setzen – nicht durch Grübeln im Kämmerlein. Die wilden Streiks gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung 1996 hatten doch eine ganz erstaunliche Änderung der Medien-meinung über die Politik der Kohl-Regierung ausgelöst – und damit den Anfang von ihrem Ende. Ein kleiner Schritt der Hegemonieveränderung, oder?

Wacker: Die Kolleginnen und Kollegen nehmen sich durch Kampfmaßnahmen endlich wieder als gesellschaftlichen Faktor wahr. Gerade aus der Sicht von verdi gilt: Dort, wo wir im Einzelhandel Streiks organisiert haben, hatten wir Mitgliederzuwächse. Wir haben ganze Betriebe über Streiks gewerkschaftlich reorganisiert.

Fritz: In der IG Metall sind die Erfahrungen genauso. 1996 wurden durch Streiks die Angriffe auf die Lohnfortzahlung zurückgeschlagen – schon hatten wir, anders als in den fünf Jahre zuvor, einen Mitgliederzuwachs. Die Frage »Welche Zukunft haben die Gewerkschaften?« entscheidet sich doch nicht in der Debatte über Konzepte, sondern über gesellschaftliche Präsenz. Noch im Februar kritisierten zwei Drittel der Bevölkerung die Lohnforderungen der IG Metall als zu hoch. Mitte April, nachdem wir mit Warnstreiks begonnen hatten, hielten 52 Prozent der Bevölkerung die Streiks für gerechtfertigt. Über die Einbeziehung von Hundertausenden werden Positionen multipliziert, damit erreicht man mehr als mit tausend Kongressen.

Welcher Kanzler ist eigentlich für die Arbeiterbewegung besser? Die These vom kleineren Übel mal beiseitegelassen, stehen sich immer noch zwei intelligente Ansätze gegenüber. Der eine besagt, es sei besser, wenn ein Konservativer regiert, weil dann die Gewerkschaften weniger Beißhemmungen haben. Über gewerkschaftlichen Kampf würde außerparlamentarisch gegen einen Kanzler Stoiber mehr herausgeholt als konsensual mit einem Kanzler Schröder erreichbar ist. Der andere Ansatz nimmt nicht die Interessen der Gewerkschaft, sondern die der Gewerkschaftslinken zum Ausgangspunkt. Demnach wäre es besser, wenn die Sozis regieren, aber nicht, weil sie das kleinere Übel sind, sondern weil ein Schröder als Kanzler die Illusionen der Kollegen in die Sozialdemokratie wirkungsvoller zerstört als zig linksradikale Flugblätter.

Adler: Die letzten zwölf Jahre waren die Jahre der allergrößten Beißhemmung – acht davon während der Kohl-Regierung: Vorwiegend widerstandslose Verschlechterung der Bedingungen in den Betrieben, Selbstlähmung im Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit. Selbstverständlich kann kein Linker die Frage, wer regieren soll, mit »egal« oder gar »Stoiber!« beantworten – dessen Programm ist ja hinlänglich bekannt. Programme sind aber das eine, ihre Durchsetzung das andere. Deshalb müssen die Gewerkschaften in jedem Fall Distanz zur Regierung egal welcher Couleur wahren und unabhängige Handlungsfähigkeit demonstrieren. Ich bin mir sicher, daß sich in diesem Fall auch hierzulande die Frage nach einer linken politischen Alternative zur Neuen-Mitte-SPD breit stellen wird. Bestimmt aber nicht im Sinne der Selbstproklamation kleiner Gruppen.

Wie deutsch ist eigentlich die IG Metall? Welche Rolle spielen die Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Paß?

Adler: Bei DaimlerChrysler Untertürkheim hat der Anteil der ausländischen Kollegen im Vergleich zu den achtziger Jahren abgenommen. Das hängt damit zusammen, daß einfache Handarbeit durch Automatisierung zurückgegangen ist – dort waren damals italienische, türkische, griechische oder jugoslawische Arbeiter ohne Berufsabschluß und ohne größere Deutschkenntnisse beschäftigt. Heute unterscheiden sich die meisten jüngeren ausländische Arbeiter in Ausbildung und Sprache kaum mehr von den Deutschen, sie sind hier geboren worden und zur Schule gegangen. Unter unseren Vertrauensleuten sind die jüngeren ausländischen Kollegen – das heißt die nach 1992 Neueingestellten – überproportional vertreten. Die haben oft ein hohes politisches Interesse, über den Betrieb hinaus, weil sie durch ihre Herkunft noch eine andere Perspektive auf die Dinge haben und wissen, daß die Welt nicht überall so friedlich ist wie im Remstal.

Wer macht eigentlich so schöne Transparente wie »Schluß mit den Tierversuchen – nehmt Arbeitgeber!«?

Wacker: Das ist die Gewerkschaftsjugend. Die steht unter dem bösen Einfluß der Anti-Globalisierungsbewegung.

Und keiner hat das Ding runtergerissen, wegen Befürwortung menschenverachtender Gewalt?

Wacker: Im Gegenteil. Es gab Beifall.

Konkret 06/02, S. 21

Conrad Schuhler

Der Dritte-Welt-Krieg

Afghanistan war nur ein Anfang. Und für alle armen Länder eine Lehre: Wer nicht pariert, wird bombardiert. Demnächst auch atomar

Reich gegen Arm

Das Jahrzehnt nach dem Sieg im Kalten Krieg haben die kapitalistischen Metropolen genutzt, die ganze Welt in ihr Verwertungsfeld zu verwandeln. 1985 existierten 17 Länder, in denen Ausländer mehr als zehn Milliarden Dollar investiert hatten, sieben dieser 17 waren Entwicklungsländer. Heute weisen 51 Länder ausländisches Kapital von mehr als zehn Milliarden Dollar auf, 24 von ihnen sind Entwicklungsländer. Zu 99 Prozent hat dieses globale Kapital seine Heimat in den reichsten 30 Ländern.

Die Globalisierung hat die Arme Welt noch ärmer gemacht. Der sogenannte GINI-Koeffizient, mit dem die Diskrepanz zwischen dem obersten und dem untersten Fünftel der Einkommensverteilung gemessen wird, hatte sich schon von 1960 bis 1990 von 1:30 auf 1:60 geöffnet, das heißt, das reichste Fünftel der Erde hatte 1960 dreißig mal mehr als das ärmste und 1990 sechzig mal mehr.

Nach dem Sieg im Kalten Krieg ging es noch schneller: Von 1990 bis 1997 stieg der Koeffizient auf 1:74. Der Anteil des ärmsten Fünftels der Menschheit am Welteinkommen fiel von 1989 bis 1998 von 2,3 auf 1,4 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen in 20 zentralafrikanischen Staaten ist heute niedriger als vor 20 Jahren. Drei Milliarden Menschen, die Hälfte der Menschheit, müssen mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen, 1,3 Millionen Menschen leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze von einem Dollar am Tag. Eine Milliarde Menschen, jeder vierte Erwerbstätige, ist ohne Arbeit. 50.000 Menschen sterben jeden Tag an Unterernährung.

»Krieg gegen den Terror«

Nie hat der Westen darauf vertraut, daß die armen Länder und auch die Hinterbliebenen des Realsozialismus sich ihm wegen seiner angeblichen überlegenen Humanität und Fortschrittsdynamik in die Arme werfen würden. Auch schienen ihm die Möglichkeiten der »sanften Macht« über die internationalen Institutionen von Anfang an unzureichend. Wie es Thomas L. Friedman von der »New York Times« ausdrückte: Zur unsichtbaren Hand des Marktes müsse sich stets die verdeckte gepanzerte Faust gesellen, nämlich die »US-Armee, Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie«.

So legte die Nato schon 1991 ein »neues strategisches Konzept« vor, in dem als neue »Sicherheitsrisiken« für das angebliche Verteidigungsbündnis die »Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie Terror- und Sabotageakte« ausgemacht wurden. Noch zielgenauer formulierte US-Präsident Bill Clinton, der 1994 der Militärpolitik seines Landes vorgab, »die Gemeinschaft der Marktdemokratien zu vergrößern und gleichzeitig eine Reihe von Bedrohungen gegen unsere Nation, unsere Verbündeten und unsere Interessen abzuwehren«. 1997 legte Clinton als strategisches Ziel der US-Militärpolitik die Sicherung einer »weltweit stabilen Wirtschaft« fest, also das störungsfreie Fortschreiten des globalen Imperialismus.

Mehr im Stil von Rot-Grün, den Champions des Menschenrechtsimperialismus, charakterisiert Henry Kissinger – als US-Außenminister hat er unter anderem in Chile und Ost-Timor für die Ermordung Zehntausender gesorgt, die sich gegen die von den USA verordnete Vernetzung ihrer Länder mit dem globalen System zur Wehr gesetzt hatten – die neunziger Jahre als das Jahrzehnt, in dem das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates »zugunsten eines Konzepts der universalen humanitären Intervention« aufgegeben wurde. Heute aber muß der alte Imperialismusstratege »derzeitige Unruhen« erkennen, die ihn befürchten lassen, »daß die komplizierten Zusammenhänge der Wirtschaft und Technologie die Politik in ihrer heutigen Art überfordern«. Was sind das für »Unruhen«, welches sind die »Signale eines unvermeidlichen Wandels der internationalen Ordnung« (Kissinger)?

Öl wird knapp und immer feindlicher

Grundlage des modernen Wirtschaftens ist Energie, deren bedeutendste »Träger« Erdöl und Erdgas sind. Vom Weltenergieverbrauch 1997 entfielen 40 Prozent auf Erdöl und 22 Prozent auf Erdgas. Im Jahr 2020 wird der Weltverbrauch um fast 60 Prozent zugenommen haben, der Anteil von Erdöl wird immer noch 40 Prozent betragen, der des Erdgases sogar auf 26 Prozent gestiegen sein. In den USA, die heute noch zu einem Drittel Öl-Selbstversorger sind, werden ebenso wie im benachbarten Kanada in zehn Jahren die letzten Ölquellen versiegen. In Westeuropa geht es noch schneller: Das Nordseeöl Großbritanniens und Norwegens sprudelt nur noch bis 2008. Für die USA wie für Deutschland entsteht hinsichtlich der Ölimporte eine ähnliche Zwangslage – sie müssen die Hälfte beziehungsweise ein gutes Drittel ihres Bedarfs aus neuen Quellen beziehen.

Diese Quellen liegen überwiegend in den Ländern der Opec (Organisation der ölproduzierenden Länder), zu der neben den Golfstaaten Saudi-Arabien, Iran, Irak, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate noch Venezuela, Nigeria, Libyen, Algerien und Indonesien gehören. Die Opec verfügt über 80 Prozent aller Ölreserven mit einer Reichweite von 75 Jahren und über die Hälfte aller Erdgasreserven mit einer Reichweite von über 160 Jahren. Die nach dem Golf zweitwichtigste Region finden wir im Kaspischen Becken, wo 17 Prozent der Welt-Ölreserven und 12 Prozent der -Gasreserven vermutet werden.

Will der Westen sein Wachstum an Wirtschaft und Profit beibehalten, braucht er also den stabilen Zugriff auf das »feindliche Öl« (so der Terminus technicus der Ölfachleute) der Opec- und zentralasiatischen Länder. Dabei ist es nicht damit getan, in diesen Ländern selbst das Heft in der Hand zu halten. Es müssen auch die hochgradig verwundbaren Transportwege gesichert werden – sowohl die Tankerrouten wie auch das Netz der Öl- und Gaspipelines.

Was hier für die Energieressourcen hervorgehoben wird, gilt für die Funktionsweise des globalen Kapitalismus insgesamt. Für die »globale Fabrik« ist die Sicherung der Transportwege von höchster Priorität. Globales Wirtschaften in dieser Form setzt die Kontrolle des Globus voraus. Dieses Interesse teilen alle Metropolen. Hier ist der Schulterschluß zwischen den USA und der EU auch am engsten. Unter den Top 100 der TNK finden wir 16 Ölmultis; sieben kommen aus den USA, fünf aus der EU. Insgesamt stellt die EU 46 TNK der Top 100, die USA 28, 18 kommen aus Japan.

Der Widerstand wird schärfer

Die bisherige Herrschaftsform des globalen Kapitalismus über internationale Institutionen und die Zusammenarbeit mit einheimischen korrupten Eliten gerät ins Wanken. Das Regiment des Internationalen Währungsfonds (IWF) mit der Liberalisierung der nationalen Kapitalmärkte hat in vielen Ländern den vorhersehbaren Erfolg gezeitigt. Die TNK können sich auf Kosten der inländischen Wirtschaft ausbreiten. Massenarbeitslosigkeit, Inflation und Ruin der öffentlichen Finanzen sind die Folge. Das Beispiel Mexico, wo mit dem ersten großen IWF-Crash von 1994 zum ersten Mal die Chiapas-Rebellen auf den Plan traten, bereitet Sorge. Vorausschauende Strategen können heute die offen militärische Option nicht länger von der Hand weisen.

Dies gilt zumal für die Welt des Islam. Hier leben 1,3 Milliarden Menschen, die westliche Humanisten genausowenig scheren würden wie die Bevölkerung Schwarzafrikas, säßen nicht Muslime auf fast vier Fünfteln der Weltölvorräte. Dort nun haben »Fundamentalisten« den vom Westen korrumpierten Eliten den Kampf angesagt. Osama Bin Laden hatte seiner Terrorbotschaft bekanntlich zwei Ziele mitgegeben: staatliche Autonomie für die Palästinenser und die Nutzung des arabischen Öls für und durch die Araber selbst. Geheimdienste wie arabische Regierungen warnen, der fundamentalistische Furor könnte auf die Massen übergreifen. Der Wegfall des Realsozialismus, die Diskreditierung sozialistisch-nationalrevolutionärer Alternativen und die Verriegelung der politischen Arena in den überwiegend autoritär geführten Ländern bringt die Opposition dazu, sich andere Wege zu suchen.

»No rivals«

In seiner »Defense Planning Guidance« (»No rivals-Plan«) hat das US-Verteidigungsministerium schon 1992 das Ziel umrissen: »Es gibt andere Nationen oder mögliche Koalitionen, die in der entfernten Zukunft strategische Ziele und militärische Fähigkeiten entwickeln könnten, die auf regionale und globale Vorherrschaft hinauslaufen. Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.« Zehn Jahre später stellen die Pentagon-Planer fest, daß für die Zeit nach 2015 die USA möglicherweise mit »global peer competitors«, also mit globalen ebenbürtigen Partnern, rechnen müssen, nämlich mit China und Rußland. Henry Kissinger fügt hinzu, daß Deutschland in den USA einen starken »Anker« brauche, um nicht in Versuchung zu geraten, mit Rußland eine Achse mit weltpolitischem Gewicht zu bilden.

Nun sind die USA zwar ohnehin die mit Abstand stärkste Wirtschaftsmacht der Erde, immerhin kommt die EU gemeinsam auf gut 90 Prozent des US-Potentials. Gelingt es den USA jedoch, als wichtigste »Währung« der Weltpolitik nicht die Wirtschaft, sondern das Militär durchzusetzen, dann ist ihre Dominanz auf absehbare Zeit unantastbar. Der Militärhaushalt Deutschlands kommt gerade einmal auf 5 Prozent der US-Militärausgaben, zusammen mit Frankreich und England sind es 20 Prozent.

Das ist nicht nur eine gewaltige quantitative Diskrepanz, die USA sind vielmehr bestens gerüstet für die moderne Art von Krieg mit schnellster Truppenverlegung und punktgenauer Feuerkraft, den die Europäer so gar nicht führen können, von Russen und Chinesen ganz zu schweigen. Diese »nie dagewesene Dominanz gegenüber dem Rest der Welt« (Kissinger) wollen die USA nutzen, um die globale Struktur auf Dauer zu amerikanisieren.

Was hat es mit diesen Supermacht-Anstrengungen der USA und dem Versuch der EU, ihr weltpolitisches Gewicht zu vergrößern, auf sich, wenn doch das prägende Interesse der TNK darin besteht, ein gemeinsames Gewalt- und Regelungsmonopol global durchzusetzen?

Die TNK haben, auch wenn das Geschäftsfeld der Großen schon zu mindestens der Hälfte im Ausland liegt, immer noch einen nationalen Schwerpunkt – sie haben hier einen relativ großen Einzelmarkt und auch die wichtigsten Abteilungen des Konzerns. Der Nationalstaat hat nicht nur günstige Standortbedingungen zu liefern, sondern seine Agenten legen auch in den internationalen Institutionen die Regeln der globalen Wirtschaft fest.

Die Konzerne, die zwar hinsichtlich des Weltwirtschaftsraumes gemeinsame Interessen haben, stehen untereinander in scharfer Konkurrenz, und müssen deshalb das Gewicht »ihrer« Staaten optimieren, um den größtmöglichen Einfluß auf die Gestaltung der globalen Wirtschaft auszuüben.

Die Nationalstaaten wiederum als politische Dienstleister müssen ihren Nutzwert gegenüber den TNK maximieren, um von diesen die fällige Revenue zu kassieren. Die einzelnen Parteien sind Politikfirmen, deren Marktwert zwar auch von öffentlicher Zustimmung, Massenverankerung und ähnlichem beeinflußt wird, der aber letzten Endes von der Zustimmung der TNK abhängt, die von der Höhe der gezahlten Steuern bis zur öffentlichen Meinung über prägende Manipulationsmacht verfügen.

Vom Standpunkt der TNK ist es funktional, die USA als eine Art »Gesamtdienstleister« für die globale Umstrukturierung wirken zu lassen und gleichzeitig über »ihre« Nationalstaaten spezielle Konzernakzente zu setzen. Dies geht, wie der anhaltende Streit über Schutzzölle und Subventionen zeigt, keineswegs harmonisch über die Bühne, sondern oft in der Form scharfer Konflikte. Aber die Vorstellung, die TNK würden es zulassen, daß die politischen Dienstleister der verschiedenen Länder durch gegenseitige Kriege ihre globalen Investitionen und Märkte ruinieren, ist abenteuerlich.

»Nuclear Posture Revue«

Mit ihrem »Krieg gegen den Terror« haben die USA ein beeindruckend präzises Konzept zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen entwickelt:

· Sie haben sich den Qualitätstest vorbehalten, wer zu den »Terroristen« zählt und wann und wie sie den entsprechenden »Schurkenstaat« liquidieren werden; der islamische Fundamentalismus, wenn nicht der Islam überhaupt, steht unter Generalverdacht, womit die Ressource Erdöl/Erdgas ideologisch und militärisch schon weitgehend gesichert ist.

· Die einzelnen Kriegsschläge erfolgen in genau bemessenen Dosen, vorbereitet durch einen Propagandafeldzug, der das Publikum auf härteste Schläge einstimmt; die konkrete Operation ist so zielgenau, örtlich und zeitlich begrenzt, daß der Widerstand in den Metropolen auf notorische Globalisierungsgegner begrenzt bleibt.

· Die Terrorkriegshysterie wird stets auf höchstem Niveau gehalten, weshalb es nicht schwer fällt, unter dem Stichwort »Antiterrorgesetze« die demokratischen Rechte des Kriegswiderstands zu beschränken und diese Widerständler in den Augen der Bevölkerung suspekt zu machen.

· Auch gegenüber den Verbündeten behalten sich die USA vor, allein über Strategie und Einsatz der militärischen Mittel, auch der Verbündeten, zu entscheiden. Sie zwingen damit ihre »Partner« politisch und militärisch ins Glied der neuen Weltordnung.

Der Krieg gegen Afghanistan war zweifellos ein gelungener Anfang. Das Ziel, ein Regime zu installieren, das sein Land als Transitregion für Gas- und Ölpipelines vom Kaspischen Meer an den Indischen Ozean herrichten läßt, ist erreicht. Auch die EU-Partner sind für die nächsten Ziele bereit, wie das von Bundesregierung und Bundestag beschlossene Einsatzgebiet der deutschen Interventionsarmee beweist: »die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nordafrika sowie die angrenzenden Seegebiete«.

Mittlerweile haben die Deutschen am Horn von Afrika den Oberbefehl übernommen, um dort die Routen der Öltanker zu sichern und Seeaufklärung für die weiteren Feldzüge zu übernehmen. Auch beim Manöver für den Krieg gegen den Irak waren die Deutschen in Kuwait mit ihren ABC-Spürpanzern dabei. Die US-Seite hatte alle Vorbereitungen zum Losschlagen schon getroffen. Wegen der wachsenden Schwierigkeiten in Saudi-Arabien hatte sie geplant, ihr Hauptquartier nach Katar zu verlegen. Ihre Stützpunkte in Oman, Dubai und auf Fujairah waren mobilisiert. Die zentrale Basis in Kuwait wurde aufgerüstet, dort sind mit 10.000 Soldaten und Ausrüstung für weitere 20.000 jetzt dreimal so viele US-Soldaten und doppelt so viel Material anzutreffen wie vor einem Jahr. Auch in Katar wurde Material für 20.000 Mann gelagert.

Doch dann entglitt den USA der Dauerkonflikt der Region zwischen Israel und den Palästinensern. Israels Vorstoß in die Westbank und die damit verbundene Demontage der palästinensischen Autonomiebehörden haben eine Lage geschaffen, in der die arabischen Staaten einen US-Angriff auf das »Brudervolk« des Irak nicht tolerieren, geschweige denn unterstützen können. Nun müssen USA und Partner zunächst eine Nahostkonferenz durchführen, ehe sie mit dem zweiten Teil des Kriegs gegen den Terror beginnen können.

Den Aufmarsch ihrer Verbände rund um den Irak haben die USA unvermindert fortgeführt. Auch die Deutschen üben weiter am Horn von Afrika und in Kuwait. Von den Briten haben die USA weitere 25.000 Mann für den Irakeinsatz

angefordert. Die Kurden im Nordirak und die Schiiten im Süden sind von der CIA aufgerüstet, die Führungen dieser Volksgruppen in London und Berlin auf ihre künftigen »demokratischen« Aufgaben vorbereitet worden.

Die USA lassen also nicht zu, daß der Krieg gegen den Terror länger ins Stocken gerät. Sie dürfen dies auch nicht, soll nicht die Zustimmung des großen Publikums und die Kooperation der hilfswilligen kleineren Partner empfindlich zurückgehen. Der Irakschlag wird in naher Zukunft kommen und danach steht die ganze Welt offen:

· Als nächste im Visier stehen weitere islamische Ölländer im Nahen Osten und in Afrika. Überall können natürlich plötzlich Terroristen auftauchen, die USA werden dies nach Bedarf entscheiden. Als potentielle Schurken haben sie schon mal genannt: Iran, Syrien, Sudan, Somalia, Libyen.

· Auch im Fernen Osten wird Öl gefördert, und auch darauf sitzen zum Teil Muslime. Mit 260 Millionen leben sogar mehr Muslime in Südostasien als in der arabischen Welt. Folgerichtig haben US-Spezialeinheiten bereits seit Herbst 2001 eine zweite Kriegsfront – neben Afghanistan – auf den Philippinen eröffnet. Indonesien, wegen seiner Erdgasreserven von besonderem Interesse, wird als Hort des Terrorismus bezeichnet und weiß, was es bei Fehlverhalten zu erwarten hat. Dasselbe gilt für das Erdgasland Malaysia.

· Venezuela, das größte Erdölland Lateinamerikas, ist gerade mit knapper Not einem von den USA inszenierten Staatsstreich entkommen. Die USA werden ihn wiederholen oder mit eigenen Truppen einfallen, denn, wie Sicherheitsberaterin Rice sagte: »Daß Chavez demokratisch gewählt wurde, ist nicht entscheidend. In diese Falle tappen wir nicht.«

· In Lateinamerika wurde auch Kolumbien von der US-Regierung als »Nährboden des Terrors« ausgemacht. Dies wird zum Schutz der Komplizenregierung in Bogota vorgebracht, die an Boden gegenüber der Guerilla der FARC verliert. Angeblich haben IRA-Spezialisten im FARC-Gebiet Terroristen der ETA, aus dem Iran und aus Kuba ausgebildet.

· Kuba gerät immer direkter ins Fadenkreuz der Kriegsplaner in Washington. Anfang Mai 2002 lancierten die US-Geheimdienste ihre »Erkenntnis«, daß Kuba Massenvernichtungswaffen herstelle und diese an »Schurkenstaaten« weitergebe. Dies ist der ritualisierte Vorwurf, um ein Land ganz oben auf die Liste der Angriffsziele zu setzen.

Alle diese und weitere Kriegsschläge wollen die USA nicht nur mit ihren vielgerühmten schnellen Eingreiftruppen »konventioneller« Machart, sondern künftig auch mit Atomwaffen durchführen. In der »Nuclear Posture Review« (NPR), dem neuen Konzept der US-Nuklearstrategie, heißt es, daß Nuklearwaffen zum Einsatz kommen sollen bei »Zielen, die Angriffen mit nicht-nuklearen Waffen standhalten können« und »im Fall überraschender militärischer Entwicklungen«, also immer, wenn die militärische Führung es für angemessen hält. Als potentielle Ziele von Atomwaffen werden nicht nur Libyen, Syrien, der Irak und Iran genannt, sondern auch Rußland und China. Die Atomkriegsplaner haben nicht vergessen, daß den USA hier »global peer competitors« erwachsen könnten. Da zur NPR auch der Aufbau eines Schutzschildes um die USA gegen angreifende Nuklearraketen gehört, lautet die allgemeine und glaubwürdige Botschaft der Supermacht, die das Wort führt für den globalen Kapitalismus: Fügt euch oder wir vernichten euch – wir selbst sind unverwundbar. Natürlich ist dies ein Aufruf zum Terror.

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 2/02 über die Kriegsverbrechen der USA in Afghanistan

Konkret 06/02, S. 24

Stefan Frank

Mittel gegen Depressionen

Es heißt, die Rezession in den Vereinigten Staaten sei nun beendet, und deshalb werde es bald auch in Europa ökonomisch bergauf gehen. Aber ist der Abschwung der US-Wirtschaft wirklich beendet, oder steht er vielleicht erst bevor?

Amy Wong ist geschockt. Ihr Blick ruht auf der höchsten Kreditkartenabrechnung seit Monaten. »Ich weiß nicht, woran es liegt«, stöhnt sie und blickt wieder verstört auf das Blatt. Amerikas Ökonomen freuen sich insgeheim über solche Probleme. Das Vertrauen der amerikanischen Verbraucher in ihre Wirtschaft ist zurückgekehrt.

»Handelsblatt«, April 2002

The fundamental business of the country, that is, production and distribution of commodities, is on a sound and prosperous basis.

US-Präsident Herbert Hoover, Oktober 1929

Eine Rezession erkennt man daran, daß der Aufschwung sich ankündigt. Kündigt er sich sehr häufig an, ist es eine sehr schwere Rezession. Weil dann alle deprimiert sind, spricht man auch von einer Depression.

Ein Patient, dem der Arzt sagt, er brauche sich keine Sorgen zu machen, sollte fragen: »Ist es wirklich so ernst?« Doch wenn der Patient unter dem narkotisierenden Einfluß der Wirtschaftspresse steht, fragt er das nicht mehr. »U.S. economy roars ahead at 5,8 % rate.« Diese Botschaft stand kürzlich in großen Buchstaben auf der Titelseite einer amerikanischen Tageszeitung. »Roars« klingt wie das Motorengeräusch eines großen Autos, und 5,8 Prozent sind sehr viel.

Käme es in den USA zu einer Depression, wären darüber alle so traurig, daß es in Deutschland gleich auch eine gäbe, vielleicht käme sie sogar bis nach Hannover. Deshalb ist es wichtig, daß »wir alle aufpassen« (Gerhard Schröder) und das verhindern.

Depressionen in den USA bekämpft man am besten, indem man das Borgen von Geld erleichtert. Dr. Greenspan senkt die Zinsen dann in geraden Monaten um 0,25, in ungeraden um 0,5 Prozentpunkte, oder aber je nach Wetter. Für die, denen das noch zu wenig ist, vergißt er dabei nie anzukündigen, daß sie durchaus noch weiter ermäßigt werden können. Im letzten Jahr fielen die Leitzinsen um insgesamt 4,75 Prozentpunkte. Als sie das letzte Mal so niedrig waren, war Kennedy noch nicht tot.

Niedrige Zinsen führen dazu, daß Amerikaner anfangen, Häuser zu kaufen. Deshalb stiegen die Immobilienpreise im vergangenen Jahr um durchschnittlich 5 bis 10 Prozent, in Kalifornien sogar um über 20 Prozent, obwohl dort im Sommer immer der Strom ausfällt. In diesem Jahr werden wohl 6 Millionen Immobilien ihren Besitzer wechseln. Häuser kaufen kann jeder. Dafür gibt es Baufinanzierer: »Bay Area Lending: No verification of your stated income. No verification of your stated assets. First mortgages, no limit.« Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten! No limit! Um 10 Prozent auf 5,4 Billionen Dollar stieg die Hypothekenschuld der privaten Haushalte im vergangenen Jahr. Damit konnte die Unternehmensverschuldung (5 Billionen Dollar) knapp überflügelt werden.

Blöd wird die Sache, wenn dem Immobilienboom ein Crash folgt. Das kann passieren. »Wird es diesmal anders sein?« Diese Frage stellte im März 1991 ein mit »Tokyo's Land Price Madness« überschriebener »Newsweek«-Artikel im Hinblick auf Japan. Noch im selben Jahr wurden die Preise für Gebäude und Grundstücke dort stark reduziert, in den folgenden Jahren wurden japanische Immobilien immer preiswerter.

Den japanischen Banken, die hohe mit Hypotheken unterlegte Kredite vergeben hatten, gefiel das gar nicht. Das meiste Geld bekamen sie nicht wieder, und deshalb schworen sie, Kredite künftig nur noch an Leute zu vergeben, die keine brauchen. Wenn Banker so stur werden, nennt man das einen *credit crunch*.

Wird es bald auch in den USA Fernsehbilder weinender Bankdirektoren geben, wie in den neunziger Jahren in Japan? Ein starker Abschwung am Immobilienmarkt wäre besonders peinlich für die beiden größten Baufinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Sie waren sehr kulant und haben viel mehr verliehen, als sie besitzen, schließlich haben sie ja die Häuser als Sicherheit.

Wenn aber Häuser eines Tages out sind, müssen sie den Laden schließen. Da es um ein paar Billionen Dollar geht, die in einem solchen Fall verschwinden können, wird sich schnell große Panik ausbreiten. »N-TV« muß dann wieder den »FAZ«-Börsenkorrespondenten Heiko Thieme in New York anrufen, damit er den Zuschauern erklärt, daß es noch nie eine so günstige Gelegenheit zum Kauf von Aktien und Immobilien aller Art gegeben hat.

Was machen eigentlich Amerikaner, die patriotisch die Wirtschaft ankurbeln wollen, wenn sie bereits ein Haus besitzen? Sie refinanzieren ihre Hauskredite zu den günstigen Zinskonditionen. Dann zahlen sie viel niedrigere Monatsraten und bekommen sogar noch Geld heraus. Sie bedanken sich bei Onkel Greenspan und gehen einkaufen. Super: General Motors verlangt nur 0 Prozent Zinsen für Autokredite! Neues Auto gekauft, obwohl man weder Geld hat, noch ein neues braucht, und los.

Der Konsumentenkredit stieg im vergangenen Jahr um weitere 6 Prozent auf 1,7 Billionen Dollar. Macht nichts, die Zinsen bleiben günstig, und im kommenden Aufschwung kann man ja mal daran denken, vielleicht etwas davon zurückzuzahlen.

Natürlich werden General Motors und DaimlerChrysler sich wundern, wenn in den USA niemand mehr Autos kauft, weil nämlich jetzt alle ein neues haben. Aber vielleicht können dann ja amerikanische Autos nach Japan exportiert werden, wer weiß.

Manche um das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft sich sorgende Keynesianer wie Oskar Lafontaine fragen: Warum sind die Zinsen nicht auch in Europa so wohlfeil? Sie sind es bereits. In Ländern wie Spanien und Irland waren sie früher viel höher. Daß sie jetzt für die dortigen – durch relativ starkes Wirtschaftswachstum und recht hohe Inflationsraten geprägten – ökonomischen Verhältnisse sehr niedrig sind, kann man wiederum sehr leicht an den Immobilienpreisen erkennen: Während sie in Frankfurt im vergangenen Jahr stagnierten, stiegen sie in Dublin um durchschnittlich 14,6 Prozent, in Madrid sogar um 19,3 Prozent. Kaum auszudenken, was dort los wäre, wäre Lafontaine EZB-Präsident. (Schade, daß er es nicht ist. Unter einer von ihm dirigierten Geldpolitik bekäme die europäische Wirtschaft sicherlich eine ungeahnte Dynamik, in die eine oder in die andere Richtung.)

Außerdem haben Zinssenkungen leider dieselbe Nebenwirkung wie andere Antidepressiva: Sie machen süchtig. Wenn sich in Phasen niedriger Zinsen hohe Schulden aufgebaut haben, könnte das irgendwann die Konsumfreude beeinträchtigen. Dann müssen die Zinsen weiter gesenkt werden, was zu noch höheren Schulden führt. Im Jahr 2000 hat Greenspan einmal eine Entwöhnung probiert, indem er die Zinsen stark heraufsetzte. Das ging schief. Die Gewinne der hochverschuldeten Unternehmen brachen heftig ein, und um die Wirtschaft zu reanimieren, mußte er ihr anschließend ganz viel billiges Geld geben.

Die Gesamtverschuldung der USA (ohne Finanzsektor), die 1996 noch 14,4 Billionen Dollar betrug, liegt jetzt bei 19,4 Billionen Dollar. Das ist doppelt soviel wie das Bruttoinlandsprodukt.

Das Leistungsbilanzdefizit beläuft sich auf über 400 Milliarden Dollar jährlich. Warum der Dollar trotzdem so stark ist? Jürgen Elsässer tippt in seinem neuen Buch, der Außenwert der US-Währung sei durch Atombomben abgesichert. Das ist sehr pfiffig. Doch ihr Einsatz könnte leicht zu Kollateralschäden beim Verbrauchervertrauen führen und das internationale Geschäftsklima vergiften.

Leichter geht's, wenn man seine Schulden einfach exportiert. Um das Leistungsbilanzdefizit auszugleichen, müssen pro Werktag etwa 1,5 Milliarden Dollar in die Vereinigten Staaten fließen. Nachdem die High-Tech-Aktien des Nasdaq an der New Yorker Börse spätestens ab Ende 2000 nicht mehr so gefragt waren, fingen Europäer und Japaner an, im großen Umfang US-Anleihen zu kaufen. Die galten als »sicherer Hafen«, jedenfalls gegenüber dem Euro und dem Yen als das kleinere Übel. Wer 1999 aus dem Euro in den Dollar umstieg, hat schöne Devisengewinne erzielt.

Die Zinssenkungen sorgten dann letztes Jahr auch für Kursgewinne, wenn man nicht gerade Unternehmensanleihen gekauft hatte, die nach der Enron-Pleite nicht mehr als ganz sicher galten, sondern statt dessen lieber Staatsanleihen, Mortgage-backed securities (damit wird der Häuserbau finanziert) oder Asset-backed securities (das sind Forderungen z. B. aus Kreditkarten- und Leasinggeschäften, die von den Gläubigern in einen Pool eingebracht und dann an die Anleihenkäufer weitergereicht werden, sehr praktisch).

Der Schuldenexport funktioniert, solange es genügend Nachfrage gibt. Deshalb ist es wichtig, daß die Währung, in der sie notieren, als sicher gilt. Ansonsten würden die Gläubiger einen Ausgleich für dieses Risiko haben wollen, sprich: höhere Zinsen. Das könnte leicht zu einem Kollaps des stark überdehnten Kreditsystems führen.

Gegen den Schweizer Franken ist der Dollar bereits auf ein Dreijahrestief gefallen. Anfang Mai meldete die »FAZ«: »In den ersten beiden Monaten (des Jahres 2002) stellte sich der Nettokapitalimport nur mehr auf durchschnittlich 12 Milliarden Dollar, gerade mal ein Drittel des monatlichen Leistungsbilanzdefizits. Im vergangenen Jahr betrug der monatsdurchschnittliche Kapitalzufluß noch 43 Milliarden Dollar.« Auch der seit Jahresbeginn stark steigende Goldpreis zeigt, daß sich einige große Kapitale bereits zum Notausgang bewegen. Dort könnte bald ein großes Gedrängel entstehen.

Stefan Frank lebt auf den Cayman-Inseln und betreut dort das Auslandsvermögen sozialdemokratischer Parteien

Konkret 06/02, S. 26

Christian Y. Schmidt

Gefühle am Mittwoch

Wie der deutschnationale Kanzler den antisemitischen Vordichter funktionalisierte, um auf politisch korrekte Weise ganz weit rechts Platz zu nehmen

Vorher

Als Anfang Mai die SPD zu einer Veranstaltung mit dem Titel »Nation. Patriotismus. Demokratische Kultur« ins Berliner Willy-Brandt-Haus lädt, findet der größte Teil der deutschen Presse nichts dabei. Auch nicht, als bekannt wird, daß diese Veranstaltung ausgerechnet am 8. Mai, dem Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, stattfindet, daß auf ihr neben dem Bundeskanzler der berüchtigte Paulskirchenredner Martin Walser sprechen soll und der Einladungstext so klingt, als habe ihn ein irgendwie undogmatischer Deutschnationaler formuliert: »Wir in Deutschland – das sagen wir heute mit Stolz auf unser Land, selbstkritisch aber auch selbstbewußt patriotisch. Wir wollen erneuern, und wir wollen zusammenhalten. Und wir wollen unserer veränderten Rolle in Europa und in der Welt gerecht werden. Als eine normale Nation.«

Unter den größeren deutschen Blättern sind es einzig die »Frankfurter Rundschau« und die »Zeit«, die Einwände formulieren. In dem Wochenblatt mutmaßt Michael Naumann, die SPD habe die Veranstaltung anberaumt, um die konservative Wählerschaft Stoibers anzusprechen. Naumann scheint den Inhalt der Walserrede bereits zu kennen und warnt: »Inzwischen hat der Autor ... einen neuen Topos entdeckt: der Versailler Vertrag, der über Hitler zu Auschwitz geführt habe. Die Entente, die Sieger des Ersten Weltkriegs seien zumindest mitschuldig, wenn nicht gar Stifter deutschen Unheils.« Er weist auch darauf hin, daß Walser im Zuge seiner Paulskirchenrede von 1998 zumindest einen »Assoziationshorizont« geöffnet habe, »hinter dem der klassische Antisemitismus lauerte: Die Juden sind es, wer denn sonst?, die uns mit ihrer Erinnerung bedrohen und an gelebter Normalität hinderten ...« Ansonsten protestiert nur das kleine »Berliner Bündnis gegen Antizionismus und Antisemitismus«, Vertreter der Aktion Sühnezeichen und Michel Friedmann für den Zentralrat der Juden gegen die Einladung Walsers in die SPD-Parteizentrale.

Ein großer Teil der Kommentatoren und anderer Deutscher will sich jedoch auch durch diesen Protest nicht stören lassen. »Warum empört sein über das Podium mit dem Poeten des neuen Patriotismus?« fragt die »Taz« am 8. Mai, und begrüßt die Einladung Walsers ausdrücklich. Die Online-Ausgabe der »FAZ« gräbt irgendwo Klaus Staeck aus und läßt ihn in einem Interview erklären: »Ich teile diese Kritik nicht, wenn es darauf hinausläuft, etwas Sperriges, Schwieriges und Risikoreiches im Wahlkampf den Leuten nicht zu bieten.« Und Thomas Steinfeld verwahrt sich in der »Süddeutschen Zeitung« gegen die vom Zentralrat der Juden angeblich geforderte »Gesinnungshygiene«: »Zur Demokratie aber gehört, daß Friedmann ertragen muß, wenn Walser seine Auftritte hat.« Unverblümt muß das wohl heißen: Die Juden sollen gefälligst schön stille sein, wenn sich ein deutscher Kanzler mit einem Deutschen über Deutschland unterhalten will. Und ob der Mann ein Antisemit ist, geht sie schon rein gar nichts an.

Im Willy-Brandt-Haus

Das große Foyer im Inneren der SPD-Parteizentrale ist überfüllt. Vor dem Podium, auf den ersten Stuhlreihen, drängen sich SPD-Prominenz und Medienvertreter, dahinter die einfachen Parteimitglieder, die eine Einladung für die Veranstaltung ergattert haben. Besonders die Frauen unter ihnen haben sich herausgeputzt, dieser Walser ist ja Schriftsteller, ist also heute Abend alles auch irgendwie Kultur. Aus den Hauslautsprechern plätschert leise Swing-Musik. Von der vor dem Haus stattfindenden kleinen Gegendemonstration ist so hier drin nicht das Mindeste zu hören.

Ganz vorne, neben der Willy-Brandt-Statue, steht hinter drei roten Designersesseln ein großer himmelblauer Aufsteller. »Die Politik der Mitte« steht drauf, und: »Erneuerung. Verantwortung. Zusammenhalt. Wir in Deutschland SPD«. Hinter mir sitzt ein älterer SPDler und erklärt der Frau neben ihm, einer Chinesin, wen und was er alles sieht: »Das ist Tilmann Fichter, war mal Leiter der Parteischule, hat auch Philosophie studiert. Hat man jetzt ausgebootet. Nach China ist der mal gefahren, um sich von Mao inspirieren zu lassen. Und das ist Klaus Staeck.«

Tatsächlich, da vorne wuselt er herum und hält ein bißchen Hof, der John-Heartfield-Imitator, in schwarzem Anzug, unter dem Jackett: rote Hosenträger. Nun ja, dieses Milieu ist schließlich das einzige, in dem diese peinliche Figur noch als Künstler gilt. Peter Strieder, Landesvorsitzender der Berliner SPD, schreitet durch den Mittelgang und spricht leutselig einen Genossen an: »Seit wann trinkst du denn Kaffee? Ich dachte, du trinkst Rotwein. Komm doch Sonntagabend mal vorbei, dann trinken wir einen zusammen.« Auch Strieder trägt an seiner Jacke den Clip, auf dem »Nation. Patriotismus. Demokratische Kultur« steht. Und jedesmal, wenn einer mit einem solchen Clip vorbeigeht, lese ich zunächst bloß die Anfangsbuchstaben der durch die Punkte getrennten Worte: NPD.

Dann erscheinen die Stars des Abends, das übliche Blitzlichtgewitter, Generalsekretär Müntefering steht am Rednerpult und spricht, wie immer markig, die Begrüßungsworte. »Heute, meine Damen und Herren, 57 Jahre nach dem achten Mai 1945 und zwölf Jahre nach der deutschen Einheit sind wir ein normales europäisches Land geworden ... Ich begrüße herzlich den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, den Parteivorsitzenden der SPD, Gerhard Schröder.«

Der Kanzler spricht ...

Schröder löst Müntefering am Pult ab und beginnt seine Rede mit dem Pflichtteil. Der ist schnell erledigt. Der Kanzler gedenkt »der Toten, die Krieg und Diktatur gefordert haben«: Erstens ganz schlicht der ermordeten Juden, zweitens den Opfern »unter den Völkern Europas und der Sowjetunion«. Im dritten Satz aber kommt er bereits zu denen, die ihm – die Wortwahl legt es nahe – am nächsten sind: »Wir gedenken auch des unsäglichen Leids, das dieser verbrecherische Krieg über unser eigenes Volk gebracht hat.« Irgendwann in nächster Zukunft wird wohl auch diese Gedenkreihenfolge umgedreht werden, denn waren es nicht in Wirklichkeit die Deutschen, die am meisten unter Hitler gelitten haben?

Der nächste Punkt: Nationalismus. Da muß der Kanzler differenzieren, denn schließlich gibt es einen bösen Nationalismus und einen guten. Mit dem bösen Nationalismus hat Schröder nichts zu schaffen, der ist die Sache der Rechten beziehungsweise der Nazis, er und die seinen halten es mit dem guten, der »freiheitlicher Patriotismus« heißt: »Es war die deutsche Sozialdemokratie, die diese Idee einer demokratischen Nation konsequent verfochten hat.« Zum Beleg wird Otto Wels zitiert, Willy Brandt und, warum denn nicht, August Bebel: »›Wir verteidigen das Deutsche Reich auch als unser Vaterland – nicht Ihnen zuliebe, sondern Ihnen zum Trotz‹, hielt August Bebel den konservativen Parteien im Reichstag entgegen«, sagt Schröder. Daß der Trotz der sozialdemokratischen Vaterlandsverteidiger so weit ging, den Krediten zuzustimmen, mit denen das Kaiserreich den Ersten Weltkrieg finanzierte, sagt er nicht.

Die Kür besteht aus einem Haufen Stilblüten und Zumutungen. Zum Beispiel: »Wir wollen uns«, spricht der Kanzler, »nicht nur vergewissern, wer wir sind, woher wir kommen und wohin wir gehen – sondern auch, mit wem wir gehen, wohin wir gehören.« Auch hier bleibt er ergänzende Informationen schuldig. Wer ist wir? Ich zumindest weiß genau, woher ich komme und mit wem ich gehen will, dazu brauche ich keinen Schröder, der zufällig und gegen meinen Willen in diesem Land Bundeskanzler ist. Soll er mit Doris Köpf gehen und in Hannover wohnen, wo er hingehört, das ist seine Sache, was habe ich damit zu schaffen? Oder: »Ein Land, das mit sich selbst im reinen sein will, muß den Mut haben, sich seiner gesamten Geschichte zu stellen.« Was ist das, wer hat das je gesehen? Ein Land, das Mut hat? Ein Stück Erdoberfläche, das mit sich im reinen ist? Wie soll das gehen?

Geht nicht, zeigt aber, daß derjenige, der sich zu seinem Land, seiner Nation bekennen will, sich aus der Gemeinschaft der Denkenden verabschieden muß – das Land fängt an, für ihn zu denken. Da kann Schröder auch ruhig behaupten: »Ohne Nationen gibt es keine Welt.« Auch Quatsch, denn die Welt hat es vor der Bildung von Nationen und den dazugehörigen Nationalstaaten längst gegeben und sie wird auch aller Wahrscheinlichkeit weiterexistieren, wenn es keine Nationalstaaten mehr gibt. Aber wer einmal mit dem nationalen Blödsinn begonnen hat, muß ihn wohl konsequent zu Ende phantasieren.

Auch sonst bleibt manches in Schröders Rede dunkel, denn sie ist als Antwort auf die Rede Walsers formuliert. Damit der Kanzler nicht als Gefolgsmann Walsers erscheine, weiß die »Frankfurter Rundschau«, wurde die Reihenfolge der Redner noch kurz vor Beginn der Veranstaltung umgekehrt. Also kommt jetzt Martin Walser. Der Dichter schreitet zum Podium. Und verkündet mit pathetischer Dichterstimme und rollendem R, er gedenke »überrr ein Geschichtsgefüüühl« zu sprechen.

... und danach der Fühler

In den nächsten fünfzehn Minuten wird Walser genau neunzehnmal Wörter sagen, die das Lexem »fühl« enthalten, dazu kommen viermal Empfindung oder empfinden. Und so startet dieser Großfühler auch gleich mit einem Angriff auf die »intellektuellen Intellektuellen«, die einen Unterschied zwischen »Fühlen und Denken« machen, was er komisch findet. Walser sagt: »Selbstbewußtsein ist das wichtigste Erlebnis bei der Bildung der Nation«, und spricht davon, daß »wir« – schon wieder dieses unverschämte Wir – »lange vor unserer Staatlichkeit« eine »Schicksalsgenossenschaft« gewesen seien. Er spricht vom Versailler Vertrag, und stellt apodiktisch fest: »Das wichtigste Glied in der historischen Kette bleibt: ohne Versailles kein Hitler.«

Dann kommt der Fühler zu Auschwitz und wechselt bei voller Fahrt ins Rationale. Er will wohl signalisieren, daß das, was jetzt folgt, nicht zur Debatte steht: »Wer nicht begreift, daß dieses Verbrechen nur möglich war unter den Bedingungen dieses Krieges, der wird nie begreifen, wie Auschwitz überhaupt möglich war. Und dieser Krieg war der allerletzte Krieg, den diese Nation angezettelt hat. Aber die Anzettelung hat eben nicht im Januar 1933 begonnen, sondern viel früher. Unter anderem eben durch die Mutterkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts, den ersten Weltkrieg«, weil dieser, siehe oben, zu Versailles führte. Ganz so wie von Michael Naumann beschrieben, gibt Walser den Siegern des Ersten Weltkriegs eine Mitschuld an Auschwitz, um die eigene Nation zu entlasten. Und kein Muckser des Protestes ist im Publikum zu hören.

Warum sollte es auch protestieren? Schließlich ging die Geschichte ganz prima für die Deutschen aus. Der Fall der Mauer sei, erklärt der Dichter, »der glücklichste Moment in der deutschen Geschichte«, das Datum bezeichne gewissermaßen den Endpunkt der »Läuterungsstrecke der Nation«. Jetzt, wo alle Deutschen wieder mit sich im reinen sind, sei die »Heilung« der durch die deutsche Teilung entstandenen »Schäden« als »allererste nationale Aufgabe« in Angriff zu nehmen. Gegen Ende bekennt Walser auch, wann sich das Gefühl, das ihn so sehr umtreibt, daß er hier diese Rede halten muß, gebildet hat: »in Kindheit oder Jugend«. Er sagt nicht, daß diese Kindheit und Jugend hauptsächlich in den Jahren zwischen 1933-1945 lag, was dieses Scheißgefühl erklären dürfte. Und dann ist endlich Schluß.

Der Ossi

Es folgt das angekündigte Gespräch, der »Zeit«-Redakteur und Berufsossi Christoph Dieckmann – als Ausweis seines Ossitums trägt er langes, graues, zum Pferdeschwanz zurückgebundenes Haar – soll es moderieren. Aber zunächst muß er noch was loswerden: »Man warf mir vor, ich hätte den Satz geschrieben: ›Israels Erwählungshybris ist ein Fluch.‹ Das habe ich geschrieben«, und zwar im letzten Jahr anläßlich eines Besuches von Auschwitz in einem »Zeit«-Artikel zum »Tag der Deutschen« (Walser), dem 9. November. In diesem Artikel stand noch mehr, unter anderem unglaublicher Kitsch, den Dieckmann ausgerechnet auf dem Gelände des Vernichtungslagers Birkenau ganz walseresk erfühlte (»Links des Tores versinkt die Sonne in einem Glast von Kobalt und Zinnober, und hoch oben schneidet ein Flugzeug mit lohweißem Schweif den Himmel auf«), es stand da: »Hält nicht Israel bis heute fremde Ernte und büßt dafür mit Tod und tötet jeden Tag?«, aber das erwähnt Dieckmann nicht. Nur für den angeführten Satz will er sich entschuldigen, der sei »dumm und falsch« gewesen, aber letztlich auch nicht unerklärbar; schließlich habe er ihn »im Zorn über Sharons Palästinenserpolitik« zu Papier gebracht. Und hat im Zorn ein Deutscher nicht auch einmal das Recht, das zu schreiben, was er über die Juden wirklich denkt?

Natürlich kommt so einer nicht auf die Idee, Walser zu fragen, wer denn bei seinem »Geschichtsgefühl« – das eigentlich nichts anderes ist als Nationalgefühl – überhaupt mitfühlen darf, und wen er alles zur nationalen Schicksalsgenossenschaft rechnet – auch die jüdischen oder türkischen Deutschen? Dieckmann fragt auch nicht, wieso denn der Zweite Weltkrieg der letzte Krieg war, den die Deutschen anzettelten, wo doch der vorläufig letzte, angezettelt auch von dem hier sitzenden deutschen Bundeskanzler, erst drei Jahre zurückliegt. Er fragt den Dichter allerdings, ob die von ihm gezogene »Verbindungsgerade zwischen Versailles und Auschwitz nicht auf Geschichtsrevision« ziele?

Leberwurst und Grinsekatze

Das ist schon zuviel. Sofort verlegt sich Walser auf das, was er neben Geschichtefühlen am besten kann – Beleidigtsein: »Was ist daran revisionistisch? Wenn Sie dieses Wort gebrauchen, dann müssen Sie mir auch erklären, was daran revisionistisch ist. Sonst kann ich gar nicht weitersprechen.« Tut er aber doch und hört gar nicht mehr auf, sich zu beschweren: Über Naumanns Beitrag »in diesem liberalen Wochenblatt ›Die Zeit‹«, über die »Verdächtigungsbereitschaft«, die sofort zur Stelle und »unendlich wach« sei, wie zum Beispiel anläßlich seines harm- losen öffentlichen »Selbstgesprächs« über Auschwitz neulich in der Paulskirche. Da wurde er, Martin Walser »nachher öffentlich so und so behandelt«, das heißt: ganz schlimm. So schlimm (Hubert Spiegel spricht am übernächsten Tag in der »FAZ« sogar von »Menschenjagd«), daß der allseits Verfemte hier heute neben dem Bundeskanzler sitzt, wahrscheinlich mit Gewalt gezwungen von seinen Peinigern. Es gibt Leute, die merken einfach nicht, wann sie sich völlig lächerlich machen.

Es merkt aber auch keiner im Publikum, für seine Leberwursttiraden bekommt der Dichter sogar Beifall. Auch als Christoph Dieckmann gleich zweimal hintereinander erklärt, im protestantischen Milieu der DDR »wurde Auschwitz als Sühne für die Schuld der Deutschen empfunden« (was er statt Auschwitz meint, ist die Teilung; oder sollte es doch der Zorn auf Sharon sein, der ihm diese neue Ungeheuerlichkeit eingegeben hat?), geht durchs Publikum nicht einmal ein Raunen. Und niemand lacht, als sich Dieckmann schließlich bei Walser in grotesker Weise anwanzt und für die gewährte »Zuwendung an den Osten« bedankt. »Das kam nicht arrogant daher ..., das war einfach warm. Und dafür ist man als Ostdeutscher dankbar.« Nur der Kanzler sitzt auf seinem Sessel und grinst und grinst und grinst.

Er hat auch allen Grund dazu. Je länger Walser und Dieckmann nämlich reden, desto besser kommt er selbst weg. Schröder stellt sich stur und verteidigt im Plauderton rational fundierte historische Erkenntnis gegen des Dichters Geschichtsgefühlsduselei. Auch von Walsers »Schicksalsgenossenschaft« distanziert er sich, »weil ich auch immer vermute, daß sich da Dinge verbergen, hinter solchen Begrifflichkeiten, die mir so rein rational nicht zugänglich sind. Das macht mich mißtrauisch.« Bei so viel unaufgeregt vorgetragenen Einsprüchen nehmen sich Schröders eigene Akzentverschiebungen nach rechts, die kleinen Zugeständnisse an Walsers Gefühlsnationalismus (wenn Deutschland im Fußball gewinnt, dann fühlt der Kanzler zum Beispiel auch ganz national) und die gezielt in die eigene Rede eingestreuten Nationalismen eher harmlos aus. Es ist erstaunlich: Gegen den auf Krawall gekämmten Dichter und den Ossi mit Hang zum antisemitischen Ressentiment wirkt der deutsche Kriegskanzler plötzlich wie das letzte Bollwerk der Vernunft. Und eben das ist, so drängt sich der Eindruck auf, wohl auch der Zweck der ganzen Veranstaltung.

Die aber ist jetzt aus. Walser guckt immer noch ein bißchen beleidigt, der Kanzler grinst noch mal, sagt: »Tschüs, ich muß jetzt nach Kabul«, der Ossi packt seine Ossi-Aktentasche und geht. Dann gibt es Wein und Brezeln für das Publikum, das gerne zugreift.

Nachher

In den Tagen nach der Veranstaltung sind sich die Kommentatoren der meisten Zeitungen wieder einig. Allein die »Frankfurter Rundschau« bemerkt die »neuen Töne«, die sich in die Kanzlerrede eingeschlichen haben; Schröders Ablenkungskonzept ist aufgegangen. Die anderen beschäftigen sich in der Hauptsache mit der Rede Walsers. Die »Taz« räumt immerhin ein, die »Subtexte« der Walserrede seien »in der Tat unangenehm«. Dennoch kommt sie zu dem Schluß, ein Skandal habe nicht stattgefunden: »Nicht Skandal, Koketterie ist das Wort für dieses Treffen.« Die »FAZ« meint, die Proteste gegen die Veranstaltung seien nichts weiter als ein »Satyrspiel« gewesen, die »Züge unfreiwilliger Selbstparodie trugen«. Die »Süddeutsche Zeitung« schreibt von einer »harmlosen Veranstaltung«, und auch Elke Schmitter weiß im »Spiegel«: »Ein Skandal fand durchaus nicht statt.«

Es gibt eigentlich nur einen, der das anders sieht, und das ist der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel: »Die Konstellation, unter der diese Veranstaltung organisiert wurde«, sagt er der »Berliner Zeitung«, »die Zusammensetzung und Durchführung bestätigen unsere Vermutungen und Befürchtungen. Martin Walser hat die Diskussion um ihn mit neuen, unsäglichen Theorien bekräftigt ...« Und Spiegel fügt hinzu: »Wir erleben zur Zeit in ganz Europa eine antijüdische Stimmung, die es so noch nie gegeben hat ... Wer antisemitisch denkt, sagt dies frecher, unverhohlener und offener als früher ... Solch einen Antijudaismus habe ich so massiv noch nie seit 1945 festgestellt.«

Das ist die Realität in diesem ganz normalen Land mit seinen harmlosen und ganz normalen nationalen Diskussionen. Und in dieser Normalität, ganz egal ob »freiheitlich patriotisch« oder »nationalistisch« begründet, keinen Skandal zu sehen, das ist der eigentliche Skandal.

Christian Y. Schmidt schrieb in KONKRET 4/02 über Del Pontes freie Mitarbeiter im Milosevic-Prozeß

Konkret 06/02, S. 29

Wolf Dieter Vogel

Zwischenfall im Hinterhof

Es sollte laufen wie bei Allende, doch der neue Pinochet war gleich wieder weg: Venezuelas Militärs spielten der CIA einen Streich

Venezuelas Präsident Hugo Chávez wollte nicht den Teufel an die Wand malen. Chile 1973, der Putsch gegen den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende? Nein, mit einem Aufstand des Militärs sei in seinem Land nicht zu rechnen.

In den vorhergehenden Wochen hatten gleich zwei ranghohe Armeeangehörige den Staatschef zum Rücktritt aufgefordert. Chávez sei schließlich nicht ins Amt gewählt worden, »um eine kommunistische Regierung einzuführen«, hatte der oppositionelle Luftwaffenoberst Pedro Soto erklärt. Auch aus Washington waren unmißverständliche Signale gekommen. Durch seine engen Kontakte zur Guerillagruppe Farc im Nachbarland Kolumbien komme Chavéz zunehmend ins Blickfeld des US-amerikanischen Kampfes gegen den Terrorismus, ließ Außenminister Collin Powell wissen. Auch das freundschaftliche Verhältnis des venezolanischen Regierungschefs zu Fidel Castro mißfiel. »Wenn Chávez die Dinge nicht schnell regelt, läuft er Gefahr, seine Amtszeit nicht zu beenden«, annoncierte Powells Amt in der »Washington Post«.

Das war Ende Februar. Doch Chávez fühlte sich sicher. Augusto Pinochet habe bei seinem Putsch die Armee hinter sich gehabt. In Venezuela aber stünden die Mehrheit der Bevölkerung *und* die Streitkräfte auf seiner Seite.

Sechs Wochen später mußte der venezolanische Erziehungsminister Aristóbulo Isturis über den Abend des 11. Aprils, den er gemeinsam mit Chávez und fast dem gesamten Kabinett im Regierungspalast Miraflores verbracht hatte, berichten: »Die Putschisten haben gesagt, daß sie uns bombardieren, wenn wir nicht freiwillig gehen.« In diesem Moment habe er »im Geist das Bild Salvador Allendes vor sich gesehen«.

Das Bombardement auf das Regierungsgebäude in Venezuelas Hauptstadt Caracas blieb aus. Der Staatschef ergab sich noch in der Nacht zum 12. April einer Gruppe von Unternehmern, sozialdemokratischen Gewerkschaftern und abtrünnigen Militärs. Chávez sei zurückgetreten, ließ der oppositionelle General Lucas Rincón in den frühen Morgenstunden wissen. Und obwohl zahlreiche Zeugen, die dem Präsidenten nahestehen, die Behauptung sofort dementiert hatten, wurde sie von nationalen wie internationalen Medien über Tage hinweg verbreitet.

Während Chávez auf die Karibikinsel Orchila gebracht wurde, erklärte sich der Chef des Arbeitgeberverbandes Fedecámaras, Pedro Carmona, zu seinem Nachfolger, um das Land, wie er später sagte, vor dem Chaos zu retten. Immerhin seien schon vor der Absetzung des Präsidenten bei Auseinandersetzungen zwischen Oppositionellen und Chávez-Anhängern elf Menschen gestorben. Wer die Schießereien vor dem Regierungspalast begonnen hatte, ist noch ungeklärt. Unter den Toten befanden sich cháveztreue Demonstranten, getötet von Zivilpolizisten, die dem Befehl des der Opposition angehörenden Bürgermeisters von Caracas, Alfredo Peña, unterstanden.

Rund eine Million Menschen demonstrierten nach der Entführung von Chávez gegen dessen Entmachtung. Auf den Straßen von Caracas ging nichts mehr, das Land drohte im Chaos zu versinken. Der ins Amt geputschte Unternehmer Carmonas mußte am Abend des 14. Aprils wieder gehen. Keine 48 Stunden, nachdem Chávez den Regierungssitz verlassen hatte, kehrte er unter dem Jubel von Hunderttausenden wieder nach Miraflores zurück.

Nicht nur die relativ große Zustimmung, die der Staatschef in der Bevölkerung immer noch genießt, hatte dafür gesorgt, daß er ungeschoren zurückkehren konnte. Auch 17 von insgesamt 23 Garnisonskommandeuren hatten gegen die Heeresleitung opponiert und sich geweigert, Carmona als neuen Präsidenten anzuerkennen. Im Militär habe es einen Bruch gegeben, bestätigte der Chef der Nationalgarde, General Belisario Landis.

Doch obwohl der Versuch, den venezolanischen Präsidenten zu stürzen, gescheitert ist, liegen die Parallelen zum Sturz Allendes auf der Hand. Wie in Chile scheint die US-Administration bei dem Staatsstreich eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Und wie damals ging dem Putsch auch jetzt eine massive Mobilisierung gegen die Wirtschaftspolitik des Präsidenten voraus, die in einem Generalstreik mündete.

Seit Chávez 1998 mit knapp sechzig Prozent der Stimmen ins Amt gewählt wurde, arbeiten der Unternehmerverband Fedecámaras, der an die alte Oligarchie des Landes gebundene Gewerkschaftsdachverband »Confederación de Trabajadores de Venezuela« (CTV) sowie einige Militärs an der Entmachtung des Linksnationalisten. Die Konflikte spitzten sich zu, als Chávez im letzten Dezember 49 Dekrete verabschieden ließ, die das Steuersystem gerechter gestalten, Land umverteilen und der indigenen Bevölkerung mehr Rechte über die in ihrem Gebiet lagernden Bodenschätze verleihen sollten.

Vor allem die Änderungen, die der Staatschef im Erdölsektor vornahm, kamen bei heimischen Unternehmen, transnationalen Konzernen und auch der US-Regierung schlecht an. Der Export des schwarzen Goldes, das dem Staat etwa 80 Prozent seiner Devisen einbringt, soll höher besteuert, die Kontrolle über die staatliche Ölgesellschaft »Petroleos de Venezuela« (PDVSA) verschärft werden. Angesichts der bisherigen Ineffizienz, die Chávez bei der PDVSA ausgemacht

hatte, eine naheliegende Entscheidung. Der Konzern ist das wichtigste Unternehmen des Staates, des drittgrößten Erdöllieferanten weltweit – und, nach Saudi-Arabien, zweitgrößten Importeurs von Öl für die USA.

Nachdem dann Chávez Anfang März fünf Mitglieder des PDVSA-Verwaltungsrates gegen ihm ergebene Männer ausgetauscht hatte, sah man offensichtlich die Stunde gekommen. Es häuften sich Gespräche zwischen Oppositionellen und US-Vertretern, die Kritik aus Washington wurde schärfer. Gewerkschafter vom CTV machten auf den Straßen mobil. Bei der PDVSA begannen erste Arbeitsniederlegungen.

Um die Situation weiter eskalieren zu lassen, rief die CTV gemeinsam mit dem Unternehmerverband Fedecámeras am 9. April zum Generalstreik gegen Chávez auf, unterstützt durch permanente Propaganda der privaten Fernsehstationen, deren Inhaber allesamt radikale Gegner von Chávez sind. Zwischen hundert- und zweihunderttausend Menschen gingen gegen den Präsidenten auf die Straße.

Seit der Linksnationalist Chávez 1998 mit seinem fulminanten Wahlsieg sämtliche traditionelle Parteien ins Abseits gestellt und die »Bolivarische Revolution« ausgerufen hatte, hat sich die Lage der rund 80 Prozent Armen kaum verbessert. Auch hat Chávez, der Leute wie den peruanischen Geheimdienstchef Vladimir Montesinos zu seinen Freunden zählt, wegen seines autoritären Führungsstils viele linke Weggefährten verprellt. Aktivisten, die auf Basisarbeit setzen, verübeln ihm die machtpolitisch orientierte Zusammenarbeit mit dem Militär.

Im Februar sah Chávez sich gezwungen, die Bindung des Bolivar an den Dollar aufzugeben. Die Folge: Kapitalflucht, Entwertung der heimischen Währung um knapp 30 Prozent, eine weitere Verschlechterung der Lebenssituation der Bevölkerung. Dennoch, so bestätigte die unabhängige Menschenrechtsorganisation PROVEA, bewege sich die Popularität von Chávez »auf einem konstant hohen Niveau von 40 bis 48 Prozent«.

Mit solchen Feinheiten wollte man sich in Washington nicht aufhalten. Schließlich plant die US-Regierung bis zum Jahr 2005 eine gesamtamerikanische Freihandelszone (FTAA) von Alaska bis Feuerland. Chávez dagegen setzt auf »regionale Integration«, auf mehr Eigenständigkeit der lateinamerikanischen Staaten in Abgrenzung zu den USA. Noch ein Störfaktor also für die US-Pläne, und nicht der einzige: In Argentinien ist unklar, ob sich der US-freundliche Staatschef Eduardo Duhalde gegen die Opposition halten kann, Ecuador wird von Indigena-Aufständen geschüttelt, in Kolumbien kann sich die Regierung trotz umfangreicher Hilfe aus den USA nicht gegen die Guerilla durchsetzen.

Auch die reservierte Haltung des brasilianischen Präsidenten Fernando Henrique Cardoso gegenüber dem FTAA bereitet den Nordamerikanern Sorge. Denn seit der Krise in Argentinien setzt Cardoso wieder verstärkt auf den Mercosur, das Wirtschaftsbündnis zwischen Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay – und damit auch auf den US-Konkurrenten Europäische Union. Schon jetzt handeln die Mercosur-Staaten mehr mit den Partnern auf der anderen Seite des Atlantiks als mit den USA. Und auch Chávez will dem »Markt des Südens« beitreten.

Vor allem aber ärgert die USA Chávez' Politik in der Organisation erdölexportierender Länder (Opec), die auf eine Verringerung der Förderung zielt. Zumal der irakische Staatschef Saddam Hussein gedroht hat, zur Unterstützung der Palästinenser den Ölfluß vorübergehend zu drosseln. Lateinamerika könne zwar den Nahen Osten nicht ersetzen, erklärte die US-Botschafterin Anne Patterson in Kolumbien, aber durch den Einfluß im Süden könne man einer Ölpreis-Spekulation entgegenwirken.

Bis heute beteuert die US-Administration, sie sei in die Ereignisse in Venezuela nicht verwickelt gewesen, doch jeden Tag kommen neue Fakten ans Licht, die das Gegenteil bestätigen. Ende Februar hatte Präsident George W. Bush den Geheimdienstler Charles S. Shapiro, der zuvor das »Amt für kubanische Angelegenheiten« im State-Departement geleitet hatte, als neuen Botschafter nach Caracas geschickt. Seither, so die »Washington Post«, habe sich der oppositionelle General Soto mehrmals mit Funktionären der US-Botschaft getroffen. In der Woche des Putsches reiste Soto in die USA, um sich mit Mitgliedern der kubanischen Gemeinde in Miami zu treffen.

Auch General Rincón, der den vermeintlichen Rücktritt Chávez' bekanntgegeben hatte, verfügte über gute Kontakte zu einem einschlägigen Exilkubaner: Roger Pardo Maurer. Bereits beim Contra-Krieg gegen die nicaraguanischen Sandinisten in den achtziger Jahren hatte Maurer eine zentrale Rolle gespielt. Von der Bush-Administration wurde er nun mit der Betreuung US-amerikanischer Interessen in Lateinamerika betraut. Und mit ihm ein ganzes Gruselkabinett alter Contra-Veteranen:

An dessen Spitze steht Otto Reich, der »Staatssekretär für die westliche Hemisphäre« (Lateinamerika, d. Red.) im US-State-Departement. Nach Informationen von »Newsweek« soll Reich den kurzfristigen Präsidenten Carmona telefonisch instruiert haben. Auch mit dem Fernsehmagnaten Gustavo Cisneros, einer zentralen Figur beim Putsch, soll er während des Staatsstreichs in Kontakt gestanden haben. Anfang Mai forderten 14 US-amerikanische Abgeordnete eine Untersuchung: »Die wachsende Zahl der Informationen und Dementis in bezug auf die Rolle der USA beim Sturz von Chávez« erfordere gründliche Ermittlungen, erklärte der Parlamentarier Dennis Kucinich.

Gleich nach dem Putsch informierte die US-amerikanische Agentur Stratfor, ein privater Geheimdienst, der unter anderem für das Weltwirtschaftsforum arbeitet, daß die CIA Kenntnis von den »ultrakonservativen Zivilisten und militärischen Amtsführern hatte, die vorhatten, Chávez zu stürzen«. Doch obwohl inzwischen auch noch bekannt wurde, daß nach Recherchen der venezolanischen Regierung ein hoher Angehöriger des US-Militärs während des Staatsstreichs unter den Putschisten weilte, gab sich Reich unbeeindruckt. Die Vorwürfe gegen ihn seien falsch. Aber er ließ keinen Zweifel, wie mit Chávez umzugehen sei: Man werde »weiterhin jedes seiner Wörter und jede seiner Taten genau beobachten«. Was das heißen könnte, formulierte jüngst der neue Vizepräsident Venezuelas, José Vicente Rangel: »Wir haben Informationen darüber, daß es verblendete Leute gibt, die ein neues Abenteuer vorbereiten.«

Wolf-Dieter Vogel ist freier Autor und lebt in Mexiko-City

Konkret 06/02, S. 31

Erich Später

»In guten wie in bösen Tagen«

Im Kampf für deutsche Ansprüche in Tschechien wird heftig zwischen guten und bösen Sudetendeutschen unterschieden. Die Tschechoslowaken aber haben nur eine Sorte kennengelernt

In den ersten Apriltagen 1945 erreichen Einheiten der Roten Armee die nördlichen Bezirke des Mustergaus Sudetenland. In verlustreichen Kämpfen gegen Verbände der Wehrmacht, der SS und des sudetendeutschen Volkssturms gelingt ihnen am 21. April 1945 der Durchbruch durch die deutschen Linien. Im Westen des Gaus kann die US-Army eine Woche später, am 19. April, die Stadt Eger besetzen. Am 9. Mai 1945, dem Tag der deutschen Kapitulation in Berlin-Karlshorst, befreit die Rote Armee die in der Gauhauptstadt Reichenberg lebende tschechische Bevölkerung.

Fast sieben Jahre nachdem ihr Führer Konrad Henlein in Karlsbad auf dem Parteitag der sudetendeutschen Nazis das Signal zur endgültigen Zerschlagung der CSR gegeben hat, erreicht der Krieg endlich diejenigen, die so viele Hoffnungen in den Sieg des nationalsozialistischen Deutschland gesetzt haben. Die Auflösung der staatlichen Existenz der CSR im März 1939 und die Bildung des »Reichsprotektorats Böhmen und Mähren« auf dem verbliebenen Territorium des tschechischen Teils der Republik sind von den Sudetendeutschen als endgültiger Sieg über das minderwertige »Tschechentum« gefeiert worden.

Viele Dokumente und Stimmungsberichte staatlicher Behörden und NS-Parteigliederungen belegen den Wunsch der Sudetendeutschen nach der endgültigen Germanisierung des Protektorats und des Sudetengaus. Von der Ernennung Reinhard Heydrichs, des Chefs des Reichsicherheitshauptamtes, zum »stellvertretenden Reichsprotektor« am 27. September 1941 erwartet die deutsche Bevölkerung durchgreifende Maßnahmen. Das im Auftrag von Edward Benesch verübte Attentat am 27. Mai 1942, an dessen Folgen Heydrich eine Woche später stirbt, wird von der sudetendeutschen Volksgemeinschaft mit Empörung und Haßausbrüchen gegen die tschechische Minderheit beantwortet. Das ist der übereinstimmende Tenor aller Berichte der unterschiedlichsten Dienststellen. Im Lagebericht vom Juni 1942 des Regierungspräsidenten von Aussig heißt es:

Die deutsche Bevölkerung hat sich an der Mitfahndung nach den Tätern nicht nur sehr rege beteiligt, sie hat nicht nur die scharfen Maßnahmen der deutschen Staatführung (gemeint ist die Auslöschung des Dorfes Lidice durch Wehrmacht und SS – E. S.) einheitlich als gut und richtig angesehen, sondern sie hat allgemein die Verfolgung der reichsfeindlichen Elemente im Protektorat mit wahrer Genugtuung aufgenommen ... Die sudetendeutsche Bevölkerung ist der Meinung, daß den Tschechen noch viel zu viel Freiheiten gewährt werden, die sie nur zum Schaden des Deutschen Reiches ausnützen.

Noch im April 1944 werden auf einer Konferenz hoher Funktionäre der SS und der NSDAP in Karlsbrunn Szenarien für die endgültige Vernichtung der tschechischen Nation diskutiert:

Das Fernziel nationalsozialistischer Reichspolitik in Böhmen und Mähren muß auf die Wiedergewinnung des Bodens und der auf ihm siedelnden Menschen für das deutsche Volkstum und für die Reichsidee gerichtet sein. Um dies erreichen zu können, gibt es zwei Möglichkeiten: A. die totale Aussiedlung der Tschechen aus Böhmen und Mähren in ein Gebiet außerhalb des Reiches und B. bei Verbleib des Großteils der Tschechen in Böhmen und Mähren die gleichzeitige Anwendung vielfältigster der Assimilation und Umvolkung dienenden Methoden nach einem X-Jahresplan. Dabei können drei Grundlinien verfolgt werden:

1. Die Umvolkung des rassisch geeigneten, also blutsmäßig für uns erwünschten Tschechen.

2. Die Aussiedlung von rassisch unverdaulichen Tschechen und aller destruktiven Elemente der reichsfeindlichen Intelligenzschicht.

3. Die Neubesiedlung dadurch frei gewordenen Raumes mit frischem deutschen Blut.

Der in der Sprache der »Endlösung« formulierte Plan kommt zu spät: Am 28. August 1944 beginnt im Nazi-Marionettenstaat Slowakei der massenhafte bewaffnete Aufstand gegen die deutschen Besatzer und ihre Kollaborateure. Die Aufständischen unterstellen sich der Londoner Exilregierung unter Edward Benesch und proklamieren die tschechoslowakische Republik. Die Militärorganisation der Aufständischen umfaßt 16.000 Widerstandskämpfer. Kommunistische Partisanen, bewaffnete Einheiten des bürgerlichen Widerstandes, desertierte Einheiten der »slowakischen« Armee, selbständige jüdische Abteilungen sowie Gruppen von geflohenen französischen Kriegsgefangenen befreien ein Gebiet von der Größe Hessens mit 800.000 Einwohnern.

In drei Monate andauernden, erbitterten Kämpfen gelingt es den SS-Divisionen »Horst Wessel« und »Galizien«, verstärkt durch die SS-Brigade Dirlewanger und Einheiten der Wehrmacht, den Aufstand niederzuschlagen. Das Hauptquartier der Aufständischen fällt am 27. Oktober 1944. In den Bergen behauptet sich der Widerstand bis zum Eintreffen der »Roten Armee« und bewahrt Tausende jüdischer Bürger der Republik vor der Vernichtung.

Der deutschen Bevölkerung des »Sudetengaus« machen die Berichte über den Aufstand in der Slowakei angst. »Die Nachrichten von den in den besetzten Gebieten überall aufflackernden Unruhen und Aufständen, das Durchsickern von Gerüchten über Greueltaten an Deutschen in der Slowakei und das in einer 20jährigen Knechtschaft teuer erkaufte Wissen um die tschechische Hinterhältigkeit, Grausamkeit und Brutalität, sowie um den traditionellen Hass gegen alles Deutsche, bilden eine zusätzliche schwere Nervenbelastung für die Menschen unseres Gaus. Besonders unter den Frauen machen sich Angstzustände bemerkbar«, heißt es im Bericht des Reichspropagandaamts Sudetenland vom 6. September 1944.

Am 29. September proklamiert Gauleiter Henlein die allgemeine Bewaffnung der männlichen Bevölkerung des Sudetengaus. 300.000 Männer werden in Volkssturmbataillonen zusammengefaßt. Sie sollen die Einheiten der Wehrmacht und SS verstärken, jeden tschechischen Widerstand erbarmungslos unterdrücken, die zirka 300.000 vor allem in der Rüstungsindustrie eingesetzten Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter unter militärischer Kontrolle halten und die Wachmannschaften der 336 Konzentrations-, Sklavenarbeiter- und Kriegsgefangenenlager verstärken, die sich auf dem Gebiet des Sudetengaus befinden.

Die Bevölkerung reagiert zustimmend und erleichtert auf die Bildung der »Volkssturmeinheiten«. Die ständig wachsende Furcht vor einem Aufstand und die Angst vor der Niederlage NS-Deutschlands verstärken die Entschlossenheit, mit allen Kräften für Deutschlands Sieg zu kämpfen.

Konrad Henlein hatte in der Euphorie des Oktobers 1938 Adolf Hitler und dem Nationalsozialismus »ewige Treue – in guten wie in bösen Tagen« gelobt. Dieses Versprechen wird eingehalten, auch und erst recht in der seit Sommer 1944 gänzlich aussichtslosen Lage. Auf das Attentat vom 20. Juli 1944 reagieren die Sudetendeutschen geradezu vorbildlich: »In dem Mißlingen des Attentats und der Rettung Hitlers sah die Bevölkerung in ihren wesentlichen Teilen eine Fügung des Schicksals. Die am folgenden Tage in allen Städten des Sudetengaus durchgeführten Kundgebungen, bei denen eine Massenbeteilung festzustellen war, boten hierfür ein lebendiges Spiegelbild. Die auf Veranlassung von den Truppenkommandeuren und Dienststellenleitern der Wehrmacht geforderten Treuekundgebungen wurden überall sofort abgegeben«, notiert der stellvertretende Gauleiter Neuburg nach dem Krieg in tschechischer Haft. In den umfassenden Ermittlungsberichten der Gestapo und des SD finden sich keinerlei Indizien für eine Unterstützung der Verschwörer des 20. Juli durch im Reichsgau Sudetenland lebende Personen.

Mit dem Vormarsch der Alliierten im Frühjahr 1945 wird das Sudetenland zum Durchmarschgebiet und Endziel Zehntausender Gefangener der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager. In offenen Viehwaggons transportiert, werden die Menschen ohne Nahrung und bei eisiger Kälte unter den Augen der Bevölkerung einem langsamen Tod überantwortet, Riesige Kolonnen russischer Kriegsgefangener werden von ihren deutschen Bewachern durch die Orte und Städte des Mustergaus getrieben. Viele Gefangene werden von den Wehrmachts- und SS-Mannschaften erschossen. Die NSDAP Kreisleitung Falkenau organisiert eine öffentliche Hinrichtung russischer Kriegsgefangener, die in Anwesenheit zahlreicher Abordnungen von Behörden an einem Baum erhängt werden.

Ab März 1945 werden Zehntausende Häftlinge in sogenannten »Todesmärschen« durch das Sudetenland getrieben. In den letzten Tagen des NS-Mustergaus spielen sich unbeschreibliche Szenen von Grausamkeit und entfesselter Gewalt in den Dörfern und Städten ab. Daniel Goldhagen schildert im Kapitel »Todesmarsch« seines Buches *Hitlers willige Vollstrecker* das Martyrium Hunderter jüdischer Frauen und Mädchen. Der von ihm beschriebene Todesmarsch von Helmbrechts durch sudetendeutsches Gebiet dauert vom 13. April bis zum 6. Mai 1945.

Die tschechische Bevölkerung reagiert geschockt und voller Entsetzen auf das Geschehen. »Keine Propaganda gegen die Deutschen könnte so wirksam sein wie der Anblick dieser Elendsgestalten«, notiert ein tschechischer Zeuge des monatelang vor aller Augen durchgeführten Massenmords.

»Geht abrechnen mit den Deutschen für alle ihre Greueltaten und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern«, heißt es im Aufruf der tschechoslowakischen Regierung vom 17. April 1945. Die Bestrafung der deutschen Nationalsozialisten und die Aussiedlung des größten Teils der Deutschen ist Konsens bei allen Parteien der wieder entstehenden tschechoslowakischen Republik.

Die Auslöschung der staatlichen Existenz der CSR, die grausame und brutale Besatzungspolitik, die Pläne zur Vernichtung der gesamten Nation im Falle eines deutschen Sieges, die Liquidierung von Lidice, die anschließende Terrorwelle mit Massenerschießungen und Deportationen in die Konzentrationslager verwandelt den traditionellen Antifaschismus des tschechoslowakischen Widerstandes allmählich in Haß auf die Deutschen. Hinzu kommt, daß die wenigen Sudetendeutschen, die nicht ihrem Führer Henlein folgen, den Tschechoslowaken jede Solidarität verweigern.

Als Präsident Benesch dem Führer der sudentendeutschen Sozialdemokratie, Wenzel Jaksch, im Herbst 1939 anbietet, in die Exilregierung einzutreten, lehnt der ab. Jakschs »Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten« weist im Herbst 1940 auch das Angebot zurück, Vertreter in das tschechoslowakische Exilparlament zu entsenden und einen der drei Vizepräsidenten zu stellen. Statt dessen verlangt Jaksch von Benesch die Annerkennung eines autonomen Sudetenlandes in einer mitteleuropäischen Förderation.

Die Weigerung der sudetendeutschen Sozialdemokraten, in die gegen Hitler im Krieg stehende Front einzutreten, überrascht freilich nicht. Bereits in den Debatten des Exilsvorstands der SPD im Frühjahr 1939 hat es Jaksch abgelehnt, einen Aufruf des saarländischen Sozialisten Max Braun an alle deutschen Antifaschisten zu unterstützen, sich im Fall eines von Deutschland begonnen Krieges den Armeen der Alliierten anzuschließen. Trotz der Bitten der Exilregierung weigern sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten, ihre Anhänger zum Eintritt in die tschechoslowakische Auslandsarmee aufzurufen.

Die Radikalisierung der deutschen Besatzungspolitik durch Reinhard Heydrich und das Scheitern einer Übereinkunft mit dem demokratischen sudetendeutschen Exil führen dazu, daß der tschechoslowakische Widerstand die Sudetendeutschen nicht mehr als Bestandteil der tschechoslowakischen Nation ansieht.

In der Öffentlichkeit der alliierten Nationen wächst die Erkenntnis, daß der Nationalsozialismus und sein Führer die Unterstützung und Loyalität der übergroßen Mehrheit der Deutschen besitzen. Ein Sieg Deutschlands wäre der Triumph der Utopie von Lebensraum, Herrenrasse und Vernichtung. Ab 1943 gibt es in den alliierten Staaten keinen ernstzunehmenden Politiker mehr, der sich gegen eine Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei wendet.

Nach der Niederlage Deutschlands billigt die Potsdamer Konferenz (17. Juli – 2. August 1945) der drei alliierten Siegermächte USA, Sowjetunion, Großbritannien im XIII. Artikel des Abschlußberichtes den Transfer der Deutschen aus Polen, der CSR und Ungarn. Über Zahlen, Zeiträume und Aufnahmegebiete soll der alliierte Kontrollrat entscheiden. Der genehmigt am 20. November 1945 die Abschiebung von 2,5 Millionen Deutschen, davon 750.000 in die sowjetische und 1.750.000 in die amerikanische Besatzungszone. Bis zum Jahre 1947 werden 3 Millionen Deutsche zum Verlassen ihrer Wohngebiete im Osten gezwungen oder flüchten aus Furcht, für begangene Verbrechen zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Im Frühjahr und Sommer 1945 entlädt sich der aufgestaute Haß gegen alle Deutschen in den Gebieten des ehemaligen Sudetengaus. Es kommt zu Lynchaktionen, Selbstjustiz und Exekutionen, denen auch Unschuldige zum Opfer fallen. Die Zustände sind geprägt von der Willkür lokaler Behörden und Milizen. Hinzu kommen marodierende Banden von Kriminellen und Deserteuren, die das Klima der Gewalt und Rechtlosigkeit verschärfen. Rache, Vergeltung, aber auch kriminelle Gier und Mordlust kosten nach verschiedenen Schätzungen deutscher und tschechischer Historiker etwa sechs- bis neuntausend Menschen das Leben.

Die Verhältnisse normalisieren sich allmählich mit der Konsolidierung staatlicher Macht ab Herbst 1945 und der Durchführung der alliierten Beschlüsse von Potsdam.

Die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten über den Transfer der deutschen Bevölkerung werden ergänzt durch Dekrete Präsident Beneschs, der unter Berufung auf sein in der Kriegs- und Exilsituation entstandenes Gesetzgebungsrecht die Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse der CSR einleitet. Die provisorische Nationalversammlung legitimiert am 29. März 1946 die Dekrete Beneschs. Die umfassende politische und ökonomische Umgestaltung manifestiert sich in 148 Dekreten des Präsidenten. Drei Dekrete ergänzen die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens: Dekret Nr. 12 über die »Konfiskation des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Magyaren, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen Volkes«, Dekret Nr. 33 über die »Staatsbürgerschaft« und schließlich Dekret Nr. 108 über »Die Konfiskation feindlichen Vermögens«.

Die Benesch-Dekrete garantieren in ihrer Gesamtheit die Kontinuität tschechoslowakischer Staatlichkeit, die durch das »Münchner Abkommen« und die deutsche Okkupation zeitweise zerschlagen wurde. Sie sind die politische Antwort auf sieben Jahre deutsche Terrorherrschaft, auf Massenmord, Ausplünderung, Angst und Erniedrigung.

Ausgewählte Literatur:

Detlef Brandes: *Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Besatzungspolitik und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren (1939-45),* 2 Bände, München/Wien 1969, 1975

Brandes/ Kural (Hg): *Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938-1947,* Essen, 1994

Johann Wolfgang Brügel: *Tschechen und Deutsche,* 2 Bände, München 1967,1974

Ralf Gebel: *»Heim ins Reich« – Konrad Henlein und der Reichsgau Sudetenland,* München 2000

Volker Zimmermann: *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland,* Essen 1999

Erich Später schrieb in KONKRET 5/02 über das NS-Mustergau Sudetenland

Konkret 06/02, S. 34

Matthias Seeberg

Djenin

Massaker, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit – endlich waren die Juden, diese ewigen Opfer, einmal die Täter: in einer palästinensischen Stadt im Westjordanland

1. Das Massaker

Am 29. März ermordet ein sogenannter Selbstmordattentäter aus dem palästinensischen Flüchtlingslager Djenin in Netanja beim blutigsten Anschlag dieser Art 29 Israelis. Am 30. März verletzt ein palästinensischer »Märtyrer« bei einem Anschlag auf ein Café in Tel Aviv mindestens 30 Israelis. Am 31. März ermordet ein 18jähriger Palästinenser in Haifa 15 Israelis.

Die israelische Regierung beschließt die »Operation Schutzschild«, eine Militäraktion gegen Terroristen und ihre Basen im Westjordanland. Am 2. April rückt die israelische Armee in die Stadt Djenin ein.

Am 5. April verurteilt die UN-Menschenrechtskommission in Genf israelische Menschenrechtsverletzungen. Am 6. April teilt der palästinensische Planungsminister Nabil Schaath zu Beginn einer Sondersitzung der Arabischen Liga in Kairo mit, im Flüchtlingslager Djenin habe ein »Massaker« begonnen. Die Soldaten hätten vom israelischen Generalstabschef Schaul Mofas den »Befehl der völligen Zerstörung von Djenin« erhalten und zerstörten nun Häuser, in denen sich noch Menschen aufhielten. Informationsminister Jassir Abed Rabbo spricht im arabischen Fernsehsender »El Dschasira« von bislang 30 Toten. Die radikal-islamische Hamas-Bewegung droht Israel mit Racheakten »nie dagewesenen Ausmaßes«.

Die israelische Armee weist den Vorwurf eines »Massakers« in Djenin zurück. Armeesprecher David Ehrlich spricht von »heftigen Kämpfen mit bewaffneten Palästinensern« und »Schüssen von beiden Seiten«. Der palästinensische Kämpfer Abu Irmaila sagt, er habe in Djenin 30 Tote gezählt. Die Palästinenserregierung fordert ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft und bezeichnet die Vorgänge in Djenin als »Massaker«.

Am 8. April nennt Peter Hansen, Leiter der UN-Flüchtlingsorganisation (UNWRA) in den Palästinenserlagern, die Lager »Schlachtfelder unter Zivilisten«. Israels Armee setzt in Djenin Hubschrauber ein und schießt zirka 30 Raketen ab.

Nach schweren Gefechten berichten mehrere Agenturen (DPA, AFP, RTR) am 9. April, Ärzte hätten in Djenin 100 bis 200 getötete Palästinensern gezählt. Am 10. April läßt ein 22jähriger Palästinenser in einem Bus bei Haifa einen Sprengstoffgürtel explodieren. 8 Reisende sterben. Peter Hansen (UNWRA) nennt das Vorgehen der Israelis in Djenin »reinen Horror«.

Am 11. April spricht ein Mitglied der Fatah von einem Massengrab für 300 Palästinenser in Djenin. Der israelische Armeesprecher Ron Edelheit sagt: »Das ist wieder eine palästinensische Lüge.« Die Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser spricht von Berichten, nach denen Hunderte getötet wurden; bis zu 500 Menschen sollen verblutet sein, weil es keine medizinische Versorgung gegeben habe. Die letzten palästinensischen Kämpfer legen in Djenin die Waffen nieder und ergeben sich. Nach Angaben des Arztes Hussam Scherkawi, der den medizinischen Notdienst im Westjordanland leitet, sind bislang 140 Palästinenser getötet worden.

Am 12. April ermordet eine 20jährige Palästinenserin im Westteil Jerusalems an einer Bushaltestelle 6 israelische Passanten. Am 13. April berichtet der palästinensische Minister für Information Yasser Abed Rabbo von einem Massengrab für 900 Palästinenser in Djenin. In den folgenden Tagen behaupten palästinensische Augenzeugen und Politiker wie der Kommunalminister Saeb Erekat, die Armee habe bis zu 500 Palästinenser, die meisten davon unschuldige Zivilisten, »massakriert«.

Am 16. April fordert Amnesty International eine sofortige Untersuchung des Todes von »Hunderten von Palästinensern« im Flüchtlingslager Djenin. Israels UN-Botschafter Yaakov Levy weist auf der UN-Menschenrechtstagung in Genf den Vorwurf eines Massakers zurück. Er wirft den Palästinensern vor, durch das Legen von Dynamitfallen für das große Ausmaß der Schäden selbst verantwortlich zu sein.

Am 17. April gerät die israelische Armee in Djenin in einen Hinterhalt; es werden 23 ihrer Soldaten getötet. Am 18. April berichtet ein Palästinenser mit dem Decknamen »Omar« der ägyptischen Wochenzeitung »Al-Ahram Weekly«, daß palästinensische »Ingenieure« mehr als 50 Häuser in Djenin mit Sprengsätzen versehenen hätten.

Am 18. April zieht sich die israelische Armee aus Djenin zurück und bildet einen Belagerungsring um die Stadt. Der UN-Sondergesandte Terje Roed Larsen spricht nach dem Besuch von Djenin von einem »Schrecken, der das Verständnis übersteigt«. Das Lager sei »völlig zerstört, als ob es von einem Erdbeben erschüttert wurde«. Der UNWRA-Sprecher Rene Aquarone spricht von einer »schrecklichen humanitären Katastrophe«. UN-Mitarbeiter schätzen die Zahl der getöteten Palästinenser auf 150 bis 200.

Am 20. April erwägt Bremens Bürgermeister Henning Scherf (SPD) eine Ausstellung über Massaker in Djenin in der Hansestadt zu zeigen. Am 22. April erklärt Amnesty International, die israelische Armee habe in Djenin Kriegsverbrechen

begangen. Im Magazin »Time« sagt Brigadegeneral Eyal Shlein: »Wir hätten Djenin an einem Tag einnehmen können, wenn wir Artillerie und Luftbombardements eingesetzt hätten ... Wir haben es nicht getan. Das hat uns viele Opfer gekostet.«

In einem Interview mit CNN am 23. April verneint Taraat Mardawi, Mitglied des »Islamischen Djihad« die Frage, ob ein Massaker stattgefunden habe. Es habe einen »very hard fight« gegeben, auf den alles im Lager vorbereitet gewesen sei: »Es war wie beim Jagen ... Ich habe jahrelang auf diesen Augenblick gewartet.« Die palästinensischen Kämpfer in Djenin hätten über 1.000 bis 2.000 Bomben verfügt. Die israelische Regierung gibt an, daß von den etwa 1.000 Häusern im Flüchtlingslager Djenin etwa 100 zerstört worden seien. Das Al-Mezan Center for Human Rights veröffentlicht den Bericht seiner Delegation aus Djenin, in dem von 300 bis 500 Toten die Rede ist, und Angaben, nach denen die israelische Armee Menschen mit Panzern zermalmt habe.

Am 24. April zitiert »Palestinian Account« einen Kommandeur des »Islamischen Djihad«: »Glauben Sie mir, in den Häusern stehen Kinder bereit, mit Sprenggürteln ... Heute kam eines der Kinder mit seiner Schultasche zu mir. Ich fragte ihn, was er wolle, und er antwortete: Statt Bücher möchte ich Sprengstoff, um anzugreifen.«

Am 27. April verlangt der israelische Verteidigungsminister Ben-Elisier, die UN-Untersuchungskommission müsse auch »die Gewalt der Palästinenser« untersuchen. Von den zirka 4.000 verhafteten Palästinensern geben 1.452 zu, an Anschlägen beteiligt gewesen zu sein.

30. April: Ein in Djenin eingesetzter israelischer Soldat berichtet: »In Djenin wurde nur schmutzig gekämpft. Es war schockierend. Die Muezzins feuerten ihre Leute über die Moscheelautsprecher mit fanatischen Schreien an: Kämpft, kämpft! Tötet die Juden! Ergebt euch nicht!«

4. Mai: Nach Erkenntnissen der US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat die israelische Armee in Djenin kein Massaker verübt. Es wurden während der israelische Besatzung von Djenin mindestens 52 Palästinenser getötet.

7. Mai: Ein Palästinenser ermordet bei einem Anschlag in einer Billardhalle südlich von Tel Aviv 16 Israelis. 57 werden verletzt. Die UN, Amnesty International, Human Rights Watch, Jürgen Möllemann, Henning Scherf verlangen keine Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission.

2. Die Massakerkommission

»Was dein Feind nicht wissen soll, das sage deinen Freunden nicht«, heißt ein arabisches Sprichwort. Am einfachsten ist es natürlich, wenn den Freunden gar nichts verschwiegen werden muß, weil sie sich für die eigenen Fehler nicht interessieren. Wie im Fall der UN-Untersuchungskommission.

Nachdem die britische Regierung am 18. April Israel aufgefordert hatte, eine internationale Untersuchung des israelischen Vorgehens im Flüchtlingslager Djenin zuzulassen, berief Uno-Generalsekretär Kofi Annan am 22. April eine entsprechende Kommission, deren Leitung der frühere finnische Staatspräsident Martti Athisaari übernahm. Außerdem gehörten der Kommission die UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge Sadako Ogata und der ehemalige Präsident des Internationalen Roten Kreuzes Cornelio Sommaruga an.

Israels Regierung, die die Einsetzung einer Untersuchungskommission zunächst begrüßt hatte, kritisierte deren Zusammensetzung. Sie bezweifelte die Unvoreingenommenheit ihrer Mitglieder. Wie berechtigt diese Zweifel waren, bestätigte exemplarisch Cornelio Sommaruga, der auf die Frage, warum neben dem Halbmond nicht auch der Davidstern als ein Symbol des Roten Kreuzes verwendet werden könne, sagte: »Wenn wir den Davidstern haben, warum sollten wir dann nicht auch das Hakenkreuz akzeptieren?«

Den hauptsächlichen Grund für die israelische Ablehnung der UN-Kommission nannte Verteidigungsminister Ben-Elisier: »Wir haben erwartet, daß militärische Fakten von Militärexperten und nicht von Menschenrechtsexperten geklärt werden.« Israels Regierung verlangte außerdem, daß die Kommission sich zugleich mit den Hintergründen der Selbstmordattentate der letzten 18 Monaten beschäftigen müsse.

Warum die Uno sich gegen die israelischen Forderungen sträubte, hat die »Neue Zürcher Zeitung« angedeutet: Eine Untersuchung unter Einschluß der in Djenin operierenden Terroristengruppen hätte die Flüchtlingsorganisation der Uno in den Palästineserlagern, die auch das Lager Djenin verwaltet hat, ins Zwielicht bringen können. Laut internationalem Statut der Uno hätten dort Waffen weder hergestellt noch gelagert werden dürfen.

Als deutlich wurde, daß in Djenin keine Massaker verübt worden waren und auch die Palästinenser ihre Opferzahl bereits auf etwa 100 reduziert hatten, löste die Uno ihre Kommission auf – angeblich weil Sharon darauf bestanden habe, daß die Kommission nur Soldaten befragen dürfe, die von israelischer Seite hierfür benannt würden. Das, so hieß es, ermögliche der Kommission keine unabhängige Beurteilung der Ereignisse mehr.

3. Jenseits des Massakers

Seit die Massakermeldungen als Propaganda aufgeflogen sind, werden Israel nun ersatzweise Kriegsverbrechen vorgeworfen – etwa die »massive Zerstörung ziviler Infrastruktur«. Was aber ist »zivile Infrastruktur« in einem Areal, in dem 80 bis 100 Häuser, also jedes zehnte, von den Kämpfern der Hamas oder der Fatah vermint sind? Oder die »systematische Behinderung medizinischer und humanitärer Hilfe«: Der UNWRA-Mitarbeiter Charles Capes berichtet, Verletzte oder Verschüttete hätten wegen der palästinensischen Sprengstoffallen nicht geborgen werden können. Britische und norwegische Teams hätten deshalb unverrichteter Dinge nach Hause zurückkehren müssen. Ein weiterer Vorwurf lautet, daß die israelische Armee die nicht explodierten Sprengkörper der Palästinenser nicht entschärft und somit das Leben der im Lager verbliebenen Palästinenser gefährdet hätte. Sogar für genuin palästinensische Greuel sind die Israeli verantwortlich. So meint der Unterhändler der Palästinensischen Autonomiebehörde, Saeb Erekat, daß »das Vakuum«, das durch die Operation Schutzschild geschaffen wurde, »zu Gesetzlosigkeit und Chaos« und etwa auch zur Lynchung von Kollaborateuren durch palästinensische Kämpfer geführt habe.

Matthias Seeberg schrieb in KONKRET 4/02 über eine Judensternstunde im deutschen Fernsehen

Konkret 06/02, S. 35

Oliver Tolmein

Davonschwimmende Fälle

Am 1. Juli diesen Jahres wird das Statut des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) in Kraft treten. Wann das erste mal Richter »im Namen der Menschheit« ein Strafurteil gegen Kriegsverbrecher oder Völkermörder fällen werden, ist noch ungewiß.

Die EU-Staaten und inbesondere Deutschland dürfen die Gründung dieses Weltgerichts als diplomatischen Erfolg feiern. Sie werden als wichtigste Geldgeber nicht nur viele Stellen besetzen, sondern auch die weitere Ausrichtung des ICC strukturieren können. Da das internationale Strafrecht das Legalitätsprinzip nicht kennt, das Verfolgung von Verbrechen erzwingt, kommt es hier sehr darauf an, durch wen und wie entschieden wird, ob eine Straftat angeklagt werden soll oder nicht. Für die Europäer, die militärisch auf der Welt (noch) nicht allzu viel bewegen können, bietet der justizförmige Menschenrechts-Interventionismus, auch wenn er nicht ganz direkt zu steuern ist, vielfältige neue Einflußmöglichkeiten. Und nachdem die USA nun auch noch ihren Unterschrift unter das Statut zurückgenommen haben, müssen die Europäer überhaupt keine Rücksicht auf den Nato-Verbündeten mehr nehmen, der seinen weltpolitischen Einfluß lieber durch traditionelle Interventionsmethoden zu sichern sucht.

Da auch Rußland, China, Indien, Iran und Pakistan dem ICC skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen, wird sich zeigen müssen, ob die Macht der EU-Staaten mittlerweile groß genug ist, den ICC mit eigener Kraft, unterstützt vor allem von armen und Entwicklungsländern, zu einer einflußreichen Institution zu machen, die Politik durch Rechtsetzung gestaltet. Denn der ICC verfügt über keinen eigenen Machtapparat – er kann seine Maßnahmen entweder nur mithilfe militärischer Macht durchsetzen oder kraft einer anderswie geschaffenen und gesicherten Autorität. Beim Internationalen Seegerichtshof, der ebenfalls gegen den Willen der USA etabliert wurde, ist dieses, allerdings unter anderen Voraussetzungen gestartete, Projekt gescheitert: Den Richtern fehlen die Fälle.

Konkret 06/02, S. 36

Justus Wertmüller, Alexander Brenner

»Stimmen im braunen Milieu«

Alexander Brenner, Vorsitzender der jüdischen Gemeinde in Berlin, über die Konjunktur des Antisemitismus auf der Straße, in den Redaktionen, in der Uno, in der FDP

KONKRET: Die öffentliche Meinung in Deutschland reklamiert in jüngster Zeit immer eindringlicher das Recht, Israel kritisieren zu dürfen, ohne deshalb als antisemitisch zu gelten. Es ist eine Stimmung entstanden, in der Juden, die Israel verteidigen, als Feinde oder als Kollaborateure von Feinden Deutschlands erscheinen.

Brenner: Sie haben nicht unrecht, leider. Man ist ja heute nicht antisemitisch, man ist antizionistisch oder antiisraelisch. Der latente akkumulierte Antisemitismus hat ein neues Ventil gefunden. Man verlangt unentwegt, doch wohl Israel kritisieren zu dürfen – als ob das jemals irgendwer bestritten hätte. Es gibt kaum ein Land, dessen jeweilige Regierung schon von der einheimischen Presse so heftig kritisiert wird wie Israel. Wir Juden in Deutschland haben alle, das ist eine Selbstverständlichkeit, eine besondere Beziehung zum jüdischen Staat. Es wäre unnatürlich, wenn es anders wäre. Und die Verteufelung Israels hat eine direkte Wirkung auf unser Leben in Deutschland.

Kein Mensch hat je verbieten wollen, Israels Politik zu kritisieren. Der Satz, man habe das Recht, Israel zu kritisieren, ohne als Antisemit zu gelten, soll ja nur die Frage verbieten, ob die geäußerte Kritik antisemitische Züge habe. Sie beobachten die antisemitische Stimmung in Deutschland. Nimmt sie ab?

Sie nimmt zu. Der jüdische Friedhof wird geschändet, es werden religiös gekleidete Leute auf dem Kurfürstendamm verprügelt, es werden Brandanschläge auf Synagogen verübt. Das sind Einzelfälle. Aber ihre Häufung zeigt eine Änderung der gesamten Atmosphäre an. Die antizionistische oder antisemitische Propaganda fällt auf einen fruchtbaren Boden. Und das Schlimme ist, man findet immer Vorzeigejuden, die das sagen, was man gerne hören will, sich aber manchmal selbst noch nicht zu sagen traut. Man hört und sieht sie ständig im Fernsehen, wo sie eine Rolle spielen, die in keinerlei Verhältnis zu ihrer Bedeutung in der jüdischen Welt steht. Die »Taz« zum Beispiel veröffentlicht einen Artikel eines Israeli, der sagt, die Israelis seien die neuen Nazis. Oder hier in Berlin tritt bei einer Demonstration ein 80jähriger Jude auf, der diese Selbstmordmörder mit den Aufständischen des Warschauer Ghettos vergleicht. Das ist nur noch ekelhaft. Aber man findet immer so etwas. Als in der Sowjetunion die Kampagne gegen Juden als »Kosmopoliten« lief, wurden die schlimmsten Artikel dazu von jüdischen Autoren geschrieben.

Am 13. April gab es in Berlin den vielleicht größten antisemitischen Aufmarsch in Deutschland nach 1945, veranstaltet von einem Bündnis aus linken friedensbewegten Deutschen und Palästinensern, zum sogenannten Tag des Bodens.

Es gab da eine unheilige Allianz zwischen extremen Linken und extremen Rechten. Die bringt nur der Antisemitismus zusammen.

Am Tag darauf gab es eine Demonstration der Solidarität mit Israel. Sie war sehr klein und wurde vorwiegend von Juden besucht.

Ja, leider.

Warum, glauben Sie, ist das so? Früher dachte man, daß es so etwas wie einen linksliberalen, gebildeten Mittelstand in Deutschland gibt, der für Antisemitismus nicht nur nicht anfällig ist, sondern sich im Zweifel auch solidarisch mit dem Staat Israel fühlt. Warum taucht der öffentlich nicht auf? Warum sind die Tages- und Wochenzeitungen, die diese Leute lesen, die »Zeit« oder die »Frankfurter Rundschau«, noch aggressiver antiisraelisch als konservative Blätter wie die »Welt«?

Der Antisemitismus ist kein Monopol der Linken oder der Rechten, er geht quer durch die Parteien. Nehmen Sie die eine oder andere als links geltende Zeitung. Ihre Karikaturen und die Auswahl ihrer Fotos erinnert manchmal ...

An was?

An den »Stürmer«.

Wie erklären Sie sich die wachsende Identifikation der deutschen Öffentlichkeit mit dem sogenannten Befreiungskampf der Palästinenser?

Das liegt nicht zuletzt an der Berichterstattung. Wenn es ein Dutzend Tote gibt bei einem Attentat in Pakistan, gibt es ein paar Zeilen und fertig. Wenn es sich in Israel abspielt, wird jede Kleinigkeit aufgebauscht. In Israel gibt es zur Zeit 1.300 Auslandskorrespondenten. 1.300, das müssen Sie sich mal vorstellen. Was machen die? Greuelberichte – denn nur bad news are good news. Reportagen über die Familien der Selbstmordkiller, in denen diese sogenannten Märtyrer glorifiziert werden. Oder Kommentare über die Regierung des »rechten Sharon«. Daß in dieser Regierung Israels auch die Arbeitspartei sitzt, auch Shimon Perez, auch die Tochter von Rabin, als stellvertretende Verteidigungsministerin – das kommt nicht vor.

Jede Behauptung von arabischer Seite – wie: Israelische Panzer beschießen die Geburtskirche – wird sofort gebracht, obwohl sich fast immer herausstellt, daß es nicht stimmte. Wie oft wurde gemeldet, es habe in Djenin 500 tote Palästinenser gegeben? In wie vielen Schlagzeilen und Kommentaren. Es war gelogen. Die Meldungen über eine bis an die Zähne bewaffnete israelische Soldateska, die wahllos auf unschuldige Frauen und Kinder schießt – alles war gelogen, erkennbare Propaganda, und alles wurde und wird gebracht, immer wieder. Israelische Behauptungen werden sofort relativiert: Nach Angaben der israelischen Armee sollen sich angeblich unter den Palästinensern in der Geburtskirche auch angebliche Terroristen befinden.

Kurz vor den Anschlägen vom 11. September ist in Durban eine Konferenz der Uno zum Thema Rassismus zu Ende gegangen, in der zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder die alte Floskel aufgenommen wurde, daß der Zionismus eine Form des Rassismus sei. Das liest sich im nachhinein fast wie eine Aufforderung, die Twin Towers, in denen sich US-Kapital und jüdische Lobby ihre weltunterdrückenden Hände geben, zu attackieren.

Zionismus gleich Rassismus – das war einmal eine Uno-Resolution. Sie wurde später zwar revidiert, aber es gibt keinen Staat auf der Welt, der so oft von der Uno verurteilt worden ist wie Israel. In Liberia gab es Massaker mit Hunderttausenden von Toten, aber nie eine Uno-Verurteilung. Das ist schon bitter.

Im Gegensatz zur amerikanischen und natürlich zur israelischen Delegation ist die deutsche bis zum Schluß in Durban geblieben.

Ich hätte erwartet, daß auch die deutsche Delegation Durban verläßt. Leider ist es nicht geschehen.

Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen den Einlassungen des Fallschirmspringers Möllemann zugunsten der palästinensischen Terroristen und dem sehr guten Wahlergebnis der FDP in Sachsen-Anhalt, wo sie jetzt die DVU im Landtag abgelöst hat?

Ich weiß nicht, ob es einen direkten Zusammenhang gibt. Ohne Zweifel versucht Herr Möllemann, Stimmen im braunen Milieu zu gewinnen. Und die Wahrscheinlichkeit, daß es ihm gelingen wird – ich hoffe, daß ich unrecht habe – ist nicht gering.

Wenn Sie sich etwas von den Deutschen, die Israel helfen wollen, wünschen dürften, was wäre das?

Alles, was ich mir wünsche, ist etwas mehr Ausgewogenheit, wenn es um Israel geht. Dazu gehört, daß man das selbstverständliche Recht eines Staates, die eigenen Bürger gegen Mörder zu verteidigen, anerkennt. Man stelle sich vor, es würde in Deutschland jedes Woche ein Erfurt oder ein Djerba angerichtet, von immer der gleichen Tätergruppe. Von anderen Freunden Israels erwarte ich, daß sie zumindest im Bekanntenkreis und, wenn sie können, öffentlich gegen die einseitige Berichterstattung, ja gegen die Verteufelung Israels auftreten.

In Deutschland tritt der Antisemitismus relativ selten so offen auf wie bei Möllemann oder Walser. Meist versteckt er sich im Verständnis für die Feinde Israels, die Palästinenser. Könnte daran der islamisch geprägte Antisemitismus, der nun auch in Deutschland immer häufiger offen auftritt, etwas ändern?

Ich glaube nicht, daß es da zu Identifikationen kommt, und ganz bestimmt nicht innerhalb der Rechten. Der gemeinsame Nenner zwischen den extremen Rechten und den Islamisten ist der Antisemitismus und der Haß auf Israel.

In Schwerin hat die NPD zusammen mit palästinensischen Organisationen eine Demonstration zur Verteidigung Palästinas vorbereitet.

Für einen Nazi oder einen Neonazi sind die Moslems ja auch Ausländer. Und nur in diesem einen Fall ist er plötzlich pro Ausländer. Das sind mystische Zusammenhänge, da bilden sich unheilige Allianzen.

Was macht die jüdische Gemeinde Berlin in dieser neuen Situation?

Sonst sind wir gerne zerstritten – zwei Juden, drei Meinungen. Aber in diesem Punkt gibt es eine Solidarität, die praktisch über alle sonstigen Unterschiede hinweggreift. Wir versuchen gemeinsam, öffenlich auf die neue Lage aufmerksam zu machen. Leider bisher nicht mit sehr großem Erfolg.

Die Deutschen verstehen sich, massenpsychologisch allzu gut erklärbar, am liebsten als Friedensengel. Als solche haben sie in ihren Medien die israelischen Siedlungen als das eigentliche Hindernis für einen Frieden im Nahen Osten ausgemacht. Nun gibt es auch in Israel eine Mehrheit für die Räumung dieser Siedlungen. Aber niemand honoriert das, obwohl es die Vertreibung von mehr als 200.000 Juden bedeuten würde, die dort zum Teil seit 35 Jahren wohnen.

Man spricht hier ja auch über die palästinensischen und arabischen Flüchtlinge, ohne mit einem Wort zu erwähnen, wie viele Juden vertrieben worden sind aus Jemen, Marokko, dem Irak und so weiter. Das liegt natürlich auch daran, daß die vertriebenen Juden alle in Israel angesiedelt und integriert wurden, im Gegensatz zu den palästinensischen Flüchtlingen, die von den reichen arabischen Ländern in Lager gesteckt wurden – als politische Hypothek. Und wenn der Irak oder Saudi-Arabien mal etwas zahlen, dann für diese Selbstmordmörder, bis zu 30.000 Dollar pro Person.

Wie geht es weiter?

Kennen Sie das Wappen der PLO? Da ist ganz Palästina – in den Mandatsgrenzen – drin. Wenn Sie mit Arabern sprechen, ist für jeden Palästina ganz Palästina, auch für Arafat. Jede andere Lösung wäre für sie nur der erste Schritt, dem irgendwann der nächste folgt. Dieses Damoklesschwert hängt über Israel und wird weiter hängen.

Konkret 06/02, S. 36

Sebastian Wehrhahn

Der Austritt der Anständigen

»Juden sind alle gleich! Sie haben uns unser Land weggenommen! Es wird keinen Frieden geben solange Israel existiert.« Sagt eine etwa 13jährige palästinensische Schülerin in Berlin-Neukölln. Daß die Intifada nun auch in Deutschland angekommen ist, bewiesen nicht zuletzt die antisemitischen Exzesse auf den Palästina-Demonstrationen und die Anschläge auf jüdische Einrichtungen.

Seine ganz persönliche »innere Intifada« hat Jamal Karsli erlebt. Ende April trat er bei den Grünen aus und eine Woche später bei der FDP ein. Plötzlichen Ruhm hatte der 45jährige Landtagsabgeordnete in NRW mit einer denkwürdigen Presseerklärung am 15. März dieses Jahres erlangt. Darin hatte Karsli Israel »Nazi-Methoden« und die »Konzentration Tausender gefangener Palästinenser in großen Lagern« vorgeworfen. Gerade ein Land mit historischer Verantwortung wie Deutschland dürfe nicht länger wegschauen, wenn ein »unschuldiges Volk« einer »rücksichtslosen Militärmacht schutzlos ausgeliefert ist«.

Karsli berief sich in seiner Erklärung auf Prof. Viktoria Waltz, die ermittelt hat, daß die Hälfte der amerikanischen Regierung von »Doppelstaatlern« gestellt wird, nämlich amerikanischen Juden, und die Wahlkämpfe von Bush und Clinton unter anderem vom Likud-Block und der israelischen Arbeitspartei finanziert wurden.

Wenig später und nach vielen Auftritten auf Palästina-Soli-Demonstrationen besinnt sich Karsli auf seine wahren politischen Freunde und erklärt auf einer Pressekonferenz mit Jürgen Möllemann seinen Wechsel zur FDP-Fraktion. Da das bei der Politik nicht wie beim Fußball ist, bekam Karsli keine Ablösesumme, jedoch, wie beim Fußball, muß er nun nicht mehr auf der Ersatzbank sitzen, sondern darf im Sturm spielen und zwar in dem der »Jungen Freiheit«, die Karsli sogleich zum Interview bat.

Karsli läßt sich »nicht unterkriegen«. Sein »Kämpferherz«, das er von der Mutter geerbt haben will, schlägt gegen »die zionistische Lobby« und für »das palästinensiche Volk«. Das hört man bei den Nazis von der »Jungen Freiheit« gern, sogar von einem Kanaken, den man eigentlich abschieben müßte, wäre er nicht zufällig auch mit der Lösung der Judenfrage beschäftigt.

Konkret 06/02, S. 38

Jürgen Elsässer

Bosnisches Iran-Gate

Im Untersuchungsbericht, den die niederländische Regierung über die Vorgänge in Srebrenica hat erarbeiten lassen, steht alles, nur nicht das, was die deutschen Kriegsberichterstatter darin gelesen haben

Schon kurz vor dem Attentat gegen Pim Fortuyn hatte die niederländische Politik internationale Schlagzeilen gemacht: Am 16. April war die Regierung von Wim Kok zurückgetreten. In einer paradoxen und in der Weltgeschichte vermutlich einmaligen Begründung übernahm sie die Verantwortung für die Fehlleistungen, die nicht sie selbst, sondern eine Vorgängerregierung sieben Jahre zuvor produziert hatte. Unter deren Ägide nämlich sei das niederländische Blauhelmkontingent im Sommer 1995 in Srebrenica nicht in der Lage gewesen, die »Massenschlächterei an Tausenden bosnischen Muslimen« zu verhindern.

Die Formulierung entstammt einem Untersuchungsbericht des Niederländischen Instituts für Kriegsdokumentation (NIOD), der wenige Tage zuvor veröffentlicht worden war. Das renommierte Armeeinstitut war im Herbst 1996 mit der Studie beauftragt worden. Es hat über 900 Zeugen befragt. Der nun vorgelegte Bericht umfaßt 3.496 Seiten.

Anders als den Pressezusammenfassungen zu entnehmen enthält sich das Institut selbst weitgehend einer Schuldzuweisung an das niederländischen Unprofor-Bataillon: »Unterstellungen, daß die Muslime ›unter den Augen von Dutchbat‹ getötet wurden, sind unbegründet«. Aus dem Nebensatz, daß die bosnisch-serbische Armeeführung unter General Ratko Mladic »im Falle von bewaffneter Gegenwehr zurückgeschreckt wäre, wegen des Risikos von Opfern auf der Unprofor-Seite«, machten deutsche Blätter eine Kritik an der »Tatenlosigkeit« (»Süddeutsche Zeitung«) der Blauhelme. Die Botschaft ist klar: Frieden muß nicht bewahrt, Frieden muß erzwungen werden. Wer Menschenrechte und Menschenleben verteidigen will, soll künftig schneller schießen. Auf die Idee, daß der Fehler woanders liegt, ist kaum ein Kommentator gekommen, obwohl ihn die NIOD-Studie ausdrücklich benennt: Bereits die Entsendung der Dutchbatters 1993 sei fragwürdig gewesen, weil sich die Niederlande damit aus »politischem Ehrgeiz« auf eine »unklare« und »praktisch nicht durchführbare« Misson eingelassen hätten.

Im Unterschied zu der recht ausgewogenen Beurteilung der niederländischen Politik enthält der Bericht eine scharfe Kritik an den USA. Wenn eine Regierung nach Veröffentlichung der Studie hätte zurücktreten müssen, dann die in Washington. Eins der Kapitel ist – so der britische »Guardian« – »eine der sensationellsten Studien über westliche Geheimdienste, der je veröffentlicht worden ist«.

Verfasser dieses Kapitels ist Cees Wiebes, der ungehinderten Zugang zu den Akten des niederländischen Geheimdienstes hatte und auch die Dienste anderer westlicher Länder und Bosniens kontaktierte. »Da haben wir die ganze Geschichte der geheimen Allianz zwischen dem Pentagon und radikalen islamistischen Gruppen aus dem Mittleren Osten, die den bosnischen Muslimen beistehen sollten – einige davon dieselben Gruppen, die das Pentagon jetzt bekämpft.« Die verdeckte Kooperation habe das Ziel gehabt, das UN-Waffenembargo, das für alle bosnischen Kriegsparteien galt, einseitig zugunsten der Muslime zu unterlaufen.

Das Muster ist dasselbe wie beim Iran-Gate der achtziger Jahre, als CIA-Seilschaften mit den Mullahs bei der Aufrüstung mittelamerikanischer Contras zusammenarbeiteten. »Waffen, die vom Iran und von der Türkei mit finanzieller Hilfe aus Saudi-Arabien gekauft worden waren, trafen nachts aus dem Mittleren Osten ein. Anfänglich benutzte man Flugzeuge der Iran Air, aber als der Umfang zunahm, wurden sie unterstützt durch eine geheimnisvolle Flotte schwarzer Hercules C-130. Der Bericht betont, daß die USA in den Lufttransport ›sehr eng verwickelt‹ waren«, schreibt der »Guardian«.

Transitland war Kroatien, das als Provision »zwischen 20 und 50 Prozent« des Schmuggelgutes einbehielt, und darüber hinaus »große Mengen illegaler Waffen aus Deutschland, Belgien und Argentinien« erhielt. »Die deutschen Geheimdienste waren darüber voll im Bilde.« Auf amerikanischer Seite soll nicht die CIA, sondern der Geheimdienst des Pentagon die Aktion koordiniert haben. Mit seiner Hilfe wurden die UN, die bei der Überwachung des Embargos auf die US-amerikanische Luftaufklärung angewiesen waren, getäuscht.

Besonders aggressiv ging der Pentagon-Geheimdienst bei der Aufrüstung der Muslime in Srebrenica vor. »Die Waffen, die im Frühling 1995 eingeflogen wurden, tauchten vierzehn Tage später in der belagerten und entmilitarisierten Enklave von Srebrenica auf. Als diese Lieferungen bemerkt wurden, übten US-Amerikaner auf Unprofor Druck aus, Berichte umzuschreiben, und als norwegische Beamte wegen der Flüge protestierten, wurden sie angeblich zum Schweigen gebracht«, schreibt der »Guardian«. Pikanterweise erhielten auch die bosnischen Serben geheime Waffenlieferungen von westlichen Staaten, nämlich aus Israel, Griechenland und der Ukraine: »Die (moslemische) Bevölkerung war verblüfft, als sie auf nicht-explodierten Granaten manchmal hebräische Schriftzeichen fand.«

Während der Bericht die Verwicklung ausländischer Mächte, insbesondere der USA, in die Kämpfe hervorhebt, lehnt er eine Schuldzuschreibung an den damaligen jugoslawischen Präsidenten explizit ab: »Es gibt keine Hinweise auf eine

politische oder militärische Verbindung (des bosnisch-serbischen Generalstabes) nach Belgrad.« Damit ist die Haager Anklageschrift gegen Slobodan Milosevic an einem wichtigen Punkt praktisch zusammengebrochen: Der Vorwurf des »Völkermordes«, der in der ursprünglichen Anklageschrift vom Mai 1999 bezüglich des Kosovo nicht erhoben wird, war in ihrer Erweiterung im November 2001 bezüglich Srebrenica nachgeschoben worden.

Leider haben die meisten Journalisten, die über den NIOD-Bericht geschrieben haben, ihn nie gelesen. Das dürfte bei den Kollegen außerhalb der Niederlande nicht nur deren Arbeitsüberlastung und seinem enzyklopädischem Umfang geschuldet sein, sondern vor allem der Tatsache, daß von den knapp 3.500 Seiten bisher nur 20 ins Englische übersetzt sind.

Wie mangelnde Lektüre sich durch blühende Phantasie ersetzen läßt, zeigt sich etwa an den Opferzahlen, die man aus dem Bericht entnommen haben will. So war in der »Frankfurter Rundschau« von »etwa 8.000« muslimischen Toten die Rede, im »Neuen Deutschland« von 7.000 Ermordeten, in der »Tageszeitung« von 7.500, im »Spiegel« von »mindestens 7.000«, in der »Jungle World« von »zwischen 6.000 und 8.000«. Die »Süddeutsche Zeitung« hat die journalistische Spitzenleistung vollbracht, in ein und derselben Ausgabe auf ein und derselben Seite drei verschiedene Angaben zu machen: 7.000 Ermordete, mehr als 7.000 Ermordete und 7.000 Verschwundene. Korrekt ist nur die letzte Angabe: Das Internationale Rote Kreuzes IKRK) hat bis zum Sommer 2001 insgesamt 7.475 aus Srebrenica Verschwundene registriert.

Wie viele von diesen Verschwundenen tot sind, ist nicht geklärt. Die bosnischen Serben behaupten, daß die Namen von über 3.000 angeblich Verschwundenen zwei Jahre später auf den OSZE-Wählerlisten für die Kommunalwahlen in Bosnien-Herzegowina wieder aufgetaucht sind. Der niederländische Bericht hat zu diesem brisanten Punkt keine eigenen Untersuchungen vorgenommen, wie das Wochenmagazin »Elsevier« kritisiert: »Die Schuld der bosnischen Serben wird nicht geringer, wenn keine siebentausend, sondern zwei- oder dreitausend Muslime abgeschlachtet wurden. Aber eine genauestmögliche Feststellung der Anzahl der Todesopfer ist von Bedeutung, wenn es um die Wahrheitsfindung geht. Und genau hier wird die Untersuchung der NIOD ... den Anforderungen nicht gerecht.«

Die Zahl »zwei- bis dreitausend« kann als wahrscheinlich gelten, da sie von den Ergebnissen der Leichensuche gestützt wird. Das UN-Tribunal in Den Haag, das die entsprechenden Grabungsarbeiten in und um Srebrenica koordiniert, gab im August 2001, sechs Jahre nach den fraglichen Ereignissen, die Gesamtzahl der gefundenen Leichen mit »mindestens 2.028« an. Diese seien aus 21 Massengräbern geborgen worden, 18 weitere seien noch nicht untersucht.

Strittig ist, wie viele dieser Toten »abgeschlachtet« wurden. Die Richter in Den Haag stellten dazu im Verfahren gegen den bosnisch-serbischen Armeegeneral Radislav Krstic fest: »Der Gerichtshof kann die Möglichkeit nicht ausschließen, daß ein Prozentsatz der in den Gräbern gefundenen Leichen Männer sein könnten, die im Kampf getötet wurden.« Ein Drittel der 10.000 bis 15.000 muslimischen Flüchtlinge, die sich von Srebrenica nach Tuzla durchschlagen wollten, waren nach Erkenntnissen der Richter Soldaten. »Die Militärexperten sowohl der Anklage wie der Verteidigung stimmen darin überein, daß nach den Bestimmungen der bosnisch-serbischen Armee diese Kolonne ein legitimes militärisches Ziel darstellte«, hieß es im Urteil. Beim Durchbruchsversuch der Muslime kam es zu tagelangen Kämpfen mit dem Drina-Korps der bosnisch-serbischen Armee. Daß das Hauptziel der Serben dabei nicht die physische Vernichtung, sondern die militärische Ausschaltung des Gegners war, wurde in dem Prozeß aktenkundig: Demnach haben die Serben 5.000 Flüchtlingen der eingeschlossenen Kolonne freien Abzug gewährt, da sie unbewaffnet waren.

Von den bewaffneten Muslimen, die schließlich gefangengenommen wurden, sind sehr viele exekutiert wurden – eindeutig ein Kriegsverbrechen. Ungeklärt ist, ob diese Morde von der Armeeführung angeordnet wurden oder ob es ein spontanes Pogrom war, das die Generalität nicht verhindert hat, weil sie es entweder nicht verhindern konnte oder nicht wollte. Der niederländische Bericht stellt dazu fest: »Ein schriftlicher Befehl wurde nicht gefunden ... Es ist unwahrscheinlich, daß (das Massaker) lange vorher in dieser spezifischen Form und in diesem Ausmaß geplant worden war ... Besonders angesichts der großen Anzahl von Gefangenen verloren die bosnischen Serben die Selbstkontrolle.«

Wieviele wehrlose Muslime exekutiert wurden, ergibt sich annäherungsweise aus den in den Massengräbern gefundenen Fesseln und Augenbinden – bis zum August 2001 waren dies 448 bzw. 423. Da man Gefangene auch hinrichten kann, ohne sie vorher zu fesseln, können aber auch tausend, vielleicht sogar mehr als 1.500 ermordet worden sein.

Das ist schlimm genug, aber kein Grund, die Opferzahlen zu Propagandazwecken mit fünf zu multiplizieren, wie die deutsche Presse, oder mit zwanzig, wie ihr unsäglicher Bundeswehrminister Scharping, der, um den Kosovokrieg anzuheizen, von 30.000 in Srebrenica Ermordeten faselte.

In Srebrenica lebten bei Kriegsausbruch im Frühjahr 1992 etwa ein Drittel Serben. Bis zum Jahresende wurden fast alle vertrieben. Verantwortlich dafür waren die Terrortrupps des muslimischen Kommandanten Naser Oric. Zur Schätzung der Zahl der Opfer in und um Srebrenica sind wir auf serbische Quellen angewiesen. Die bosnisch-serbische Wochenzeitung »Javnost« berichtete am 23. Dezember 1995, »daß in ganz Podrinje – das Gebiet auf der bosnischen Seite der Drna zwischen Zvornik im Norden und Visegrad im Süden – 192 Dörfer verbrannt, 2.800 Serben getötet und 6.000 verletzt worden waren«. Die Zahl der verbrannten Dörfer wurde von Dutchbat-General Tom Karremans bestätigt. Der serbische Pathologe Zoran Stankovic berichtet: »Wir haben seinerzeit auf eben diesem Gebiet 1.000 ermordete Serben identifiziert,

wovon wir (den damaligen Chefankläger in Den Haag, J. E.) Richard Goldstone in Kenntnis gesetzt haben, aber für diese Erkenntnisse hat sich niemand interessiert.«

Nachdem Srebrenica 1993 zur UN-Schutzzone erklärt und – angeblich – demilitarisiert worden war, ging der Terror weiter. Ein holländischer Blauhelm erinnert sich: »Die Moslems machten systematische Angriffe aus der Enklave heraus, und hinterher zogen sie sich gewöhnlich wieder auf das Gebiet unter dem Schutz der UN zurück.« In dieser Zeit wurden noch einmal mehr als 500 Serben von Orics Truppen ermordet.

Demnach wurden sowohl auf serbischer als auch auf moslemischer Seite etwa 1.500 unbewaffnete oder entwaffnete Personen getötet. Der serbische Oberkommandeur Mladic wird von Den Haag steckbrieflich gesucht und von Nato-Sondereinheiten gejagt. Der muslimische Oberkommandeur Oric betreibt ein Fitneßstudio in Tuzla, unbehelligt.

Konkret 06/02, S. 39

Jürgen Elsässer

Links & Rights

Der Milosevic-Prozeß in Den Haag ist aus den Medien verschwunden. Das hat seinen Grund – der Angeklagte ist zu gut. Nach seinem Eröffnungsstatement Mitte Februar klagte selbst Springers »Welt«: »In Belgrad ist Milosevic ein Held.« Kurz darauf stellte das serbische Staatsfernsehen RTS die Übertragungen aus dem Gerichtssaal ein, trotz hoher Einschaltquoten. Aus den deutschen Medien erfährt man über den Fortgang des Prozesses – im Schnitt etwa zehn Verhandlungstage pro Monat – nur etwas, wenn es sich gar nicht vermeiden läßt, zum Beispiel beim Showdown zwischen dem Angeklagten und Rugova, dem angeblich gewaltfreien Führer der Kosovoalbaner.

Im Internet gibt es jedoch weiterhin die Möglichkeit, das gesamte Procedere ungekürzt zu verfolgen, insbesondere auch die Kreuzverhöre, denen der gut informierte Ex-Präsident die Zeugen unterzieht: Auf www.domovina.net/Icty sind noch am selben Tag ungekürzte Videomitschnitte der Verhandlungen zu sehen, Softwarevoraussetzung ist ein installierter RealPlayer.

Auf der Website des Tribunals (www.un.org/icty/) finden sich die Transkripte jedes Prozeßtages auf serbokroatisch, englisch und französisch. Die Transkription ist ungekürzt, wenn auch in der Wiedergabe von gesprochenen Eigennamen manchmal schlampig und unverständlich. Allerdings können bis zum Erscheinen des Typoskripts im Netz manchmal Wochen vergehen. Schneller geht's, wenn man die Dokumentation auf der Website der Sozialistischen Partei Serbiens liest (www.sps.org.yu/index-ie.htm), aber dazu müßte man Serbokroatisch können.

Die folgenden Websites dokumentieren den Prozeß nicht, sondern fassen das Geschehen zusammen und kommentieren es. Eher Tribunal-freundlich und Milosevic-feindlich geht es beim International War and Peace Reporting (www.iwpr.net/index.pl?tribunal_milosevic.html) und bei der Coalition for International Justice (www.cij.org/index.cfmAm) zu. Relativ informativ und abwägend berichtet die französische Webseite von Diplomatie judiciaire – Chroniques et reportages sur la justice penale internationale (www.diplomatiejudiciaire.com/Tpy/Milosevic.htm).

Nato-kritisch sind die Seiten des Internationalen Komitees zur Verteidigung von Slobodan Milosevic (www.icdsm.org) bzw. dessen deutscher Sektion (www.free-slobo.de). Interessantes Hintergrundmaterial – nicht zur zu Den Haag – findet sich auf Emperor's Clothes (www.tenc.net) und auf www.medienanalyse-international.de. Die prozeßbegleitende Berichterstattung der Berliner Tageszeitung »Junge Welt« kann man in deren Webarchiv suchen (www.jungewelt.de).

(Dank für Tips an Klaus v. Raussendorf und Sretenija Stanisic)

Konkret 06/02, S. 40

Holm Friebe

Kunst & Gewerbe

Geschickt eingefädelt

Daß es nicht das »Über-Ich« ist, sondern eher das »Es«, das einkauft, gehört zu den Allgemeinplätzen der Werbebranche. Und daß unser Verhältnis zu den Waren ein sublimiert erotisches ist, hat Wolfgang Fritz Haug in den Siebzigern unter anderem im Sammelband *Warenästhetik, Sexualität und Herrschaft* sehr anschaulich herausgearbeitet. »Sex sells« heißt der in diesem Zusammenhang gern in Anschlag gebrachte simplifizierte Slogan.

Bisher galt es allerdings als hohe Schule der Werbung, das Versprechen auf sexuelle Erfüllung im Akt des Konsums möglichst subtil in die Werbebotschaften hineinzuschummeln. Nimmt man hingegen versuchshalber den Zeitungsbeileger der »Schaulandt-Aktionsfläche« im Hamburg-Wandsbeker Quarree von Ende April zur Hand, ließe sich der Verdacht erhärten, daß ein neues Stadium der Entsublimierung eingetreten ist, daß es nunmehr darum geht, wenig verklausulierten Klartext zu reden:

»Schon tausend Kunden wurden durch unsere Aktion G-Punkt glücklich«, heißt es darin: »Und weil wir großes Verständnis für Preis-Schwerenöter haben, sind noch weitere 210 Artikel mit dem tollen G-Punkt gekennzeichnet. Also auf zu Schaulandt und den G-Punkt finden. Dann hat man richtig G-spart.« Im hinteren Teil heißt es dann noch mal zusammenfassend: »G-Punkt gefunden. Gattin glücklich gemacht. Geil gespart.« Beziehungsweise: »Unser G-Punkt. Die geilste Stelle für günstige Geräte.«

Das Wort »geil« zieht sich tourettsyndromartig durch den G-samten Katalog und nährt die Vermutung, daß das Ganze am Ende vielleicht doch gar nicht so auf der Höhe der Zeit und psychologisch gefickt eingeschädelt □ will sagen zusammengebrainstormt □ ist. Daß es eher auf gewisse Defekte bei der betreuenden Werbeagentur schließen läßt, die leider oder aus gutem Grund im Katalog nicht genannt wird. Früher hätte man auf Demenz durch Rückenmarkschwund spekuliert, heute kommt wohl eher präseniler Zwangsvulgarismus als Folge jahrelanger sinnloser und nichtsnutziger Berufstätigkeit in Betracht.

Konkret 06/02, S. 40

Carsten Otte

Kunst & Gewerbe

Rebellischer Gestus, opportuner Geist

Die Internet-Adresse www.base58.com, so heißt es, sei der Musikindustrie ein Dorn im Auge. Denn auf dieser und ähnlichen Homepages würden derzeit die einschlägigen Songs einer neuen und sehr aufregenden Popmode zum kostenlosen Herunterladen angeboten. Verbotene Musikmixturen von DJs wie »Freelance Hellraiser« oder »Osymyso«. Das seien die Frontleute einer Bewegung, die gegen das Copyright kämpfen und keinen Cent zahlen, wenn sie die Stücke anderer Künstler mischen und diese Mixe im Internet veröffentlichen. Wow.

Besonders revolutionär ist das Verfahren allerdings nicht: Man nehme zwei oder drei Klassiker der Popgeschichte und mische daraus ein neues Stück. Hunderttausendfach praktiziert. Mal besser, mal schlechter. In aller Regel erhält die Plattenfirma, die das Original herausgebracht hat, einen stattlichen Geldbetrag, und der Produzent darf mit den sogenannten Samples machen, was er will. Der moderne Poprevoluzzer hält sich natürlich nicht ans Urheberrecht. Und weil das World Wide Web die passende Mixsoftware anbietet, die auch ein musikalischer Analphabet bedienen kann, muß zur DJ-Karriere mittlerweile nur noch der passende Name gefunden werden. Möglichst einer, der irgendwie dissident klingt. So wie »Freelance Hellraiser«. Die Mischungen dieses Freigeistes werden mittlerweile selbst im Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung« diskutiert. Dabei beweist Mister Freelance Hellraiser noch nicht einmal Geschmack mit der Auswahl seiner Opfer. Den Nummer-Eins-Hit »Genie in a Bottle« von Christina Aguilera hat er zum Beispiel mit dem Gitarrengeschraddel der New Yorker Gruppe The Strokes vermengt, und so entstand ein trauriges Kuddelmuddel. Derart stumpf sind die Hellraiser-Editionen, daß die auch nicht gerade originellen Originale den Mixen allemal vorzuziehen sind. Nichtsdestotrotz werden die »fröhlichen Collagisten« (»Taz«) vom deutschen Feuilleton gefeiert, als hätte man einen Werbevertrag abgeschlossen.

Jetzt könnte man meinen, Hellraiser und Konsorten wollten der Welt beweisen, wie niedrig das Niveau der Popstars ist. Weit gefehlt. Die Leute halten sich für große Künstler, was man schon allein daran sieht, wie beleidigt ein Kopist auftritt, wenn die beklauten Stars mal zurückschlagen. Bei der Verleihung der Brit-Awards nutzte Kylie Minogue ihren Auftritt, um eine Internet-Version eines ihrer Hits abzuspulen. Darüber beschwerte sich dann die Do-it-yourself-Szene mit dem Hinweis, daß es doch ein wenig unverschämt sei, wenn jemand wie Minogue »den Ruhm anderer abschöpfen« würde. Man könnte weinen bei solch piefigem Revoluzzergeist.

Vor allem in England gibt es eine wachsende Gemeinde von Leuten, die den schlechten Geschmack zum ästhetischen Ideal erhoben haben. Wobei Berlins Ostclubs dem Trend genauso deppert hinterherlechzen wie der deutsche Kulturjournalismus. Keine Party mehr ohne »Mash-Ups«, wie die Mischmasch-Musikstücke unter anderem genannt werden. Übrigens hat auch das Herstellungsverfahren einen Namen: Bootlegging heißt der Begriff, wobei dieses Wort selbst schon eine Art Bootleg ist. Denn in den siebziger und achtziger Jahren hatte das Bootlegging noch eine ganz andere Bedeutung: Damals wurden Konzerte illegalerweise mitgeschnitten, auf Vinyl gepreßt und als Bootleg verkauft. War das Bootlegging früher aber vor allem eine Form des Fanartikelgeschäfts, tritt das popkulturelle Raubhandwerk heute mit einem penetrant antikapitalistischen Gestus auf. Der Bootlegger, der sein Angebot kostenlos zur Verfügung stellt, kämpft gegen die bösen CD-Firmen und nebenbei (oder auch hauptsächlich) für seine weltumspannende DJ-Ehre. Wobei die Reputation eines Bootleg-Rebellen wohl dann steigt, wenn er das Urheberrecht besonders oft bricht. Bootlegger Osymyso hat in dem 12minütigen Mix namens »Intro Inspection« über hundert Songs verhackstückt; der Höhepunkt und zugleich der Endpunkt des akustischen Cut-Ups. Was im HipHop und House zur Perfektion getrieben wurde, das Zitat, der Rekurs, die Schnipselei, wird nun im Mash-Up-Dilettantismus zum dumpfen Volksgut.

Die besten Bootlegs, so heißt es, sollen wie Autounfälle sein. Und das Aufeinanderprallen der glatten Pophits im polternden Bootleg wirkt ja tatsächlich schockierend. Kein Wunder, daß zartbesaitete Feuilletonisten den guten, alten Punk herbeizitieren. Doch die Bootlegger haben kaum etwas mit Punk zu tun. Die Botschaft der durch die Bank eher unmusikalischen Cyper-Provos lautet zwar: Das kann jeder, also rein ins Internet, da herrscht grenzenlose Freiheit. So weit, so punky. Was aber vom Geist dieser Rebellion zu halten ist, kann man auch an der äußerst pragmatischen Antwort des Establishments ablesen: Die Musikindustrie bietet den Bootleggern mittlerweile lukrative Verträge an, damit die sich ganz offiziell durch die urheberrechtlich geschützten Archive mixen können. Und so manch ein Vorreiter der Bewegung hat seinen Marsch durch die Institutionen bereits angetreten, bevor sein Sound massenkompatibel geworden ist. So affirmativ war der Punk ganz bestimmt nicht.

Was ich sehr berührend fand, ist daß sie sich nie entschuldigt ... Keine Musik, keine historischen Bilder, eineinhalb Stunden lang ein Gesicht. Mehr nicht ... Das ist in Infotainment-Zeiten so etwas wie ästhetischer Widerstand

Die »Taz« zu André Hellers Film »Im toten Winkel« über Hitlers Sekretärin (Kritik in KONKRET 5/02)

Konkret 06/02, S. 40

Jürgen Roth

Kunst & Gewerbe

Kaiserschmarrer in Kabul

A so. A geh. Ja Gott. Ja mei. Ja, is scho so. Nachdem der Kaiser alias Franz Beckenbauer zwecks Erringung der Weltmeisterschaftsaustragung 2006 globetrottelnd Rio Oakland, Buenos Bangkok, Kuala Tunis, Kuwait City, Samoa Nigeria und Sydney Rom einnehmend strahlend beehrt hatte, war Anfang Mai 2002 eben mal Afghanistans Kabul dran. Freilich. Quasi unausweichlich. Da mußte der Franz mal hin. Da war er noch nicht (gewesen).

An der Spitze einer Delegation aus hochkarätigen Wirtschaftsvertretern, hochkarätigen Journalisten und dem hochamtlichen Bundeskanzler Schröder stehend, erörterte Beckenbauer die »Chancen für deutsche Unternehmen ... in den Sektoren Infrastruktur, Telekommunikation und Versorgung« (»Hamburger Abendblatt«) und schaute im »deutschen Feldlager« vorbei, wo er auf einen Preßschlag »1.200 Bundeswehrsoldaten« für ihre »erstklassige Arbeit« dankte.

In Anbetracht der prekären Sicherheitslage sprach sich Beckenbauer »für eine Verlängerung des Einsatzes der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe (Isaf) aus« (»Spiegel Online«). Zudem verhehlte er nicht, daß er gekommen war, »um das Vertrauen und den Willen Deutschlands in den Wiederaufbau deutlich zu machen«. Denn wenn er die EU auch für einen »Lachsack« hält, weil dort »Politiker zugange sind, die in ihrem Land gescheitert sind«, so sei Deutschland doch, so Weltpräsident Beckenbauer zu Interimstrainer Hamid Karzai, dem bestgekleideten Landescoach der Welt, »der größte EU-Geldgeber für Afghanistan« und es daher bloß recht und billig, »wenn auch die deutsche Wirtschaft ihre Interessen in Afghanistan frühzeitig vertrete«.

Während Beckenbauer die ökonomische und militärische Lage sondierte, versuchte Gerhard Schröder »über die mögliche Unterstützung des Sports in Afghanistan zu reden«. Er besuchte die von Deutschen in den zwanziger Jahren gegründete Amani-Oberrealschule, benannt nach dem vorletzten Afghanenkönig Aman Ullah, und trat den schmuck gelbgewandeten Fußballschülern diplomatisch wie einst gegenüber, da er einen osteuropäischen Verein als »Dombrowski oder wie der Kas da heißt« anerkannt hatte. »Amani«, aha, »aber des hat nix mit dem italienischen Modeschöpfer zu tun?« Na, ha, woher! Oaber scho mit Fußball! »Aha, und was is des für a Mannschaft?«

Und weil zu Kabul arbeitsteilig alles so ballrund geschmarrt worden und der Ball sauber durch die Regierungsreihen gelaufen war, fläzte Beckenbauer wenige Tage später nach dem DFB-Pokalfinale rundherum froh im Berliner ZDF-»Sportstudio« herum, wo vor nicht allzulanger Zeit die Taliban noch Regimefeinde erschossen hatten. Oder umgekehrt. Oder so. Is ja wurscht.

Konkret 06/02, S. 41

Michael Klarmann

Kunst & Gewerbe

Maria hilf!

Der Weg zum Wallfahrtsort hin ist steinig. Da residiert Deutschlands einzige aktuelle Marienerscheinung im Ort, und der zuständige Bischof des Bistums Aachen, Heinrich Mussinghoff, winkt ab. Er plane keine Anerkennung als Wallfahrtsort, sagte er, als Mitte Mai rund 1.500 Pilger das Dorf Sievernich im Kreis Düren aufsuchten. Spaßbremse, schimpften die einen; Gott sei Dank, seufzten andere.

Sievernich hat 450 Einwohner, liegt rund 40 Kilometer westlich von Bonn in der Voreifel und ist tief verwurzelt im rheinischen Katholizismus. Die Vorgärten sind akkurat, und die Kirche der Pfarre St. Johann Baptist beherbergt seit den fünfziger Jahren einen Direktimport aus Fatima, eine Marienstatue. Vor rund zwei Jahren bat die tiefgläubige Manuela Dorfpfarrer Heribert Kleemann darum, mit ihrem Gebetskreis »Blaue Oase« jeweils am zweiten Montag im Monat im Gotteshaus beten zu dürfe. Kleemann willigte ein, und nun erscheint der heute 35jährigen dort immer eine Frauengestalt mit dunklem Haar und hellem Kleid. Sie fordert Manuela auf, für den Frieden zu beten. Empfangene Botschaften notiert sie, Kopien davon werden über ein Postfach vertrieben.

Unterdessen sorgt der Marienkult für Unruhe in dem verschlafenen Nest. Die einen träumen von einem neuen Fatima, andere schimpfen auf den mediengeilen und bedenklich mariengläubigen Priester sowie die das Dorf wie »Invasoren« überrollenden Pilger. Derer kamen am 13. Mai, im Marienmonat, viele. Auch nicht lumpen ließ sich der Medientroß. Eine Zeitung protzte mit ihrer Karosse und dem klugen Kennzeichen »F – AZ«, RTL schickte routiniert unsensible Reporter, die »Bildzeitung« einen ihrer Chefs und seriöse Medien wie das ZDF, der WDR und diverse Schülerzeitungen Volontäre und Profis. Den ganzen Tag über herrschte strahlender Sonnenschein und die Pilger beteten stundenlang im Gotteshaus und drumherum unter freiem Himmel. Sie berichteten in einem fort davon, wie ihnen selbst die Muttergottes erschienen war an anderen Pilgerstätten. Selbst bei schlechtem Wetter sei immer kurz der Himmel aufgerissen. Gaudi halt.

Für 17 Uhr hatte sich an jenem Tag Maria angekündigt. Während es später hieß, Manuela habe Botschaften empfangen, zog sich draußen der Himmel zu, fegten Sturmböen über den Ort. Selbst die frotzelnden Journalisten verstummten kurz, bevor sie erneut losmaulten, als die Wolkendecke wieder aufriß. Das Bistum indes hegt und pflegt bockig seine Zweifel. Schade um die Spaßkultur.

Konkret 06/02, S. 43

Günther Jacob

Bundesidentitätsstiftung

Kultur-Kolumne

Dreißig Jahre nachdem Günter Grass seinen Vorschlag einer »Nationalstiftung« in Willy Brandts Regierungserklärung (1973) untergebracht hat, nahm im März dieses Jahres in Halle eine »Bundeskulturstiftung« ihre Tätigkeit auf, die vorerst nur deshalb nicht die Nation im Namen führt, weil der Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin die Bundesländer noch nicht dazu bewegen konnte, ihre eigenen Kulturstiftungen aufzugeben. Zum Gründungsakt waren alle angereist, die in Kulturbehörden, Kunst- und Kulturbetrieb Rang und Namen haben.

Die Eröffnungsrede hielt der Spiritus rector. Hochzufrieden, daß ihm neben einem Bestseller über Flucht und Vertreibung ein weiteres Werk gleichen Geistes gelungen ist, kam Grass, den provisorischen Namen der Stiftung bewußt ignorierend, gleich zur Sache: Er verwies auf die verlorenen Provinzen im Osten, deren Kulturüberlieferung man nicht den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden überlassen dürfe, erinnerte an die Königsberger Aufklärung und die schlesische Barockdichtung, auch an die Sprachdialekte in Ostpreußen, Schlesien und Pommern. Dies alles dürfe die deutsche Kulturnation nicht aus ihrem Erbe tilgen und schon gar nicht aus Angst vor dem eigenen Nationalismus, denn die deutsche Kulturgeschichte habe bekanntlich genug Substanz, um den Begriff der Nation vor Mißbrauch zu schützen. Gerade für die Deutschen als »verspätete Nation«, so Grass, sei das Konzept der Kulturnation »auch jetzt noch die richtige Klammer«.

Osteuropa wird einer der vier Themenschwerpunkte der Stiftung sein. Die drei anderen heißen »Kulturelle Aspekte der deutschen Einigung«, »Herausforderung des 11. September 2001« und, für die Jungen und Ambitionierten, »Kunst und Stadt«. Gezielt gefördert werden sollen Projekte der »Hauptstadtkultur« sowie der »Erinnerungskultur«, zu der auch die »Vertriebenenkultur« zähle. 13 Millionen Euro stehen ab sofort zu Verfügung, in zwei Jahren sollen es fast 40 Millionen sein. Inzwischen geht täglich eine zweistellige Anzahl von Förderanträgen ein. Ein mit fünf Millionen dotierter Fonds für »freie Projekte« soll die besonders Unkonventionellen unter den Kulturnationalisten erreichen.

»Ein Staat ohne Identität hält nicht«, schrieb Peter Glotz vor zehn Jahren in der »Berliner Zeitung«, denn »auf die Dauer hält ein gut organisiertes Netz von Gütern und Dienstleistungen allein eine Gesellschaft nicht zusammen. Ein Staat, der gedeihen soll, braucht positive Sentiments seiner Bürger.« Seither ist die Suche nach der verbindlichen kulturellen Identität aller Deutschen nicht abgerissen.

Debatten über die »innere Einheit«, die Notwendigkeit einer »Leitkultur«, den Bau des Berliner Holocaust-Mahnmals und über »Nation, Patriotismus, demokratische Kultur«, zielen in klarer Abgrenzung vom Zivilisationsbegriff und ebenso deutlicher Anknüpfung an die »Reichskultur« (1871) auf eine erneute Definition von deutscher Nationalkultur. »Unerläßlich«, so Nida-Rümelin, sei daher die zentrale Stiftung »spätestens 1989 geworden«, denn mit der Vereinigung sei Deutschland »unzweifelhaft zu einem Nationalstaat gewachsen, der auch auf eine gezielte Förderung national bedeutsamer Kunst angewiesen« sei. Nida-Rümelin sieht gerade in Martin Walser »eine zentrale literarische und intellektuelle Figur in Deutschland«.

Ignatz Bubis hatte 1998 darauf hingewiesen, daß der Trend zu einer Nationalkultur, die sich für nichts mehr entschuldigen muß, nicht von irgendwelchen Skinheads ausgeht, sondern der mentalen Verfassung des deutschen Bildungsbürgers entspricht. Es ist die Identitätssuche des Bürgertums, die Machterfahrung qualifizierter neuer Eliten und der rebellische Konformismus der »Kulturarbeiter«, die sich ihre Berliner Republik als »selbstbewußte Nation« entwerfen und bei denen sich hinter den Masken des politisch Korrekten die Wut auf jene angesammelt hat, die doch nur »das schlechte Gewissen der Deutschen ausnutzen«.

Wer sich mit deutscher kultureller Identität bewaffnen und dann festlegen will, »was deutsch ist«, ist daran beteiligt, Widerstrebendes zu homogenisieren. Die Sehnsucht nach einer »normalen« und »selbstbewußten deutschen Kulturnation« korrespondiert unmittelbar mit dem Verlangen, einen »Schlußstrich« zu setzen und die Auseinandersetzung mit dem »Vergangenheit« genannten Holocaust zu beenden.

Die ganze Wahrheit über den Charakter der »deutschen Nationalkultur« wurde in jüngster Zeit nicht allzuoft ausgesprochen, aber doch gleich zweimal ausgerechnet in Griechenland: Das erste Mal geschah dies, als ein Athener Gericht im September letzten Jahres die Versteigerung des Goethe-Instituts verfügte, um aus dem Erlös die griechische NS-Opfer zu entschädigen. Daß ein höheres Gericht diese Entscheidung mit Rücksicht auf das politische und wirtschaftliche Gewicht des vereinten Deutschlands später wieder rückgängig machte, war die zweite wahre Aussage: Die Durchsetzung der »deutschen Kulturnation« ist ein Akt der Gewalt.

Seit 1990 ist Kultur mit einer derartigen Nachdrücklichkeit wieder zur nationalen Aufgabe gemacht geworden, daß inzwischen die Träger des altbundesrepublikanischen Kulturföderalismus sich vor den in Berlin sitzenden

sozialdemokratischen Wilhelministen für ihren »Provinzialismus« rechtfertigen müssen. Eine Entwicklung, die übrigens auch alle gängigen Vorstellungen von der unaufhaltsamen Macht des Marktes über die kulturelle Produktion und der endgültigen Dominanz der Massenkultur über den (bürgerlichen oder avantgardistischen) »hochkulturellen« Sektor in Frage stellt. Während im Stiftungsrat unter Vorsitz von Julian Nida-Rümelin vor allem das Auswärtige Amt, das Bundesfinanzministerium, die Länder und die Parteien vertreten sind, sitzen daher in einem Fachbeirat und einer Jury nicht nur Vertreter der Verlage und der Schriftsteller, des Theaters und des Films, sondern nun auch der Popkultur

Die Aufnahme der Popkultur in das staatstragende Vorhaben ist allerdings ein immer noch bemerkenswerter Hinweis auf die Absicht, die deutsche Identität ein bißchen zu modernisieren. Das Bedürfnis, als junges, modernes Land zu erscheinen, bewirkte in den letzten Jahren eine starke gesellschaftliche Aufwertung popkultureller Milieus. Popkultur, die sich selbst als das Kontingente, Zufällige, Relative und somit als »vergangenheitsneutrales« Medium anbietet, kann die Abwendung vom historischen »Ballast« erleichtern und als Symbol einer unbeschwerten Gegenwart und Zukunft fungieren. Doch anders als in England oder Frankreich, wo Popszenen bei den letzten Regierungswechseln eine große Nähe zu den neuen Machthabern herstellen konnten, ist das in Deutschland lange nicht gelungen, obwohl der Wille dazu längst vorhanden war. Auch nach dem Abtreten von Helmut Kohl hatte sich da zunächst nichts geändert. So war zum Beispiel der erste Kulturbeauftragte der deutschen Bundesregierung, Michael Naumann, kulturell ein Achtundsechziger, und auch sein Nachfolger, Nida-Rümelin präsentiert sich als Bildungsbürger. Leute wie Dieter Gorny vom Sender Viva, Marius Müller-Westernhagen oder ein prominenter Clubbetreiber aus Berlin-Mitte wurden nicht gefragt.

Mit der Gründung der Bundeskulturstiftung hat sich das nun geändert: Wie die »Tageszeitung« am 15. April meldete, wurde einer, der vor Jahren auch für diese Zeitschrift schrieb, unter Berücksichtigung seiner im Kosovokrieg und als Laudator von Minister Schily erworbenen Verdienste in den Kreis der Stifter deutscher Nationalkultur aufgenommen: Diedrich Diederichsen. Förderanträge für anspruchsvolle popnationale Projekte – laut »FAZ« präferiert Diederichsen »Avantgardekunst« – können ab sofort bei ihm eingereicht werden.

Konkret 06/02, S. 44

Peter O. Chotjewitz

Glückliche Hand mit Frau Krauße

Anmerkungen zur Darmstädter PEN-Tagung, zu PEN-Tagungen anderswo und PEN-Tagungen überhaupt

PEN-Tagungen erinnern mich immer an das Basenkränzchen meiner Großmutter in Kalisch, und auch auf der Homepage des Vereins wird der Surfer nur darüber belehrt, wie man sich in Literatenkreisen um die Kollateralschäden der herrschenden Weltordnung sorgt, nicht jedoch deren Fundamentalismus in Frage gestellt. Aber karitative Vereinigungen müssen die Unterordnung der Moral unter die Interessen der sozialen Gruppe hinnehmen, von deren Gunst sie leben.

Zum Ritual der Versammlungen in wechselnden Provinzkäffern wie Erfurt und Nürnberg gehören die alle Jahre wieder zumeist von einer Dichterin vorgetragenen Charts der verfolgten Autorinnen und Autoren in einem Dutzend Staaten der Achse des Bösen, die eine Raison d'être des PEN ist seit seiner Gründung durch eine piekfeine englische Lady im Jahre 1923. Einem Präsidialen entlockte der erschreckende Bericht im Jahr 2002 die leichtfertige Bemerkung, wenigstens in der Hinsicht werde dem Club die Arbeit zum Glück nicht so bald ausgehen – äh, leider.

Ob den Zuhörern diese Dialektik ihrer Betroffenheit bewußt war, muß man bezweifeln. Nie in all den Jahren der Flüchtlings- und Verfolgtenhilfe des PEN hat es einen hörbaren Protest gegen die Asyl- und Ausländerpolitik deutscher Ämter gegeben. Auch ob die Nato-Staaten irgendwie dafür verantwortlich sein könnten, daß in einem Großteil der Welt undemokratische Verhältnisse herrschen (und damit eben auch Verletzungen der westeuropäischen Bürgerrechte üblich sind), ist kein Thema. Zu mehr als Axel Springers Ermahnung aus den sechziger Jahren: »Seid nett zueinander« konnte der PEN sich niemals aufraffen. Daß man zunächst Verhältnisse schaffen muß, die es den bösen Menschen erlauben, auch mal so nett zu sein wie in den USA, wo die Schwarzen nicht einfach abgeknallt, sondern auf einem elektrischen Stuhl ganz legal beseitigt werden, kommt deutschen Schriftstellern nicht in den Sinn – jedenfalls nicht, wenn der jeweilige Oberbürgermeister das hören könnte.

So dient das Engagement des PEN für verfolgte Autoren (eine Spezies im übrigen, die es in der EU prinzipiell nicht zu geben scheint) auch dazu, den Fall vorzubereiten, daß Joschka Fischer die Entsendung von FriedenstrupPEN nach »Palästina« fordert, um weitere »Kriegsverbrechen« der israelischen Armee zu verhindern oder Scharping einen Grund zum Aufmarsch braucht, weil ihm träumte, George Bush habe gerufen: »The Germans to the front!«

Das klingt nach Verschwörungstheorie, ist aber belegbar. Die Verflechtung des deutschen Schriftstellerestablishments mit den Parteien und der politischen Beamtenschaft ist enger als man glauben mag. Bei meinem ersten Besuch beim PEN, 1969, ebenfalls im Frühjahr und in Darmstadt, kritisierte der damalige Präsident, Dolf Sternberger, daß die westdeutsche Autorenschaft es an der gehörigen Loyalität zu Staat und Bundesregierung fehlen lasse. Das hörte ich gern. Der Kanzler hieß Kiesinger, CDU, und Sternberger stand, ebenso wie sein Generalsekretär und sein Schatzmeister, auf der Honorarliste der »FAZ«.

Kurz drauf war es vorbei mit der Idylle. Der Schriftstellerverband (VS) wählte einen SPD-Bundestagsabgeordneten zum Präsidenten, der dafür sorgte, daß man auf allen Kongressen über Politiker wie Willy Brandt und Walter Scheel stolperte, und auch der PEN legte sich fortan Vorsitzende zu, die, wie Heinrich Böll, der Sternbergers Nachfolger wurde, mit der SPD sympathisierten. Sternbergers Ermahnung hatte also gewirkt, nur daß sie vorerst nicht der CDU zugute kam. Die holte später jedoch auf, indem sie die aus dem Osten einfallenden Dissidenten köderte.

Natürlich hatte die mit Willy Brandt einsetzende Staatsnähe der beiden großen Autorenverbände PEN und VS auch ihre guten Seiten. Als ich 1978 vor einer großen Strafkammer angeklagt wurde (Aufforderung zur Begehung von Straftaten, Verstoß gegen das Waffengesetz, das Paßgesetz etc., Mindeststrafmaß zwei Jahre), intervenierten die Vorsitzenden von PEN und VS zu meinen Gunsten. Ich saß damals im Präsidium des VS, und da hätte eine Verurteilung dumm ausgesehen.

Ich erhielt also eine Mitteilung des großen Vorsitzenden Bernd Engelmann des Inhalts, man werde sich über politische Kanäle beim Generalstaatsanwalt dafür einsetzen, daß das Verfahren gegen Zahlung einer happigen Geldbuße eingestellt werde. Falls ich mich aber weiterhin für eine Verbesserung von Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF einsetzen sollte und nicht sofort aufhöre, zu behaupten, im Hochsicherheitstrakt in Stuttgart seien Gefangene ermordet worden, könnten PEN und VS nichts mehr für mich tun. Das solle er mir auch vom Kollegen Gregor-Dellin ausrichten (der damals dem PEN vorstand).

Ich gab nach, versteht sich. Ein strafgerichtlich anerkannter RAF-Sympathisant war untragbar. Ob es statthaft ist, einen Staat zu bekämpfen oder ihm zu dienen, entscheidet immer noch die Oligarchie. Ein Autor namens Erich Köhler aus der Niederlausitz wurde in Darmstadt mit Zweidrittelmehrheit aus dem PEN ausgeschlossen, weil er bis 1989 dem falschen Staat gedient hat, ich wäre ausgeschlossen worden, weil ich Ende der siebziger Jahre dem richtigen nicht dienen wollte.

Im übrigen ging es mir nicht um den Rausschmiß. Heinrich Böll wollte mich schon 1972 rausschmeißen lassen. Grund: Olympiade in München, der PEN tagte in Köln, Thema »Sport und Literatur«. Irgendwann platzte die Nachricht ins Plenum, daß der westdeutsche Bundesgrenzschutz versucht habe, die von Palästinensern entführten israelischen Sportler auf dem Flugplatz von Fürstenfeldbruck zu befreien. Es wurde also eine Schweigeminute für die ermordeten Israelis angeordnet, und ich beantragte, auch der toten Palästinenser zu gedenken. Böll war ja Christ und tot waren sie alle. Da Deutschland jedoch noch keine Nation war, war es nicht üblich, sich um die Toten beider Seiten zu kümmern, wie es der PEN im Jahr 2002 in Darmstadt korrekterweise tat, wo auch die Israelis gebeten wurden, ihre Feindseligkeiten endlich einzustellen. Seid nett zueinander.

Nein, der Hauptgrund, warum ich Bernt Engelmann versprach, mich künftig nur noch um die Gefängnisinsassen in Killerstaaten wie Rußland, China, Türkei oder Irak zu kümmern, nicht aber in Deutschland, war Selbsterhaltungstrieb. Man geriet nämlich, als vermeintlicher RAF-Sympathisant, 1978 leicht mal in einen polizeilichen Schußwechsel auf einem schlecht beleuchteten Parkplatz, es gibt Beispiele, und für einen toten RAFler rührte kein PEN-Bruder einen Finger. Als der VS 1974 den Fall des toten Holger Meins diskutierte, drohte Günter Grass so lange mit seinem Austritt, bis die Resolution aussah, als hätte der sterbende Meins noch eben den Westberliner Kammergerichtspräsidenten Drenkmann mit in den Tod gerissen.

Das ist lange her, aber noch immer sind PEN und VS Partner der Sozialdemokratie. In seinem Schlußwort in Darmstadt bekundete Präsident Strasser noch einmal seinen Stolz über den Ausschluß des DKP-Mitglieds Erich Köhler, und er kleckerte auch gleich über das »Massaker von Erfurt«, das sich am Vortag ereignet hatte, die übliche Betroffenheitssoße: Gewaltvideos und Waffen in der Hand Jugendlicher. Offensichtlich kannte er bereits die Gesetzesvorlagen der Bundesregierung, die Schröder aber erst eine Woche später mit den Landesministern besprechen wollte.

Bei Strasser hat die telepathische Beziehung zur SPD Tradition. Sie liegt in seiner Parteikarriere begründet. Er weiß: In den Kernfragen der Nation schreckt sein Kanzlerwahlverein vor dem Klassenfeind am wenigsten zurück. Vor mir liegt ein Artikel von 1980, in dem er einen Publizisten beschimpft, der es gewagt hatte, die Uneigennützigkeit einer GeldsPENde von Franz Josef Strauß an die Gewerkschaft der schwarzen Madonna von Lech Walesa zu bezweifeln. Das war in der Zeit, als Strasser mit Grass und Carola Stern die antikommunistische Postille »L 80« herausgeben durfte. Die Partei fuhr damals zweigleisig. Die Schmidt-Regierung tat so, als habe sie sich mit der deutschen Zweistaatlichkeit abgefunden, und die sogenannten Linksintellektuellen mußten die sozialistischen Staaten bekübeln. Man nannte es »Wandel durch Annäherung«. Irgendwann würde die Zeit reif sein für die Annexion der DDR.

Mit seinem Kollegen im Amt des VS-Vorsitzenden, einem gewissen Herrn Breinersdorfer, verbindet den neuen PEN-Präsidenten der Glaube, es sei gut, Beziehungen zu haben, auch wenn die Kontakte zu hochgestellten Persönlichkeiten im wesentlichen aus Bauchpinseleien bestehen. Fred Breinersdorfer ist vielleicht noch eine Spur weniger Schriftsteller als Strasser, hat dafür aber mehr Chuzpe. In Stuttgart bewarb er sich vor einigen Jahren um ein Bundestagsmandat mit der Begründung, als VS-Vorsitzender könne er einiges für die Partei erreichen, und im VS positioniert er sich mit seinen angeblich guten Beziehungen zu Helga und anderen Prälaten der Partei.

Ich habe nichts gegen VS und PEN, aber sie sollten aufhören sich einzubilden, sie könnten für ihre Mitglieder etwas erreichen und zu behaupten, sie könnten einen nennenswerten Beitrag zur kulturellen und politischen Debatte leisten. Ich gehe gern zu den Versammlungen der beiden Vereine, aber ich hasse es, wie sie sich subventionieren lassen. Ich sehe alte Bekannte wieder, die mich nicht wiedererkennen, zuweilen auch gute Freunde und gelegentlich sogar einen Genossen von früher. PEN-Kongresse sind Veteranentreffen und manchmal ist es dann nicht mehr weit bis zur Totenehrung. Man trifft auch Autoren, die kaum einer kennt, und die trotzdem nicht schlechter sind, als die Asse der Literaturszene, die in den Charts stehen, sich in Talkshows rumlümmeln und sich auf Bonzenparties mit Vornamen anreden lassen. Der ganze Literaturbetrieb ist peinlich und hat mit Literatur wenig zu tun.

Das Techtelmechtel zwischen Literatur und Politik ist nur typisch für das Juste-milieu der Bundesrepublik, und wer wen braucht oder mißbraucht, ist unklar. Die Vereinsmeier und literarischen Hofschranzen brauchen die Politiker und Beamten, denn sie leben von ihren Brosamen. Die Lesungen, die VS und PEN veranstalten, die Weltreisen und Empfänge der PEN-Präsidien, die Literaturbüros, Literaturhäuser, Literaturpreise und was es sonst noch an kleinen Privilegien für den Wirtschaftszweig Literaturproduktion gibt, hängen am Tropf der öffentlichen Hände, und hinter jedem Zuwendungsbescheid einer Behörde steht der persönliche Kontakt zwischen einem Literaturfunktionär und einem Beamten, der von einem Politiker gedeckt wird. Die politische Entmündigung der Schriftsteller in Deutschland ist die Folge eines Deals mit der Politikerklasse, dessen Wert auf Heller und Pfennig zu beziffern ist.

Der Wert dieser Messaliance für die Politik ist fragwürdig. Immerhin mag es der Staatsbürger, wenn Lokalpolitiker ihm zeigen, daß sie seinen Feierabend ernst nehmen: Ein bißchen gute Musik hören, ein bißchen was lesen, vielleicht auch mal ins Theater. Ob Großveranstaltungen, wie sie zur Zeit an Schröders Hof in Berlin Usus sind, diesen Zweck erfüllen, bezweifele ich. Sie drohen den Kanzler in den Strudel der Peinlichkeiten zu ziehen, etwa wenn der Malerfürst Markus

Lüppertz die Farbe für den Wandanstrich im Kanzleramt abtönen darf oder die literarischen Berater offensichtlich inkompetent sind.

Wenn ich Kanzler wäre, würde ich als erstes den Referenten entlassen, der die Idee hatte, mich neben Martin Walser und Christoph Dieckmann zu setzen, um über »Nation, Patriotismus und demokratische Kultur« zu disputieren. Ein solches Thema ist indiskutabel. Für den Referenten spricht nur, daß Schröder die beste Figur auf dem Podium abgab. Kein Wunder bei solchen Sparringspartnern.

Zu den Höhepunkten jeder PEN-Tagung gehören die Empfänge. Da stehen an die hundert gestandene Autoren in irgendwelchen Sälen herum, die allein schon eine Kulturschande sind und gegen die Charta verstoßen, lauschen den Reden von Oberbürgermeistern, Kulturreferenten und Landesministern, den bedächtigen Erwiderungen ihres Vereinsvorsitzenden (Präsidentinnen gab es im PEN bisher nie) und warten auf das Buffet. Seit 33 Jahren plane ich eine Anthologie *Reden deutscher Oberbürgermeister*, die ein größerer Lacherfolg wäre als Jürgen Roths und Rayk Wielands legendärer Sampler *Öde Orte*, bisher jedoch vom Urheberrecht verhindert wurde. Ich kann deshalb allen Freunden des politischen Kabaretts nur empfehlen, dem PEN beizutreten. In Darmstadt sprach eine Kultusministerin namens Wagner. Das ist die, der Roland Koch sein Amt als Ministerpräsident verdankt. Allein, daß sie ungestört reden durfte und niemand im PEN ihren sofortigen Rücktritt verlangte, ist bitter.

Auf das Buffet folgt zumeist eine Podiumsdiskussion, die ich ebenfalls seit 33 Jahren ertrage, indem ich vorher mehr trinke, als der Leber gut tut, und mir hinterher die Kante gebe. Die Diskussionen sind meist einem Thema gewidmet, das der Zunft unter den Nägeln brennt. Da zetern dann empörte Verlagsmitarbeiter und Autoren darüber, daß das Kapital auch auf dem Literaturmarkt dazu neigt, Profite zu machen, gigantisch zu wachsen und sich zum Schluß mit einem großen Knall selbst zu vernichten. Oder ein Literaturwissenschaftler und ein Fernsehjournalist sollen darüber debattieren, ob das Fernsehen von Nachteil ist für die Dichtkunst, die Freiheit des Wortes und andere bedrohte Begriffsarten, finden aber raus, daß es ihnen eher nutzt, denn schlechter als die neue deutsche Literatur sind die Drehbücher für »GZSZ« auch nicht.

Am stärksten aber liebe ich Punkt eins der Tagesordnung. Er kommt noch vor den Geschäftsberichten, in denen sich die Trostlosigkeit des Alltags eines Generalsekretärs ausbreitet. Zu den Erfolgsmeldungen von Darmstadt gehörte die Verpflichtung einer neuen Büroangestellten, die Strasser zu der Bemerkung hinriß, »daß wir mit Frau Krauße wiederum einen Glücksgriff getan haben«.

Punkt eins geht so: Gemessenen Schritts und mit ernster Miene schreitet eine handverlesene, garantiert trauerarbeitsfähige Schar ans Rednerpult und gedenkt in einer kurzen Trauerrede der verblichenen Vereinsmitglieder. Es sind dies die einzigen Augenblicke, wo wirklich mal was rüberkommt, denn der PEN ist vermutlich der einzige Freundeskreis, dessen Angehörige sich zu Lebzeiten ignorieren. Man kennt sich vom Sehen, man ißt und trinkt miteinander, und erfährt per Zufall vielleicht auch ein paar Namen, um sie bis zum nächsten Jahr wieder zu vergessen. Erst durch den Tod erfährt man, wer ein gewisses Mitglied war, was er schrieb und wie er lebte, hat nun aber die Schwierigkeit, mit dem Namen des jetzt endlich in vagen Umrissen bekannten Toten eine Erscheinung oder auch nur ein Gesicht oder ein persönliches Erlebnis zu verbinden.

Warum der als Autor mir ebenfalls unbekannte Erich Köhler in Darmstadt rausgeworfen wurde, sei kurz geschildert, auch daß nicht alle dafür waren. Zwerenz war dagegen, weil er überhaupt keinen rausschmeißen möchte. Otto Köhler plädierte auf partielle Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Sein Namensvetter sei ein sauschlechter Autor und habe zudem einen Dachschaden. Leider vergaß Otto zu erwähnen, daß, wenn diese beiden Mankos ein Ausschlußgrund wären, einige Dutzend Mitglieder rausfliegen müßten. Die übrigen rund 25 Gegner des Ausschlusses äußerten sich nicht – wie üblich.

Köhler hatte kein faires Verfahren. Kein Verteidiger kannte die Akten. Keiner wußte, ob der Ehrenrat alle Akten zur Verfügung hatte, ob er sie korrekt gelesen und objektiv interpretiert, die richtigen Schlüsse aus ihnen gezogen und danach den einzig möglichen Antrag gestellt hat – Köhler auszuschließen. Was vorlag, war Köhlers Rechtfertigung, er habe niemandem geschadet, auch nicht der Freiheit des Wortes, und sein Geständnis. Er habe Berichte verfaßt für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Das sei er sich als Kommunist und seinem Land schuldig gewesen, um es vor den Angriffen aus dem Westen zu schützen.

Der Fall war nicht uninteressant. Ihn zu debattieren, wäre zumindest recht unterhaltsam gewesen. Ein paar PEN-Brüder und eine Menge Kulturschaffende außerhalb hätten wahrheitswidrig bestreiten müssen, bis 1989 mit konspirativen Mitteln die Opposition in der DDR unterstützt und gegen die Gesetze des Staates verstoßen zu haben. Zu diskutieren wäre gewesen, ob ein Staat in einer Übergangsgesellschaft, der das Ziel hat, eine sozialistische Ordnung aufzubauen, das Recht hat, seine Gegner zu bekämpfen, so wie der Staat BRD sich das natürliche Recht nimmt, die Gegner der freiheitlich-demokratischen Grunzordnung zu bekämpfen.

Man hätte fragen können, ob nicht auch diese Ordnung die Freiheit des Wortes permanent bedroht und vermindert, und deshalb alle Autoren, die sie verteidigen, ebenfalls ausgeschlossen werden müßten. Man kann die Grundrechte auch mit

einem Aktienpaket außer Kraft setzen. Man hätte sogar einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz entdecken können, denn unbestritten ist, daß es im PEN noch immer Mitglieder gibt, die für westliche Geheimdienste gespitzelt haben.

Doch nicht einmal ein veritables Verfahrenshindernis fiel dem Präsidium auf. Erich Köhler wurde erst 1992 in den PEN aufgenommen, als es keine DDR und kein Stasi-Ministerium mehr gab. Er konnte also nicht gegen die PEN-Charta verstoßen, denn diese galt natürlich immer nur für Mitglieder.

Also, ich freue mich schon aufs nächste Jahr in Schwerin. Vielleicht mit Günter Grass und einer schönen Gustloff-Ehrung und einer Podiumsdiskussion, vielleicht zum Thema: »Der Ostseeraum in seiner historischen Bedeutung für die Freiheit des Wortes«. Dann wird Kotzebue posthum ausgeschlossen wegen seiner Spitzeldienste für den Zaren.

Peter O. Chotjewitz schrieb in KONKRET 5/02 über Dichter im Dunstkreis der Macht

Konkret 06/02, S. 47

Gert Ockert

Der Dreck muß weg

Angeblich haben »Killerspiele« Robert Steinhäuser zum Amokläufer werden lassen. Wenn das stimmen sollte, wird es Zeit, sich über »Mensch-ärgere-dich-nicht« Gedanken zu machen

Am 26. April feuert im Erfurter Gutenberg-Gymnasium ein verkrachter Abiturient 71 Schüsse auf bewegliche Ziele ab, der letzte trifft ihn selbst. 17 Tote zählt die Polizei, und weil es seit 1945 in Deutschland keinen Massenmord dieser Größenordnung mehr gab, wird sofort und munter spekuliert, was Robert Steinhäuser dazu gebracht haben könnte, seine Lehrer und Mitschüler, eine Schulsekretärin und einen Polizisten zu erschießen.

Sehr schnell geraten »Gewaltfilme«, »Killerspiele« und Death-Metal-Musik in Verdacht, Produkte der populären Kultur also. Erst am nächsten Tag wird bekannt, daß Steinhäuser einem Schützenverein angehörte; in der folgenden Woche, daß die eigenwillige Zeugnisregelung des Bundeslandes Thüringen ihn ohne irgendeinen Schulabschluß in das Leben entlassen hätte.

Obwohl die Spekulationen über die Motive des Erfurter Amokläufers sich mittlerweile etwas mehr mit seinem fürchterlich tristen Leben und etwas weniger mit seiner Vorliebe für violente Freizeitvergnügungen beschäftigen, bleibt der öffentliche Abscheu vor dem »Dreck«.

So nennen unter anderen der Bundeskanzler und seine generell aufgeregte Justizministerin Spielfilme und Videogames, in denen geschieht, was Steinhäuser zur Wirklichkeit werden ließ. Natürlich kennen weder sie noch kennt irgendein Politiker den »Dreck« aus eigener Anschauung. Aber daß er zensiert werden muß, steht ihnen außer Frage.

Und natürlich wußte die zuständige Behörde schon, was angesagt ist, als noch niemand seriös sagen konnte, was Steinhäuser in den Blutrausch getrieben hatte. Die Vorsitzende der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS), Elke Monssen-Engberding, verkündete in der »Berliner Zeitung«, aus »Erfahrung« wisse man, daß »solche Medieninhalte« dazu beitrügen, »die Hemmschwelle gegenüber Gewaltanwendung zu senken«. Sie konnte (und kann bis heute) zwar nicht belegen, »daß ein ganz bestimmtes Spiel eine ganz bestimmte Tat auslöst«. Doch es »sei schwerlich zu bestreiten, daß aggressive Neigungen durch sogenannte Killerspiele verstärkt würden«.

So haben die Verantwortlichen eine Ahnung, ohne eine zu haben, und dergleichen genügt in der Regel, um die Verfassung zu ändern. Der »Dreck« muß weg, weil man so die eigene Verantwortung für das verpfuschte Leben Robert Steinhäusers löschen und, angenehmer Nebeneffekt, hernach alles verbieten kann, was man nicht mag.

Spiel und Zeug

Auf die juristische Definition, wo bei Computerspielen der »Dreck« beginnt, darf man gespannt sein. Dort zum Beispiel läuft ein hungriger Held durch ein Labyrinth, verfolgt von allerlei Gestalten mit Ku-Klux-Klan-Kostümen. Statt sich mit ihnen zu Friedensgesprächen auf dem Petersberg zu verabreden, frißt er die Feinde kurzerhand auf. Ist das ein verrohungsfördernder Exzeß? Nein, das ist »Pac Man«.

Hier wiederum haben wir einen Mann mit Stalin-Schnäuzer, der mittels Hämmern, magischen Feuerwaffen oder bloßen Fäusten alles in Stücke haut, was ihm auf seinem Weg zur Eroberung des Königreichs im Wege steht. Ist dies eine Anstiftung zum Massenmord? Nein, das ist »Super Mario Land«.

Und da wühlt sich ein kleiner Häuptling aus dem Stromdelta des Nils zum Pharao und Weltherrscher empor, keine Hinterhältigkeit und keinen grausamen Angriff auf Schwächere auslassend. Dank namenloser Magie mit dem ewigen Leben begnadet, jagt er 6.000 Jahre lang jeder militärischen Neuerung, H-Bombe inklusive, hinterher, um seine Widersacher effektiv zu Brei schlagen zu können. Ist das ein Training für Völkermörder? Nein, das ist »Civilization«.

Kein Mensch, der je ein Computerspiel gespielt hat, wäre so dumm, den Mikrokosmos auf dem Bildschirm mit der Welt, in der er sich ansonsten bewegt, zu verwechseln. Man kann sich aufs trefflichste an der Allmacht laben, die Videogames wie »Black & White« oder »Sim City« einem schenken, ohne sich deshalb gleich für Gott zu halten. Der omnipotente Spieler ist so wenig mit dem Menschen diesseits des Gamepad identisch wie der Erzähler einer blutrünstigen Geschichte mit dem Autor, der diesen Erzähler erfindet.

Der BPS-Chefin mit dem zungenbrecherischen Doppelnamen sind Begriffe wie »Abstraktion« oder bloß »Fiktion« freilich ganz gleich. »Eine Gefahr bestehe auch darin, daß labile Jugendliche beim simulierten Töten nicht mehr klar zwischen realen Menschen und virtuellen Wesen unterscheiden könnten. Bei bestimmten Spielinhalten gehe es ›letztlich um die Aufforderung zur Gewaltanwendung gegen Menschen und menschenähnliche Wesen‹, betonte Monssen-Engberding. Dabei werde die Tötung blutig visualisiert, damit der gewünschte ›Spielspaß‹ entstehe« (»Berliner Zeitung«).

Aber »letztlich« ist vor »labilen Jugendlichen« gar nichts sicher, und darum muß ein Verbot, das was bewirken will, einfach alles ächten, was »Spielspaß« erzeugt, sogar »Tetris« (rücksichtslose Verschwendung von Baumaterial!) und »Minesweeper« (Verharmlosung von Landminen!). Und welcher Experte kann, unter solchen Aspekten, glaubhaft die Harmlosigkeit von »Malefiz« oder »Mensch-ärgere-dich-nicht« bescheinigen? Wo sich darin doch nur immer und immer wieder alles um die Entbehrlichkeit der »menschenähnlichen« Spielfiguren dreht und um die Suprematie der Zerstörung über die Konsensstiftung?

Wer den Unterschied zwischen der phantasierten und der echten Gewalt nicht mehr kennt, der braucht bestimmt kein Playstation-Spiel, um sich zum Abschlachten zu motivieren. Auch in prädigitalen Tagen gab es Mordbrenner vom Schlag Robert Steinhäusers. Doch das ist in der akuten »Killerspiel«-Diskussion ziemlich egal. Deutsche KZ-Wärter hätten sich, nach dem waltenden Konsens, gut auf ein Videogame herausreden können, um ihr Blutsäufertum zu begründen. Und wären sie überhaupt einmal vor ein deutsches Gericht gelangt, Otto Schily, Gerhard Schröder, Herta Däubler-Gmelin, Edmund Stoiber oder Günter Beckstein hätten als Kronzeugen auftreten müssen, um die individuelle Schuld der Angeklagten auf den »Dreck« zu schieben, dem diese in den Wachpausen zwischen Selektion und Sonderbehandlung ihre Freizeit widmeten.

Denn die Schilys und die Becksteins üben legitimierte Gewalt aus, jeden Tag, in jedem Knast, an jeder Grenze, bei jedem Polizeieinsatz. Aber sie behalten diese Legitimation nur so lange, wie sie einen Unterschied suggerieren können zwischen der kalten Brutalität ihrer Politik und der Violenz der Gesellschaft.

Von Fall zu Unfall

Die Amtshüter der herrschenden Barbarei werden sich hüten, Explosionen der Gewalt wie in Erfurt mit dem aktuellen, globalen Gewaltprimat in der Politik zu vergleichen. Auch die Steuermänner der öffentlichen Meinung lassen davon lieber die Finger. Gewiß, nicht mal die »Welt am Sonntag« ist so frech wie der Innenminister, den Blutrausch Robert Steinhäusers allein auf die Roheit des Fernsehprogramms zu schieben. »Wir müssen uns«, schreibt dort Ulf Poschardt, »daran gewöhnen, Amokläufer als Unfälle unserer Zivilisation mit einzukalkulieren.« Aber über die Grundlagen dieser Zivilisation, die brutaler sind als jeder Amoklauf, erfährt man natürlich im Feuilleton zuletzt.

Fast synchron mit dem Schlachtfest in Erfurt beschlossen die Grünen, daß Gewaltfreiheit kein Ideal auf dem Weg zum Erfolg ist. Doch über derlei merkwürdige Koinzidenzen kann man wirklich nur dort reden, wo die Kriege der letzten Jahre nicht mit begeisterten Schlagzeilen und Kommentaren begleitet worden sind.

Robert Steinhäuser soll ein großer Fan der Computerspiele »Half-Life« und »Counterstrike« gewesen sein. Eine halbe Million anderer Deutscher sind das auch. Man schießt in diesen Games sehr viel, man darf sich wie ein Gott der Gewalt fühlen darin, aber bei aller Detailliertheit der Darstellung: Nur ein Innenminister kann so abgestumpft oder zynisch sein, die Abgestumpftheit und den Zynismus seiner Untertanen auf ein Spiel zurückzuführen, das erkennbar nur ein Spiel ist. Die populäre Kultur malt bloß nach, was in der Kultur populär ist. Wenn die Leute von Zerstörung und Schmerz träumen, werden ihre Träume Gestalt bekommen, ob in Schrift oder Bild oder Pixeln: That’s entertainment. Niemand läuft Amok, weil er »Counterstrike« mag, aber man muß mit Amokläufen rechnen, wenn es massenweise gern gespielt wird.

Die verfluchten Computerspiele zeigen an, wie es mit der Gesellschaft steht, aber sie erschaffen diese Gesellschaft nicht. Marxisten wissen so was, doch Marxisten sind in den Regierungen fast so rar wie in den Redaktionen. Und solange sich das nicht ändert, wird die Welt der blutige Ort bleiben, in den ihn die Nato und Menschen wie Robert Steinhäuser immer öfter verwandeln. »Was anderes ist die Schießerei in der Schulkantine, das dutzendfache Schlachten von Klassenkameraden als der Versuch, sich selbst zu zerstören, indem man die tötet, die einem am ähnlichsten sind?« (Russell Banks in der »FAZ«). Die Debatte über Videogames verdeckt genau diese Frage. Denn die Antwort darauf könnte viel furchtbarer sein als alle »Killerspiele« zusammen.

Gert Ockert schrieb in KONKRET 3/02 über den Grimme-Preis-Träger Peter Kloeppel

Konkret 06/02, S. 48

Marit Hofmann

Recherchez le Ministre

Politiker, nehmt euch in acht. Die investigativen und kritischen Journalisten der Republik haben sich zu einem »Netzwerk Recherche« zusammengeschlossen, zwecks Ausbau und weiterer Vertiefung ihres investigativen und kritischen Journalismus. Der zweite Vorsitzende des Netzwerks ist der berühmte Hans Leyendecker von der »Süddeutschen Zeitung«, der zur Rettung der Demokratie einen »Parteispendenskandal« nach dem anderen aufdeckt.

Bei seiner diesjährigen Zusammenkunft in Hamburg verlieh das Netzwerk Innenminister Otto Schily »Die verschlossene Auster« für seinen »restriktiven Umgang mit den Medien« und die Verschleppung eines »Informationsfreiheitsgesetzes«. Gottseidank hatten die investigativen und kritischen Journalisten sich in ihrem Minister aber schwer geirrt. »Gerechnet hatte kaum jemand damit, doch dann war er in Hamburg für eine positive Überraschung gut«, entdeckten beispielsweise die investigativen und kritischen Journalisten des »Hamburger Abendblatts«. Denn Schily war nicht nur der Einladung der investigativen und kritischen Journalisten gefolgt, um den Preis entgegenzunehmen, er ließ auch noch eine entschieden respektlose Laudatio des kritischen Investigators Ulrich Kienzle über sich ergehen. »Von Ihnen kein Interview zu bekommen, gilt inzwischen als Statussymbol.« Dem Mutigen gehört die Welt.

Schily blieb nichts übrig, als vor den zirka 350 investigativen und kritischen Journalisten ausgiebig zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen: Es sei bisweilen mit den Recherchekünsten der Journalisten gar nicht so weit her, zumindest was die Regierungspolitik und speziell ihn selbst betreffe. Nie habe er zum Beispiel gesagt, daß das Boot voll sei, wie ihm von Journalisten immer wieder unterstellt werde. Die investigativen und kritischen Journalisten schwiegen betreten. (Schilys Spruch: »Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten« hatte keiner im Kopf.) Als der Minister anregte, man könnte doch auch mal positive Nachrichten bringen, und dafür versprach, in Zukunft auch wieder kritischen und investigativen Magazinen wie »Panorama« und »Monitor« Interviews zu geben, verabschiedeten die investigativen und kritischen Journalisten ihren Preisträger mit brausendem Applaus. Wenn er ihnen jetzt noch ein Informationsfreiheitsgesetz schenkt, schmelzen sie ganz dahin.

–

Konkret 06/02, S. 49

Volker Weiß

Weiße Ordnung – schwarzes Chaos

Ridley Scott drehte eine Hommage auf die Peacekeeping Mission der USA in Somalia: »Black Hawk Down«

Die Eingangssequenz gleicht einer apokalyptischen Vision: Die Kamera fährt über den toten Körper in der flimmernden Hitze Afrikas. Man sieht eine Bestattung, abgemagerte Leichen, Flüchtlinge. Man erfährt, daß im Laufe des somalischen Bürgerkriegs 300.000 Menschen verhungert sind und die USA eingegriffen haben.

Die Assoziation mit »Apocalypse Now« liegt nahe. Aber »Black Hawk Down« hält einem Vergleich mit Coppolas Klassiker nicht stand. Der Film deutet die seit Vietnam determinierte Symbolik des amerikanischen Kriegsfilms um. Die US-Truppe ist etwas verwegen, aber vor allem gut. Die Helden und ihre Maschinen sind verwundbar. Der Kampfhubschrauber, fester Bestandteil der Vietnam-Ikonographie, verliert seine dämonische Ausstrahlung.

Nach der Rekonstruktion des amerikanischen Somalia-Debakels von 1993 durch den US-Journalisten Mark Bowden drehte Regisseur Ridley Scott diese martialische Hommage auf die Peacekeeping Mission. »Black Hawk Down« handelt von den stundenlangen Kämpfen amerikanischer Elitesoldaten mit somalischen Milizen auf dem Bakara-Markt in Mogadischu. Als Zeugnis des Geschehens gilt vor allem ein Bild, das um die Welt ging: die nackte Leiche eines US-Piloten, die durch die Straßen der Stadt geschleift wird.

Der Film ist im Sommer 2001 in Äthiopien fertiggestellt worden und, wie die Kritiken schreiben, von den »Ereignissen des 11. Septembers eingeholt worden«. Angeblich rechnete man zum Zeitpunkt des Filmstarts in den USA im Januar 2002 mit einem Angriff auf Somalia. Daß die Jagd auf Bin Laden in Afghanistan Vorbilder hatte, ruft die Rahmenhandlung von »Black Hawk Down« in Erinnerung. Dem somalischen »Warlord« Mohammed Farah Aidid stellten die USA mit einer ähnlichen Kombination aus kriminalistischer Fahndung und Militärschlag nach.

Hier setzt die Handlung des Films an: US-Militärs wollen zwei Offiziere Aidids gefangennehmen. Nachdem die erste Festnahme geglückt ist, gerät die Spezialeinheit bei der zweiten Operation in der Innenstadt Mogadischus in einen Hinterhalt. Ihr Konvoi wird zusammengeschossen, zwei Kampfhubschrauber stürzen von Raketen getroffen zwischen den Häusern ab. Mit den begrenzten Mitteln des Peacekeeping-Kontingents versucht man, die Mannschaften zu bergen. Über den Rest der Handlung senkt sich zweistündiges Sperrfeuer. Die Uno spielt eine Statistenrolle als unzuverlässige Bündnispartnerin.

Die israelische »Ha'aretz« sah in dem Film eine Parabel auf die Situation der eigenen Armee und den modernen Krieg. Sind die Grenzen zwischen Zivilbevölkerung und Gegnern nicht mehr zu erkennen, ist das Militär selbst dann überfordert, wenn es fehlerfrei funktioniert. Die Zeitung empfahl, die Armeeführung zwecks Abschreckung ins Kino zu schicken.

Der Film funktioniert aber auch als Metapher für Großstadtängste. Im amerikanischen Hauptquartier hängt eine Karte von Mogadischu, auf ihr ist die blau schraffierte sichere Zone deutlich von einem rot gefärbten Stadtviertel abgehoben. Hier herrschen »die Milizen«, Bewegung ist nur mit dem Helikopter möglich. Der Diskurs über innere Sicherheit hat Einzug in den Kriegsfilm gehalten. Die Soldaten kämpfen sich Häuserblock um Häuserblock durch eine feindselige Nachbarschaft. Ihre Gegner ähneln in Outfit und Habitus Rap-Musikern. Der gefangene somalische Kommandeur raucht kubanische Zigarren und ist, ganz Gangsta, vor allem cool.

Im Bild enthalten ist ein postkolonialer Zusammenprall von High-Tech und Trikont. Zumindest im Film haben die USA ein fast ausschließlich weißes Kontingent nach Afrika geschickt, so daß es zu einer rassistischen Konfrontation weißer Ordnung mit schwarzem Chaos kommt. Einem Chaos, in dem Waffenträger, Frauen und Kinder zu einer gesichtslosen dunkelhäutigen Menge verschmelzen. Aus dem Nichts auftauchende Pickup-Trucks, das MG auf der Ladefläche, sind seit den afrikanischen Bürgerkriegen und den Taliban Symbol des unberechenbaren Bösen. Die rasselnden Patronenhülsen der Weißen finden ihre Entsprechung in den fallenden Körpern der Schwarzen. Über allem ragt das Minarett der Moschee.

Der Wechsel zwischen Gefechtshandlung und ihrer Abbildung durch die Videoübertragung im Kommandostand des US-Militärs dient nicht der Selbstreflexion des Genres Kriegsfilm, sondern ist nur ein weiterer Versuch, Authentizität vorzuspiegeln. Die Helden sind Hohlformen, in die man Heldenmut gegossen hat. Frauen erschießen sie nur ungern, Kinder gar nicht. Die durch das Scheitern der Operation entstandene Extremsituation böte Spielraum für Auseinandersetzungen, Kritik oder Krisen der Hierarchie, wie sie Terrence Malick 1998 in seinem Kriegsdrama »Der schmale Grat« entwickelte. Doch gibt es nichts, was den stoischen Figuren des Films Persönlichkeit verleihen könnte. Steindumm die Szenen, in denen die Soldaten dem Publikum ihre Motive mitteilen. Ewig mißverstanden sind sie dennoch getrieben, Gutes zu tun. Dafür schießt man auf sie und zu Hause gelten sie als »War-Junkies«. Aber auch dies ist noch zu steigern: in der Demutsgeste, mit der schließlich der verantwortliche General eigenhändig das Blut seiner verwundeten »Jungs« aufwischt.

Der deutsche Verleih zögert den Filmstart »aufgrund der aktuellen Ereignisse« hinaus. In den USA war »Black Hawk Down« Kassenschlager und für den Oscar nominiert. Vielleicht erklärt sich dieser Erfolg aus der Brisanz, die das Thema Uno in den Staaten hat. Auch war die Verlustrate des Somalia-Unternehmens verglichen mit sonstigen Routinegeschäften des US-Militärs ungewöhnlich hoch. Aber der »body count« zeigt, daß auch bei diesem Deal eine Seite über den Tisch gezogen wurde: Ein amerikanischer Soldat ist zirka 50 Afrikaner wert. Im Abspann erfährt man die Namen der achtzehn bei der Operation gefallenen Amerikaner, die über tausend getöteten Somalis haben keine.

»Black Hawk Down«. Regie: Ridley Scott; USA 2001 (Senator); 142 Minuten

---

Volker Weiß schrieb in KONKRET 2/02 über Marx' »Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte«

Konkret 06/02, S. 50

Christoph Fleischmann

FilmTheater

Der Stellvertreter

Regie: Constantin Costa-Gavras; mit Ulrich Tukur, Matthieu Kassovitz; Frankreich/BRD 2002 (Concorde); 130 Minuten; seit 30. Mai im Kino

Das Leben ist oft spannender als seine Verfilmung. Das gilt auch für den »Erfinder des Politthrillers«, Constantin Costa-Gavras. Als Vorlage für seinen neuen Film »Der Stellvertreter« diente ihm das gleichnamige Theaterstück von Rolf Hochhuth aus den sechziger Jahren. Darin rechnete Hochhuth mit dem Schweigen von Papst Pius XII. zur Judenvernichtung ab. Als Gegenspieler setzte Hochhuth unter anderen den deutschen SS-Mann Kurt Gerstein in Szene. Costa-Gavras hat Gersteins Leben in den Mittelpunkt seines Filmes gerückt. Keine schlechte Idee – immerhin liegen inzwischen drei Biographien über Gerstein vor, während er Anfang der sechziger Jahre noch fast unbekannt war.

Gerstein war ein konservativer Christ und SS-Mann, der, wie er sagte, in die SS eingetreten sei, um zu spionieren und zu sabotieren. Das erste hat er nachweislich getan. Er wurde Augenzeuge von Vergasungen in den KZs in Treblinka und Belzec und hat, was er sah, ans Ausland weitergegeben. Ob ihm auch Sabotage gelungen ist, kann nicht mehr nachgewiesen werden – immerhin war er mit der Beschaffung von Zyklon B beauftragt, also unmittelbar in die Todesmaschinerie eingebunden. In französischer Kriegsgefangenschaft schrieb Gerstein seinen berühmt gewordenen Bericht, ein wichtiges Dokument in den Nürnberger Prozessen. Die Franzosen sahen ihn aber nicht als Zeugen gegen die Nazis, sondern als Kriegsverbrecher an. Ein Widerspruch, an dem Gerstein zerbrach: Im Juli 1945 beging er Selbstmord im Gefängnis. Gerstein war ein starrköpfiger Einzelgänger, ein »schwieriger und abgründiger« Mensch – wie einer seiner Biographen urteilt. Ein anderer Biograph, Saul Friedländer, untertitelte sein Gerstein-Buch: *Von der Ambivalenz des Guten*.

Im Film wird Gerstein in der Darstellung von Ulrich Tukur zum gradlinigen Helden, der mit Klarheit den Weg des christlichen Gewissens geht und keinerlei Zweifel an seinem Tun aufkommen läßt. Die Bösen sind immer die anderen. Seine einzige Sorge ist – wie die von Oskar Schindler in Spielbergs Film – , ob er genügend Juden retten kann. Nicht nur Hollywood braucht klare Fronten. Dabei reichert der Film Gersteins Leben mit reichlich fiktivem Material an und folgt keineswegs, wie »Der Spiegel« meint, »im Prinzip den Tatsachen«. Was bleibt, ist die schon bei Hochhuth angelegte Tendenz: der gute deutsche SS-Mann gegen den bösen italienischen Papst. Schade. Am Leben Gersteins hätte man mehr zeigen können über die realen Bedingungen von Widerstand. Ein Dokumentarfilm über Kurt Gerstein wäre spannender gewesen als ein Hochhuth-Aufguß.

Konkret 06/02, S. 50

Alexander Kasbohm

FilmTheater

Krieg der Sterne: Episode 2 □ Der Angriff der Klonkrieger

Regie: George Lucas; mit Ewan McGregor, Samuel L. Jackson; USA 2002 (20th Century Fox); 142 Minuten; seit 16. Mai im Kino

Ich mach es wie George Lucas: Ich ignoriere die Handlung, setze gewisse Grundkenntnisse über »Star Wars« voraus und fang einfach mittendrin an.

Vor 20 Jahren wollte jeder Junge, der was auf sich hielt Jedi-Ritter werden. Mit Hilfe der »Macht« stärker scheinende Gegner zu willfährigen Handlangern machen, kraft seiner Gedanken Überlegenheit über Wesen und Gegenstände erlangen, Abenteuer erleben. In »Die Dunkle Bedrohung« mußten wir dann erfahren, daß die Ausprägung der »Macht« im Menschen an seinen »Medichlorin«-Werten im Blut liegt. Eine wissenschaftliche Erklärung war das letzte, was man haben wollte. Und wer will »Medichlorin« im Blut haben? Was immer das auch sein mag. Die Jedi waren eigentlich antiwissenschaftlich. Außerdem plagte unser Lieblingsjedi Obi-Wan sich den ganzen Film über mit dem nervtötenden Jar-Jar Binks herum. Jedi zu sein hatte deutlich an Attraktivität verloren. Lucas hatte in absoluter Selbstüberschätzung das Drehbuch allein geschrieben und selbst Regie geführt. Das sind beides nicht seine Stärken. Heraus kam ein Film ohne plastische Charaktere und ohne Spannungsbogen. Lucas verirrte sich im selbstgeschaffenen Mythenwirrwarr.

In »Der Angriff der Klonkrieger« hat er sich dankenswerterweise zumindest für das Drehbuch Hilfe geholt. Die Figuren werden ansatzweise nachvollziehbar, und es gibt sogar kleine Inseln der Ruhe. Ein Spannungsbogen wird aber erst dann wieder seinen Weg in einen »Star Wars«-Film finden, wenn Lucas locker genug wird, die Regie abzugeben. Aber von Lockerheit versteht er noch weniger als von Drehbüchern oder Regie. Dennoch hat er manch guten Bildeinfall und versteht es wie kaum ein anderer interessante Versatzstücke zusammenzusuchen, die als Grundlage einer Story taugen. »Der Angriff der Klonkrieger« macht wieder Spaß. Ewan McGregor bekommt Raum den Charakter des Obi-Wan auszuformen, und er ist cool. Ein anderes Wort gibt es nicht. Wie stark er an manchen Stellen Alec Guinness, dem Obi-Wan der ersten Trilogie, ähnelt ist beinahe unheimlich. Er läßt sogar den Beruf des Jedi-Ritters wieder als ernstzunehmende Jobalternative erscheinen. Vor allem in der Szene, in der er die praktische Anwendbarkeit der »Macht« im Alltag demonstriert: Obi-Wan steht in einer Spelunke an der Theke und wird von einem Dealer von der Seite angequatscht. Dealer: »Wanna buy some death-sticks?« Obi-Wan: »You don’t want to sell me death-sticks.« Dealer: »I don’t want to sell you death-sticks.« Obi-Wan: »You want to go home and rethink your life.« Dealer: »I want to go home and rethink my life.« Ja. Vielleicht ist es doch gar nicht so schlecht, erhöhte Medichlorin-Werte zu haben.

Konkret 06/02, S. 50

Jan Pehrke

FilmTheater

101 Reykjavik

Regie: Baltasar Korm□ kur; mit Victoria Abril, Hilmir Sn□ r Gudnason; Island 2000 (Kinowelt); 93 Minuten; ab 6. Juni im Kino

Das Kino wird momentan von Muttersöhnchen heimgesucht. Nach »Elling« und »Tanguy« widmet sich jetzt auch »101 Reykjavik« einer vaterlosen Gesellschaft. Aber während »Elling« noch einen heroischen Ausbruchsversuch aus der fürsorglichen Belagerung beschreibt, betreibt der isländische Regisseur Baltasar Kormákur in seinem Film eine fröhliche Wissenschaft der Regression.

Hlynur ist 28, arbeitslos und lebt immer noch bei seiner Mutter Berglind, dort vorzugsweise im Bett oder in der Badewanne. Eine Beziehung hat er nicht – weder zu einer Frau noch zur Welt im allgemeinen. Was soll man mit dem meist schneeweißen, kalten, öden Island da draußen auch schon anfangen? So spielen sich seine Tage zwischen der Wohnung und der Kneipe als einzigem Außenposten ab.

Bewegung kann in dieses Stilleben nur von ganz weit weg kommen. Sie kommt in Gestalt der spanischen Flamenco-Lehrerin Lola, einer Bekannten von Berglind. Hlynur verbringt die Silvester-Nacht mit ihr. Bald schwant ihm allerdings, daß er nur als Samenspender mißbraucht wurde. Lola entpuppt sich nämlich als die lesbische Freundin seiner Mutter (Die sexuelle Umorientierung Berglinds hin zum eigenen Geschlecht stellt der Film seiner Regressionslogik gemäß als Resultat schlechter Erfahrungen mit dem anderen dar: Ihr Ex-Mann war Alkoholiker). Es dauert eine Weile, bis der Junge das verknust hat, aber schließlich sagt er ja zur neuen Unübersichtlichkeit daheim. Alles ist gut und böse, sinniert er, um sich mit den anderen Umständen zu arrangieren, was leicht gesagt ist für jemanden, der keine Identität und damit auch kein Unterscheidungsvermögen hat. So sieht man dann am Schluß mit dem Baby, dem Vater/Bruder Hlynur und dem lesbischen Paar ein etwas anderes häusliches Glück, aber nach den »Osbournes« und den »Tenenbaums« im Jahr 2002 gar nicht mehr so gewöhnungsbedürftig. Weil keine ödipale Qual zu einer psychologischen Lösung drängt, bleibt schließlich wie in »Tanguy« mit der Reproduktion nur die biologische. Es lebe der Wiederholungszwang!

Konkret 06/02, S. 51

Dietrich Kuhlbrodt

Film des Monats

Manche mögen's heiß

Regie: Billy Wilder; mit Tony Curtis, Jack Lemmon, Marilyn Monroe; USA 1959 (Alamode); ab 6. Juni wieder im Kino

»Nobody is perfect« und dazu dieses fette Lachen aus dem Unterleib heraus: Der finale Spruch in »Manche mögen's heiß« ist längst Kult. Hatte Tony Curtis, voll im Fummel, sich nicht einen Satz vorher geoutet: »Ich bin keine Frau«? – Während wir jahrzehntelang von Vollakademikern auf die Suche nach unserer Identität geschickt worden waren, hatte Billy Wilder schon 1959 den hilfreichen und sogar überlebenswichtigen Ratschlag gegeben, die passende Identität nicht zu finden, sondern zu erfinden, am besten gleich mehrere davon. Das ist eine Fertigkeit, die Spaß macht, aber auch pure Notwendigkeit, wenn man den anderen, von denen man abhängt, gefallen möchte oder sonst fremde Projektionen bedient. Jack Lemmon hat dann dieses servile Lächeln auf den Lippen, wenn er grade in das Massaker vom Valentinstag reingerät. Überhaupt liegt unter der perfekten Komödie von »Manche mögen's heiß« ein tieftrauriger Untergrund. Keine Arbeit, kein Zuhause, kein Geld, im Schneetreiben der Wintermantel verzockt, Kriminalität auf den Straßen, Marilyn Monroe eine Alkoholikerin, Florida voll von geilen Rentnern. Wer überleben will, muß kunstfertig sein und die Lüge wahrhaftig machen, statt am miesen Leben zu leiden. Keiner, der nicht kuriert, wenn auch eventuell kaputtgelacht aus dem Kino rausgeht. Prima, daß der Film dort jetzt nach vierzig Jahren wieder anläuft.

Das ist meine Chance, hier zu revidieren, wie wir damals in unserer unkonformistischen Zeitschrift »Filmkritik« »Manche mögen's heiß« verrissen haben. Was ich heute für die Stärken des Films halte, waren damals in der Kritik von Ulrich Gregor die Schwächen: »die Neigung zur Künstlichkeit, zur Klischeehaftigkeit; die unverbindliche Situationskomik«. Kein guter Film, nein, allenfalls ein Punkt: »annehmbar«.

In den Standardwerken der sechziger Jahre (*Geschichte des Films* und *Geschichte des modernen Films*) werfen Gregor und Patalas Wilder darüber hinaus eine »konsequent zynische Perspektive« basierend auf einer »denkbar pessimistischen Prämisse« vor; auch knüpfe er nicht an das deutsche Melodram an.

Heute ist auch die FSK gefordert. Damals hatte sie den Film für Besucher unter 18 Jahren verboten, auch durfte »Manche mögen's heiß« niemals an Feiertagen gezeigt werden. Der katholische Filmdienst hatte »manche Derbheiten« entdeckt. Aber schon in den siebziger Jahren wurde konzediert, daß der Film ein kommerzieller Erfolg geworden war – trotz »Marilyn Monroe mit ihrem undisziplinierten Verhalten« (*Rororo Filmlexikon*). Billy Wilder ist tot. In seinen Filmen ist er präsent. Ob's stimmt oder nicht, man glaubt ihnen die Details, autobiographische Unikate.

Ich war 27, Jurastudent, und streng drauf, wie es bei überzeugten Studis noch heute der Fall ist. In meiner »Manche mögen's heiß«-Bewertung schwang ich mich damals zu zwei Punkten auf und nicht zu einem »überragend«. – Es ist Zeit, Abbitte zu tun. Der Dünkel des Studierenden über einen wie Billy Wilder, der Mensch war und arbeitete. Wilder, der sein Wiener Jurastudium gleich nach dem ersten Semester abgebrochen hatte, arbeitete in Wien als Reporter. Aus seiner Interviewtechnik sollte er den berühmten Dialogstil entwickeln: Nichts wird behauptet, alles wird aufs Detail genau beschrieben. 1926, zwanzig Jahre alt, kam er als Medienberater der Paul-Whiteman-Band nach Berlin und wurde hier genau. Das geht am besten autobiographisch. Über seine Arbeit als Eintänzer respektive Gigolo im Hotel Eden schrieb er in der »B.Z. am Mittag« die legendäre Serie »Herr Ober, bitte einen Tänzer«. Und er schrieb Drehbücher. In der DDR-Standard-Filmgeschichte der frühen sechziger Jahre kritisierte Horst Knietzsch »Menschen am Sonntag« von 1930 als »sehr unverbindlich – sonntägliche Liebesromanzen von Angestellten – , ... doch vermittelt er einen kleinen Einblick in die geistige Leere des deutschen Kleinbürgers«. Richtig, es fehlt die Ursachenforschung; Wilders Einblicke mögen gar zynisch sein. In zwei Sätzen entlarvt er einen schleimigen US-Urmythos als Völkermord. Einen Tag nach dem Reichstagsbrand flieht er vor den Nazis. Der erste Film, den er in den Staaten inszeniert, beginnt mit folgenden Worten: »Im Jahre 1726 kauften die Holländer den Indianern Manhattan ab. Im Mai 1941 war kein Indianer mehr da, der das bedauerte« (»Der Major und das Mädchen«, 1941).

Wilder war mit »Manche mögen's heiß«, seinem größten Erfolg, ganz oben. Die US-Filmwirtschaft hofierte ihn. Wir wollen in diesem Moment daran erinnern, wie er persönlich, 1945, ganz unten war. In Deutschland. Wilder war als Colonel der US Army hierher gekommen. In den KZs waren seine Verwandten umgebracht worden. Jetzt leitete er den Schnitt der KZ-Dokumentation »Die Todesmühlen« (1945). Leichenberge zu montieren – wie schlägt sich das in den Filmen nieder, die er in den folgenden Jahren drehte? »Eine auswärtige Affäre« (1948) ist erstens ein Berlinfilm, zweitens ein Trümmerfilm, drittens eine Satire und viertens eine Hommage an deutsche Überlebenskunst. Noch 1961 ist Berlin in »Eins, zwei, drei« eine Stadt der Läuterung, jedenfalls für den amerikanischen Besucher und jedenfalls nachdem Horst Buchholz (Otto Ludwig Piffl) sich in einen tüchtigen Businessman verwandelt hat. Man kann das auch anders ausdrücken und sagen, daß Horst Buchholz käuflich ist. Das ist korrekt. Solche Art Prostitution ist Thema von Wilder-Filmen wie »Boulevard der

Dämmerung« (1950). Die abgetakelte Stummfilmdiva Gloria Swanson kauft sich einen knackigen Hollywood-Drehbuchschreiber (William Holden). Logisch, daß das Geschäft blüht. Denn für Wilder dominiert beim Filmemachen das Drehbuch. Ästhetische und technische Raffinessen verabscheut er: »Die große Technik ist, wenn man die Technik vergißt. Herr Rubinstein spielt Chopin so wunderbar, weil wir nichts von Technik bemerken, wir hören nur Chopin. Wenn aber jemand sagt: Mein Gott, schau dir das an, diese Einstellung! Ist das nicht großartig? Dann ist das schon schlecht, weil er realisiert hat, daß es da ein Team gab, Technik, und daß da kalkuliert wurde. Einfachheit kann nicht übertroffen werden.«

Wen also haßt Wilder als Regiekollegen am meisten? Jean-Luc Godard, den »Fälscher«, notorisches Opfer seiner bösesten Witze. Wilder wünscht sich den aktiven Zuschauer, einen, »der die Handlung immer mit den Augen eines der Charaktere sieht«. Ein solcher Kinobesucher läßt sich nicht die Ohren volldröhnen mit vorgeblich objektiven Gewißheiten, mit vorgeblich unwiderleglichem Zahlenmaterial, er merkt von selbst, daß er manipuliert werden soll, er nimmt den belehrenden Off-Kommentar als Parodie. Wilder also ist das genaue Gegenteil unserer TV-Ideologie, die den Dümmsten wie den Klügsten belehrt, was er zu diesem oder jenem zu denken hat. Ohne pädagogisierenden Moderator oder mahnende Off-Stimme läuft in der Glotze bekanntlich nichts. Aber bei Wilder, so sagt er selbst und das mit Recht, »schreiben die Zuschauer den Film selbst zu Ende«.

Konkret 06/02, S. 52

Martin Krauß

Der verkaufte Vater

Wie aus dem Adolf Hitler auf dem Umweg über den Neckar der Gottlieb Daimler wurde oder wie das Kapital die schönsten Traditionen zerstört

»Für Geld verkauft Ihr Eure Mütter«, schrieben Fans des in den letzten Jahren nicht mehr so richtig erfolgreichen Fußballvereins Hamburger SV auf ein Transparent. Ob es, wie angedeutet, akzeptabler sei, seine Mutter für Naturalien statt für Geld zu veräußern, diskutierten sie nicht. Ihnen ging es um Wichtigeres: Ihr Stadion, so die Wahrnehmung der Fans, die nicht so viel mit den realen Besitzverhältnissen zu tun hat, ihr Stadion also, das bislang »Volksparkstadion« gerufen wurde, trägt fünf Jahre lang den Namen »AOL-Arena«. Der Online-Anbieter hat sich die Werbung für 15 Millionen Euro erkauft.

»Lieber erfolglos als traditionslos« schrieben Fans aus Wut auf ein anderes Transparent, und es scheint, sie bekämen mit ihrem HSV und seinem Stadion beides: Traditions- und Erfolgslosigkeit. Die Anhänger des HSV, der vor etwas mehr als zehn Jahren als erster Verein in Deutschland aus sich eine Aktiengesellschaft machen wollte, mögen die »fortschreitende Kommerzialisierung«, die mit der Umbenennung in eine Firma amerikanischen Namens verbunden ist, überhaupt nicht. Sie wären zwar bereit gewesen, den Namen »Volksparkstadion« aufzugeben, aber wenn es nach ihnen gegangen wäre, hieße das Ding jetzt »Uwe-Seeler-Stadion«. Das frühere Fußballidol gehörte zwar 1991 zu den eifrigsten Unterstützern des letztlich abgeschmierten Aktienmodells, aber er steht zumindest nicht für Fremdgeld.

Die »AOL-Arena« in Hamburg gilt, hört man sich bei Fußballfans und bei linksliberalen Betrachtern des Sports um, als schlimmstes Sinnbild für das, was dem Sport überall droht: der Ausverkauf. Der droht auch der anstehenden Fußball-Weltmeisterschaft in Japan und Südkorea. Die nicht mehr so recht solvente Kirch-AG besitzt – immerhin dies konnte sie retten – die Übertragungsrechte und gab sie an Sat.1 weiter, womit zum ersten Mal kein öffentlich-rechtlicher Reporter die Spiele live kommentieren wird. Heribert Faßbenders luzide Betrachtungen über fremde Nationalcharaktere – dem kapitalistischen Ausverkauf zum Opfer gefallen.

Wie die rührend-freundlichen und vor allem gutgemeinten Umbenennungen von Stadien in den neunziger Jahren. Da wurde noch St. Paulis Wilhelm-Koch- in Millerntor-Stadion umgetauft, weil Herr Koch ein Nazi war, Meppens Hindenburg- in Emsland-Stadion, weil – ja, warum eigentlich? – Paul Hindenburg kein Meppener Jung war, und das Kaiserslauterer Betzenberg- in Fritz-Walter-Stadion.

Danach erlebte der Fußball, ohnehin ein Kind der bürgerlichen Gesellschaft, einen heftigen Kapitalisierungsschub: Die Spielvereinigung Greuther Fürth etwa kickt nicht mehr im Ronhof, sondern im Playmobil-Stadion: »Der Grund und Boden, auf dem das Stadion steht, gehört Herrn Horst Brandstätter aus Zirndorf. Er ist der Chef von Playmobil und hat sehr viel Geld für den Umbau des Ronhofs zum Playmobil-Stadion zur Verfügung gestellt. Als Dank wurde das neue Stadion daher Playmobil-Stadion genannt.« Die Spielstätte des VFL Osnabrück hieß Stadion an der Bremer Brücke, bis der langjährige Sponsor und Präsident Hartwig Piepenbrock, Chef einer Firmengruppe, die mit Wachmännern und Reinigungskräften in Uniformen viel Geld umsetzt, die Arena zum Piepenbrock-Stadion machte.

Das Stadion, wo der FC Schweinfurth 05 seine Heimspiele austrägt, heißt Willy-Sachs-Stadion, zu Ehren des Unternehmers und Verdienstkreuzträgers Willy Sachs und auch ein bißchen des SS-Mannes und NSDAP-Mitglieds. Denn als der Hamburger Publizist Werner Skrentny in *Das große Buch der deutschen Fußball-Stadien* (Verlag Die Werkstatt) im Jahr 2001 die eigentlich in Schweinfurth auch bekannten Fakten über den verdienten Konsul Sachs erstmals in Zusammenhang mit dem lokalen Fußballstadion veröffentlichte, passierte, was in so einem Fall immer passiert: nichts. Ein wenig peinlich wurde es erst im Juli 2001, als die israelische Mannschaft von Makkabi Haifa zu einem Freundschaftsspiel nach Schweinfurth kam und die »Süddeutsche Zeitung« an die ruhmreiche Vergangenheit erinnerte. Das Willy-Sachs-Stadion trägt seinen Namen freilich weiterhin.

In Gelsenkirchen, im vergangenen Jahr mit dem FC Schalke 04 noch »Meister der Herzen«, also in der Meisterschaft der Liga gescheitert, baute man ein neues Stadion, eins der modernsten der Welt. Es heißt »Arena Auf Schalke«, die lokalen Dialektbesonderheiten berücksichtigend, und durch Verzicht auf einen Sponsornamen andeutend, daß das Stadion in Vereinsbesitz ist. Ideen für ein »Fritz-Szepan-Stadion« waren früh abgeschmettert worden. Mittlerweile steht fest, daß »weder eine Straße noch ein Jugendinternat« nach dem Schalker Mittelfeldstar der dreißiger und vierziger Jahre benannt wird. Eine Studie fand nämlich heraus, was, wer es wissen wollte, längst wußte. Schalkes legendärer Spielmacher Szepan hatte 1938 vom Verein ein Kleidergeschäft geschenkt bekommen, das vordem in jüdischem Besitz war. Szepan war also ein Arisierungsgewinnler.

Solange es nur die Verantwortlichen wußten, konnten sie ihren Helden aufs Podest stellen. Als es alle wußten, ging das nicht mehr. Szepan, nach seiner Fußballerkarriere auch als Trainer und sogar als Präsident bei Schalke aktiv, starb 1974. Szepans Schwager, der 1990 gestorbene Ernst Kuzorra, auch er ein Schalker Mittelfeldidol, war ebenfalls NSDAP-Mitglied, aber da nicht mehr Fakten über ihn bekannt wurden (und auch nicht sind), bleibt es wohl bei der Benennung einer

Straße nach Ernst Kuzorra. Eine Straßenbahnhaltestelle gibt es schon, und die Ehrenbürgerschaft hatte Kuzorra auch bereits 1985 erhalten. Als einfaches NSDAP-Mitglied hätte er auch Bundespräsident werden können.

Bezüglich des neuen Stadions war es Johannes Rau, Bundespräsident mit Hang zur Bibel und Anekdote, der den Namensvorschlag »Ernst-Kuzorra-seine-Frau-ihr-Stadion« einbrachte. Die politisch korrekte Idee (kein Nazi, endlich mal ne Frau, erst recht kein amerikanischer Konzern und das Ganze noch in lokaler Mundart) wurde freilich nicht realisiert.

Auf eine unter Umständen gar ebenfalls kabarettreife Anekdote hätte man auch in Stuttgart zurückgreifen können, wenn sie bloß nicht so pikant gewesen wäre. Bereits 1993 wurde die örtliche Fußballarena in Gottlieb-Daimler-Stadion umgetauft. Damit versuchte der VfB Stuttgart, endlich den großen, potenten Weltkonzern als Sponsor zu gewinnen, an dessen Zufahrtsstraße das Stadion liegt. Doch der Konzern hat den Ruf bislang nicht erhört. Vor der Umbenennung hieß das Gottlieb-Daimler- noch Neckarstadion, und Proteste gegen die Umbenennung wurden auch hier laut.

Bei seiner Einweihung im Jahre 1933 war das Stadion freilich nicht nach dem Schwabenstrom benannt worden, sondern Adolf-Hitler-Kampfbahn. Als Max Schmeling 1939 dort die Europameisterschaft im Schwergewicht gegen den Bonner Adolf Heuser gewann, titelte eine Zeitung: »Max Schmeling schlägt Adolf Hitler in der Adolf-Heuser-Kampfbahn k.o.«.

Kommunen, die einmal Olympiastadt waren, haben keine Probleme mit der Vergangenheit, jedenfalls keine namentlichen. Denn dort gibt es Olympiastadien: in Berlin und München. Berlin ist ganz stolz auf seines: Der Standort im Westen der Stadt wurde von Adolf Hitler persönlich ausgesucht, er gab der Rasenfläche daneben auch den bis heute gültigen Namen »Reichssportfeld«, und auf der Wiese vor dem Stadion mit seinen Säulengängen stehen jede Menge Statuen von Hitlers Lieblingsbildhauer Arno Breker. Weil dieses Stadion, man ahnt es, so viel Tradition aufweist, sind all die sympathischen Vorschläge, diese Riefenstahl-Kulisse endlich mal wegzusprengen, stets abgelehnt worden. Das Olympiastadion wird immer wieder modernisiert, verbessert, überdacht und mit Sitzplätzen versehen. Große Spiele der WM 2006 sollen dort stattfinden, vielleicht gar das Finale.

Anders ging man in München mit seinem Olympiastadion um. Gebaut für das Konzept der 1972er Olympiade von »heiteren Spielen« – die dann durch das Attentat auf die israelische Mannschaft gestört wurden – ist nach übereinstimmender Meinung in der Stadt das Stadion mit dem transparenten geschwungenen Glasdach nur noch ein Relikt aus vergangenen Siebziger-Jahre-Zeiten, an die man scheint's noch weniger gern erinnert wird als die Berliner an ihre Stadionbauzeit. Daher wird im Münchner Stadtteil Fröttmaning ein neues Stadion errichtet, das aussieht wie ein überdimensioniertes Schlauchboot und, apropos Rettung, Allianz-Arena heißen wird.

Schon früh war klar, daß »das neue Stadion ganz bestimmt nicht den Namen von Franz Beckenbauer oder Uli Hoeneß tragen wird«, wie Uli Hoeneß, Manager des Vereins, persönlich verkündete. Allerdings legt Hoeneß auch Wert darauf, daß »die beste Marke FC Bayern München heißt«, daß also der von ihm geleitete Verein selbst einen Konzern darstellt. »Diese Marke lassen wir uns nicht durch irgendwelche Spielereien verderben.« Ein FC Bayern-Allianz München oder so etwas wäre für ihn undenkbar, und zwar nicht aus Rücksicht auf irgendwelche Traditionen, sondern weil man den Wert des eigenen Labels kennt und schützt.

Ähnlich denkt man beim Konkurrenten Bayer Leverkusen, wo Vereins- und Sponsorname schon seit 1904 identisch sind. Das Stadion nannte man nach Umbau einfach »BayArena«, zuvor hatte es Ulrich-Haberland-Stadion geheißen, nach dem früheren Vorstandsvorsitzenden des Konzerns, von 1943 bis 45 übrigens auch höchster Chef der IG Farben.

»Für Geld verkauft Ihr Eure Mütter«: Die Konkurrenz aus Leverkusen hat mit dem Umtaufen des Ulrich-Haberland-Stadions gewissermaßen ihren Vater verkauft. Der SV Babelsberg 03, der seine Heimspiele im Karl-Liebknecht-Stadion austrug, ist übrigens in dieser Saison ziemlich symbolträchtig aus der Zweiten Fußballbundesliga abgestiegen.

Von Martin Krauß ist soeben erschienen: »Schwimmen. Geschichte – Kultur – Praxis« im Verlag Die Werkstatt

Konkret 06/02, S. 54

Ale□ ander Kasbohm

Melodie & Rh□ thmus

David Bo□ ie: HeathenSon□ /Columbia

Seit 15 Jahren wird David Bowie bei jeder neuen Veröffentlichung gesagt, daß es seine beste Platte seit »Scary Monsters« sei. Das war nie ganz falsch, hatte aber auch nicht viel zu sagen. Was Bowie seit »Scary Monsters« (1981) gemacht hat, war, einzelne Songs ausgenommen, nicht so doll. Er hat so oft über sich lesen müssen, er sei der große Visionär der Popmusik, bis er es selbst glaubte. Und in dem Moment, in dem man bewußt versucht, etwas zu sein, wofür andere einen halten, klappt meist nichts mehr. So ließ er im verzweifelten Versuch, »hip« zu sein, 1998 auf »Earthling« seine zum Teil gar nicht mal schlechten Songs von derart ungelenk daherpolternden Breakbeats erschlagen, daß man unangenehm berührt war.

Irgendwann merkte Bowie, daß er sich ab Mitte der Achtziger bös verzettelt hat, und versuchte sich vor zwei Jahren mit »Hours« an seiner Version einer Songwriterplatte. Das war einerseits Überkompensation und andererseits zu wenig, denn die Zwangsoriginalität seiner vorherigen Alben war nur ein Teil des Problems. Der andere war, daß er seinen letzten großen Song vor zwanzig Jahren geschrieben hatte. Und das änderte sich auch auf dieser recht sympathischen Platte nicht. Wie zum Beweis seiner Ideenkrise schrieb er alle Stücke im Team mit seinem musikalisch zutiefst unsensiblen Gitarristen Reeves Gabrels.

Auf »Heathen« arbeitete Bowie nun das erste Mal seit zwanzig Jahren mit Tony Visconti, dem Produzenten aus seiner kreativsten Phase, zusammen. Offenbar war das der richtige Schritt. Bowie schreibt seine besten Songs seit Jahren und versucht weder der Songwriter zu sein, der er nie war, noch nervt er mit verquaster Pseudoavantgarde, mit Brüchen, denen man zu jedem Zeitpunkt anhört, wie gewollt sie sind.

Nicht alles auf »Heathen« ist gelungen, aber es gibt hier wieder Augenblicke echter Größe. Da keimt für Momente eine Ahnung, wozu der Mann auch heute noch imstande ist, wenn er auf das richtige Umfeld trifft. Man erinnert sich daran, wofür man ihn geliebt hat, daß diese Liebe richtig war und sie immer noch tragfähig ist. Und es gibt *Songs*. Keine, die sich einem gleich an den Hals werfen, aber wenn man ihnen Zeit gibt, sich zu setzen und es sich bequem zu machen, dann bleiben sie. Ein Drama wie »Slip Away«, einen bezaubernden Popsong wie »Everyone says Hi« oder eine tatsächlich konsequent und logisch klingende Pixies-Coverversion (»Cactus«) bekommt auch Bowie nur an einem guten Tag hin. Seine erste Platte, die als respektables Alterswerk dasteht. Oder eben die beste seit »Scary Monsters«. Echt.

Konkret 06/02, S. 54

René Martens

Melodie & Rhythmus

snd: Tender Love. Mille Plateaux/Efa
Closer Musik: After Love. Kompakt/Efa

Reden wir über Popmusik neuer Ordnung – über Künstler, die sich aus verschiedenen Gebieten in eine Richtung entwickeln, die sich Pop nennen läßt, aber eben doch ganz anders funktioniert.

snd, zwei Männer aus Sheffield, hatten sich auf ihren zwei bisherigen Alben experimentellem Datensound verschrieben, doch nun produzieren sie abstrakten Funk, der elegant dahin rollt. Die alte Parole »Free your mind and your ass will follow« – sie geht zurück auf das gleichnamige Album von George Clintons Band Funkadelic von 1971 – gewinnt hier eine neue Bedeutung. Wer »Tender Love« auf sich wirken läßt, der fühlt, wie die körpereigene Festplatte aufgeräumt wird, wie wieder Kapazitäten frei werden fürs Wesentliche. Der Hintern folgt erst sehr viel später. Die Musik kann auch im Hintergrund laufen, zumindest für kurze Zeit, aber dann schlägt sie Haken, verlangt so die volle Konzentration. Als Klangtapete in Coffee-to-Go-Stationen taugt dieses Album jedenfalls nicht. Noch nicht.

Closer Musik, ebenfalls ein Duo (Standort Köln), zielen mit ihren Tracks ausschließlich auf den Körper. »After Love« ist Techno – aber mit mindestens drei Besonderheiten. Die Stücke klingen lasziv, was, trotz aller Körperbetontheit, bei Techno selten ist. Und obwohl die Musik erotisch aufgeladen ist, wirkt sie nie aufdringlich, sondern distanziert. Formal am auffälligsten ist die wichtige Rolle des Gesangs. Matias Aguayo, der singende Teil von Closer Musik, greift allerdings nicht auf die herkömmliche Popsong-Struktur zurück (Strophe-Refrain-Strophe), sondern integriert seine Zeilen in die für Techno typische Dramaturgie. »After Love« macht somit deutlich, daß dieses immer mal wieder für scheintot erklärte Genre noch eine Perspektive hat.

Konkret 06/02, S. 54

Hartwig Vens

Melodie & Rhythmus

Akufen: My Way. Force Inc./Efa Soul Center: III. Novamute/Virgin

Einer der profundesten Künstler der internationalen Minimal-Techno-Szene ist der Kölner Thomas Brinkmann. Charakteristisch für sein bekanntestes Projekt Soul Center ist die Verwendung von Soul-Samples. Dabei benutzt Brinkmann keine ganzen Songpassagen, sondern marginale Fetzen: Ansagen, Halbsätze, Schreie, nicht lokalisierbare Instrumentaleinwürfe. Die Fragmente werden mit den Beats und Sounds gegen den Strich gebürstet: Brinkmann sucht einen anderen, bisweilen antithetischen Gebrauchszweck, in dem das Sample einen zunächst fremdartigen, dann um so betörenderen Klang erhält. Der V-Effekt, auf den Brinkmanns Musik abzielt, kann, wie vor allem das zweite Soul-Center-Album beweist, überraschend funkig ausfallen.

Leider läßt sich das von »III« nicht sagen. Insbesondere nerven die durch keine Verfremdung zu rettenden Achtziger-Keyboard-Samples, die es Brinkmann so sehr angetan haben. Das um so mehr, als sie hier eben nicht rekontextualisiert, sondern eher elektronisch begleitet werden. In der zweiten Hälfte des Albums finden sich dann ein, zwei Tracks, die die Erwartungen einlösen: Beats, die im Dunkeln tappen und ihre nächsten Schritte nicht zu kennen scheinen, darüber die »schwarze« Stimme: »How far do you wanna go«.

Einer, der sich auf Thomas Brinkmann explizit bezieht, ist der Kanadier Marc Leclair alias Akufen. Der war vor seinem Album durch einige herausragende Singles, z. B. eine Serie auf dem deutschen Label Trapez, aufgefallen: House-Knüller von entrückter Eleganz. Für das gewisse Je-ne-sais-quoi, das dem Funk sein ekstatisches Element verleiht, sorgen auch auf Akufens Longplayer »My Way« die Mikrosamples: Soundschnipsel, die er aus Radioaufnahmen herausfiltert. Akufen versteht sich dabei als Recycler, der die flüchtigen Ätherklänge vor dem Verschwinden rettet und als Teil einer neuen Form funktionalisiert. Die collagenartigen Stücke auf »My Way«, in denen der Radiomüll die Hauptrolle spielt, wirken jedoch seltsam überlebt und beliebig. Es sind die Dancefloor-Stücke, in denen Akufen zu Höchstform aufläuft: geistesabwesend schwelgende Gemmen mit dem richtigen Schliff, pochende Dub-House-Traumsequenzen von bisweilen geradezu animalischer Grazie.

Konkret 06/02, S. 55

Hartwig Vens

Platte des Monats

Tweet: Southern Hummingbird. Elektra/Eastwest

Der Song des Jahres hört auf den aussagekräftigen Titel »Oops (Oh My)«, zu finden auf »Southern Hummingbird«, dem Debutalbum der R&B-Sängerin Tweet. Alles in diesem Duett mit ihrer Mentorin Missy Elliott will betören, allerdings angeblich nicht eine andere Person, sondern die Sängerin selbst. Tweet behauptet, es gehe um die abstrakte Liebe zu sich selbst, der Text läßt an Masturbation denken: »Oops there goes my shirt up over my head. Oh my / Oops there goes my skirt dropping to my feet. Oh my ... I looked over to my left / Um I was looking so good I couldn't reject myself / I looked over to the left / Um I was feeling so fine I had to touch myself / I looked over to the left / I was eyeing my thighs butter pecan brown.«

Kunstvoll in der Schwebe gelassen zwischen banal und mysteriös ist es erst die Produktion, die »Oops (Oh My)« bahnbrechend macht. Dabei ist instrumental nicht mehr da als ein repetitiver Beat, zusammengesetzt aus hypnotischem Klackern, einem als Melodie kaum zu bezeichnenden Baßkürzel und geisterhaft verfremdeten Stimmsamples. Stellenweise kommt ein rudimentär nörgelndes E-Gitarren-Motiv hinzu. Monotonie und Klangfarbe rufen Eindrücke ritueller Zeremonien zwischen Voodoo und Vestalinnen wach. Das simple, aber höchst strategisch zusammengesetzte Klangensemble schwingt fremdartig, mystisch, paranormal.

Es ist die neueste Stufe in den Funk-Forschungen des großen Produzenten Timbaland, die wir in »Oops (Oh my)« hören. Timbaland entwickelte in den Neunzigern zusammen mit seiner Partnerin Missy »Misdemeanor« Elliott einen Zukunftsentwurf von R&B, den Missy Elliott einmal treffend »Futuristic Funk« genannt hat. Aus Elementen »schwarzer« Musik wie Swingbeat, Miami-Bass, Dancehall-Reggae und natürlich HipHop schufen Elliott und Timbaland Sound- und vor allem Rhythmuswelten, die für R&B-Künstler zum Maß aller Dinge wurden. Charakteristisch die stolpernden, verzögerten Stop-and-go-Beats, die maximale Hüftimpulse und einen nie dagewesenen erotisierten Tanzappeal aussandten.

In »Oops (Oh my)« scheint das ganze auf ein Skelett reduziert. Timbalands anzüglich pushendes »Say-what-Say-what«-Geraune ist wie alle sonstigen Kinkerlitzchen weggefallen. Geblieben sind die avantgardistische Attraktion und die visuelle Ästhetik einer Traum- oder Zukunftswelt. Im Video befindet sich Tweet in einem surrealen Eisland. Missy Elliott ist zur Eisstatue erstarrt und materialisiert sich lediglich für ihre Textpassagen. Unabhängig davon, welche Bedeutung für die afroamerikanische Symbolgeschichte man auf dieses Ensemble (Eiswelt, schwarze Eisprinzessin, Materialisierung der zu Eis erstarrten Mutter/Priesterin resp. Göttin?) projizieren mag, ragen Video und Track haushoch aus der Masse der R&B-Produktionen heraus.

R&B ist die unter dem stilbildenden Einfluß von HipHop synthetisierte zeitgemäße Version von Soul und Funk. R&B ist die Welt der kaum zu trennenden Impulse von Tanz und Sex, der immer unverhüllteren Brüste und immer unzweideutigeren Gesten. R&B ist auch die Welt der Einheit von Liebe und Sex, von Sentimentalität und Körperlichkeit, von hehrem Gefühl und konkreter Handlung.

All die Astralkörper, die wunderschönen Mädchen und Frauen, die Männer mit Bizeps und Waschbrettbauch, die Autos, Villen, Designerklamotten und Schmuckstücke vermelden blanke, bisweilen hypertrophe Affirmation des Kapitalismus und seiner Geschlechterverhältnisse. Anders als beim Rebellentum von Indie-Rock und New Metal, anders auch als bei der mutierten Omni-Zielgruppe Britney Spears', werden die Symbole des Reichtums hier schamlos zur Schau getragen, wird die Umgebung der Warenästhetik verdoppelt. Die Aufzählung von Markennamen findet sich bei Missy Elliott (»Lexus Jeeps, and Benz Jeeps and the Lincoln Jeeps, nothing cheaper with the Platinum Visa«) wie bei Tweet (»Smoking Cigarettes at night / Newport, Winston, Salem, Marlboro Lights«).

Die Vorgeschichte zu »Southern Hummingbird« liest sich fast ein wenig zu melodramatisch, um wahr zu sein. Gebetsmühlenartig wird sie von Tweet in allen Interviews zum besten gegeben und bildet auch das Grundgerüst des Albums, das als Schilderung von Lebenssituationen angelegt ist. Demzufolge rüttelte Tweet bereits Anfang der Neunziger gemeinsam mit Missy Elliott an den Türen des Showgeschäfts. Während Elliotts Karriere mit ihrem Debüt »Supa Dupa Fly« raketenartig abhob, ging Tweet als Mitglied der Girlgroup Sugar einen Knebelvertrag ein, aus dem keine einzige Platte folgte, der sie aber über Jahre hinweg künstlerisch stillstellte. Tweet kehrte zu ihren Eltern zurück und versank in Depressionen, Alkohol und Drogen. Kurz bevor sie ihrem Schicksal mit einer Handvoll Pillen ein endgültiges Ende setzen konnte, kam der rettende Anruf ihrer alten Freunding Missy. Die wollte, daß Tweet die Backingvocals zu ihrem Album »Miss E... So addictive« singe, was dann auch geschah. Tweet war wieder da. Sie erhielt einen neuen Plattenvertrag auf Missys Label Elektra, »Southern Hummingbird« wurde eingespielt. Ihr künstlerisches Leben begann neu.

Angesichts der hingehauchten Leichtigkeit ihrer Songs mag solch Düsternis abwegig scheinen. Ob es um Liebe, Schmerz, Trennung, Party geht, stets wirkt Tweets säuselnd helle Stimme entrückt und weltfern – in diesem Punkt der verstorbenen R&B-Prinzessin Aaliyah ähnlich, deren maßgebliche Tracks ja ebenfalls von Timbaland produziert waren. Im Gegensatz zur Interpretin Aaliyah komponiert Tweet ihre Songs allerdings selbst, in Rohform zu bewundern in »Motel«, in dem sie ihrem Typ bedeutet, zur Hölle zu fahren, da sie ihn (in Begleitung) aus einem Motel kommen sah. Die Reduktion auf Gesang und Gitarre verleiht dem Inhalt Unmittelbarkeit und Plastizität.

Keines der Stücke erreicht die Ausnahmeklasse von »Oops (Oh My)«, bis auf einige Effekte sind sie wesentlich konventioneller produziert. Sie haben für sich, als Songs, eine eigene Klasse, die sich erst nach mehrmaligen Hören erschließt. Wie in der wunderbaren Dreiheit von »Smoking Cigarettes«, in dem ein formidabler Elektrobaß »Space«-Empfindungen weckt, »Best Friend« mit seinen scharrenden Beats à la D'Angelo und »Always will« mit seinem an Terry Callier erinnernden folkigen Gitarrenspiel.

Das Reflektieren über vergangene und gegenwärtige Liebesbeziehungen dominiert »Southern Hummingbird«. Traum und Idealisierung der Privatwelt begründen die unkritische Haltung gegenüber den Akkumulations- und Geschlechterverhältnissen. Sozialen Realismus, das Elend der »Projects« und der Diskriminierung von Afroamerikanern, wird man in R&B-Texten vergebens suchen. Das Reale versteckt sich im unbewußten Ausplaudern der Warenform sowie in der Negation des Bestehenden durch die Erschaffung von musikalischen Scheinwelten. Das Amerika, das sich hier abbildet, ist Ausdruck privatistischer – bisweilen allerdings äußerst betörender, künstlerisch progressiver – Projektionen. Ihre Baustelle, Herr Wertmüller!

Konkret 06/02, S. 56

Martin Büsser

»Du lebst und tust mit nichts«

Aby Warburg gilt als einer der Begründer der modernen Kunstgeschichte. Seine kulturwissenschaftliche Bibliothek wurde vor den Nazis nach London gerettet. Jetzt wird sein Lebenswerk erschlossen

Aby Warburg, 1866 als Sohn des jüdischen Bankiers Moritz Warburg geboren, offerierte seinem Bruder Max bereits als Dreizehnjähriger sein Erstgeborenenrecht, die Firma des Vaters zu übernehmen, wenn Max ihm immer alle Bücher kaufen würde, die er brauchte. »Ich sagte mir«, berichtete Max Warburg, »daß schließlich Schiller, Goethe, Lessing, vielleicht noch Klopstock von mir, wenn ich im Geschäft wäre, doch immer bezahlt werden könnten, und gab ihm ahnungslos diesen, wie ich heute zugeben muß, sehr großen Blankokredit.«

Diese Geschichte bildet den Auftakt zu einer der imposantesten Bibliotheken des zwanzigsten Jahrhunderts. Und zwar nicht, weil sie vergleichsweise enorm groß gewesen wäre, sondern weil in ihrer Auswahl und Anordnung bereits das Denken und also die Methode des Begründers ablesbar war: Ihr interdisziplinärer Aufbau, das aufeinander bezogene Neben- und Miteinander von Werken der Kunstgeschichte, Politik, Mythologie, Philosophie, Literatur, Ethno- und Soziologie zeigte die Handschrift eines Intellektuellen, der den Beschränkungen der einzelnen Wissenschaften mißtraute. Aus heutiger Sicht kann sie als Grundstein dessen gelten, was mehr als ein halbes Jahrhundert später als »Cultural Studies« zur eigenen Disziplin werden sollte: Kulturwissenschaft, die weder eine Trennung zwischen Hoch- und Massenkultur vornimmt, noch dem hermeneutisch beschränkten und politisch bequemen Glauben nachhängt, Kunstwerke seien ohne historische, psychologische und soziologische Fragestellungen verstehbar.

Angesichts der Bedeutung Warburgs muß es eigentlich verwundern, daß erst jetzt, mehr als achtzig Jahre nach seinem Tod, eine Werkausgabe erscheint. Die nicht ganz billige, in sieben Abteilungen unterteilte Studienausgabe wurde mit dem zweibändigen, erstmals 1932 erschienenen Reprint sämtlicher zu Lebzeiten veröffentlichter Schriften eröffnet. Er enthält vorwiegend kurze Texte zu den Schwerpunkten in Warburgs Forschung, darunter die italienische Renaissance, das Verhältnis von florentinischer und flandrischer Kunst, die Nachwirkungen der Antike und die künstlerische Umsetzung astronomischer Himmelsdarstellungen. Zwölf weitere Bände sollen folgen, zwei davon sind bereits erschienen, das Tagebuch der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek und ein Bildband, der Warburgs Spätwerk – den »Bilderatlas Mnemosyne« – wiedergibt.

Bereits der Reprint von 1932 enthält so gut wie alle zusammenhängenden, in sich geschlossenen Texte, die Warburg je geschrieben hat. Was folgt, sind Fragmente, Vorträge, Briefe, Tagebuchnotizen, ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek und schließlich das, worauf sich Warburg in fortgeschrittenem Alter mehr und mehr beschränkt hatte: Kunst- und Kulturgeschichte nicht mehr mit Hilfe von Worten, sondern über die Anreihung von Bildern aus sich selbst heraus sprechen zu lassen. Anders gesagt: Aby Warburgs Studienausgabe ist keine Werkausgabe im herkömmlichen Sinne, sondern Rekonstruktion eines Lebenswerkes, in dem der klassische wissenschaftliche Text eine nur noch untergeordnete Rolle spielte.

Dies vor Augen, erscheint es geradezu reizvoll, aus Warburg einen Mythos zu machen. Der einflußreiche Denker, der fast kein Werk hinterließ, sondern nur eine Ansammlung aus Notizen, Mitteilungen, Bildanordnungen und Fragmenten, bietet sich geradezu an, aus postmoderner Sicht zur Ikone jenes labyrinthischen Denkens stilisiert zu werden, aus dessen Verzweigungen die Erzählungen von Borges und das philosophische Gemisch von Gilles Deleuze hervorgegangen sind.

Andererseits hat Warburg sehr wohl ein äußerst homogenes Werk hinterlassen, allerdings eines, das spätestens mit dem »Bilderatlas Mnemosyne« zu unorthodoxen Mitteln griff. Ähnlich wie Walter Benjamin mit seinem *Passagen-Werk*, dieser großangelegten Montage aus Zitaten, in der derjenige, der die Anordnung vorgenommen hat, kaum mehr selbst als Stimme auftaucht, vertraute Warburg mit seinem Bilderatlas darauf, daß die Kombination der Bilder bereits die Interpretation bedinge. Es ist also durchaus möglich, Warburg als Modernisten zu betrachten, dessen Methode erst seit dem Durchbruch der aufs Interdisziplinäre abonnierten Postmoderne ihre ganze revolutionäre Vorreiterstellung offenbarte.

Warburgs Biographie legt jedoch noch eine andere Lesart nahe. Hier war jemand am Werk, der den ganzen Ballast des neunzehnten Jahrhunderts noch mit sich schleppte und geradezu verzweifelt bemerken mußte, daß das von ihm idealisierte Bild des Universalgelehrten nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Mit zunehmendem Wissen und größer werdender Bibliothek wurde Warburg zum Opfer der von ihm gegen jeglichen Schematismus geforderten Komplexität. Sein Wissen darüber, wie weitverzweigt kulturelle und historische Beziehungen sind, machte ihn schon früh zu einem Kämpfer gegen all jene, die Kunst für ihre schwärmerischen, vitalistischen und am Ende nationalistischen Zwecke mißbrauchten. Aber es ließ ihn auch immer einsamer werden, da es ihm die Sprache raubte, die Universalität in Worte zu fassen.

Die Bändigung des Irrationalen

Um nachvollziehen zu können, wie stark Warburgs Arbeit – genauer gesagt: sein Verzicht, ein umfangreiches theoretisches Werk zu hinterlassen – auf dem Vertrauen gründete, seine Bibliothek und die Anordnung von Quellen könnten als Verstehensprozeß genügen, hilft es, Warburgs Biographie von Ernst Gombrich zu lesen. Gombrich gab ihr den Untertitel *Eine intellektuelle Biographie*, um klarzustellen, daß es ihm dabei nicht um den üblichen biographischen Smalltalk rund um Ehe und Bauchschmerzen ging, sondern darum, Licht ins Dunkel eines nie in endgültige Form gebrachten Gedankengebäudes zu bringen.

Gombrich verschweigt deshalb auch an keiner Stelle Warburgs Problem, die eigenen Gedanken nachvollziehbar fixieren zu können, sondern zitiert häufig aus dessen kryptischen Fragmenten, die zumindest erahnen lassen, daß hier ein dialektischer, an Hegel geschulter Denker am Werk war. Ein Beispiel: »Annahme des Kunstwerkes als etwas in Richtung auf den Zuschauer feindlich Bewegtes. Suchen nach Ausgangspunkt und Ziel. Schnörkel: Fester Ausgangspunkt, ziellos oder in sich zurückkehrend – Freude über das ungefährlich Bewegte.«

Warburg hat nie eine in sich geschlossene Ästhetik geschrieben, doch Gombrich bemüht sich, eine solche aus der Unzahl von Entwürfen heraus zu entwickeln. Sie ist dialektisch, ohne daß der Begriff je von Warburg in den Mittelpunkt gestellt wurde, und sie beinhaltet einiges von dem, was später den Kern von Adornos Ästhetischer Theorie ausmachen sollte.

Beide, Warburg wie Adorno, vertrauten darauf, daß gerade die abendländische Kunst – sei es Malerei, Dichtung oder Musik – ein emanzipatorisches, gegen Totalitarismus gerichtetes Element enthält (was im Fall von Adorno gerne aus den Augen verloren wird, wenn man ihn auf das »Gedicht nach Auschwitz« reduziert). Alleine die Kunst kann nach Ansicht Adornos jenes mimetische Moment der Leiderfahrung vermitteln, mit deren Hilfe die Stimmen der Opfer vor ihrem Vergessen bewahrt werden.

Für Warburg waren es Eigenschaften wie Sublimierung und Mäßigung, dank derer die Kunst versteht, irrationale Kräfte zu bändigen, zugleich aber auch das Bedürfnis nach Entgrenzung zu befriedigen. Mit dieser Argumentation hatte sich Warburg deutlich gegen den Zeitgeist gestellt, der in trivialer Nietzsche-Rezeption die Kunst der Antike und Renaissance als Ausdruck des Dionysischen, Wilden und Genialischen verklärte.

Künstlerische Qualität macht sich für Warburg nicht in der seinerzeit kleinbürgerlich erträumten Entfesselung, sondern im Wechselspiel von Leidenschaft und Mäßigung fest. Hierin folgt er Lessings *Laokoon* und dessen Argumentation, daß die Schönheit der »Laokoon«-Plastik gerade darin begründet liegt, daß der schmerzverzerrte Schrei zu einer Art gefaßtem Todeshauch gebändigt wurde.

Im Sinne einer »Dialektik der Aufklärung« nimmt Aby Warburg damit innerhalb der Kunstgeschichte einen Platz ein, der in Nachbarschaft zur Kritischen Theorie gesehen werden kann: Als Aufklärer vertraute Warburg auf die humanistische Wirkung von Kunst als Bindeglied zwischen Ethik und Ästhetik. Zugleich ist er aber auch von jenem irrationalen Moment fasziniert, das in der Kunst darin zum Ausdruck kommt, daß sie die ganze Palette der menschlichen Leidenschaften sublimiert wiederzugeben vermag. Hin- und hergerissen zwischen Obsession und wissenschaftlicher Tugend notierte Warburg: »Manchmal kommt es mir vor, als ob ich als Psychohistoriker die Schizophrenie des Abendlandes aus dem Bildhaften in selbstbiographischem Reflex abzuleiten versuchte.«

Was Warburg jedoch von der Kunstphilosophie der Kritischen Theorie unterscheidet, liegt bereits historisch auf der Hand: Warburgs Beschäftigung mit der Kunst war eine Beschäftigung vor Auschwitz, also eine, die noch daran glaubte, es könne gerade der Kunst dank ihrem Wechselspiel aus Schönheit und humanistischem Interesse gelingen, das Irrationale in einer Weise zu integrieren, die dessen Ausbruch in der Realität verhindert.

Auf einer Amerikareise hatte Warburg die indianische Kunst studiert und sie gerade nicht, wie es noch zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts üblich war, als »wilde« und niedere Form betrachtet. Ihr Grundprinzip basiert für ihn im Gegenteil auf demselben, das die Kunst der Renaissance hervorgebracht hatte: Es geht psychologisch stets darum, das Unbekannte und also Furchterregende in Bildern zu bannen, um am Ende, so Warburg, sagen zu können: »Du lebst und tust mir nichts.« Ernst Gombrich kommentiert diese Vorstellung: »Wir projizieren Leben in die Bilder der Kunst, aber wir brauchen vor ihnen keine Angst zu haben: Sie wahren den Abstand.«

Warburgs Glaube an eine völker- und epochenübergreifende Kraft, mittels Kunst das Irrationale in die Welt der Bilder zu verlegen, wurde in Deutschland sehr bald zerschlagen: Der Nationalsozialismus pervertierte Jacob Burckhardts Renaissance-Vorstellung vom »Staat als Kunstwerk«, indem er das wesentliche Element der Kunst, mit Hilfe von Abbildern die Furcht vor dem Leben zu nehmen, durch ein System der Furcht ablöste, in dem es keine Abbilder mehr gab, sondern in dem sich selbst noch der ungebildetste SS-Scherge als Teil eines großen Kunstwerks wähnte.

Viele Elemente von Warburgs Kunstbetrachtung mögen altbacken erscheinen: Hier ein wenig Winckelmann und Lessing (Schönheit durch Maß), dort ein wenig Burckhardt (Fixpunkt Renaissance), hier ein bißchen Hegel (Dialektik), dort ein bißchen Freud (Sublimierung). Im Hinblick auf das Naziregime jedoch nimmt Warburgs ständiger Verweis auf das Bedächtige und gewissermaßen Unheroische, das er in großer Kunst am Werk sah, die Form einer ganz und gar nicht anachronistischen Warnung an.

Der »Bilderatlas Mnemosyne«

Die erste Bildtafel enthält drei Abbildungen: Eine Himmelsdarstellung der Sternbilder von 1684, eine Europakarte zur Zeit der Völkerwanderung und den Stammbaum der Familie Medici. Die Tafel ist in typisch umständlich verknappter Warburg-Manier betitelt: »Verschiedene Systeme von Relationen, in die der Mensch eingestellt ist, kosmisch, irdisch, genealogisch. Ineinssetzung all dieser Relationen im magischen Denken, denn Sonderung von Abstammung, Geburtsort und kosmischer Situation setzt schon eine Denkleistung voraus. 1) Orientierung; 2) Austausch; 3) soziale Einordnung.«

Diese Tafel bildet den noch vergleichsweise überschaubaren Auftakt zu einem Spätwerk, das ähnlich rätselhaft, für endlose Exegesen offen ist wie *Finnegan's Wake* und *Zettels Traum*. Zugleich gibt es dem Betrachter jedoch bereits mit dem ersten Bild eine Orientierungshilfe an die Hand, die dieser beherzigen sollte, um sich nicht zu verzetteln. Das folgende Gewirr aus niederländischen und italienischen Kunstwerken der Renaissance, anatomischen und astronomischen Darstellungen, Landkarten, Bildern von Zeppelinen und Margarinewerbung wird nämlich stets von der bereits auf der ersten Tafel angesprochenen Fragestellung bestimmt, wie sich der Mensch dank Bildern eine Ordnung schafft, die ihm dazu dient, das Chaos sinnlicher Wahrnehmung in ein System zu bringen.

Abermals geht es Warburg darum, die Zusammenhänge zwischen Kunst, Wissenschaft, Politik, Medizin und anderen scheinbar voneinander getrennten Wissenszweigen darüber aufzuzeigen, daß ihnen allen die notwendige Konstruktion eines Systems zugrunde liegt. Gerade im Bereich des Bildnerischen führt dies zu Analogien, die sich unabhängig von Epochen, Disziplinen und Kontinenten herausgebildet haben. Warburg, der als Begründer der Ikonologie gilt, die von Erwin Panofsky im Exil wissenschaftlich ausgearbeitet wurde, zeigte mit seinem »Bilderatlas Mnemosyne«, daß unser Bildervorrat im Sinne einer kollektiven Erinnerung stets miteinander korrespondierende Formen findet, die Welt als Ordnung abzubilden. Daher die optische Ähnlichkeit zwischen Darstellung von Sternenhimmel, Landkarte und Stammbaum auf der ersten Atlastafel, obwohl es sich dabei doch um ganz verschiedene Ordnungssysteme handelt.

Im Bilderatlas wurde bereits visuell dargelegt, was Michel Foucault mit *Die Ordnung der Dinge* ein halbes Jahrhundert später in Worte faßte: Die Epistemologie einer jeweiligen Zeit bedingt stets auch die Grenzen des Denkens und die Darstellung der Welt. Foucaults Beitrag, Wissenschaft als Diskurs von Ein- und Ausgrenzung zu lesen, über den sich nicht nur Macht konstituiert, sondern zugleich auch das Denken der jeweiligen Zeit in einer stets nur begrenzten Ordnung entwickeln kann, wurde von Warburg bereits schlüssig collagiert dargelegt. Die »Entwicklung der Rationalität aus der Dämonenfurcht«, als die Warburg Kunstgeschichte betrachtet, bedachte immer jenen blinden Fleck, den Warburg mit seinem Bilderatlas nicht geleugnet, sondern hervorgehoben hat: Unser Versuch, die Welt über Bilder zu ordnen und zu verstehen, hat etwas von einer Geisterbeschwörung.

Am Anfang stand die Landkarte, das Sternenbild, der Stammbaum. Am Ende von Warburgs Bilderatlas steht ein Zeitungsfoto, das illustriert, wie sich die alten Riten und Elemente zur Herstellung von Ordnung bis ins zwanzigste Jahrhundert ungebrochen erhalten haben: »Eisenbahnunglück bei Düren: ein Sterbender erhält das letzte Sakrament« (»Hamburger Mittags-Blatt«, 1929).

Warburgs Wirkung

Neben der Warburg-Werkausgabe ist inzwischen auch erstmals ein Hauptwerk des Warburg-Schülers Erwin Panofsky in deutscher Sprache erschienen: *Die altniederländische Malerei* (1953), ein opulentes zweibändiges Werk mit Schwerpunkt auf Jan van Eyck und Rogier van der Weyden. Um Warburgs fragmentarische Arbeiten zur Ikonologie zu verstehen, hilft es, die Methode einmal in einem umfangreichen, abgeschlossenen Werk angewandt nachvollziehen zu können. Vereinfacht ausgedrückt geht es der Ikonologie darum, einzelne Bildelemente (zum Beispiel die Darstellung von Flügeln) in einen geistigen Gesamtkontext zu stellen, anhand dessen historische und ideologische Besonderheiten einer bestimmten Zeit herausgearbeitet werden können. Diese Methode ist äußerst komplex, denn sie erkennt die vereinfachte Zuschreibung von Epochen höchstens als Hilfsmittel an.

Panofsky zeigt akribisch, wie sich das Bildprogramm der altniederländischen Kunst aus der Buchmalerei des Spätmittelalters heraus entwickelt hat und wie es wiederum mit italienischen Arbeiten dieser Zeit korrespondierte. Zugegeben: Panofskys Detailfreude und die Voraussetzung eines Basiswissens machen das Buch zum genauen Gegenteil eines schnellen, nach Epochen und Bedeutung gegliederten Kunstreiseführers für interessierte Laien. Genau darin aber besteht auch sein Wert: Indem Panofsky die historische Bedingtheit von einzelnen Kunstwerken herausarbeitet, reduziert er deren jeweilige ästhetische Bedeutung zwar nicht, macht aber deutlich, wie über Einteilungen in Epochen und »große Meister« ein Kanon entstanden ist, der bis heute epochen- und länderübergreifende Wechselwirkungen ignoriert und noch immer einem naiven Geniebegriff nachhängt.

Ernst H. Gombrich: *Aby Warburg. Eine intellektuelle Biographie.* Hamburg 1992, Europäische Verlagsanstalt. 35 Euro

Erwin Panofsky: *Die altniederländische Malerei.* Köln 2001, Du Mont Verlag. 178 Euro

Die Werkausgabe von Aby Warburg erscheint im Akademie-Verlag. Informationen über den Editionsplan gibt es unter: www.akademie-verlag.de

---

Martin Büsser hat zuletzt das Buch »Wie klingt die Neue Mitte?« veröffentlicht

Konkret 06/02, S. 59

Michel Raus

Von Helden Lobebæren

Ist die Kunde des Nibelungen ein abendländisches Drama? Zum Roman »Siegfried und Krimhild« von Jürgen Lodemann

Der ehemalige Kulturredakteur Jürgen Lodemann ist ein literarischer Mordskerl. Von der bluttriefenden Klimax seines nach zwanzigjähriger Recherche vorgelegten Opus Magnum *Siegfried und Krimhild*, das heißt vom finalen Burgundergemetzel an Hunnenkönig Etzels Hof aus besehen, darf Lodemann sogar als (re)visionärer »Völkermordskerl« gelten.

Philologe Lodemann baut für *Siegfried und Krimhild* auf die germanistisch verfestigte Hypothese, die Nibelungen-Thematik gehe auf eine vielleicht sogar lateinische, getreu historische Fakten spiegelnde Urchronik zurück. Romancier Lodemann nimmt die Mühsal auf sich, alle beibringbaren Hand- und Abschriften, sprachlichen Varianten, Übersetzungen (ins Keltische, Gotische etc.) sowie die poetischen beziehungsweise politischen Schönungen, Ausschmückungen und motivischen Verstrebungen, das heißt weit über die mittelhochdeutsche »Lied«-Version hinaus- und bis zur Schazman-Übertragung ins Englische reichendes dokumentarisches Material heranzuziehen. Erst nach gründlichem Quellenstudium verficht Lodemann die These, das Schicksal der Nibelungen sei schlechterdings ein europäisches, abendländisches Drama, das heißt meilenweit entfernt vom Legendenborn, der seit der Romantik bis heute wissen- und gewissenlose Deutschtümler jeglichen Kalibers verproviantiert.

So gestaltet sich *Siegfried und Krimhild* nicht nur zur epischen Synthese eines archetypischen, klassisch-griechischen Tragödien nahverwandten Erzählstoffes, sondern Lodemann stößt mit einem dramaturgischen Wurf erster Güte bis tief in jüngste Vergangenheit vor. Oder erleben und erleiden wir etwa heute nicht eine neue, ihr Urbild beschämende Zeit von Völkerwanderungen, Völkervertreibungen, Völkermorden? Stecken wir nicht wieder, moralischen und geistigen Aufklärungen zum Trotz, tief drin in einer Epoche, deren Herrscher von Washington und Berlin wie weiland vom spätimperialen und frühchristlichen Rom aus willkürlich dekretieren, wo und wie die Grenzen zwischen Gut und Böse zu ziehen seien?

Als der für die Authentizität der fiktiven Nibelungen-Urchronik denkbar glaubwürdigste Gewährsmann fungiert bei Lodemann Giselher, der Burgunderprinz und Bruder Krimhilds. Um jedoch sein Engagement etwas abzufedern, schafft sich der Erzähler (und Kommentator) dadurch etwas Distanz zum bedrohlich eskalierenden Drama, daß er *Siegfried und Krimhild* als – bisweilen ironischen – Roman im Roman anlegt: Giselher ist von seinem Bruder König Gunter wegen seiner »Nibelungentreue« zu Schwager Siegfried erst zum Tode verurteilt, danach zu Kerkerhaft begnadigt; er verfaßt seinen »diutisken«, das heißt in der Leute-, der Alltagssprache verfaßten Augenzeugenbericht in einem düsteren Verlies, wohin ihm klammheimlich der irische Mönch Kilian nicht nur die Schreibhäute liefert; Kilian schmuggelt auch Giselhers Notate unter der Kutte aus der Zelle und läßt sie von Schülern ins Keltische übertragen.

Wenn Giselher nach Hagens feigem und hinterlistigem Mord an Siegfried verstummt, tritt er als Reisechronist des burgundischen Königshauses nach dem ungarischen Esztergom dessen Nachfolge an. An der Donau hätte sich Siegfrieds rheinische Witwe Krimhild zwar feierlich dem Hunnenkönig Etzel vermählen sollen, doch das Fest eskaliert aufs fatalste und gipfelt, nicht zuletzt, weil die Wormser nicht nur ihren Wohltäter Siegfried gemeuchelt, sondern auch seinen Ehrentitel Nibelunge usurpiert haben, in einem blutrünstigen Massaker an der gesamten Burgunderdynastie.

Bei Lodemann ist Siegfried, ähnlich anderen Varianten, unter anderem auch der Xantener Tarnkappen-Mann, der in Köln eine scholastische Lehre flieht, sich dafür aber im hellenistischen Alexandria umfassend »humanistisch« bildet und in Rom die Finten und Finessen der Kriegskunst studiert; Siegfried ist auch der waghalsige Draufgänger, der auf Island als Liebender die Feuerwand zu Brünnhilde durchdringt, was ihn nicht nur befähigt, auf einer stürmischen Nordmeerfahrt für Gunter diese Brünnhilde zu freien, sondern sich auch für seinen schlappen König in der zweiten Hochzeitsnacht – mit penetrantem Erfolg – auf dem Liebeslager zu verdingen. Dieser »Verrat« zeitigt unter Krimhild und Brünnhilde ein tragikomisches Eifersuchtsdrama, liefert jedoch dem gnadenlos gehässigen Waffenmeister Hagen und dem bischöflichen Einflüsterer Ringwolf letztlich auch den überzeugenden Vorwand, Siegfried, den aufrichtigsten, treuesten, stärksten Gefolgsmann der Burgunder hinterrücks zu erdolchen.

Einzigartig, einsam neu ist die Leistung des Romanciers Lodemann vor allem deshalb, weil er den »Helden« Siegfried, aber auch etwa den Burgunderprinzen Giselher, dem er ebenso wie seinem Freund Kilian beim Bezeugen des wahren Nibelungen die Schreibhand führt, in Maßen auch Krimhild und sogar den als barbarisch verschrieenen Hunnenkönig Etzel in einem Lichte vorführt, das nicht bloß in Widerspruch steht zu den inzwischen zahllosen Verfälschungen des Stoffes, sondern auch und vor allem mit aller wissenschaftlichen und literarischen Macht ankämpft gegen Generationen dubioser Exegeten und demagogischer Nutznießer.

Nach den Klöstern, wo die auf dem dramatischen Hintergrund der »Völkerwanderung« spielende Burgunder-Tragödie über den Kopien angereichert, umgeschichtet und neugewertet wird (was Lodemann in zahlreichen rot gedruckten lateinischen, gotischen und anderen Originalzitaten belegt), versündigt sich die Romantik, und nicht nur die deutsche Romantik am Nibelungen-Komplex. Richard Wagner schließlich mißbraucht das inzwischen gigantische Sagen- und Legenden-Konvolut für ein verquastes Gesamtkunstwerk, in seinem Gefolge bleibt es aber Hitler und den Nazis vorbehalten, den Wahrheitskern des Dramas kriminell zu pervertieren und etwa die sprichwörtliche »Nibelungentreue« für die Propaganda ihrer mörderischen Zwecke zu rekrutieren.

Ganz anders, ganz human, wenn nicht überhaupt humanistisch erscheint der Held und – gelegentliche – Haudegen, Ritter und Recke Siegfried bei Lodemann; und, o Wunder, Siegfried, der Intellektuelle, der Diplomat, der Verfechter vernünftiger Kompromisse statt fundamentalistischer Kriegserklärungen, sogar noch der bewußte, engagierte Heide, rationale Kirchen- und Klerusfeind, ist als Charakter glaubwürdiger, als seine martialische Überlieferung wahrhaben will.

Es fällt mir schwer, Lodemanns Unternehmen in allen Facetten, Über- und Unterschichten vorzuführen und zum Beispiel des Autors moderne, doch merkwürdig antikisierende, ihrem Gegenstand maßgeschneiderte Sprache gebührend zu würdigen. Überwältigt hat mich nämlich in erster Linie der fast 900 Romanseiten lang plastisch und stringent geführte Nachweis der Schuld der Christenkirche, ihres hohen und höchsten Klerus, die sich sehr früh (das Epos spielt bei Lodemann um 458, also unmittelbar nach dem Untergang Roms) so arrogant wie klammheimlich in die staatlichen Strukturen einnistet, um fortan mit unabsehbaren Folgen die Macht über die Völker und ihr Schicksal bis fast ins 20. Jahrhundert nicht mehr abzugeben.

Siegfried und Krimhild ist, seinem »germanischen« Titel zum Trotz, mitnichten nostalgisch; Jürgen Lodemann ist, seinem spätantiken Romanort zum Trotz, als Schriftsteller nicht entfernt so evasiv weltflüchtig wie Peter Handke, er steckt tiefer und überzeugender in der krisenhaften Gegenwart als der krebsgängige Günter Grass. Lodemann will studiert werden – und das ist zuviel verlangt vom Literaturbetrieb.

Jürgen Lodemann: *Siegfried und Krimhild*. Klett-Cotta, Stuttgart 2002, 899 Seiten, 29,50 Euro

---

Michel Raus istfreier Autor und lebt in Luxemburg. Eigene Publikationen in Lyrik und Prosa

Konkret 06/02, S. 60

Kay Sokolowsky

Ein Genie und Gentleman

Am 29. Juni wird Ror Wolf, der bedeutende deutschsprachige Dichter, 70 Jahre alt. Ihn nicht zu kennen, ist nicht seine Schande

Auskunft über den Rand der Dinge, nichts weniger. Auskunft über die Form, den Geruch, das Geräusch, die Textur der Dinge. Und zugleich Auskunft über den Rand der Dinge *hinaus* – nichts weniger erteilt die große, die sehr große Kunst Ror Wolfs. Wobei »Dinge« alles meint, was irgend von den Sinnen zu erfassen ist; also auch Menschen oder Ereignisse. In den Wort-, Bild- und Klangwelten Wolfs ist alles gleich bedeutend, was einmal die Aufmerksamkeit der Erzählung, der Grafik oder des Hörspiels erregt hat. Sei es ein Hut, der durch die Straßen rollt, sei's der Todesseufzer eines Erdolchten. Es gibt hier nichts Nebensächliches, jede Kleinigkeit ist von Belang, jede Ablenkung ein Ereignis.

»Sensation«, definiert das Fremdwörterbuch, bedeute 1. eine äußere Sinneswahrnehmung; 2. allgemein: den starken Eindruck, das Aufsehenerregende; 3. medizinisch: eine krankhafte Empfindung, Nervenerregung. Bei Wolf fällt dies alles ineinander: Was immer seine Helden sehen oder hören, ist »sensationell« und schlägt deshalb rasch um ins Pathologische. Die Hierarchie der Wahrnehmung, mit der wir das Chaos der Reize mühsam ordnen, setzt Ror Wolf souverän außer Kraft. Hypernervös bis zur Paranoia registrieren seine Figuren die Flucht der Erscheinungen. Und rühren sich dabei kaum aus dem Zimmer, denn sie haben ja einen Kosmos von Sensationen schon im geschlossenen Raum.

Schwere Sätze zu Beginn. Zu schwere eventuell, und vielleicht sollte ich es besser so halten wie der Erzähler, den Wolf für seine *Nachrichten aus der bewohnten Welt* (1991) fingiert hat: »Ich wählte mit Rücksicht auf die anwesenden Zuhörer ein Beispiel aus dem Bereich der sichtbaren Welt. Dann lenkte ich das Gespräch auf die naheliegendsten Dinge. Ich drang mit der schönsten Leichtigkeit in die Dinge hinein und wieder heraus, und das Leben gefiel mir soweit ganz gut.« Aber leider darf man dem Erzähler nicht trauen: So leicht, so »schön leicht« dringt man in die Dinge nicht ein. Weshalb er, der Erzähler, der ein Phantast ist, die Grammatik kurzerhand ignoriert, um ungestört phantasieren zu können.

Die Meisterwerke Ror Wolfs – der seit vierzig Jahren nichts als Meisterwerke produziert, der nie etwas Lässiges publiziert hat, keinen Kleinkram, nichts, was einfach so hingeworfen, geschlampt oder -gepampt ist – , seine Bild- und O-Ton-Collagen, Romane und Miniaturen, Gedichte und Geschichten, haben sich immer die Freiheit genommen, privateste Vergnügungen zu sein. Sie wollen keine Schule stiften. Lieber verspotten sie die Heilsbringer und selbsternannten Menschheitslehrer.

Die skandalöse Anonymität dieses Mannes, den im deutschen Sprachraum kaum zehntausend Leute dem Namen nach kennen, hat aber nicht allein mit seinem Unwillen zu tun, die Leser mit Botschaften, das Feuilleton mit Feuilletons oder Talkshows mit Smalltalk zu bedienen. Sie liegt vor allem an der Integrität eines Werks, das ganz und gar seinem Autor und ganz und gar nicht den Wünschen der Verleger, der Kritiker oder des Publikums willfährt. Weshalb wir Bewohner der verwalteten Welt – gewohnt, mit jedem Künstler fertigzuwerden, indem wir ihn irgendwelchen Parteiungen zuschlagen – von so viel Geschäftsuntüchtigkeit geradezu vor den Kopf gestoßen werden.

Nun gut. Ganz so einfach ist die Angelegenheit natürlich nicht.

Es stellt keine kleine Anforderung, über dieses Genie und seine grandiosen Emanationen zu reden, als hätte man diese und jenes halbwegs durchschaut. Als wäre in den 12.000 Zeichen, die ich hier habe, auch nur zum Teil zu beschreiben, was dieser stille, unauffällige, so ungern von sich selber Reden machende Mann Stück für Stück hinterläßt. Als könne man diesem Herrn, der ein Gentleman ist, wie keine mehr zu finden sind, zu seinem 70. Geburtstag am 29. Juni gerecht werden durch Schlaumeierei. Als wäre die Sensation, die sein Werk ist und bleibt, halbwegs zivilisiert abzufertigen, jetzt, da der Urheber in ein gesetztes Alter geraten ist.

»Plötzlich«, schreibt Brigitte Kronauer, »fängt unsere eigene, ausgeleierte Welt an, sich zu konzentrieren, ihre Wörter und ihre Dinge«; »nie«, bemerkt Ludwig Harig, »bekommt der Leser ein Bein auf die Erde, immer wird ihm der Kopf zurechtgesetzt«; »Realität«, sagt Klaus Ramm, »wird freigesetzt und nicht hineingezwungen.«

Schluß der Exposition. Widerwillig. Am liebsten würde ich immer so weitermachen, immer nur weiter vorreden, lobpreisen, abschweifen. Denn eigentlich dürfte über die Kunst Ror Wolfs gar nicht anders zu reden sein als in ihrer eigenen Sprache. Einer Sprache aus lauter Redundanzen, Verstärkungsformeln, Beschwichtigungen und Abwegen; scheinbar jeder Konkretion ausweichend, doch tatsächlich so nah an der Sache, so dicht bei den Dingen, daß sie, vor lauter Nähe, plötzlich so wirken, als sähe, hörte, fühlte man sie zum allerersten Mal.

Ein Heldenleben

Einige Absätze zur Vita Ror Wolfs. Nicht viel hat er selbst darüber öffentlich verraten mögen; und daß er mir, seinem erwählten und hoffentlich korrekt auserkorenen Biographen, inzwischen einiges mehr verraten hat, soll erst mal zwischen

mir und ihm bleiben, bis ich alle Fragen gestellt habe und er mich in seiner singulär höflichen Art an die Fragen erinnert hat, die mir Dummkopf bislang nicht eingefallen sind. Halten wir uns solange an das, was nachlesbar vorliegt.

Zum Beispiel an die Erzählung *Mitteilungen aus dem Leben des Vaters* (1968). Was zunächst wie ein authentisches Stück Erinnerungsprosa wirkt, ist allerdings derart mehrdeutig geraten, daß man sich hüten sollte, aus den *Mitteilungen* letztgültige Erkenntnisse über Kindheit und Jugend des Künstlers zu ziehen.

Gesichert immerhin ist soviel: Wolf wurde 1932 in Saalfeld, Thüringen, geboren. Sein Vater führte bis zur Einberufung 1939 das Schuhgeschäft des Schwiegervaters; ein deutscher Bürger von Kopf bis Braunhemd. Als Schüler war Ror Wolf keine große Nummer, doch immerhin ein passionierter und passabler Leichtathlet; im Kunstunterricht, so Wolf, »habe ich Collagen geklebt«. Ein begeisterter Leser Karl Mays in der Kindheit, ein Liebhaber des Jazz seit seiner Jugend; wenig erfolgreich versucht er sich an Schlagzeug und Kornett. 1951 besteht Wolf das Abitur, darf aber, als Kind hochbelasteter Eltern, in der DDR nicht studieren.

Er arbeitet bis 1953 als Betonbauer; kurz nach dem 17. Juni reißt er, über Berlin, in den Westen aus. Man steckt ihn in das Notaufnahmelager Sandbostel, tiefste niedersächsische Provinz. Es folgt ein Jahr als Hilfsarbeiter in Stuttgart. 1954 nimmt Wolf das Studium der Literatur, Soziologie und Philosophie in Frankfurt auf, wird gelehrt und geprüft von Walter Höllerer und Theodor Adorno – und hört es, wie er einmal notiert hat, bei ihren Vorlesungen »knacken«. (Bei anderer Gelegenheit hat Wolf behauptet, nicht die großen Lehrer, sondern die zahlreichen Jazzkeller in Frankfurt hätten den Ausschlag für diese Universität gegeben.) Eine Arbeit über Franz Kafka wird von Adorno durchaus wohlwollend zensiert; Höllerer, mit dem Wolf auch nach der Uni freundschaftlich verbunden bleibt, verschafft ihm 1962 Entrée zu einer der berüchtigten Leserunden der Gruppe 47. Wolf hat 20 Jahre später von seinen Erlebnissen mit der amtierenden Moderne berichtet: »Ich fürchte mich vor der Lesung und lese miserabel. Alles rutscht auseinander, ich überspringe ganze Absätze, um rasch fertigzuwerden. Während des Lesens beschließe ich, das Schreiben aufzugeben. Walter Jens stirnrunzelnd; Joachim Kaiser gnadenlos; Marcel Reich-Ranicki wortlos; Hans Werner Richter ratlos. Nur Höllerer verteidigt meinen Text. Ich schleiche entsetzt auf meinen Sitz zurück. Abends verkrieche ich mich und trinke alles, was da ist.«

Von 1958 an publiziert Wolf in der Studentenzeitung »Diskus«. Es verschlägt ihn für ein Jahr an die Hamburger Universität, dann kehrt er zurück nach Frankfurt. Ab 1961 verdingt Ror Wolf sich als Literaturredakteur beim Hessischen Rundfunk, doch die Arbeit an seinem ersten Roman, *Fortsetzung des Berichts*, beansprucht ihn so sehr, daß er von 1963 an nur mehr als freier Schriftsteller, beziehungsweise, wie er selbst es nennt, als »freier ungeschützter Unternehmer« firmiert. Nach drei Dutzend Umzügen, die ihn u. a. in die Schweiz und nach England, aber auch in die ziemlich mythische Ortschaft Zornheim führten, lebt Ror Wolf seit einigen Jahren in Mainz.

Sie wissen jetzt, außer einigen Daten, natürlich nicht viel mehr als vorher über das Leben des Künstlers. Doch wer sich als Mensch so rar macht wie Wolf, wer so ungern über sich selber plaudert wie er: Der will vor allem, daß man nur über sein Werk redet. Und nicht über ihn. Dieser Künstler hat sein Leben so sehr in Kunststücke aufgelöst, daß ihm jede profane Selbstauskunft wie ein Schritt hinter das vormals Erreichte zurück erscheinen muß. Anläßlich der Neuveröffentlichung von *Meine Voraussetzungen* – der Aufsatz entstand 1966, als Blick in die Dichterwerkstatt und als Polemik gegen die waltende Kulturindustrie zugleich – , anläßlich des Wiederabdrucks 1991 schrieb Wolf diese »Nachbemerkung«: »Hier wäre der Moment, einige persönliche Erfahrungen im Umgang mit dem Literaturbetrieb auszubreiten; aber ich werde kein Wort darüber verlieren.«

Die Strategie dieses Schriftstellers zielt auf sein völliges Verschwinden hinter dem Werk; und darin könnte ein weiterer Grund dafür liegen, daß Bedeutung und Popularität Ror Wolfs himmelweit auseinanderfallen. Weder Publikum noch Kritik mögen sich für einen Künstler begeistern, der sich selbst derart zurücknimmt, der nicht wenigstens mit Mystifikationen aufwartet, wenn er schon »persönliche Erfahrungen« verschweigt.

Was nicht heißen soll, daß Wolfs Kunst ignoriert wird. Was nicht einmal heißt, daß sie mißverstanden würde von denen, die sie wahrnehmen. Einhellig ist er gelobt worden für jedes Buch, das er seit und inklusive *Fortsetzung des Berichts* veröffentlicht hat. Er hat unter den Kollegen, entgegen aller berufsüblichen Eifersucht, eifrige Fürsprecher gefunden, die bei jeder Gelegenheit auf ihn verwiesen. Nicht nur Brigitte Kronauer und Ludwig Harig, auch Karl Riha, Hermann Peter Piwitt, Gisela Elsner und, am lautesten von allen, Eckhard Henscheid.

Aber in den großen ästhetischen Diskursen, oder, genauer: Tagesgesprächen, kommt Ror Wolf bis heute nicht vor. Weil er sich nicht in sie einmischt. Das »einfachste«, stellt Wolf in *Meine Voraussetzungen* fest, »wäre ein Programm. Das bequemste wäre, Theorien weich auszupolstern, um sich auf lange Sicht darin einzurichten. Ich habe mich also in Theorien umgesehen, ich habe daran gezupft und geklopft, ich habe versucht, es in ihnen auszuhalten, aber sie sind über mir zusammengefallen.«

Diese kühle Einsicht hat Wolf all die Blamagen erspart, die andere, öffentlich präsentere Schriftsteller regelmäßig erleiden, wenn sie, wieder einmal, zugeben müssen, daß sie selbst nicht mehr glauben, was sie in der vorigen Saison propagiert haben.

Seine kluge Zurückhaltung hat Wolf allerdings auch darum gebracht, wenigstens einmal in den Genuß eines ordentlichen Skandals zu kommen. Wohl ist schon dem Debütroman *Fortsetzung des Berichts* seinerzeit, zum Beispiel von Marianne Kesting, attestiert worden, er sei »düster und radikal gedacht«, und beispielsweise der ziemlich zeitgleich erschienene, weithin gefeierte *Gantenbein* von Max Frisch nimmt sich neben Wolfs Riesenalptraum von Text, diesem gewaltigen Monolog, der nicht nur fortwährend vom Fressen redet, sondern selber alles verschlingt, was ihm an Worthülsen, Phrasen und traditioneller Erzähltechnik in die Quere kommt, aus wie ein Pfänderspiel gegen eine Satansmesse.

Aufhören, anfangen

Und das muß vorläufig das Ende sein. Obwohl noch unendlich viel fehlt. Denn weder ist der Gentleman, der ein Genie ist, am Ende, noch ist sein Biograph auch nur mit dem Beginn der Auskunft über den Rand der Dinge hier zu Rande gekommen. Doch das sei klargestellt: Ein großer Mann hat am 29. Juni Geburtstag. Und wer das nicht feiert, der hat ein Problem, aber das ist sein eigenes.

Noch bis zum 7. Juli wird im Kulturamt der Stadt Kaiserslautern, Willy-Brandt-Platz 1, die Ausstellung »›Im Grunde rechne ich mit allem‹ – Der Schriftsteller Ror Wolf und der Charme des Unerwarteten« gezeigt.

Im Anabas Verlag erscheint zum Geburtstag ein weiterer Ror-Wolf-Band: *Raoul Tranchirers Enzyklopädie für unerschrockene Leser & ihre überschaubaren Folgen 1983-2002* – mit Aufsätzen und Kritiken u.a. von Kay Sokolowsky.

Kay Sokolowsky ist von Ror Wolf beauftragt worden, eine Biographie des Dichters zu verfassen

Konkret 06/02, S. 62

Marit Hofmann

Buch & Deckel

Belén Gopegui: Die Eroberung der Luft. Pendo, Zürich 2001, 392 Seiten, 22,90 Euro
Uwe Timm: Rot. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2001, 430 Seiten, 22,90 Euro

Sehr geehrte Trauergemeinde, manche, die unter uns sind, hatten mal Ideale. Heute trauern wir ihnen noch gelegentlich nach, haben uns aber mit den Umständen arrangiert. Oder glauben Sie etwa, daß Sie noch ein Jenseits des Kapitalismus erleben dürfen?

Zwei sehr unterschiedliche Romane befassen sich mit dem Problem: Die junge spanische Autorin Belén Gopegui will unter dem abschreckenden Titel *Die Eroberung der Luft* »Mechanismen aufzeigen, die die hypothetische Freiheit des Subjekts beschneiden«. Der Konflikt des Buches entspinnt sich mit der Frage: »Könnt ihr mir Geld leihen?« Die stellt Carlos, der seine Computerfirma retten will, seinen ehemaligen politischen Verbündeten aus der linken Studentenszene: dem aufstrebenden Dozenten Santiago und Marta, die einen höheren Posten in einem Ministerium innehat und das Geld eigentlich selbst braucht, weil sie zusammen mit ihrem Freund ein Haus kaufen wollte.

Hört bei Geld die Freundschaft auf? Schließlich reicht auch das geliehene Geld nicht – Carlos läßt die selbst aufgebaute Firma, die nicht nach den Prinzipien der Ausbeutung funktionieren sollte, von einem Großunternehmen schlucken und nimmt dabei in Kauf, daß einige seiner Mitarbeiter entlassen werden. Das Geld kann er nun zwar zurückzahlen, aber er hat die Freunde in Gewissenskonflikte gestürzt, und Martas Beziehung ist an der Geldfrage zerbrochen. Die Antwort auf die Frage, ob es vom Kapitalismus und seinen Ausformungen »unberührte Bereiche« gibt, fällt schonungslos aus.

Auch der Protagonist in Uwe Timms mehrdeutig betiteltem Roman *Rot* wird mit seiner Vergangenheit konfrontiert, als ihn einer seiner ehemaligen Genossen, mit dem er früher vor den Fabriktoren Flugblätter verteilte, testamentarisch als seinen Leichenredner bestimmt. Nachforschungen ergeben, daß der Freund die Siegessäule sprengen wollte. Das Dynamit findet der Ich-Erzähler in dessen Wohnung. Was tun? Zur Polizei gehen, geht nicht, weil er den Freund nicht posthum anzeigen will. Das Attentat ausführen? Nicht wenig spricht für diesen symbolischen Akt. Oder ist es an der Zeit, sich einzugestehen, »wie die gestrandet sind, die Entwürfe, die Träume, die kühnen Vorsätze, wie das alles geschreddert wurde«?

Timms Roman ist mindestens so illusionslos wie der Gopeguis, aber sehr viel eleganter. Wie geschickt die Motive verwoben sind, werden Sie, verehrte Trauergemeinde, erst ganz am Ende erfahren – und auch um wen hier eigentlich getrauert wird.

Konkret 06/02, S. 62

Jürgen Kiontke

Buch & Deckel

Katja Kullmann: Generation Ally. Eichborn, Frankfurt am Main 2002, 217 Seiten, 14,90 Euro

»Wir gehören zur neuen Mitte, und wenn wir uns schlecht fühlen, gehen wir einkaufen.« Katja Kullmanns Beschreibung der Frauen zwischen 27 und 37, denen sie unterstellt, sie orientierten sich am Weltbild der Anwältin Ally McBeal aus der gleichnamigen Serie, gelingt ihr leider nur im Magazinstyle einschlägiger Frauenzeitschriften. Was die 30jährige Autorin hingegen leistet, ist ein äußerst pessimistischer Blick auf sich selbst und die Altersgenossinnen.

Die Anwenderinnen der von den Müttern erkämpften Emanzipation sind ganz schön durcheinander. Wie sollen sie sich entscheiden, und was bleibt ihnen, die sie scheinbar Beruf und Kinderkriegen unter ein Dach bekommen? »Sie gehen ins Bad, schminken sich ab. Es ist kein Schock, daß sich das Mädchenhafte in ihren Zügen bereits weitgehend verflüchtigt hat ... Sie werden morgen duschen, putzen sich die Zähne und legen sich auf ihr 1,40 x 2-Meter-Bett, das Matratzenmaß dieser Tage zu groß für einen Menschen alleine, zu klein für zwei zusammen.«

Kullmann ist Empirikerin aus solcherlei Tatbeständen aus dem Tagesablauf des durchschnittlichen Working Girl schließt sie auf trotzige Hoffnungslosigkeit: »Sie brauchen nichts und niemanden. Aber sie wollen alles und jemanden.«

Es gibt keine Bezugspunkte mehr in der Welt, die Kirche nicht und auch nicht die Kommunistische Partei nur eine Fernsehsendung um eine enttäuschte, beziehungsunfähige Juristin (die allerdings auch nur noch bis zum Jahre 2003 bei Vox zu sehen ist). Mit ihr verbinden die Zuschauerinnen ihre Sehnsucht nach Restauration: »Anstand und Moral sind die wesentlichen Eckpfeiler dessen, was die Generation Ally unter echter Liebe versteht.« Zwischen all den Beiläufigkeiten tauchen immer wieder solche Satzgranaten auf, denn Sprengstoff verbirgt sich dahinter wirklich. Zur Zeit erleben wir genau dies Liebe gleich Anstand und Moral als pseudopolitisches Programm einer erstarkenden Rechten in Europa, wenn nicht in der ganzen Welt. Das betrifft auch die Generation Al, es handelt sich bei weitem nicht nur um frauenspezifische Probleme: Allzu weit entfernt dürften die Konstruktionen solcher Begriffe bei Stoiber, Bush und den Taliban auch nicht sein.

Das ist die Stärke und zugleich das Bedrohliche von Kullmanns Buch im rosa Einband mit blauem Handtäschchen drauf: Sein Grundzug ist Angst. »Ich habe Angst, Angst zu haben«, heißt es am Schluß. Das neue Jahrhundert hat kaum angefangen, schon kriegen alle Panik. Das Buch wurde in wenigen Wochen zum Bestseller.

Konkret 06/02, S. 62

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Stephan Wackwitz: Selbsterniedrigung durch Spazierengehen. Essays. S. Fischer, Frankfurt am Main 2002, 159 Seiten, 18 Euro

Gleich im ersten dieser gesammelten Essays aus über zehn Jahren bricht Stephan Wackwitz eine Lanze für den »poeta minor«, und er meint damit nicht etwa den kleineren Dichter, sondern vielmehr den Dichter des Kleinen. Auch wenn er es nicht gesagt hätte, wüßte man nach der Lektüre dieser luziden, wohlformulierten und oft anmutigen Texte, daß er vor allem sich damit meint.

Das als ausgesprochen deutsches Phänomen gewahrte »Brustgetrommel des Kraftkerls«, die »Erektionsliteratur«, die er als Symptom einer »Überproduktionskrise« schon des Sturm und Drangs, aber auch des kontemporären Literaturmarktes liest, ist ihm im Wortsinne ein Greuel, weil sie sich von den eigenen Renommiergebärden blenden läßt und »in den absoluten Geist und das absolute Grauen« (Adorno) hineinschreibt. Der vor einiger Zeit gegen eine vermeintliche »Schlappschwanz-Literatur« wetternde Maxim Biller liefert hier schlagendes Beweismaterial, etwa das schöne Diktum von den »Papierleichen, die nichts wollen, nichts hassen, nichts lieben; die nicht fallen können, nicht schreien, nicht töten«. Nun, Biller kann schreien, und er gefällt sich dabei in einem Jargon, den unappetitlich zu nennen noch stark untertrieben ist. So fordert er dann nachgerade Koch-like »Härte: Also die absolute Entschlossenheit, so brutal, daß das Blut spritzt, die letzten Fragen zu stellen«.

Wackwitz hingegen sind die letzten Fragen wirklich letzte Fragen. Er ist ein Analytiker des Alltags, ein genauer Beobachter, aber zugleich auch profunder Kenner der abendländischen Geistesgeschichte, der noch für das Privateste – etwa die Langeweile seines Sohnes, das Scheitern seiner Ehe, das Single-Dasein oder auch nur seine Leidenschaft für Marathonspaziergänge – eine passende Analogie, ein schönes Zitat findet und es als Befund für die conditio humana in unserem Kulturkreis zu lesen weiß. Nur gelegentlich verläßt er sich dabei zu sehr aufs fremde Wort, und ganz selten einmal verliert seine Prosa beim akademischen Gewichtheben die Leichtigkeit. Wenn dies »literarisches Kleinmeistertum« ist, dann soll uns das sehr recht sein.

Konkret 06/02, S. 63

Jens Hoffmann

Buch des Monats

Yoram Kaniuk: Der letzte Berliner. List Verlag, München 2002, 270 Seiten, 19 Euro

Im Tonfall des stets von neuem amüsierten Geisterbahnfahrers, dem die vorbeihuschenden Freaks und Spukgestalten mit der Zeit ans Herz gewachsen sind, berichtet Yoram Kaniuk in *Der letzte Berliner* von seinen Reisen nach Deutschland. Und da Kaniuk kein auf das Besummen des eigenen Innern fixierter Autor ist, begnügt er sich nicht mit der Schilderung wohliger Gruselschauer, sondern macht sich und dem Publikum die Freude, die Gespenster in Teutonia selbst ein wenig zu erschrecken. Auf diese Weise sind Texte über das phantastische Zusammenleben von Juden und Nichtjuden in der Bundesrepublik entstanden, die, auch wenn sich die Besserungswünsche des Autors nicht erfüllen sollten, die Beteiligten zumindest an die Gründe erinnern könnten, derentwegen sie sich verhalten, wie sie sich verhalten.

Erst nach einigem Zögern beschließt Kaniuk zu reisen; unter anderem mit dem Ziel, sich der Geschichte seines Vaters zu vergewissern, der Ende der zwanziger Jahre von Deutschland nach Palästina gekommen war. »Ich wollte endlich verstehen, warum mein sterbender Vater, der niemanden von der Familie mehr erkannte, nach fünfzig Jahren in Israel mit dem Zeigefinger auf mich zeigte und Goethe zitierte, statt meinen Namen zu nennen. Und warum ich, der Sohn eines Mannes, der erst im Sterben der Deutsche wurde, der er immer sein wollte, der als lebendes Lexikon der deutschen Lyrik starb, im Geiste Goethe, Schiller und Heine im Original lese, obwohl ich Deutsch nicht lesen kann.«

Was leicht zu einer öden literarischen Familienzusammenführung hätte werden können, entwirft Kaniuk als Beschreibung von Orten, an denen sentimentale Familienerinnerungen etwa so logisch und selbstverständlich sind wie Veilchensträuße an Schlachterschürzen. Und sieht sich Kaniuk tatsächlich einmal entzückt von dem, was schon sein Vater mit Entzücken sah, dann hat er, wie am Rhein bei Speyer, alle Hände voll zu tun, sich dies Entzücken zu erlauben: »Es gibt genug, in das man sich hier verlieben könnte. Die Weinberge zwischen dem Hotel und dem Fluß stehen in schnurgeraden Reihen. Der Vergleich mit Soldaten, die zum Appell antreten, läge nahe, doch er fällt mir in diesem Augenblick nicht ein, und das will in Deutschland schon etwas heißen.«

Eindrucksvoller als die in *Der letzte Berliner* versammelten Porträts von Prominenten – immerhin gelingt es Kaniuk, Walter Boehlich ein Lachen zu entlocken – sind die Passagen zu tatsächlichen oder plausibel erfundenen Begegnungen mit Unbekannten. In Zügen, Flugzeugen, Parks, Opernhäusern, Kneipen und Wohnzimmern führt Kaniuk Streitgespräche und hört offenkundig lange zurückgehaltene Monologe an. Nichtjüdische Deutsche zählen die Opfer auf, die sie während des Nationalsozialismus gebracht haben, ereifern sich über das Verhalten der Alliierten in Nachkriegsdeutschland oder wünschen als begnadete Spätgeborene die heute in der Bundesrepublik lebenden Juden fort, weil sie durch deren Anwesenheit an etwas erinnert werden, mit dem sie nichts zu tun haben wollen.

Ein aus Deutschland Ausgewanderter, der als gehorsamer Nazi stets auch seine eigenen Interessen durchzusetzen wußte, erzählt Kaniuk seine Lebensgeschichte: »Er diskutierte nicht, er zeigte keine Reue, aber auch nicht das Gegenteil, er verkörperte ganz einfach das gute und böse Deutschland von damals. Er kam nach fünfzig Jahren zu einem Besuch in die Heimat und führte mir und der übrigen Welt eine Kabarettnummer vor, und zwar nicht, um das Geschehene zu erklären, sondern um zu zeigen, daß das alte Deutschland nicht wirklich besiegt wurde.«

Während einer Veranstaltung, auf der Kaniuk als »antizionistischer israelischer Schriftsteller« vorgestellt wird und seine Bücher zwischen antisemitischen Klassikern zum Verkauf ausliegen, erlebt der Autor die Konfrontation mit einem neuen Deutschland. Angesichts von jungen deutschen Antisemiten, die Plakate mit Hakenkreuzen und Davidsternen aufgehängt haben, enden Kaniuks Geduld und Dialogbereitschaft. »Ich sehe Sie an und spüre Ihren Haß. Sie haben sicher gedacht, Sie hätten noch so einen Juden voll jüdischem Selbsthaß gefunden, Sie haben vielleicht erwartet, daß ich Israel schlecht mache. Es ist Ihnen angenehmer, wenn andere das für Sie machen, weil es bei Ihnen immer noch nicht ganz zum guten Ton gehört ... Von mir aus kön- nen Sie denken, was Sie wollen. Mich werden Sie nicht mehr vergasen.«

Erfahrungen wie diese, aber auch das auf Literatursymposien artikulierte Desinteresse bundesdeutscher Autorinnen und Autoren an der Gegenwärtigkeit der Massenmorde während des Nationalsozialismus bringen Kaniuk zu der Frage, ob er und seine Kolleginnen und Kollegen aus Israel durch ihr öffentliches Engagement in der Bundesrepublik inzwischen zur »Putzkolonne des deutschen Gewissens« geworden sind. Eine Antwort braucht Kaniuk sich nicht zu geben – sie liegt in der Frage.

Auf andere Weise gespannt verlaufen die von Kaniuk beschriebenen Treffen mit in der Bundesrepublik lebenden jüdischen Frauen und Männern. In einem hessischen Altersheim besucht er eine ehemalige, mit seinem Vater verfeindete Nachbarin aus Tel Aviv, die ohne Wissen ihrer israelischen Familie nach Deutschland zurückkehrte, sich fortan weigerte, Hebräisch zu können und auf die Nennung ihres Nachnamens mit den Worten »Nichts Levin – raus, raus!« reagiert.

Auf Kaniuks Frage, warum sie als Juden in Deutschland leben, antworten die meisten der Angesprochenen gereizt; sicher auch deshalb, weil sie diese Frage schon tausendmal als Vorwurf gehört haben. »Sie behaupten dauernd, man dürfe Hitler nicht siegen lassen, und daher sei es wichtig, daß hier Juden leben, obwohl das Land ein jüdischer Friedhof ist.« Eine ehemalige Schulkollegin Kaniuks aus Tel Aviv, die seit Jahren in Oldenburg wohnt, liefert hingegen eine sehr plausible, allerdings nicht einfach zu lebende Begründung für die Wahl ihres festen Wohnsitzes: »Es geht mir gut hier, weil ich die Leute hasse und sie es toll finden, wenn ich ihnen sage, daß ich sie hasse. Meine Mutter ist in Deutschland geboren. Die Leute wissen, daß der reichste Mann der Stadt in der Wohnung wohnt, die ihr einmal gehört hat, aber sie warten darauf, daß ich meinen Besitz zurückfordere, doch das tue ich nicht.«

Trotz aller Zweifel, trotz des zunehmenden Antisemitismus und der fortdauernden Gleichgültigkeit in der Bundesrepublik gegenüber den von den Nazideutschen Verfolgten und Ermordeten plädiert Kaniuk für den Dialog. Und wie alle, die die Gegenwart schweren oder leichten Herzens abgeschrieben haben, versucht er sich in die Zukunft zu retten. »Eine neue Generation von Juden und Deutschen muß heranwachsen, eine neue Generation, die dies alles als Geschichte betrachten kann. Wir können zusammen ins Bett gehen, wir können miteinander sprechen, aber die große Kluft ist immer noch zwischen uns.« Kaniuk sieht keine andere Möglichkeit, als die Überwindung dieser Kluft mit einem geisterhaften »wir« zu beschwören.

Konkret 06/02, S. 64

Georg Seeßlen

Don Handke de la Mancha

Peter Handkes »Der Bildverlust« enthält mögliche Romane und die Unmöglichkeit des Romans

Kunst, sagt Karl Valentin, ist sehr schön, macht aber viel Arbeit. Und das hat er gesagt, obwohl er den Peter Handke gar nicht gekannt hat! Auf jeden Fall hätte ihm der frühe Handke sehr gefallen, der vom Sprachspiel zu seinen in den Wittgenstein gehauenen Sätzen kam, Erhabenes und Reines, das immer wieder vom Alltäglichen durchkreuzt wird. Weil Sprache nur einerseits lebt und andrerseits aber auch gebraucht wird.

Peter Handke ist unterwegs zur Sprache, hat man gesagt, und zu sonst gar nichts. Darin steckt auch ein klammheimlicher Vorwurf. Natürlich kann man nicht zu sonst gar nichts unterwegs sein, schließlich schreibt Handke immer auch eine Art von gleichgültiger Reiseprosa. Aber was man bei Handke nicht bekommt, das ist eine Sprache, die bloß dazu dient, Bilder herzustellen. Und daraus »Wirklichkeit«.

Der Bildverlust besteht aus Tausenden kleiner Miniaturen, voneinander abgesetzt, halbseitige Text-Autonomien, die man auch für sich, als eine Art von Lyrik, als Versuch sprachlicher Gegenwart oder auch als eine Art wissenschaftliche Anleitung lesen kann. Sprache zerschneidet – »wütend«, wie Roland Barthes sagt – das vor uns befindliche Kontinuum. Der ganze Text ergibt also keinen Fluß und auch kein »Puzzle« (keine Zeit- und keine Raum-Einheit), sondern am ehesten so etwas wie ein Prisma. Und das Prisma kann man sogar über so etwas wie einem Plot drehen:

Es geht um eine Frau, die in Bankgeschäften erfolgreich und vermögend geworden ist, eine Reisende, nicht nur berufshalber, und die hat sich, zur Vermeidung einer »Biographie« an einen Autor gewandt (»Formenforscher und Rhythmenmensch« nennt er sich einmal), um ihn eine fiktionalisierte Darstellung ihres Lebens verfassen zu lassen, in der alle Spuren von realen Orten und konkreten Menschen verwischt sind. Sie unternimmt eine Reise zum Autor in einem Dorf in der Mancha. Und unterdessen wird ihr Buch-Leben zurechtgemacht oder auch zu Unrecht gemacht. Kurzum: Der Autor und sein Objekt erfinden und verschweigen sich gegenseitig; sie greifen wechselseitig in Leben und Arbeiten und greifen auch schon mal daneben. Einen Peter Handke kann man aus Sprachsucht lesen, weil man sich für was anderes zu fein ist, oder auch, um sich zu ärgern. Diesen Handke kann man, ein bißchen Zeit und vielleicht einen guten Roten vorausgesetzt, auch aus einem besseren Grund lesen: zum Vergnügen.

Nun also hat diese Frau eine eigenartige Fähigkeit, oder ist es ein Schicksal? Das sind ihre Bilder: »Es waren keine Erinnerungen, weder willkürliche noch unwillkürliche: Dazu kamen diese Bilder zu blitzartig oder meteoritenhaft und ließen sich weder verlangsamen noch anhalten noch gar einfangen.« Eben! Tragisch ist die menschliche Existenz ja schon, weil wir zu beidem begabt sind, zum Text und zum Bild, und beides immer aneinander kaputtgehen muß. Da kommen die Liebe, der Tod und all das verdammte Zeug nur erschwerend hinzu. Die »Finanzfürstin« jedenfalls kann sich das Auftauchen der Bilder zunutze machen, das »Bilderglühen« als ihre »Reservetruppe« im Alltagskrieg verwenden.

Im übrigen ist die Protagonistin im Begriffe, eben das zu verlieren, was der Text des Autors gewinnen will. »Sie war einmal eine Leserin gewesen. (Sie las auch jetzt noch, doch das war für sie kein Lesen mehr ... Und zugleich kam sie sich ohne Lesen verwaist vor.)« Und dann eben geht es um den Verlust der Bilder. Der Autor erstellt also einen Text als »Verschweigemauer«, aber dauernd brechen aus dieser Mauer wie Steine Situationen, Geschichten, so wie umgekehrt der Nicht-Roman *Der Bildverlust* aus lauter Romanen besteht. Dem Text kommen Geschichten in die Quere, und denen kommen Sprachspiele in die Quere, und denen kommen wieder Begriffe in die Quere, was man auch als ein In-die-Quere-Kommen von Theorie sehen kann, oder »Bilder« wie das »Ausholen ohne zu werfen«, die immer wieder Abbildungen der eigenen Methodik sind. Zwischendurch kommt es vor, daß ein einfacher Satz auch als grandioser Scherz erscheinen mag: »Es war noch tiefe Nacht, und der Frost knisterte außen an den Scheiben.«

Die Vertracktheit des Plots hält sich in Grenzen. Ein Mord hier und eine Liebesgeschichte da, und schon hätten wir einen gehobenen Kriminalroman, dem man erfreuliche Verkaufszahlen voraussagen könnte. Aber das wäre natürlich keine Kunst. Die schöne Vertracktheit entsteht durch das Ineinanderspiralisieren von Selbstdarstellung und Sprachuntersuchung. Man bekommt vielleicht einen Begriff, wenn man *Der Bildverlust* nicht nur als Kunst-Arbeit, sondern auch am Leitfaden zweier Fragen liest: Was zum Teufel ist die Sprache, und was das Bild?

Natürlich kann man behaupten, diese Fragen seien einigermaßen belanglos, Hauptsache, in der Sprache würde das Richtige gesagt und im Bild das Richtige gezeigt. Dann ist man für Handke erst einmal verloren. Aber wenn man Handke wegen des »Inhalts« liest, dann ist man selber schuld, wenn man nur eine leichte Tranigkeit bekommt, oder Sätze, die wirken, als würde sie jemand auf einem Silbertablett vorbeitragen. Hier aber begegnen sich auf eine durchaus neue Weise der Text und sein »Inhalt«, und es begegnen sich, eben weil sie nicht ineinander aufgelöst sind, Sprache und Bild, und schließlich begegnen sich wohl auch der junge und der alte Handke, also jener Handke, der die Möglichkeiten der Sprache erweitern wollte, und der andere, der eher demütig auf ihr Wesentliches hinauswill. Der Sprach-Handke und der Bild-Handke.

Daß Kunst viel Arbeit macht, heißt nicht, daß sie keinen Spaß macht. Im Gegenteil. Wenn es so etwas wie eine Utopie in der Kunst gibt, dann ist es die, daß die schwerste Arbeit zugleich das reinste Vergnügen ist. Beim Herstellen wie beim Aufnehmen. Genau deshalb bildet die bürgerliche Mythologie ja auch den Künstler als Leidenden ab.

»Sie wünschte, es wäre ihre letzte Reise«, so beginnt die Bewegung des Textes, und er endet, nach gut 750 Seiten, damit, daß ein Gefährt hält »am Ende einer langen langen Fahrt, und schwankte im Stehen noch nach. Und dieses Schwanken hörte nicht so bald auf; wird nicht so bald aufgehört haben.« Eine Bewegung – oder die Illusion einer Bewegung – ist in eine Empfindung von Bewegung im Stillstand überführt worden. Man könnte auch sagen, man habe bei der Lektüre dieses Romans versuchen dürfen, Zeit zu sehen. Jene Zwischenzeit, um genauer zu sein, von der die Protagonistin verlangt, daß ihre Geschichte in ihr spiele. Denn »in den Haupt- und Staatszeiten, da diese Geschichte *nicht* spielen soll, ereignen sich bekanntlich ja keinerlei schöne Überraschungen mehr«. Die Literatur hat Handke schon viel früher gesagt, ist eine »Zwischenwelt«, in der sich das Innen der Sprache einen eigenen Raum schafft. Was aber vielleicht einmal Programm war, ist nun Stil. Entspannt und trotzdem durchaus genau. Und nun sehen wir in *Der Bildverlust* der Sprache beim energischen Zögern zu. Vor dem Angriff auf die Windmühlen, der übrigens unausweichlich ist.

Georg Seeßlen hat gerade zusammen mit Markus Metz das Buch »Krieg der Bilder – Bilder des Krieges« (Edition Tiamat) veröffentlicht

Konkret 06/02, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Willstu die Charakterkultur der Jetztzeit entdecken

Mußtu die Nase ins Arschloch namens Bildschirm stecken

Siehe!: Des überlebensgroßen Reich-Ranickis Scheißderhundaufsfeuerzeug-Solo im ZDF, wo er, vor einer vorm Studioentree sekjuriteeverlesnen Horde Guidowesterwellehools Brecht nicht nur als gewitztgerissnen Dauereierdieb gönnerig enttarnt, sondern auch dessen »Lob des Kommunismus« mit dem Sandkastenadjektiv »doof« restzerschmettert:

Eines seiner berühmten Gedichte, Erinnerung an die Maria A. (Marie, nicht Maria; d. V.)*, an jenem Tag im blauen Mond September, und dann am Ende ist die weiße Wolke ungeheuer oben* (kieksgekrächzt): *tchis geklaut! Das war ein französischer Schlager, benannt nach dem ersten Wel äh seit Neunzehnhundert, ja, zwanzig Jahre später geklaut, hatte er bei Valentin dem Programm das gesehen und hat daraus das Gedicht gemacht. Herrlich. Herrlich! Aus einem kit kitschigen belanglosen Schlager hat er ein geniales Liebesgedicht gemacht. Das ist bei diesem Brecht* (schluckschneuz) *ist was Entwaffnendes. Er stiehlt, wo er kann, täglich und überall, aber er macht alles besser. Alles besser! Aber* (starker Beifall des Publikums) *das ist, meine Damen und Herren, so´ne Sache mit Brecht. Ich habe in der vorigen oder vorvorigen Solosendung die Theaterfolge, die jetzt im Zweiten Deutschen Fernsehen läuft, gerühmt, das Jahrhundert des Theaters heißt es ... Ich ziehe mein Lob nicht zurück. Aaaber, Kollegen, da habt ihr, ihr habt ne Schweinerei gemacht, das darf man nicht, das darf man nicht tun, was ihr gemacht habt in dieser Serie. Nämlich es wird in der vierten Folge, die Brecht und Beckett gewidmet ist, das Gedicht »Lob des Kommunismus« geboten, gesprochen von Helene Weigel. Das ist ein sehr doofes Gedicht.* (Gelächter im Publikum) – (süffisantzynisch:) *Er ist vernünftig, jeder versteht ihn, du bist doch kein Ausbeuter, du kannst ihn verstehen, und er ist das einfache, das schwer zu machen ist, ich finde es denunziatorisch, so ein Propagandagedicht von Brecht da in dem Film zu bringen. Aaaber! Ich kann den Standpunkt vertreten, auch das hat Brecht geschrieben, wir haben keinen Grund, es zu verheimlichen. Er hat's geschrieben, bitte, das zeigen wir, er hat so´n Zeug präpariert. Nur! Da muß man sagen wann. Nicht so wie´s hier gemacht war. Hier hatte man den Eindruck, die alte Helene Weigel spricht das und vorgestern in der nächsten Folge kriegt man das Gedicht nochmal serviert von der alten Therese Giehse gesprochen. Und natürlich denkt jeder,* (emphatischkiekskrächzend:) *Na ja! Um sich lieb Kind zu machen bei dem Ulbricht hat der aah Brecht so ein schreckliches Propagandagedicht geschrieben, vielleicht hat er dringend vom Ulbricht Geld für sein Berliner Ensemble gebrach gebraucht, ich weiß es nicht. Da muß man sagen, was man ein äh Volontären beibringt, wenn man über ein literari mit einem literarischen Werk der Vergangenheit sich beschäftigt, erstmal sagen, wann es entstanden ist, unter welchen Umständen. Das Gedicht stammt aus der Zeit 31,32, nämlich aus dem Stück »Die Mutter« nach Maxim Gorki. Diese Zeit, die letzten zwei Jahre vor dem Dritten Reich, da sind viele Intellektuelle, Schriftsteller Journalisten sahen nur noch eine Hoffnung, nämlich den Kommunismus. Sie haben gehofft, der Kommunismus wird Hitler verhindern. In der Zeit hat er dieses Propaganda, das war die einzige Zeit im Leben, wo er sich ernsthaft der Kommunistischen Partei genähert hat, Mitglied der Kommunistischen Partei war Brecht nie, für solche Sachen war er nicht zu haben, aber er hat sich genähert, damals hat er das Gedicht geschrieben. Das geht nicht, wenn man das Gedicht heute präsentiert, muß man sagen, aus welcher pol Zei aus welcher Periode es stammt, sonst ist es ungerecht und nicht in Ordnung* (starker Beifall) ...

Und siehe!:_Reinhold Beckmanns Schwafelquelle (ARD), an der das Ikeanachlaßehepaar Biedenkopf und die Hardpornoine a. D. Gina Wild weilten. Beckmann zu Frau Biedenkopf: »Wenn sie jetzt die Entwicklungsgeschichte hören von Gina Wild in dieser ganz unterschiedlichen Art: Kinderkrankenschwester, zehn Jahre auf Station gearbeitet, wirklich mit ganz schweren Schicksalen zu tun gehabt, Pornodarstellerin und jetzt der Fach, der Schritt sozusagen ins ernste Fach, was empfinden sie da, wenn sie die Geschichte hören?«

Und Frau Biedenkopf (im folgenden Bieda genannt) sagt: »Also erstma muß ich ihnen sagen, daß ich finde, daß sie (*zu Gina gewandt; d. V.*) eine ganz wundervolle Frau sind.« Gina: »Dankeschön.« Bieda: »Und daß ich mir von Herzen wünsche, daß ihre Eltern sie noch lange erleben können, und daß sie, wenn sie jetzt in das ernste Fach wechseln, sehr erfolgreich sein werden, sie sind hübsch, und sie haben vor allen Dingen was wenige haben, Herz.« Gina: »Ich danke ihnen.« Bieda: »Und ich wünsche mir von Herzen, daß sie das behalten, bleiben sie auf dem Fußboden, denken sie manchmal an die kranken Kinder, vielleicht besuchen sie sie mal.« Gina: »Das mach ich auch.« Bieda: »Das sollten sie nicht ganz verlieren, denn das ist ganz wichtig, dann bleibt man am Schluß da, wo man eigentlich hingehört, nämlich aufm Fußboden.« Gina: »Das sollte man.« Bieda: »Und wenn sie das behalten, dann werden sie es schaffen.« Gina: »Dann geb ich ihnen hier das Versprechen, daß ich das mit aller Macht versuchen werde.« Bieda: »Auch für sich selber, dann wird

man nicht tütelig, dann meint man nicht, man ist der Allergrößte, und sie haben viel Begabung.« Gina: »Dankeschön.« Bieda: »Aber die Hauptbegabung, die sie haben, und deswegen hab ich auch Tränen in den Augen, ist ihr Herz.« Gina: »Ogott, aber das war eigentlich nicht meine Absicht ...«

*

Tja, meine Damen und Herren! Für nichts giebts nichma was umsonst. Also: Bringen Sie Ihre Mitwirkung auf Vordermensch! Lesen Sie in Bild 6 b der »Mutter« (Brecht: *Stücke*) des Augsburgers doofes Präparat in voller Länge unverkaspert nach, und vergleichen Sie die vorrevolutionäre »um das Teewasser und die Macht im Staat« kämpfende und das »Lob des Kommunismus« singende Mutter Pelagea Wlassowa mit der wegen des »Einwechselns« einer Ficktrine ins »ernsthafte Fach« mit den Tränen kämpfenden posthitlerischen Sachsenlandmutti a. D. namens Bieda B. Macht irre Spaß!

*

PS: Aus Brechts Anmerkungen zur »Mutter«-Kritik in der »Germania«, Berlin, vom 19.1.1932: *Jene Gruppe von Kopfarbeitern, die durch ihre existentielle Verknüpftheit mit den Besitzern der Produktionsmittel geistig festgelegt sind, haben nicht mit der Sache des Kommunismus, sondern mit der Sache der Welt nichts mehr zu tun. Sich von den Kommunisten als von einseitigen, festgelegten, unfreien Geistern trennend, trennen sie sich nur von der Sache der Menschheit und vereinigen sie sich nur mit der allerdings allseitigen, allerdings ungebundenen, allerdings freien Ausbeutung.*

Eine große Menge von Kopfarbeitern haben durchaus das Gefühl, daß die Welt (ihre Welt) von Unstimmigkeiten befallen ist, aber sie verhalten sich nicht dementsprechend ... In das Denken solcher Menschen greift also die Welt nur mangelhaft ein; es kann nicht überraschen, wenn ihr Denken dann nicht in die Welt eingreift. Dies bedeutet aber, daß sie dem Denken dann überhaupt kein Eingreifen zumuten: So entsteht der »Reine Geist«, der für sich existiert, mehr oder weniger behindert durch die »äußeren Umstände«.

Die durch das Stück »Die Mutter« angeregten Auseinandersetzungen mit einer Arbeiterin gehören für diese Leute nicht zu den geistigen. Sie schicken die Politiker.

Konkret 06/02, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Der neueste deutsche Journalismus, in dem der Großväter Bösartigkeit mit der Enkel Scheißegalité sich paart, macht Geständnisse möglich wie das des Redakteurs Kortzdörfer in der »Bildzeitung«:

Ich bin kein Milosevic der Tierliebe.

Was ein Milosevic der Tierliebe wäre? Einer, der seinen Hund, der auf den Teppich gemacht hat, mit der Nase in den Scharping steckt?

Auf tritt die Modeschriftstellerin Susan Sontag – in einem aufregend neuen Fummel:

Henry Kissinger ist Amerikas Milosevic

Bei aller berechtigten Kritik am Antiamerikanismus: Auch Manhattan ist meist nur ein Kortzdorf.

Die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« hat den Bundesverteidigungsminister gefragt:

Ist Deutschlands Interesse auf dem Balkan nicht größer als in Afghanistan?

Rudolf Scharping hat ihr eine deutliche Absage erteilt:

Nein,

damit das mal klar ist, ja? Und dann begann in seinem Kopf wieder dieses seltsame Brummen:

Nein, aber in Südosteuropa gibt es ein gemeinsames europäisches und auch direktes deutsches Interesse: Es geht um unsere nationale Sicherheit.

Ja, vor serbischen Überfällen auf die Eifel. Nein, die Afghanen stehen nicht vor Trier.

Es ist aber nicht so, daß der Rudolf Scharping für gar nichts gut wäre. Er gibt immerhin der »Welt« Anlaß zu der Frage:

Gehört zum Vorrat an Gemeinsamkeiten mit der SPD auch Minister Scharping?

Und dem Bundesgeschäftsführer der PDS, Dietmar Bartsch, Gelegenheit zu der Antwort:

Der Verteidigungsminister hat sich so viele Fehltritte geleistet, daß er mehrfach hätte zurücktreten müssen. Die verkorkste Finanzierung des Militärtransportflugzeuges A400M ist da nur der letzte Mosaikstein. Schröder sollte entscheiden und Mister Peinlichkeit nach Hause schicken.

Was wiederum den Verfasser dieser Seite zu dem Geständnis drängt, daß er der Gesellschaft eines demokratischen Sozialisten, der an der Bestellung von Mordwerkzeug vor allem Schwierigkeiten der Finanzierung zu kritisieren hat, und zwar als den letzten Mosaikstein, und der seinen Gegner im Stile eines Kasinohumoristen »Mister Peinlichkeit« nennt, sogar die des Regimentstrottels Rudolf Scharping vorzöge, wenn er denn überhaupt mit Kriegsverbrechern verkehrte.

Ihren Artikel »Diskontinuität und Terror« (nicht, wie fälschlich gemeldet, »Inkontinenz und Scharlach«) beginnt die Katja Diefenbach mit dem Absatz:

Mit dem Begriff der Diskontinuität lassen sich die gesellschaftlichen Entwicklungen seit dem 11. September im Rahmen einer poststrukturalistischen Kapitalismustheorie beschreiben, ohne simplen Vorstellungen von Bruch oder Dauer zu folgen. Dieser Begriff drückt die Nicht-Notwendigkeit und Nicht-Ableitbarkeit des Ereignisses aus: Der Terror-Anschlag auf das World Trade Center hätte auch nicht stattfinden können. Sobald man Vorstellungen determinierter historischer Notwendigkeiten (»Alles ist Folge kapitalistischer Vergesellschaftung«) genauso wie politischer Substantialität (»Der politische Islam ist xyz«) aufgibt, mit der gesellschaftliche Momente auf Wesenhaftigkeiten zurückgeführt werden, wird die Ereignis-Aktivität des Anschlags und die Art und Weise sichtbar, in der er in ein historisches Diagramm postkolonialer Globalisierung eingeschrieben ist.

Was das heißt? Nichts. Was es heißen soll? Es soll heißen: Für den Anschlag vom 11. September habe die Ordnung der Welt Gründe geboten. Der Rest ist Bedeutungsgeräusch aus dem Diskursbaukasten. Ich schlüge ja vor, die Schreibkraft zur Einzelhandelsverkäuferin fortzubilden. Aber wie's der Teufel will säße sie eines Tages in meinem Sparmarkt an der Kasse, und ich bekäme statt eines Liters Milch eine Wesenheit aus postindustrieller Agrartheorie nicht ableitbarer Substantialität eingeschrieben und auch noch falsch raus.

Oskar Lafontaine gräbt einerseits andern gern eine Grube:

Das Publikum will Politiker, die zu ihren Überzeugungen stehen. Schlechte Schauspieler werden ausgepfiffen oder abgewählt. Glaubwürdigkeit ist gefragt.

Und liegt andererseits schon wieder selber drin. Denn wer oder was ist, seinen Worten zufolge, ein glaubwürdiger Politiker? Ein Lafontaine, nämlich kein schlechter, sondern ein guter Schauspieler.

Der Berufsfußballer Stefan Effenberg erzählt vom Ende seiner Ehe:

Das ist eine Geschichte, die schon längere Zeit geht. Man hat sich entfernt, man hat sich distanziert, und dann bin ich zu dem Entschluß gekommen, sich zu trennen.

Wie nah sie wieder mal beisammenliegen, Genie und Wahnsinn, Flankengott und Blödmann. Erst hat man sich von frau entfernt, dann auch noch distanziert, und schließlich hat man den Entschluß gefaßt, frau zu sagen: »Wir trennen sich.« Aber vielleicht hat er auch gesagt: »Ich trenne sich von sie.«

Denn alle Schuld rächt sich auf Erden, dichtet Goethe, und also klopft dem Martin Walser endlich auch die Schwitzhand des »Bild«-Kolumnisten Franz-Josef Wagner auf die Schulter:

Sie sind neben Grass der größte Schriftsteller (Dichter?) Deutschlands. Ihr beide seid Schiller und Goethe.

Geschieht ihm recht, und dem andern Schriftsteller (Dichter?) auch. Was aber ist mit Durs »Claudius« Grünbein, Peter »Kafka« Schneider, Heinz »Lessing« Konsalik, Hans-Christoph »Shakespeare« Buch? Und wer, Walser oder Grass, ist Goethe, wer Schiller? Wer folgt errötend wessen Spuren? Wer singt ein garstig Lied? Pfui! Ein politisch Lied! Ach was, es ist eh wurscht respektive ein groß Ergötzen, sich in den Geist der Zeiten zu versetzen, zu schauen, wie vor uns ein weiser Mann gedacht. Und wie wir's dann so herrlich weit gebracht, wie Goethes Wagner, der Urahn von Springers Wagner, sagt.

Was ist das?:

1. Deutsche, die Israel kritisieren, müssen Naziassoziationen weiträumig umfahren.

Das ist die erste von drei »Diskursregeln«, die der Redakteur Reinecke von der »Tageszeitung« aufstellt, damit die Landsleute, die dem Redakteur keinen Zweifel erlauben, daß ihre ersten Assoziationen, wenn sie Israel hören,

Naziassoziationen sind, ihrem Judenhaß auf so politisch korrekte Weise Ausdruck zu geben lernen, wie es der Redakteur der »Taz« im Lauf der Jahre gelernt hat.

Fritz J. Raddatz – Überraschung!!! – tritt vor und zu:

Mein Freund, Sie sind infam

schreibt er über seinen offenen Brief an Breyten Breytenbach, in dem er dessen antisemitisches Geseire (die israelische Politik sei rassistisch, faschistisch und so weiter) gut und richtig zurückweist. Man will schon Respekt! sagen, da kommt Raddatz zum Schluß und wieder ganz zu sich:

Der antifaschistische deutsche Schriftsteller Kurt Tucholsky, zeitlebens ein Verehrer der Kunst des Knut Hamsun, nahm dessen Foto von seinem Schreibtisch voller Entsetzen über des Norwegers Fraternisieren mit den Nazis. Sie, Breyten Breytenbach, schenkten mir einmal eines Ihrer schönen Bilder, gewidmet; es hatte einen Ehrenplatz in meiner Bibliothek. Ich habe es heute abgehängt.

Fritz J. Raddatz

The importance of being Fritz J. oder: Euer Liebden hätten Euer Liebden aber nicht in den Saum zu treten brauchen.

Nach der Studentenrevolution, der zweiten industriellen Revolution und der ersten sanften friedlichen Revolution aus der Heldenstadt Leipzig geht es im »Hamburger Abendblatt« schon wieder rund. Die Schlagzeile ruft den landesweiten

Aufstand gegen Dosenpfand

aus. Wenn ich auch eine Kerze herumtragen darf, bin ich diesmal dabei.